ENDPREIS 5,80

Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung

Bibliothek der Rätekommunisten Band 1

Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung

Kollektivarbeit der Gruppe Internationaler Kommunisten (Holland) 1930

Einleitung von Paul Mattick

Hrg. vom Institut für Praxis und Theorie des Rätekommunismus

Rüdiger Blankartz Verlag Berlin-W. Meerbusch

a.rin-W.meraderlsdorf

Bibliothek der Rätekommunisten Band 1

Band 1

Kontaktnarbeit der Gruppe
Internationaler Kommunisten (Holland)
1930

Einleitung von Paul Mattick

COPYRIGHT 1970 BY IPTR / R BLANKERTZ VERLAG BLN 31

Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung

Kollektivarbeit der Gruppe Internationaler Kommunisten (Holland) 1930

Einleitung von Paul Mattick

EINLEITUNG

Die vorliegende Kollektivarbeit "Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung" erschien zuerst vor 40 Jahren. Ihre Verfasser, die Gruppe Internationaler Kommunisten in Holland, gehörten der Rätebewegung an. Arbeiterräte entstanden zuerst in der russischen Revolution von 1905. Nach Lenin hatten sie damals schon die Potenz der politischen Machtergreifung, obwohl sie sich tatsächlich noch auf dem Boden der bürgerlichen Revolution bewegten. Trotzki zufolge stellten die Arbeiterräte, im Gegensatz zu den politischen Parteien innerhalb der Arbeiterklasse, die Organisation des Proletariats selbst dar. Der Holländer Anton Pannekoek sah in der Rätebewegung die Selbstorganisation des Proletariats, die zu ihrer Klassenherrschaft und zur Übernahme der Produktion führen würde. Mit dem Erlöschen der russischen Revolution und dem Ende der Räte verlor sich jedoch das Interesse an dieser neuen Organisationsform, und die traditionellen politischen Parteien und Gewerkschaften hatten das Feld der Arbeiterbewegung wieder für sich allein. Erst die russische Revolution von 1917 brachte die Räte erneut in das Gesichtsfeld der internationalen Arbeiterbewegung; nun aber nicht nur als Ausdruck der spontanen Organisation revolutionärer Arbeiter, sondern auch als notwendige Maßnahme gegen die konterrevolutionäre Haltung der alten Arbeiterbewegung.

Der erste Weltkrieg und der Zusammenbruch der Zweiten Internationale schloß die erste Periode der Arbeiterbewegung ab. Was schon lange zuvor ersichtlich war, nämlich die Eingliederung der Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft, wurde nun zur unumstößlichen Tatsache. Die Arbeiterbewegung war keine revolutionäre Bewegung, sondern eine Bewegung von Arbeitern, die sich innerhalb des Kapitalismus einzurichten suchte. Nicht nur die Führer, auch die Arbeiter, hatten kein Interesse an der Abschaffung des Kapitalismus und waren demzufolge mit der gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit innerhalb des Kapitalismus zufrieden. Die beschränkten Möglichkeiten der Parteien und Gewerkschaften innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft drückten zugleich die wirklichen Interessen der Arbeiter-

klasse aus. Nichts anders konnte auch erwartet werden, da ein sich progressiv entfaltender Kapitalismus jede wirkliche revolutionäre Bewegung ausschließt.

Das Idyll einer möglichen Klassenharmonie im Wandel der kapitalistischen Entwicklung, wie es der reformistischen Arbeiterbewegung zugrunde lag, zerbrach jedoch an den dem Kapitalismus eigenen Widersprüchen, die sich in Krisen und Kriegen ausdrükken. Die revolutionäre Idee, vorerst das ideologische Gut einer radikalen Minderheit innerhalb der Arbeiterbewegung, erfaßte die breiten Massen, als das Elend des Krieges die wahre Natur des Kapitalismus bloßlegte; nicht nur die des Kapitalismus, sondern auch den wahren Charakter der im Kapitalismus groß gewordenen Arbeiterorganisationen. Die Organisationen waren den Händen der Arbeiter entglitten; sie existeirten für die letzteren nur insoweit, als es notwendig war, die Existenz ihrer Bürokratien sicherzustellen. Da die Funktionen dieser Organisationen an die Erhaltung des Kapitalismus gebunden sind, können sie nicht umhin, sich jedem ernstlichen Kampf gegen das kapitalistische System entgegenzustellen. Eine revolutionäre Bewegung benötigt deshalb Organisationsformen, die über den Kapitalismus hinausweisen, die die verlorene Herrschaft der Arbeiter über ihre Organisationen wieder herstellen und die nicht nur Teile der Arbeiter, sondern die Arbeiter als Klasse umfassen. Die Rätebewegung war ein erster Versuch, eine der proletarischen Revolution entsprechende Organisationsform aufzubauen.

Die russische wie die deutsche Revolution fanden ihren organisatorischen Ausdruck in der Rätebewegung. In beiden Fällen verstanden sie es jedoch nicht, die politische Macht zu behaupten und zum Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft zu benutzen. Während das Versagen der russischen Rätebewegung unzweifelhaft auf die Rückständigkeit der sozialen und ökonomischen Umstände Rußlands zurückzuführen ist, beruhte das der deutschen Rätebewegung auf der Unwilligkeit der Masse der Arbeiter, den Sozialismus auf revolutionärem Wege zu verwirklichen. Die Sozialisierung wurde als Aufgabe der Regierung, nicht als die der Arbeiter selbst, angesehen, und die Rätebewegung dekretierte ihr eigenes Ende durch die Wiederherrstellung der bürgerlichen Demokratie.

Obwohl die bolschewistische Partei mit der Losung "Alle Macht den Räten" die politische Macht eroberte, hielt sie an der sozialdemokratischen Vorstellung fest, daß die Einführung des Sozialismus Sache des Staates, nicht der Räte sei. Während keine Art von Sozialisierung in Deutschland unternommen wurde, zerstörte der bolschewistische Staat das kapitalistische Privateigentum, ohne jedoch den Arbeitern Verfügungsrechte über ihre Produktion zuzusprechen. Soweit die Arbeiter in Frage kamen, war das Resultat eine Form von Staatskapitalismus, der die gesellschaftliche Lage der Arbeiter unverändert ließ und deren Ausbeutung durch eine sich neubildende privilegierte Klasse fortsetzte. Der Sozialismus war weder durch den sich reformierenden Staat der bürgerlichen Demokratie noch durch den neuen revolutionären bolschewistischen Staat zu verwirklichen.

Abgesehen von der entweder objektiven oder subjektiven Unreife der Situationen, waren auch die zur Sozialisierung beschreitbaren Wege in Dunkelheit gehüllt. Im großen und ganzen war die sozialistische Theorie auf die Kritik des Kapitalismus und die Strategie und Taktik des Klassenkampfes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft gerichtet. Insoweit man sich Gedanken über den Sozialismus machte, erschien der Weg zum und die Struktur des Sozialismus bereits im Kapitalismus vorgezeichnet. Selbst Marx hatte nur wenige prinzipielle Anmerkungen über den Charakter der sozialistischen Gesellschaft hinterlassen, da es in der Tat nicht sehr einträglich ist, sich mit der Zukunft über den Punkt hinaus zu beschäftigen, der schon in der Vergangenheit und Gegenwart eingeschlossen ist.
Im Gegensatz zu späteren Auffassungen hatte Marx jedoch klar gemacht, daß der Sozialismus nicht Sache des Staates, sondern der Gesellschaft ist. Der Sozialismus, als "Assoziation freier und gleicher Produzenten", benötigte den "Staat", d.h. die Diktatur des Proletariats, nur zu seiner Etablierung. Mit der Konsolidierung des Sozialismus würde die als "Staat" aufgefaßte proletarische Diktatur verschwinden. In der reformistischen wie in der revolutionären sozialdemokratischen Vorstellung vollzog sich jedoch eine Identifizierung von staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle, und der Begriff der "Assoziation freier und gleicher Produzenten" verlor seine ursprüngliche Bedeutung. Die im Ka-

[illegible]ismus bereits vorhandenen Kennzeichen der sozialistischen Zukunft wurden nicht in der möglichen Selbstorganisation der Produktion und Verteilung durch die Produzenten gesehen, sondern in den dem Kapitalismus eigentümlichen Konzentrations- und Zentralisations-Tendenzen, die in der staatlichen Beherrschung der Gesamtwirtschaft ihren Abschluß finden würden. Diese Vorstellung des Sozialismus war von der Bourgeoisie aufgegriffen und dann als Illusion angegriffen worden.

Das Ende einer großen geschichtlichen Bewegung wie die der Räte schließt nicht die Erwartung ihrer Wiederkehr in einer neuen revolutionären Situation aus. Aus Niederlagen kann zudem gelernt werden. Die Aufgaben der Rätekommunisten nach den verlorenen Revolutionen bestand nicht nur in der weiteren Propagierung des Rätesystems, sondern auch in der Herausarbeitung der Mängel, an denen die Bewegung gelitten hatte. Eine und vielleicht die größte Schwäche war, daß die Räte kein klares Bild über ihre Aufgaben in Bezug auf die sozialistische Organisation der Produktion und Verteilung hatten. Da die Rätebewegung in den Betrieben ihre erste Basis findet, muß diese auch zum Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Koordinierung und Zusammenfassung des wirtschaftlichen Lebens werden, in dem die Produzenten selbst über ihr Produkt verfügen. Die "Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung" war der erste Versuch der westeuropäischen Rätebewegung, sich mit dem Problem des sozialistischen Aufbaus auf der Basis der Räte vertraut zu machen.

In Anbetracht der ungeheuren Schwierigkeiten, die der proletarischen Revolution im Wege stehen, mag diese sich größtenteils auf die Recheneinheit und Buchführung der kommunistischen Wirtschaft beziehende Schrift auf den ersten Blick als eigenartig erscheinen. Da man jedoch die Besonderheiten der zu erwartenden politischen Schwierigkeiten nicht voraussehen kann, bleibt die Beschäftigung damit immer spekulativ. Ein Gesellschaftssystem mag schwer oder leicht zu überwinden sein; es hängt von Umständen ab, die sich nicht voraussehen lassen. Aber diese Schrift beschäftigt sich nicht mit der Organisation der Revolution, sondern mit den ihr nachfolgenden Problemen. Da sich auch der wirkliche Zustand der Wirtschaft im Gefolge der Revolution nicht erraten läßt, läßt sich auch kein Programm für die tatsächlich zu leistenden nächsten Arbeiten im voraus aufstellen. Die auftauchenden Notwendigkeiten selbst werden hier der bestimmende Faktor sein. Was sich im voraus diskutieren läßt, sind die Maßnahmen und Instrumente, die zur Herstellung bestimmter erwünschter gesellschaftlicher Verhältnisse notwendig sind, in diesem Fall Verhältnisse, die als kommunistisch gelten können.

Das theoretische Problem der kommunistischen Produktion und Verteilung wurde durch die russische Revolution zu einer praktischen Frage. Aber die Praxis war bereits vorbestimmt durch den Begriff der zentralistischen staatlichen Kontrolle, die beide Flügel der Sozialdemokratie beherrschte. Die Diskussionen um die Realisierung des Sozialismus oder Kommunismus ließen das wirkliche Problem, das der Kontrolle der Arbeiter über ihre Produktion, außer Acht. Die Frage war, wie und mit welchen Mitteln eine zentral geleitete Planwirtschaft zu verwirklichen wäre. Da der Marxschen Theorie nach der Sozialismus keinen Markt, keine Konkurrenz, keine Preise und kein Geld kennt, ließ sich der Sozialismus nur als Naturalwirtschaft auffassen, in der mittels der Statistik die Produktion sowohl wie die Verteilung von einer Zentralstelle aus bestimmt wird. An diesem Punkt setzte die bürgerliche Kritik mit der Behauptung ein, daß ein rationales Wirtschaften unter solchen Umständen unmöglich wäre, da die gesellschaftliche Produktion und Verteilung eines Wertmaßstabes bedarf, so wie er in den Marktpreisen gegeben ist.

Um nicht die diesbezügliche Diskussion in "Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung" vorwegzunehmen, sei hier nur gesagt, daß ihre Verfasser die Lösung des Problems der notwendigen Recheneinheit in der gesellschaftlichen durchschnittlichen Arbeitszeit als Grundlage für die Produktion

als auch für die Verteilung sehen. Die praktische Anwendbarkeit dieser Rechenmethode und der damit verbundenen öffentlichen Buchführung wird im Detail nachgewiesen. Da es sich nur um Mittel zur Erzielung bestimmter Resultate handelt, läßt sich logisch nichts dagegen einwenden. Die Anwendung dieser Mittel setzt natürlich den Willen zur kommunistischen Produktion und Verteilung voraus. Ist diese Voraussetzung gegeben, so stünde der Anwendung dieser Mittel nichts im Wege, obwohl sie nicht die einzigen dem Kommunismus angemessenen sein mögen.

Marx zufolge ist jedes Wirtschaften "Ökonomie der Zeit". Die Verteilung und Anordnung der gesellschaftlichen Arbeit zur Befriedigung der Produktion und Konsumtionsbedürfnisse macht auch im Kapitalismus die Arbeitszeit zum Maßstab der Produktion, wenn auch nicht zu dem der Verteilung. Den im Kapitalismus auftretenden Preisen liegen an Arbeitszeit gebundene Werte zugrunde, die sich allerdings nicht auf die einzelnen Waren beziehen, sondern auf die gesamtgesellschaftliche Produktion, in der alle Preise zusammen genommen nichts anderes sein können als der Gesamtwert der an Arbeitszeit gebundenen Produktion. Die Produktions- oder Ausbeutungsverhältnisse des Kapitalismus, die zugleich Marktverhältnisse sind, und die Akkumulation von Kapital als Motiv und Motor der kapitalistischen Produktion, schließen einen an Arbeitszeit gebundenen Austausch von Wertäquivalenten aus. Nichtsdestoweniger beherrscht das Wertgesetz die kapitalistische Ökonomie und ihre Entwicklung.

Von dieser Tatsache ausgehend, kann leicht angenommen werden, daß auch im Sozialismus das Wertgesetz Geltung habe, da auch hier die Arbeitszeit in Betracht gezogen werden muß, um rationales Wirtschaften zu ermöglichen. Aber Arbeitszeit wird zum Arbeitszeitwert nur unter kapitalistischen Bedingungen, unter denen die notwendige gesellschaftliche Koordination der Produktion dem Markt und den privaten Besitzverhältnissen überlassen ist. Ohne kapitalistische Marktverhältnisse gibt es kein Wertgesetz, obwohl nach wie vor Arbeitszeit in Betracht gezogen werden muß, um die gesellschaftliche Produktion den gesellschaftlichen Bedürfnissen anzupassen. In diesem letzteren

Sinne sprechen die "Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung" von der gesellschaftlichen durchschnittlichen Arbeitszeit.

Die Verfasser weisen darauf hin, daß schon vor ihnen die Arbeitszeit als wirtschaftliche Recheneinheit vorgeschlagen wurde. Sie finden diese Vorschläge unzulänglich, da sie sich wohl auf die Produktion, jedoch nicht auf die Verteilung beziehen und damit dem Kapitalismus verwandt bleiben. Ihrer Ansicht nach müsse die gesellschaftliche durchschnittliche Arbeitszeit gleichzeitig für die Produktion und die Verteilung gelten. Hier liegt allerdings eine Schwierigkeit und Schwäche der Arbeitszeitrechnung vor, auf die schon Marx hingewiesen hat und auf die er keine andere Antwort fand als die der Abschaffung der Arbeitszeitrechnung in der Verteilung durch die Realisierung des kommunistischen Prinzips "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen".

In seiner Kritik des Gothaer Programms der Deutschen Sozialdemokratischen PArtei führte Marx aus, daß eine an Arbeitszeit gebundene gleiche Verteilung neue Ungleichheiten mit sich brächte, da die Produzenten mit Bezug auf ihre Arbeitsfähigkeiten und ihre privaten Verhältnisse unterschiedlich sind. Manche leisten in der selben Zeit mehr Arbeit als andere, manche hätten Familien zu erhalten und andere nicht, so daß sich die Gleichheit der an Arbeitszeit gebundenen Verteilung als Ungleichheit der Konsumtionsbedingungen auswirkt. "Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds", schrieb Marx, "erhält also der eine faktisch mehr als der andere, ist der eine reicher als der andere usw. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, vielmehr ungleich sein". Obwohl er aber diese Mißstände für "unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft" hielt, sah er sie nicht als ein kommunistisches Prinzip an. Wenn die Autoren der "Grundprinzipien" behaupten, daß ihre "Darlegungen nur die folgerichtige Anwendung der Marxschen Gedankengänge sind", so stimmt das nur insofern, als diese Ge-

danken sich auf eine Phase der sozialistischen Entwicklung beziehen, in der noch das Prinzip des Austauschs von Äquivalenten vorherrscht, das aber im Sozialismus sein Ende finden soll.

Für Marx war es selbstverständlich, daß die "jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen" ist. "Sind die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst", führte er aus, "so ergibt sich ebenso eine von der heutigen verschiedene Verteilung der Konsumtionsmittel". Die möglichen Mißstände einer an Arbeitszeit gebundenen Verteilung konnten so nicht durch eine Trennung von Produktion und Verteilung bewältigt werden, da die Beherrschung der Produktion durch die Produzenten auch deren Beherrschung der Verteilung enthält, so wie die staatliche Bestimmung der Verteilung — die Zuteilung von Oben — auch die staatliche Kontrolle der Produktion in sich einschließt. Die Verfasser der "Grundprinzipien" betonen mit Recht, daß den Produzenten das volle Verfügungsrecht über ihre Produktion zugestanden werden muß, aber ob dieses Verfügungsrecht auch eine an gleiche Arbeitszeit gebundene Verteilung benötigt, ist eine andere Frage.

In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, d.h. den Ländern, in denen sozialistische Revolutionen möglich sind, sind die gesellschaftlichen Produktivkräfte weit genug entwickelt, um einen Überfluß an Konsumtionsmitteln zu produzieren. Wenn man bedenkt, daß sicherlich mehr als die Hälfte aller kapitalistischen Produktion und der mit ihr verbundenen unproduktiven Tätigkeiten (ganz abgesehen von den vorhandenen unangewandten Produktionsmöglichkeiten) nichts mit dem menschlichen Konsum zu tun haben, sondern einen "Sinn" nur innerhalb der irrationalen kapitalistischen Gesellschaft finden können, dann wird ersichtlich, daß unter den Bedingungen kommunistischer Wirtschaft ein Überfluß an Konsumtionsmitteln erzeugt werden kann, der eine Berechnung individueller Anteile überflüssig macht.

Die Aktualisierung des schon heute potentiell gegebenen Überflusses setzt allerdings eine völlige Umstellung der gesellschaftlichen Produktion auf die realen Bedürfnisse der Produzenten voraus. Die Umwandlung der Kapitalproduktion in eine den menschlichen Bedürfnissen zugewandte wird ohne Zweifel, nicht nur als Resultat der Abschaffung kapitalistischer Verhältnisse, eine Wandlung der industriell-technischen Entwicklung mit sich bringen und auch die bedrohte Zukunft menschlicher Existenz überhaupt sichern.

Obwohl die "Grundprinzipien" mit Recht betonen, daß die Produktion von der Reproduktion kontrolliert wird, und obwohl der Ausgangspunkt der kommunistischen Produktion nur der Endpunkt der kapitalistischen Produktion sein kann, si benötigt die neue Gesellschaft dennoch eine ihr angepaßte Änderung der Produktionsziele und Produktionsmethoden. Die diesen Änderungen entsprechenden Maßnahmen und deren Resultate werden bestimmen, ob die Verteilung gemäß den Produktionsanteilen oder gemäß den sich verändernden wirklichen Bedürfnissen unternommen wird. Weiterhin ist es durchaus möglich, daß eine teilweise Zerstörung der Produktionsbasis, durch die mit dem gesellschaftlichen Wandel verbundenen Klassenkämpfe, die Organisation der Verteilung auf Grund der Arbeitszeit ausschlösse, ohne deshalb eine gleiche Verteilung — z.B. durch Rationierung - zu unterbinden. Und diese gleiche Verteilung könnte ohne den Umweg über die Arbeitszeitrechnung durch die Arbeiter selbst direkt sichergesetellt werden. Die "Grundprinzipien" gehen jedoch sozusagen von einem "normalen" kommunistischen Wirtschaftssystem aus, d.h. einem System, das sich bereits völlig durchgesetzt hat und sich in seiner neuen Gestalt reproduziert. Unter solchen Umständen erscheint eine an Arbeitszeit gebundene Verteilung als überflüssig.

Allerdings umfaßt das von den "Grundprinzipien" geforderte "exakte Verhältnis von Produzent und Produkt" nur den individuellen Anteil der Produktion — nach Abzug der Produktionsteile, die der öffentlichen Konsumtion und der Reproduktion der gesellschaftlichen Produktion zufallen. Der Prozeß der Soziali-

sierung drückt sich in der Abnahme der individuellen und der Zunahme der öffentlichen Konsumtion aus, so daß die kommunistische Entwicklung doch zur Abschaffung der Arbeitszeitrechnung in der Verteilung tendiert. Die marktlose Wirtschaft erfordert den Zusammenschluß der Konsumenten in Genossenschaften mit direktem Anschluß an die Betriebsorganisationen, in denen die individuellen Wünsche mit Bezug auf die Konsumtion, und damit die Produktion, ihren kollektiven Ausdruck finden können. Leider ist dieser Teil der "Grundprinzipien" der am wenigsten ausgearbeitete, obwohl es gerade die angebliche Konsumtionsfreiheit der Marktwirtschaft ist, die als Apologie für den Kapitalismus ausgenutzt wird. Aber es ist durchaus möglich, die Konsumtionsbedürfnisse auch ohne den Markt festzustellen, und zwar weit besser als es der Markt kann, da in der kommunistischen Gesellschaft die durch die klassengebundene Verteilung gegebenen Verzerrungen der Marktnachfrage wegfallen.

Auch in der Produktion kann die Forderung nach "exakter Berechnung" nur zu einer Annäherung an eine solche führen, da der Arbeits- und Reproduktionsprozeß selbst dauernder Veränderung unterliegt. Die Feststellung der gesellschaftlichen durchschnittlichen Arbeitszeit für die Gesamtproduktion erfordert eine gewisse Zeit, und die einmal erreichte Ermittlung ist der tatsächlichen Reproduktion gegenüber stets veraltet. Die "Exaktheit" bezieht sich auf einen verflossenen Zeitpunkt, was sich jedoch nicht ändern läßt, wie sehr sich auch die Ermittlungszeit durch moderne Methoden und Instrumente verkürzen ließe. Die gesellschaftliche durchschnittliche Arbeitszeit ist einer steter Veränderung unterworfen. Dieser Mangel an "Exaktheit" ist jedoch kein ernsthaftes Hindernis zur Kalkulation der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, sei es auf der gleichen, oder einer höheren Produktionsstufe. Nur wird die tatsächliche Situation von der berechneten abweichen, und erst in den Abweichungen ergibt sich der wirkliche Stand der Produktion. Bei der Arbeitszeitrechnung handelt es sich nicht um völlige Übereinstimmung der durch die Recheneinheit gewonnenen Produktionszeiten mit der tatsächlich angewandten durchschnittlichen Arbeitszeit und der daraus resultierenden Produktion, sondern um die Notwendigkeit der Anordnung und Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit, die der Natur der Sache nach stets nur annäherungsweise erreicht werden kann. Mehr ist jedoch nicht für eine geplante kommunistische Wirtschaft erforderlich.

Die Verfasser der "Grundprinzipien" wollen die Produktion so aufbauen, "daß das exakte Verhältnis von Produzent und Produkt zur Grundlage des gesellschaftlichen Produktionsprozesses wird." Sie sehen dies als "Kernfrage der proletarischen Revolution", da sich nur so der Aufbau eines sich über die Produzenten erhebenden Apparates vermeiden läßt. Nur durch die Festlegung des Verhältnisses von Produkt und Produzent ist "die Aufgabe der Leiter und Verwalter hinsichtlich der Zuweisung des Produktes aufgehoben". Es geht hier also um die Selbstbestimmung der Verteilung durch die Produzenten als der unerläßlichen Voraussetzung der klassenlosen Gesellschaft. Die Festlegung des exakten Verhältnisses von Produzent und Produkt kann allerdings nur das Resultat einer gelungenen proletarischen Revolution sein, die das Rätesystem als Gesellschaftsorganisation realisiert. Ist das der Fall, dann mag jedoch die Notwendigkeit, den Produktionsprozeß von der Verteilung her zu meistern wegfallen. Man kann sich eine ungeregelte Verteilung der Konsumtionsgüter genau so gut vorstellen wie eine geregelte, ohne damit den Aufbau neuer privilegierter Schichten zu fördern. Andererseits ist die bloße Annahme einer Verteilungsnorm keine ausreichende Gewähr für den Aufbau einer kommunistischen Wirtschaft, die sich nicht nur an den Anteilen der Produzenten am gesellschaftlichen Produkt zu orientieren hat, sondern, darüber hinaus, an den materiellen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion.

Im Kapitalismus wird die Verteilung nur scheinbar durch den Markt geregelt. Obwohl die Produktion über den Markt realisiert werden muß, wird der Markt selbst von der Kapitalproduktion bestimmt. Es ist die Produktion des Tauschwerts und die Akkumulation des Kapitals, die dem Produktionsprozeß zugrunde liegt. Die Gebrauchswertseite der Produktion ist nur Mittel zum Zweck der Tauschwertvermehrung. Die wirklichen Bedürfnisse der Produzenten können nur insoweit Berücksichtigung finden, als sie mit dem Akkumulationszwang zusammenfallen. Die Pro-

duktion als Mehrwertproduktion in der Marktwirtschaft regelt sich automatisch durch die Tauschwertbeziehungen, die sich, wenn überhaupt, nur rein zufällig mit den Gebrauchswertbeziehungen decken. Die kommunistische Gesellschaft produziert für den Gebrauch und muß deshalb Produktion und Verteilung den realen gesellschaftlichen Bedürfnissen anpassen. Um irgendeiner Art von Verteilungsnorm nachzugehen, muß vorerst die Produktion unter bewußte Kontrolle gebracht werden. Der Verteilung geht die Produktion voraus, selbst wenn sie von den Bedürfnissen der Konsumenten bestimmt wird. Aber die Organisation der Produktion erfordert weit mehr als die exakte Bestimmung des Verhältnisses von Produzent und Produkt; sie benötigt die Kontrolle der gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse und Produktionskapazitäten in deren physischen Formen und eine ihnen entsprechende Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit.

Man wird so auch im Rätesystem nicht umhin können, Institutionen aufzubauen, die einen Überblick über die gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten erlauben. Die so gewonnenen Eindrücke müssen in Entschlüsse ausmünden, wie sie von den einzelnen Betriebsorganisationen nicht gefaßt werden können. Der Aufbau des Rätesystems muß so gestaltet werden, daß die Produktion zentral reguliert werden kann, ohne damit die Selbstbestimmung der Produzenten zu beeinträchtigen. Aber selbst im einzelnen Betrieb werden die Beschlüsse der Arbeiter den Räten zur Ausführung überlassen, ohne daß dadurch notwendigerweise eine Herrschaft der Räte über die Arbeiter entstehen muß. Auch im größeren Rahmen, bis zu dem der nationalen Produktion, lassen sich organisatorische Maßnahmen treffen, die die Selbständigkeit der überbetrieblichen Institutionen mit deren Kontrolle durch die Produzenten verbinden. Aber diese Auflösung des Gegensatzes von Zentralismus und Föderalismus, der auch von den "Grundprinzipien" angestrebt wird, läßt sich wohl nicht allein durch die bloße "Registrierung des Wirtschaftsprozesses in der allgemeinen gesellschaftlichen Buchhaltung" herstellen, sondern bedarf höchstwahrscheinlich besonderer, dem Rätesystem eingegliederter Betriebe, die sich mit dem Problem der Wirtschaftsgestaltung speziell befassen.

Die Zurückweisung einer zentralen Produktionsverwaltung und der damit verbundenen staatlich-regulierten Verteilung durch die "Grundprinzipien" beruht auf den in Rußland gemachten Erfahrungen, die sich allerdings nicht auf das Rätesystem, sondern auf den Staatskapitalismus beziehen. Aber selbst hier ist die Produktion und Verteilung nicht das Werk der Planungsorgane, sondern das des Staates, der sich der Planungsorgane als Mittel bedient. Es ist die politische Diktatur des Staatsapparates über die Arbeiter, nicht die Planung der Wirtschaft, die zu neuer Ausbeutung geführt hat, an der dann auch die Planungsbehörden teilnehmen können. Ohne die politische Diktatur des Staatsapparates brauchten sich die Arbeiter nicht der zentralen Produktionsverwaltung und Verteilung zu unterwerfen.

Die erste Voraussetzung kommunistischer Produktion und Verteilung ist dann, daß sich kein Staatsapparat neben oder über den Räten erhebt, daß die "staatliche" Funktion, d.h. die Unterdrückung konterrevolutionärer Bestrebungen, von den im Rätesystem organisierten Arbeitern selbst ausgeübt wird. Eine Partei, als Teil der Arbeiterklasse, die nach der Staatsmacht strebt und sich als Staatsapparat nach der Ergreifung der Macht etabliert, wird ohne Zweifel versuchen, die Produktion und Verteilung unter ihre Kontrolle zu bringen und diese Kontrolle zur Erhaltung der gewonnenen Position zu reproduzieren. Ist die Kontrolle der Mehrheit durch die Minderheit gegeben, dann läßt sich auch die Ausbeutung fortsetzen. Das Rätesystem kann so keinen Staat neben sich zulassen, ohne sich selbst zu entmachten. Aber ohne diese abgesonderte staatliche Gewalt kann sich jede Planung der Produktion und Verteilung nur durch das Rätesystem durchsetzen. Die Planungsorgane werden selbst zu Betrieben, neben anderen Betrieben, die sich im Rätesystem zu einer Einheit verschmelzen.

In diesem Zusammenhang muß noch erwähnt werden, daß auch die Arbeiterklasse in ihrer Zusammensetzung dauernder Veränderung unterliegt. Die "Grundprinzipien" gehen von dem in den Betrieben zusammengefaßten industriellen Proletariat als der gesellschaftlich ausschlaggebenden Klasse aus. Das auf den Betrie-

ben basierende Rätesystem bestimmt die Gesellschaftsformation und zwingt andere Klassen, z.B. die selbständigen Bauern, sich in das Wirtschaftssystem einzugliedern. In den letzten 40 Jahren hat sich die Arbeiterklasse, d.h. die Schicht der Lohn- und Gehaltsempfänger, nun zwar sehr vermehrt, aber relativ zur Masse der Bevölkerung hat sich die Zahl der Fabrikarbeiter vermindert. Ein Teil der Angestellten wirkt zusammen mit den Handarbeitern in den Betrieben, ein anderer Teil arbeitet in den Bereichen der Verteilung und Verwaltung. Durch die Verwissenschaftlichung der Produktion können auch die Universitäten zum Teil als "Betriebe" angesehen werden, da die Produktivkräfte der Wissenschaft die der direkten Arbeit tendenziell überholen. Und obwohl im Kapitalismus Mehrwert immer nur Mehrarbeit sein kann, was auch immer der Stand der Wissenschaft sein mag, stellt sich der gesellschaftliche Reichtum im Kommunismus nicht in wachsender Arbeit, sondern in der dauernden Reduzierung der notwendigen Arbeit durch die den kapitalistischen Schranken entronnenen wissenschaftlichen Entwicklung dar. Die Produktion vergesellschaftet sich zunehmend, durch die Einbeziehung stets breiterer Massen in die Produktionsprozesse, die nun nur noch in engster Verbindung und durch die gegenseitige Durchdringung aller Arten von Arbeiten zu existieren vermögen. Kurz gesagt, der Begriff Arbeiterklasse weitet sich aus; er umschließt schon heute mehr als vor 40 Jahren. Die sich verändernde Arbeitsteilung enthält schon in sich selbst die Tendenz der Auflösung der Berufsscheidungen, der Trennung geistiger von körperlicher Arbeit, von Fabrik und Büro, von Arbeitern und Vorgesetzten; ein Prozeß, der durch die Einbeziehung aller Produzenten in die nunmehr gesellschaftlich orientierte Produktion zu einem Rätesystem führen kann, das tatsächlich die ganze Gesellschaft umfaßt und damit der Klassenherrschaft ein Ende setzt.

Man kann das Mißtrauen der "Grundprinzipien" gegenüber den "Führern, Fachleuten und Wissenschaftlern", die sich anmassen, Produktion und Verteilung beherrschen zu müssen, durchaus teilen, ohne deshalb zu verkennen, daß, abgesehen von den Führern, die Fachleute und Wissenschaftler selbst Produzenten sind. Gerade das Rätesystem stellt sie allen anderen Produzenten

sieallen anderen Produzenten

gleich und beraubt sie der im Kapitalismus ausgeübten Sonderstellung. Da gesellschaftliche Rückfälle immer möglich sind, ist es jedoch klar, daß auch ein Rätesystem sich zersetzen kann, z. B. durch ein mangelndes Interesse der Produzenten an ihrer Selbstbestimmung und der daraus folgenden Übertragung der Rätefunktionen an Instanzen innerhalb des Rätesystems, die sich den Produzenten gegenüber verselbständigen. Diese Gefahr glauben die Verfasser durch die "neue Produktionsberechnung als allgemeiner Grundlage der Produktion" abwenden zu können. Aber so wie diese Produktionsberechnung erst eingeführt werden muß, kann die von ihr erwartete Wirkung durch eine Reihe von Modifikationen wieder verloren gehen. In der Darstellung der Verfasser erscheint die einmal erreichte Einführung jedoch als ausreichend. Sie wehren sich gegen die im Staatskapitalismus übliche "Anordnung durch Personen", die durch den "sachlichen Gang der Produktion" und deren Kontrolle durch die Reproduktion ausgeschaltet werden soll.

Das neue System der Produktion und Verteilung selbst garantiert hier die kommunistische Gesellschaft, obwohl in Wirklichkeit der "sachliche Gang der Produktion" immer nur durch Personen gewährleistet wird. Auch im Kapitalismus gibt es einen "sachlichen Gang der Produktion", nämlich den durch das Marktgesetz gegebenen, dem alle Personen unterworfen sind. Es ist hier das System, das die Menschen beherrscht. Dieses fetischistisch gesehene System verdeckt allerdings nur die realen sozialen Verhältnisse der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Hinter den ökonomischen Kategorien stehen Klassen und Personen, und wo immer der Fetischismus des Systems durchbrochen wird, tritt der offene Kampf der Klassen und Personen ans Tageslicht. Obwohl der Kommunismus auch ein Gesellschaftssystem ist, so ist es doch nicht über die Menschen, sondern durch die Menschen gesetzt. Es hat kein Eigenleben, dem sich die Personen zwangsweise anzupassen haben; der "sachliche Gang der Produktion" wird durch Personen angeordnet, allerdings von den im Rätesystem vereinten Personen.

Diese wenigen vorgebrachten Einwendungen müssen hier genügen, um anzudeuten, daß es sich bei den "Grundprinzipien" nicht um ein abgeschlossenes Programm handelt, sondern um einen ersten Versuch, dem Problem der kommunistischen Produktion und Verteilung näher zu kommen. Und obwohl die "Grundprinzipien" sich mit einem noch in der Zukunft liegenden gesellschaftlichen Zustand befassen, sind sie zugleich ein geschichtliches Dokument, das einen Stand der Diskussion in der Vergangenheit beleuchtet. Ihre Verfasser waren an die vor einem halben Jahrhundert aufgeworfenen Fragen der Sozialisierung gebunden, und manche ihrer Argumente haben in der Zwischenzeit einen Teil ihrer damaligen Aktualität verloren. Der damalige Streit der Naturalwirtschaftler mit den Repräsentanten der Marktwirtschaft, in den die "Grundprinzipien" durch die Ablehnung beider Gruppen eingriffen, hat inzwischen sein Ende gefunden. Im allgemeinen wird der Sozialismus überhaupt nicht mehr als eine neue Gesellschaft, sondern als eine Modifikation des Kapitalismus begriffen. Die Marktwirtschaftler sprechen von der geplanten Marktwirtschaft, und die Planwirtschaftler bedienen sich der Marktwirtschaft. Die Anordnung der Produktion vom Gebrauchswert her schließt nicht die ungleiche Verteilung der Konsumgüter durch Preismanipulationen aus. Die "ökonomischen Gesetze" werden als unabhängig von den Gesellschaftsformationen aufgefaßt, und man streitet sich höchstens noch darüber, welche Mischung von Kapitalismus und Sozialismus "ökonomischer" wäre.

Das "ökonomische Prinzip", d.h. das Prinzip der wirtschaftlichen Rationalität, das angeblich allen Gesellschaftsordnungen zugrunde liegt und das sich als maximale Verwirklichung wirtschaftlicher Ziele mit den geringsten Kosten darstellt, ist in Wirklichkeit nichts anderes als das ordinäre kapitalistische Prinzip der Profitproduktion, die stets nach dem Höchstmaß der Ausbeutung strebt. Das "ökonomische Prinzip" der Arbeiterklasse ist demzufolge nichts anderes als die Abschaffung der Ausbeutung. Dieses "ökonomische Prinzip", von dem die

"Grundprinzipien" ausgehen, ist ihnen bis heute vorbehalten geblieben. Abgesehen von der offensichtlichen Ausbeutung der Arbeiter in den sogenannten "sozialistischen" Ländern, dreht sich das akademische Geschwätz um den Sozialismus in den kapitalistischen Ländern nur um staatskapitalistische Systeme. Das "sozialistische Eigentum" an den Produktionsmitteln wird immer als Staatseigentum verstanden, die administrative Zuteilung von Gütern, mit oder ohne Markt, bleibt immer die Sache zentraler Entscheidungen. Wie im Kapitalismus ist die Ausbeutung zweifach gesichert, durch die fortgesetzte Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln und durch die Monopolisierung der politischen Gewalt. Und wo man den Arbeitern eine Art "Mitbestimmungsrecht" zugestanden oder aufgedrängt hat, fügt der Marktmechanismus der staatlichen Ausbeutung die Selbstausbeutung hinzu. Was auch immer die Schwächen der "Grundprinzipien" sein mögen, in Anbetracht dieser Situation bleiben sie heute wie morgen der Ausgangspunkt aller ernsthaften Diskussionen und Bemühungen um die Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaft.

Februar 1970, Paul Mattick

Statt des Vorwortes

Nachstehendes Werk, eine gemeinsame Arbeit der „Gruppe Internationaler Kommunisten", zeigt in seiner Zusammenstellung eine so starke Einheitlichkeit, daß man hier direkt von einem wirklich positiven Kollektivwerk sprechen kann. Diese Arbeitsgrundlage der Schrift, die praktisch beweist, welches Ergebnis die gemeinsame Arbeit zielbewußter Kräfte haben kann, macht sie gerade deshalb so wertvoll.

Die „Gruppe Internationaler Kommunisten" stellt, in der Nachkriegsgeschichte der Arbeiterbewegung, mit ihrem Werk erstmalig praktische Aufbaumöglichkeiten der Produktion und Verteilung im Sinne der Bedarfswirtschaftsordnung zur Debatte. Sie zieht alle gesammelten Erfahrungen der bisherigen Versuche der Arbeiterklasse und ihrer Wortführer zusammen, um so praktisch die Zusammenbruchserscheinungen derselben untersuchen zu können, und gleichzeitig an Hand der bisherigen Ergebnisse notwendige neue Wege aufzuzeigen. Sie behandelt nicht nur die Umstellungs- und Aufbaunotwendigkeiten der industriellen Faktoren, sondern zeigt ebenfalls die notwendige Verbindung zur Landwirtschaft auf. Die Verfasser geben damit einen klaren Einblick in die inneren Zusammenhänge und den gesetzmäßigen Verlauf des gesamten Wirtschaftskörpers.

Die einfache Sprache, die jedem verständlichen Gedankengänge, ermöglichen es, daß jeder Arbeiter, der nachfolgende Seiten liest, auch den Inhalt verstehen wird. Die starke Sachlichkeit der Schrift bietet sämtlichen Richtungen der Arbeiterklasse eine breite Diskussionsmöglichkeit.

Da auch wir innerhalb unserer Reihen die aufgezeigten Möglichkeiten erst gründlichst diskutieren müssen, behalten wir uns unsere Stellungnahme zu nachstehendem Inhalt für später vor.

Eins wollen wir aber dieser Schrift mit auf den Weg geben: Seinen Erfolg wird das Werk: „Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung" dann verbürgen, wenn es die Arbeiterklasse bewußt durcharbeitet und die gesammelten Erkenntnisse in ihrem Kampf um ihre Existenz praktisch in Anwendung bringt. Der Kampf ist schwer, doch das Ziel ist es wert!

Berlin 1930.

Allgemeine Arbeiter-Union
(Revolutionäre Betriebsorganisation Deutschland).

Inhaltsübersicht

I. VOM STAATSKOMMUNISMUS ZURÜCK ZUR ASSOZIATION VON FREIEN UND GLEICHEN PRODUZENTEN. S. 11

Der Staatskommunismus als neue Form der Beherrschung. Der Produktionsapparat erhebt sich über die Produzenten. Nationalisation und Vergesellschaftung. Bei Marx ist die Gesellschaft nur als Ganzes reif für die kommunistische Produktion, wodurch die Leitung und Verwaltung der Assoziation der freien und gleichen Produzenten zufällt. Die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit, so wie sie im „Kapital" und „Anti-Dühring" angedeutet wird. Das Rätesystem bringt die Assoziation wieder in den Gesichtskreis.

II. DER FORTSCHRITT IM STELLEN DER PROBLEME. S. 26

Die Jünger von Marx erklären die Theorie der automatischen Entwicklung zum Kommunismus durch die Konzentration des Kapitals. (Hilferding.) Sie kommen dabei zu einem kommunistischen Betriebsleben, das sich allein durch Güterproduktion, eine Produktion ohne Recheneinheit, vollzieht. Weber und Mises zeigen die Unmöglichkeit einer solchen Produktion auf, wodurch eine große Verwirrung im marxistischen Lager entsteht. Ein Teil hält fest an der Güterproduktion. Neurath, Varga, Hilferding umgehen die Streitfrage. Kautsky, Leichter erkennen die Notwendigkeit einer Recheneinheit. Kautsky kehrt zum Kapitalismus zurück. Leichter verweist auf die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitsstunde als Recheneinheit. Die russische Revolution zeigt, daß das zentrale Verfügungsrecht über den Produktionsapparat eine neue Form der Ausbeutung mit sich bringt, wodurch Marxismus und Anarcho-Syndikalismus zu einer reineren Problemstellung kommen. Was sich als freier Kommunismus anbot, erweist sich nun als Organisation der Produktion mit zentralem Verfügungsrecht. (Seb. Faure.)

III. DER REPRODUKTIONSPROZESS IM ALLGEMEINEN. S. 35

Unter dem Kapitalismus ist die Reproduktion eine individuelle Funktion, unter dem Kommunismus eine gesellschaftliche. Die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitsstunde als Recheneinheit. Die moderne kapitalistische Betriebskalkulation zeigt die Möglichkeit, für jedes Produkt die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit zu berechnen. Die Produktionsformel $(P + R) + A$ ist zugleich die Reproduktionsformel. Leichter wendet den kapitalistischen Wertbegriff auf die Arbeitskraft an. Sie trägt bei ihm einen Preis (in Arbeitsstunden ausgedrückt), den er abhängig sehen will von den Reproduktionskosten der Arbeitskraft.

IV. DIE GESELLSCHAFTLICH DURCHSCHNITTLICHE PRODUKTIONSZEIT ALS GRUNDLAGE DER PRODUKTION. S. 44

Kautsky kann die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit nicht berechnen, weil er diese allein am Endprodukt durch eine ökonomische Zentrale feststellen lassen will. Deshalb weiß er auch keinen Rat mit dem Betriebsdurchschnitt. Die Lösung liegt in der Tatsache, daß jede Produktionsgruppe eine Einheit bildet, die nach der Formel $(P + R) + A$ = gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit arbeitet, wobei für für die besonderen Betriebe die Abweichung von diesem Durchschnitt festgestellt wird im Produktivitätsfaktor. Die Summe der Abweichungen ist jederzeit gleich Null.

V. DIE GESELLSCHAFTLICH DURCHSCHNITTLICHE PRODUKTIONSZEIT ALS GRUNDLAGE DER VERTEILUNG. S. 53

Leichter will trotz der Arbeitszeitrechnung eine antagonistische Verteilung des Produkts. Die Richtlinien für die Verteilung werden von Ernährungsphysiologen gegeben. Diese bestimmen das Existenzminimum, welches dann für ungelernte Arbeit gilt, während die höher qualifizierte Arbeit entsprechend besser bezahlt wird. Diese antagonistische Verteilung des Produkts bestimmt den organisatorischen Aufbau der Gesellschaft. Die Verantwortlichkeit ist stets nach oben und nicht nach unten gerichtet. Die Preise der Produkte fallen bei Leichter keinesfalls mit der Reproduktionszeit zusammen. Die zentrale Leitung der Gesamtproduktion führt eine Preispolitik, wodurch die wirkliche Reproduktionszeit der Produkte nicht mehr zum Ausdruck kommen kann. Die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitsstunde kann dadurch keine Grundlage der Verteilung mehr sein. Im Varga'schen Staatskommunismus ist nicht das geringste Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Verteilung des Produkts zu sehen. Es ist alles persönliche Zuweisung. Die gutgemeinte proletarische Klassenpolitik bei der Verteilung des Produkts zeigt zugleich, wie innerlich faul das System ist. Es zeigt deutlich, daß sich der Produktionsapparat über die Produzenten erhebt.

VI. Die ALLGEMEIN GESELLSCHAFTLICHE ARBEIT. S. 62

Die allgemeinen Unkosten der Gesamtproduktion, die soziale Fürsorge usw., scheinen ein zentrales Verfügungsrecht über die Produktion nötig zu machen. Der Staat verschafft sich dann die Mittel für die allgemeinen Unkosten durch eine Preispolitik; anders ausgedrückt, durch den Ueberschuß aus den Betrieben oder auf dem Wege der indirekten Steuer. Leichter versucht das Problem exakt zu fassen, d. h. diese Unkosten in ein Verhältnis zu der direkt verbrauchten Arbeitskraft zu bringen. Schließlich löst er die Frage doch wieder durch die Preispolitik auf. Die Durchführung der Kategorie der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeit läßt keine Preispolitik zu. Die Verteilung des Produkts bestimmt, daß nicht das ganze Erzeugnis der angewandten Arbeitskraft von den Arbeitern im Betrieb genossen werden kann, sondern nur ein bestimmter Teil. Diesen Teil nennen wir den Ausbezahlungsfaktor. Der Faktor wird kleiner in demselben Maße, wie die Verteilung vergesellschaftet wird, um sich Null zu nähern. Betriebe, die ihr Produkt ohne ökonomisches Maß in die individuelle Konsumtion geben, aber zu gleicher Zeit noch Produkte abliefern, welche in die Produktion aufgenommen werden müssen, sind gemischte Betriebe. (Elektrizitätswerke.)

VII. DIE KOMMUNISTISCHE VERTEILUNG (DISTRIBUTION). S. 74

Der entscheidende Punkt ist die Durchführung des exakten Verhältnisses vom Produzenten zum Produkt. Die Konsumgenossenschaften als die Assoziation von freien und gleichen Konsumenten. Die Verteilung des Produkts erweist sich als eine öffentliche Funktion. Der Marktmechanismus als Gradmesser der Bedürfnisse. Die Genossenschaften als kollektiver Ausdruck der individuellen Forderungen und Wünsche. Die Verteilung unter den verschiedenen Verbrauchergruppen.

VIII. PRODUKTION AUF ERWEITERTER STUFENLEITER ODER AKKUMULATION. S. 81

Die Akkumulation ist eine gesellschaftliche Funktion. Die Gemeinschaft stellt auf ihren ökonomischen Kongressen fest,

um wieviel der Produktionsapparat als Ganzes ausgebreitet werden soll. Vor allem ist hierzu nötig zu wissen, wieviel Arbeitskraft durch die einfache Reproduktion aufgesogen wird. Der gesellschaftliche Akkumulationsfonds entsteht, indem die Akkumulation in den Faktor des individuellen Konsums aufgenommen wird. Die Entscheidung über die Anwendung bleibt in den Händen der Produzenten. Durch die besondere Akkumulation, wie Eisenbahnen, Kultivierung von Oedland usw. in den Etat für AGA. aufzunehmen, werden Störungen in der Produktion verhütet.

IX. DIE ALLGEMEIN GESELLSCHAFTLICHE BUCHHALTUNG ALS IDEELLE ZUSAMMENFASSUNG DES WIRTSCHAFTSPROZESSES. S. 92

Wenn Produktion, Reproduktion zu organischer Einheit geworden sind, sind Markt, Geld, Preis zerstört. Doch ist für planmäßige Produktion eine Recheneinheit notwendig; die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitsstunde erscheint als natürliche Grundlage der Produktionsberechnung. Dadurch fließt der Strom der Produkte nach dem Maßstab der gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionszeit der besonderen Güter. Die allgemein gesellschaftliche Buchhaltung registriert diesen Strom, wodurch sie zugleich alle Unterlagen bekommt, um den Faktor individueller Konsum zu berechnen.

X. DIE ALLGEMEIN GESELLSCHAFTLICHE BUCHHALTUNG ALS KONTROLLE DES WIRTSCHAFTSPROZESSES. S. 97

Die persönliche Kontrolle im Staatskommunismus. Technische und Buchhaltungskontrolle. In einer Produktion, worin der Strom der Produkte nach der gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionszeit fließt, wird die Produktion durch die Reproduktion kontrolliert. Es ist keine persönliche, sondern eine sachliche Kontrolle. Die Feststellung der gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionszeit. Die Kontrolle hierauf durch die Registration des Stroms der Produkte.

XI. DIE GESELLSCHAFTLICHE KONTROLLE DER AGA ODER ÖFFENTLICHEN BETRIEBE. S. 106

Die automatische Kontrolle ist nicht so vielseitig als bei den produktiven Betrieben. Sie verläuft nur in einer Richtung. Andere Kontrollmittel in vergleichender Untersuchung. Die Kontrolle auf die Verteilung und das Arbeitsgeld.

XII. DIE GESELLSCHAFTLICH NOTWENDIGE ARBEIT UND DIE GESELLSCHAFTLICH DURCHSCHNITTLICHE REPRODUKTIONSZEIT. S. 109

Man hat versucht in die Kategorie der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit ein rechnerisches Element zu legen. Dieses zeigt sich praktisch unmöglich. Die Berechnung der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeit führt zu gleicher Zeit zu der Reproduktion der gesellschaftlich notwendigen Arbeit. So wie der Wert der Mittelpunkt der Warenproduktion ist, so ist die gesellschaftlich durchschnittliche Reproduktionszeit der Mittelpunkt der kommunistischen Oekonomie.

XIII. DIE ÖKONOMISCHE DIKTATUR DES PROLETARIATS UND DIE ALLGEMEIN GESELLSCHAFTLICHE BUCHHALTUNG. S. 113

Das Proletariat schreibt sehr undemokratisch die neuen Regeln der Produktion vor. Es übt eine ökonomische Diktatur aus. Die allgemein gesellschaftliche Buchhaltung zeigt sich als eine wesentliche Stütze bei der Organisation des Kleinbetriebs, welcher selbständig die Produktion leitet und verwaltet. Die Diktatur hebt sich selbst auf.

XIV. DIE AGRARFRAGE UND DIE BAUERN. S. 115

Die Entwicklung zu der Warenproduktion. In der geschlossenen Hauswirtschaft tritt der Bauer nicht in erster Linie als Warenproduzent auf, da er nur seinen Ueberschuß auf den Markt bringt. Das steigende Bedürfnis an Geld führt zur Steigerung der Produktivität. Ursachen der Irrungen der Oekonomen in der agrarischen Entwicklung. Durch die Warenproduktion verliert der Bauer seine Unabhängigkeit.

XV. DIE BAUERN UND DIE REVOLUTION. S. 120

Ein schwaches landwirtschaftliches Proletariat. Gemässigte Klassengegensätze. Die Abhängigkeit der Bauern und des Proletariats ist gleich groß.

XVI. DIE AGRARISCHE REVOLUTION IN RUSSLAND UND UNGARN. S. 122

Die Parole: „Das Land den Bauern" wußte so gewaltige Energien zu entfesseln, weil hier die Wünsche der Bauern, selbst als Warenproduzent aufzutreten, Befriedigung fanden. Die russische Bauernwirtschaft fängt jetzt mit der Entwicklung an, welche die westeuropäische schon durchgemacht hat. In

Ungarn kam die Bauernrevolution nicht zur Entwicklung. Der Großgrundbesitz wurde unter zentrale Staatsverwaltung gestellt. Weder Rußland noch Ungarn können uns etwas über kommunistische Leitung und Verwaltung in der Agrarwirtschaft lehren.

XVII. DAS LANDWIRTSCHAFTLICHE PROLETARIAT UND DIE KLEIN- UND MITTELBAUERN IN DER DEUTSCHEN REVOLUTION. S. 125

Die Klein- und Mittelbauern waren kein wesentlicher Faktor in der deutschen Revolution. Das Agrarproletariat der großen Güter zeigte keine Neigung, das Land aufzuteilen. Wie die Ideologie von der Technik bestimmt wird. Das Halbproletariat spielte eine stark stimulierende Rolle in der Revolution.

XVIII. DIE BAUERN UNTER DER PROLETARISCHEN DIKTATUR. S. 130

Die Bauern werden durch Propaganda und ökonomischen Zwang zur Selbstorganisation gebracht, um das Rätesystem auf dem Lande durchzuführen. Die Berechnung der Reproduktionszeit der Produkte.

XIX. SCHLUSSWORT. S. 133

Fremdworterkl. S. 145

MEW-Zit. S. 148

DRUCKFEHLER-BERICHTIGUNG:

Seite 11, Zeile 20 muß heißen:
die kommunistische Ökonomie angeht, nichts gelernt. Bei vielen

Seite 39, Absatz 6 fehlt die Zeile:
sonderen. In unserem Beispiel sind 600 Millionen Arbeitsstunden

Seite 48, Zeile 17 muß heißen:
tiv sind, was einen Preischaos zur Folge haben soll. Er sagt dazu

I.

VOM STAATSKOMMUNISMUS ZURÜCK ZUR ASSOZIATION VON FREIEN UND GLEICHEN PRODUZENTEN.

Der Staatskommunismus.

Die in Rußland gemachten Versuche, die kommunistische Gesellschaft aufzubauen, haben ein Gebiet in den Gesichtskreis der Praxis gebracht, welches früher nur in der Theorie behandelt werden konnte. Rußland hat versucht, soweit es die Industrie betrifft, das ökonomische Leben nach kommunistischen Prinzipien aufzurichten ... und hat darin vollkommen gefehlt. Die Tatsache, daß der Arbeitslohn mit der Produktivität der Arbeit nicht mehr steigt (siehe Henriette Roland-Holst in der holländischen Zeitschrift „Klassenstrijd", Jahrgang 1927, S. 270), ist genügend Beweis dafür. Eine größere Produktivität des gesellschaftlichen Produktionsapparates gibt kein Recht auf mehr gesellschaftliches Produkt. Das besagt, daß die Ausbeutung besteht. H. Roland-Holst beweist hier, daß der russische Arbeiter heute Lohnarbeiter ist. Man kann sich die Sache leicht machen und darauf verweisen, daß Rußland ein Bauernland mit Privatbesitz an Grund und Boden ist, und daß sich damit dem ganzen ökonomischen Leben die Basis der kapitalistischen Lohnarbeit notwendig aufdrängt. Wer sich mit dieser Erklärung zufrieden gibt, sieht wohl das heutige Rußland in seiner jetzigen ökonomischen Grundlage, aber er hat doch aus dem gewaltigen Versuch der Russen, soweit es die im Proletariat lebten. Alle Kräfte waren auf eine Zentralisation Proletariern sind daher auch Zweifel entstanden, betr. der Methode, die von den Russen angewandt wird und nach ihrer Ansicht zum Kommunismus führen soll. Es ist die bekannte Methode, die mit ein paar Worten etwa so zu umschreiben ist: Die Arbeiterklasse enteignet die Enteigner und legt die Verfügung über die Produktionsmittel in die Hände des Staates, welcher die verschiedenen Zweige der Industrie organisiert und sie als Staatsmonopol in den Dienst der Gemeinschaft stellt.

Die Dinge verliefen in Rußland so, daß das Proletariat sich der Betriebe bemächtigte und sie unter eigener Leitung weiterführte.

Die Kommunistische Partei als Inhaberin der Staatsgewalt gab dann Richtlinien heraus, wonach die Betriebe sich verbinden mußten zu Kommunalen-, Distrikts- und Gouvernementsräten, um das ganze industrielle Leben zu einer organischen Einheit verbinden zu können. So baute der Produktionsapparat sich durch die lebendigen Kräfte der Masse auf. Es war der Ausdruck der kommunistischen Triebe, die im Proletariat lebten. Alle Kräfte waren auf eine Zentralisation der Produktion gerichtet. Der III. Kongreß der Allrussischen Wirtschaftsräte beschloß:

> „Die Zentralisierung der Verwaltung der Volkswirtschaft ist das sicherste Mittel in den Händen des siegreichen Proletariats zur schnellsten Entwicklung der Produktionskräfte des Landes . . . Sie ist gleichzeitig die Vorbedingung zum sozialistischen Aufbau der Volkswirtschaft und zur Einbeziehung der kleineren Unternehmungen in die Wirtschaftsvereinheitlichung . . . Die Zentralisation ist das einzige Mittel, einer Zersplitterung der Volkswirtschaft vorzubeugen"

(A. Goldschmidt: Die Wirtschaftsorg. Sowj.-Rußl. S. 43.)

Ebenso wie es im Wesen der Sache liegt, daß die Beherrschung und Leitung der Produktion anfänglich bei den Massen lag, mußte mit gleicher Zwangsläufigkeit diese Verfügungsgewalt an die zentralen Organisationen übertragen werden. Waren anfänglich Direktoren, kommunale Räte usw. den Arbeitermassen, den Produzenten, verantwortlich, so wurden sie nun der zentralen Leitung, die das Ganze dirigierte, untergeordnet. Im Anfang Verantwortung nach unten, nun Verantwortung nach oben. So vollzog sich in Rußland eine gewaltige Konzentration der Produktivkräfte, wie es kein anderes Land der Welt kennt. Wehe dem Proletariat, das gegen solchen Machtapparat den Kampf aufnehmen muß. Und doch ist dieses nun zur Wirklichkeit geworden. Es besteht nicht mehr der geringste Zweifel: Der russische Arbeiter ist Lohnarbeiter, er wird ausgebeutet! Und er wird um seinen Lohn kämpfen müssen — — gegen den mächtigsten Apparat, den die Welt kennt.

Worauf wir hier hinweisen wollen, ist, daß bei dieser Form von Kommunismus das Proletariat den Produktionsapparat nicht in der Hand hat. Scheinbar ist es der Besitzer der Produktionsmittel, aber es hat kein Verfügungsrecht darüber. Welchen Anteil an dem gesellschaftlichen Produktenvorrat der Produzent für seine geleistete Arbeit bekommt, wird bestimmt durch die zentrale Leitung, die, wenn alles gut geht, solches auf Grund ihrer Statistiken feststellt. In Wirklichkeit wird damit die Frage, ob ausgebeutet werden soll oder nicht, in die Hände einer Zentrale gelegt. Auch dann, wenn eine gute Leitung besteht, die die Produkte rechtmäßig verteilt, bleibt es doch ein Apparat, der sich über die Produzenten erhebt. Die Frage ist nun, ob dieses in Rußland so geworden ist durch die besonderen Umstände, oder ob es ein Kennzeichen jeder zentralen Produktions- und Verteilungsorganisation ist. Sollte das tatsächlich der Fall sein, dann würde damit die Möglichkeit des Kommunismus problematisch.

Stimmen aus dem Lager der Marxisten.

Außer bei Marx, finden wir bei fast allen Schreibern, die sich mit der Organisation des ökonomischen Lebens in der kommunistischen Gesellschaft befassen, dieselben Prinzipien, die wir bei den Russen in der Praxis angewandt sehen. Sie gehen aus von der Aussprache Engels: „Das Proletariat erobert die Staatsmacht und erklärt die Produktionsmittel zuerst als Staatseigentum". Dann beginnen sie mit dem Zentralisieren und konstruieren Organisationen von gleicher Art, wie die Russen sie ins Leben gerufen haben. So schreiben z. B. R. Hilferding und Otto Neurath, die noch durch eine ganze Reihe anderer „Leute vom Fach" ergänzt werden können:

> „Wie, wo, wieviel, mit welchen Mitteln aus den vorhandenen natürlichen und künstlichen Produktionsbedingungen neue Produkte hergestellt werden . . . entscheiden die kommunalen Landes- oder Nationalkommissäre der sozialistischen Gesellschaft, die mit allen Mitteln einer organisierten Produktions- und Konsumstatistik die gesellschaftlichen Erfordernisse erfassend, in bewußter Voraussicht das ganze Wirtschaftsleben nach den Bedürfnissen ihrer in ihnen bewußt vertretenen, und durch sie bewußt geleiteten Gemeinschaften, gestalten."

(R. Hilferding: Finanzkapital, S. 1.)[1]

Und Neurath spricht noch deutlicher:

> „Die Lehre von der sozialistischen Wirtschaft kennt nur einen einzigen Wirtschaftler, die Gesellschaft, welcher ohne Gewinn- und Verlustrechnung, ohne Zirkulation eines Geldes, sei es nun Metallgeld oder Arbeitsgeld auf Grund eines Wirtschaftsplanes ohne Zugrundelegung einer Recheneinheit die Produktion organisiert und die Lebenslagen nach sozialisti- Grundsätzen verteilt."

(O. Neurath: Wirtschaftsplan u. Naturalrechnung, S. 84.)

Jeder sieht, daß sie beide zu derselben Konstruktion kommen, wie die Russen. Nehmen wir an, daß solche Konstruktionen tatsächlich ausführbar seien (was wir bestreiten) und daß die zentrale Leitung und Beherrschung die Produktenmasse nach dem Lebensniveau rechtmäßig verteilen würde, dann bleibt trotz des glatten Ablaufs der Geschäfte die Tatsache bestehen, daß die Produzenten in Wirklichkeit nicht die Verfügung über den Produk-

tionsapparat haben. Es wird nicht ein Apparat von den Produzenten, sondern über ihnen sein.

Das kann zu nichts anderem als zu einer heftigen Unterdrükkung gegenüber Gruppen führen, die zu dieser Leitung in Widerspruch stehen. Die zentrale ökonomische Macht ist zugleich die politische Macht. Jedes oppositionelle Element, welches die Dinge in politischer oder ökonomischer Hinsicht anders als die zentrale Leitung will, wird mit allen Mitteln des gewaltigen Apparates unterdrückt. Beispiele brauchen wir sicher nicht zu geben. So wird aus der ASSOZIATION FREIER UND GLEICHER PRODUZENTEN, die Marx verkündete, ein Zuchthausstaat, wie wir ihn noch nicht kannten.

Die Russen und nicht minder all die anderen Theoretiker, nennen sich Marxisten und geben selbstverständlich ihre Theorie als echt marxistischen Kommunismus aus. In Wirklichkeit hat es aber mit Marx nichts zu tun. Es ist bürgerliche Oekonomie, die kapitalistische Leitung und Beherrschung der Produktion in den Kommunismus projektiert. Sie sehen, daß der Produktionsprozeß stets mehr vergesellschaftet wird. Der freie Warenproduzent ist verdrängt von Syndikaten, Trusts usw.; die Produktion ist tatsächlich schon „kommunistisch".

> „Die Ueberwindung des kapitalistischen Denkens als allgemeine Erscheinung, setzt einen umfassenden Prozeß voraus. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Sozialismus als Wirtschaftsordnung sich vorher durchsetzen wird, so daß durch die sozialistische Ordnung erst die Sozialisten geschaffen werden und nicht die sozialistische Ordnung durch die Sozialisten, was übrigens mit der Grundidee des Marxismus durchaus in Einklang stehen würde."
>
> (O. Neurath, Wirtschaftsplan ..., S. 83.)

Ist so die Wirtschaft sozialistisch geworden, dann müssen die Eigentumsverhältnisse noch derart umgeformt werden, daß die Produktionsmittel in Staatsbesitz kommen und dann:

> „Tritt die gesellschaftlich planmäßige Regelung der Produktion entsprechend den Bedürfnissen des Ganzen sowohl als dem jedes einzelnen, an die Stelle der gesellschaftlichen Anarchie der Produktion."
>
> (Engels, Anti-Dühring, aus d. Holländischen ins Deutsche übersetzt.)[2]

Auf dieser planmäßigen Regelung bauen sie dann weiter. Es braucht nur eine neue Leitung in den kapitalistischen Produktionsapparat gesetzt zu werden, um den Plan zu vollziehen und der Kommunismus ist da.

Die Lösung des Problems, daß das Proletariat nur eine neue Leitung in die Produktion hineinzusetzen habe, die dann mit Hilfe der Statistik alles zum Besten führen wird, findet ihren Grund darin, daß diese Art Oekonomen den Prozeß des Wachsens der planmäßigen Produktion nicht sehen können als einen Prozeß der Entwicklung der Massen selbst, sondern als einen Prozeß, den sie — die ökonomischen Sachverständigen — vollziehen sollen. Nicht die arbeitende Masse, sondern SIE, die Führer, werden die bankrotte kapitalistische Produktion zum Kommunismus führen. SIE haben das Wissen, SIE denken, organisieren und ordnen. Die Masse hat nur dem zuzustimmen, was SIE in ihrer Weisheit beschließen. Oben die Oekonomen und Leiter mit ihrer Wissenschaft, von den Massen angestarrt, als ein Wundertempel, der ihnen verschlossen bleibt. Die Wissenschaft wäre dann im Besitz der großen Männer, von denen das Licht der neuen Gesellschaft ausstrahlt. Es ist ohne weiteres klar, daß die Produzenten hier nicht die Beherrschung und Leitung der Produktion in Händen haben, und daß dies eine ziemlich wunderliche Vorstellung der Marx'schen ASSOZIATION FREIER UND GLEICHER PRODUZENTEN ist.

Alle Pläne dieser Art tragen deutlich die Spuren der Zeit, in der sie entstanden sind: DIE ZEIT DES MECHANISMUS. Der Produktionsapparat wird gesehen als der feine Mechanismus, der durch Tausende und Abertausende von Rädern arbeitet. Die Teile des Produktionsprozesses greifen ineinander, als die auseinandergezogenen Teilarbeiten des laufenden Bandes, so wie es in den modernen Betrieben (Ford) angewandt wird. Und hier und da stehen dann die Lenker der Produktionsmaschine, die durch ihre Statistiken den Gang der Maschine bestimmen.

Diese mechanischen Pläne gehen von dem Grundfehler aus, daß der Kommunismus in erster Linie eine organisatorisch-technische Frage sei. In Wahrheit geht es um die ökonomische Frage, wie das Grundverhältnis zwischen Produzent und Produkt gelegt werden muß. Darum sagen wir auch gegenüber dieser mechanischen Auffassung, daß die Basis gefunden werden muß, worauf die Produzenten selbst das Gebäude der Produktion aufbauen können. Dieses Bauen ist ein Prozeß von unten auf und nicht von oben herab. Es ist ein Konzentrationsprozeß, der sich durch die Produzenten vollzieht und nicht so, als ob das „himmlische Brot" auf uns herabfällt. Wenn wir die Erfahrungen der Revolution beherzigen und den Fingerzeigen von Marx folgen, können wir auf diesem Wege schon ein ziemliches Stück vorgehen.

Nationalisation und Vergesellschaftung.

Obwohl Marx keine Schilderung der kommunistischen Gesellschaft gegeben hat, so weiß doch jeder, daß er den Standpunkt der ASSOZIATION DER FREIEN UND GLEICHEN PRODUZENTEN vertrat und die sozialdemokratischen und kommunistischen Theo-

rien nicht auf ihre Rechnung kommen. Nicht der Staat sollte Leiter und Verwalter von Produktion und Verteilung sein, sondern diese Funktionen sollten den Produzenten und Konsumenten selbst zufallen.

Der Reformismus hat die Theorie im Laufe der Jahre vollkommen umgebogen. Der Kampf um die soziale Reform und die Ueberführung der verschiedenen Gewerbezweige in Staats- oder Gemeindeverwaltung bedeutete hier eine stete Annäherung an den Kommunismus. Hat der Kapitalismus einen Zweig der Produktion so weit konzentriert, daß er als eine geschlossene Einheit unter zentraler Verwaltung funktionieren konnte, dann war er reif für Nationalisierung. Gedenkt die reformistische Sozialdemokratie durch fortwährendes, allmähliches Nationalisieren den Kommunismus zu verwirklichen, so hält die revolutionäre Moskauer Richtung eine Revolution für notwendig, um diese Nationalisation vollziehen zu können. Die Auffassung der Moskauer fußt also auf demselben Gedanken als die der Reformisten. In und nach der Revolution werden dann die für die Nationalisation reifen Betriebe durch den Staat exploitiert, während die noch nicht konzentrierte Wirtschaft in den Händen des Privatkapitals verbleibt.

Die russische Revolution verlief vollkommen nach diesem Schema. Im Jahre 1917 begannen die Produzenten in Rußland in der ganzen Wirtschaft die Besitzenden zu enteignen mit der Absicht, Produktion und Verteilung nach kommunistischen Grundsätzen zu ordnen. Der Enteignungsprozeß setzte von unten ein, zum großen Ungemach derer, welche die Wirtschaft von oben herab leiten und verwalten wollten. So sehen wir denn, wie die russische Wirtschaftsleitung viele von den Arbeitern enteigneten Betriebe den früheren Besitzern zurückgab, weil sie noch nicht reif waren für kommunistische Verwaltung. Der erste Allrussische Kongreß der Oekonomischen Räte faßte dann auch sofort den Beschluß:

> „Auf dem Gebiet der Produktionsorganisation ist eine eine endgültige Nationalisierung notwendig. Es ist notwendig, von der Durchführung der Nationalisierung einzelner Unternehmungen (bisher 304) zur folgerichtigen Nationalisierung der Industrie überzugehen. Die Nationalisierung darf keine gelegentliche Nationalisierung sein und nur vom Obersten Volkswirtschaftsrat der Beauftragten mit Genehmigung des Obersten Volkswirtschaftsrats vorgenommen werden."
>
> (A. Goldschmidt: Wirtschaftsorg. in Sowj.-Rußl., S. 42.)

Hier sehen wir den Gegensatz von der Nationalisation des sozialdemokratischen Ideals und der Marx'schen Vergesellschaftung.

Daraus entsteht auch der Gegensatz zwischen Betrieben, welche SCHON, und welche NICHT reif für den Kommunismus sind, wovon Marx wahrscheinlich nicht geträumt haben wird. Sehr richtig

bemerkt F. Oppenheimer in dem Sammelbuch von H. Beck über „Wege und Ziele der Sozialisierung" auf Seite 16 u. 17:

> „Man bildet sich ein, sich der Marx'schen „Vergesellschaftung" schrittweise zu nähern, indem man die Verstaatlichung oder Kommunalisierung einzelner Betriebe als Vergesellschaftung bezeichnet. Daher auch die sonst unverständliche geheimnisvolle Wendung von den „reifen Betrieben ...". Für Marx kann die sozialistische Gesellschaft nur als EIN GANZES reif sein. Einzelne Betriebe oder Betriebszweige können in seinem Sinne gerade so wenig „reif" sein und „vergesellschaftet" werden, wie die einzelnen Organe eines Embryos im vierten Schwangerschaftsmonat reif sind und gesondert zu selbständiger Existenz entbunden werden können."
>
> „Die Sache ist denn auch so, daß diese Nationalisation nur zu dem Aufbau des Staatasozialismus führt, in welchem der Staat als einziger großer Arbeitgeber und Ausbeuter auftritt."
>
> (Pannekoek über „Sozialisierung" in Die nieuwe Tijd, 1919, S. 554.)

Es kommt aber darauf an, die Energie der Massen, die selbst sozialisieren, nicht zu unterbinden, sondern sie als lebende Zelle in den kommunistischen Wirtschaftorganismus aufzunehmen, was wiederum nur möglich ist, wenn die allgemeinen ökonomischen Grundsätze gegeben sind. Die Schaffenden können dann ihre Betriebe selber dem großen Ganzen einreihen und das Verhältnis des Produzenten zum gesellschaftlichen Produkt festlegen.

Der Einzige, der über diese Dinge klaren Wein einschenkt, ist, soweit wir wissen, der Reformist H. Cunow. Er sagt:

> „Allerdings will Marx im Gegensatz zu der Cobden'schen Schule letzten Endes wieder eine feste Regelung des Wirtschaftsprozesses. Aber nicht durch den Staat, sondern durch eine Vereinigung der freien Assoziationen der sozialistischen Gesellschaft."
>
> (H. Cunow, Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie Bd. I, S. 30.)

In dem Abschnitt über „Staatsnegation und Staatssozialismus" zeigt Cunow uns, wie die deutsche Sozialdemokratie erst allmählich diesen Standpunkt verließ. Anfänglich widersetzte sich diese Bewegung gegen Bestrebungen, welche große Betriebe, wie Eisenbahn und Bergbau, unter Staatsverwaltung bringen wollten. Wir geben nur ein Beispiel. Auf Seite 340 des oben erwähnten Werkes lesen wir, wie Liebknecht in einem Referat über „Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie" ausführte:

> „Man will allmählich einen Betrieb nach dem anderen verstaatlichen. D. h., den Staat an die Stelle der Privatarbeit

Privatarbeit

geber setzen, den kapitalistischen Betrieb fortsetzen, nur mit Veränderung des Ausbeuters . . . Er (der Staat) tritt als Arbeitgeber an die Stelle der Privaten und die Arbeiter gewinnen dabei nichts, wohl aber hat der Staat seine Macht und Unterdrückungskraft gestärkt . . . Je mehr die bürgerliche Gesellschaft einsieht, daß sie sich auf die Dauer nicht gegen den Ansturm der sozialistischen Ideen verteidigen kann, desto näher sind wir auch dem Moment, wo der Staatssozialismus in vollem Ernst proklamiert werden wird, und der letzte Kampf, den die Sozialdemokratie zu kämpfen hat, wird ausgefochten werden unter dem Schlachtrufe: „Hie Sozialdemokratie — Hie Staatssozialismus!"

Cunow stellt dann fest, daß dieser Standpunkt schon vor 1900 aufgegeben wurde und 1917 erklärt K. Renner: „Der Staat wird der Hebel des Sozialismus werden" (siehe „Marxismus, Krieg und Internationale"). Cunow ist damit völlig einverstanden, aber sein Verdienst ist es jedenfalls, daß er deutlich sehen läßt, daß dies alles nichts mit Marx zu tun hat. Cunow macht Marx daraus einen Vorwurf, daß er einen so scharfen Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft macht, welcher seiner Ansicht nach nicht besteht, jedenfalls nicht mehr da ist.

Mit ihrer Nationalisierung nach reifen Betrieben, wie die Russen es durchführten, haben die Bolschewicki in Wahrheit dem Marxismus einen Schlag ins Gesicht versetzt und sind damit übergegangen zu der sozialdemokratischen Identität von Staat und Gesellschaft. In Rußland wirkt sich dieser Gegensatz bereits kräftig aus. Die Gesellschaft hat die Produktionsmittel und den Produktionsprozeß nicht in den Händen. Sie sind in den Händen der regierenden Clique, die alles verwaltet und führt, „im Namen der Gesellschaft" (Engels) . . . D. h., daß sie jeden, der sich der neuen Ausbeutung widersetzt, auf ungekannte Weise unterdrückt. Rußland, das ein Beispiel von Kommunismus sein sollte, hat sich damit entwickelt zum Zukunftsideal der Sozialdemokratie.

Wir sind bei dieser Art Nationalisation etwas länger stehen geblieben, um zu zeigen, daß solches mit Marx nichts zu tun hat und der Marxismus nur damit kompromittiert wird. Besonders nach der Pariser Kommune bricht sich bei Marx die Auffassung Bahn, daß die Organisation der Wirtschaft nicht durch den Staat, sondern durch eine Verbindung der freien Assoziation der sozialistischen Gesellschaft zustande kommen muß. Mit der Entdeckung der Formen, worin das Proletariat sich für den revolutionären Klassenkampf organisiert, zur Eroberung der ökonomischen und politischen Macht, ist auch die Grundlage gegeben, auf der sich die Freie Assoziation der Gesellschaft historisch vollziehen muß.

Die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitsstunde bei Marx und Engels.

Marx stand also auf dem Standpunkt der „Assoziation von freien und gleichen Produzenten". Diese Assoziation hat aber nicht im geringsten etwas zu tun mit der, in der Luft schwebenden, gegenseitigen Hilfe, sondern hat eine sehr materielle Unterlage. Diese Unterlage ist die Berechnung der Zeit, die nötig ist, um die Produkte zu produzieren. Der Bequemlichkeit halber wollen wir es hier „Kostenberechnung" nennen, obwohl es mit Wert nichts zu tun hat, wie sich das später noch zeigen wird. Auch Engels vertrat diese Ansicht, wie aus folgendem zu ersehen ist:

„Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte usw. stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanten, die sie alsdann absolut und direkt kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken, und nicht ihrem natürlichen, angemessenen absoluten Maß der Zeit . . . Die Gesellschaft schreibt also unter obiger Voraussetzung den Produkten auch keinen Wert zu."

(Engels, Anti-Dühring, S. 335.)[3]

Auch Marx gibt sehr deutlich die Arbeitsstunde als Recheneinheit an. Bei der Besprechung des bekannten „Robinson auf der Insel", sagt er von diesem Inselbewohner:

„Die Not selbst zwingt ihn, seine Zeit ganz genau zwischen seinen verschiedenen Funktionen zu verteilen. Ob die eine mehr, die andere weniger Raum in seiner Gesamttätigkeit einnimmt, hängt ab von der größeren oder geringeren Schwierigkeit, die zur Erzielung des bezweckten Nutzeffekts zu überwinden ist. Die Erfahrung lehrt ihm das, und unser Robinson, der Uhr, Hauptbuch, Tinte und Feder aus dem Schiffbruch gerettet, beginnt als guter Engländer bald Buch über sich selbst zu führen. Sein Inventarium enthält ein Verzeichnis der Gebrauchsgegenstände, die er besitzt, der verschiedenen Verrichtungen, die zu ihrer Produktion erheischt sind, endlich der Arbeitszeit, die ihm bestimmte Quanten dieser verschiedenen Produkte im Durchschnitt kosten. Alle Beziehungen zwischen Robinson und den Dingen, die seinen selbstgeschaffenen Reichtum bilden, sind hier so einfach und durchsichtig, daß selbst Herr M. Wirth sie ohne besondere Geistesanstrengung verstehen dürfte."

(Das Kapital, Bd. I, S. 43.)[4]

„Stellen wir uns endlich zur Abwechslung einen Verein freier Menschen vor, die mit gesellschaftlichen Produktions-

mitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben. Alle Bestimmungen von Robinsons Arbeiten wiederholen sich hier, nur gesellschaftlich, statt individuell."

(Das Kapital, Bd. I, S. 45.)[5]

Wir sehen hier, daß Marx in einer „Vereinigung von freien Menschen" ebensogut eine Produktionsberechnung kennt, und zwar auf der Basis der Arbeitsstunde. Wo Marx an die Stelle von Robinson die freien Menschen setzt, wollen wir nun die Buchhaltung der Gesellschaft als wie folgt lesen:

„Ihr Inventarium enthält ein Verzeichnis der Gebrauchsgegenstände, die sie besitzt, der verschiedenen Verrichtungen, die zu ihrer Produktion erheischt sind, endlich der Arbeitszeit, die ihr bestimmte Quanten dieser verschiedenen Produkte im Durchschnitt kosten. Alle Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft und den Dingen hier sind so einfach, daß ein jeder sie begreifen kann."

Marx nimmt diese Buchhaltung der Gesellschaft allgemein an für einen Produktionsprozeß, in dem die Arbeit gesellschaftlich ist; also gleich, ob der Kommunismus noch wenig entwickelt ist, oder ob der Grundsatz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, und jedem nach seinen Bedürfnissen" bereits verwirklicht ist. D. h. mit anderen Worten: Die Organisation des ökonomischen Lebens kann in den verschiedenen Entwicklungsperioden verschiedene Stadien durchlaufen, der ruhende Pol ist dann doch die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit.

Daß er es tatsächlich so auffaßte ist z. B. daraus ersichtlich, daß er ausdrücklich auf die Tatsache verweist, daß die Verteilung verschiedene Formen annehmen kann. Neurath liest hieraus, daß Marx die Frage so stellt, als ob wir eine freie Wahl haben, WIE die Produkte zu verteilen sind. Sicherlich ein wunderlicher Irrtum für einen „Marxkenner", der doch wissen muß, daß Marx keine Freiheit kennt, sondern stets funktionelle Abhängigkeit sieht. Die Freiheit bei der Wahl einer Verteilungsordnung bewegt sich in den Grenzen, die die Form des materiellen Produktionsapparates vorschreibt. Allerdings gibt es hier Modifikationen, die wir noch erörtern werden.

„Alle Produkte Robinsons waren sein ausschließlich persönliches Produkt und daher unmittelbare Gebrauchsgegenstände für ihn. Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt. Ein Teil dieses Produktes dient wieder als Produktionsmittel. Aber ein anderer Teil wird als Lebensmittel von den Vereinsmitgliedern verzehrt. Er muß daher unter sie verteilt werden. Die Art dieser Verteilung wird wechseln mit der besonderen Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe des Produzenten."

(Das Kapital, Bd. I, S. 45.)[6]

Konnte Marx demnach sehr wohl die Grundkategorie für die Produktionsberechnung in der kommunistischen Gesellschaft geben, so gab er den Modus für die Verteilung schlechthin beispielsweise. So schreibt er dann weiter:

„Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus, der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit. Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuellen verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach, in der Produktion sowohl als in der Verteilung."

Auch anderswo zeigt sich, daß Marx die Arbeitszeit als Grundkategorie der kommunistischen Oekonomie sieht:

„Das Geldkapital fällt bei der gesellschaftlichen Produktion fort. Die Gesellschaft verteilt Arbeitskraft und Produktionsmittel in die verschiedenen Geschäftszweige. Die Produzenten mögen meinetwegen papierne Anweisungen erhalten, wofür sie den gesellschaftlichen Konsumtionsvorräten ein ihrer Arbeitszeit entsprechendes Quantum entziehen. Diese Anweisungen sind kein Geld. Sie zirkulieren nicht."

(Kapital, Bd. II, S. 331.)[7]

Soll die individuelle Arbeitszeit der Maßstab sein für das individuell zu konsumierende Produkt, dann muß die Produktenmasse auch mit demselben Maß gemessen werden. M. a. W.: an den Produkten muß ausgedrückt sein, wieviel menschliche Arbeitskraft, gemessen an der Zeit, wieviel gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitsstunden sie enthalten. Das setzt allerdings voraus, daß die anderen Kategorien der Produktion (Produktionsmittel, Roh- und Hilfsstoffe) mit demselben Maß gemessen sind, so daß die ganze Produktionsberechnung in den Betrieben auf der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitsstunde basieren muß. Dann kann man auch mit Recht sagen: „Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihrer Arbeit und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier einfach und durchsichtig, in der Produktion sowohl als in der Verteilung."

Wir sehen so, daß Neurath sich im Irrtum befindet, wenn er annimmt, daß Produktion und Verteilung so wenig zusammenhängen, daß wir „Freie Wahl" haben. Im Gegenteil! Wenn Marx die individuelle Arbeitszeit als Maßstab nimmt für den Anteil am Produkt, dann legt er damit zugleich die Basis für das Verhältnis zwischen Produzent und Produkt, womit die Grundlage der Produktion bestimmt ist.

Kehren wir nun zu der Frage zurück, ob planmäßige Produktion, so wie sie in einem organisch zusammengefaßten Apparat zum Ausdruck kommt, notwendig zu einem Apparat führen muß, der sich über die Produzenten erhebt. Wir sagen: „nein!" In einer Gesellschaft, in der das Verhältnis des Produzenten zum gesellschaftlichen Produkt unmittelbar festgelegt ist, besteht diese Gefahr nicht. In jeder anderen Gesellschaft, wo dieses nicht ist, muß schließlich der Produktionsapparat zum Unterdrückungsapparat auswachsen.

Zur Assoziation der freien und gleichen Produzenten.

Die Menschheit hat sich in ihrem Produktionsapparat ein Organ geschaffen, um damit tausenderlei Bedürfnisse zu befriedigen. In ihrem Erzeugungsprozeß, dem Produktionsprozeß, verbrauchen wir unsere Arbeitskraft und unseren Produktionsapparat. Von diesem Gesichtswinkel aus ist der Produktionsprozeß ein Prozeß von Vernichtung, von Abbruch; doch durch diese Vernichtung schaffen wir fortwährend neue Formen. Was abgebrochen, wird in demselben Prozeß wiedergeboren. Maschinen, Werkzeuge, unsere Arbeitskraft werden in diesem Prozeß zugleich erneut, wieder neu produziert, reproduziert. Es ist ein andauernder Strom von Umformung der menschlichen Energien, von der einen Form in die andere. Jede besondere Form ist kristallisierte menschliche Energie, die wir an der Zeit messen können, in der sie arbeitet.

Dasselbe gilt von demjenigen Teil des Produktionsprozesses, in dem keine direkten Produkte hergestellt werden, wie z. B. Erziehung, Krankenpflege usw. Hier werden auch Produktionsmittel und Arbeitskräfte verbraucht, wobei das Produkt eben der empfangene Unterricht, Krankenpflege usw. ist. Die Verteilung geschieht direkt bei und durch die Produktion; die verbrauchten Energien fließen direkt in vollkommen neuer Form der Gesellschaft zu. Dadurch, daß wir diese Energien an der Zeit messen können, entsteht ein vollkommen exaktes Verhältnis zwischen Produzent und Produkt. Das Verhältnis von jedem individuellen Produzenten zu jedem besonderen gesellschaftlichen Produkt ist hier vollkommen durchsichtig.

Bei der Organisation der Produktion à la Neurath, Hilferding oder wie in Rußland, ist dieses Verhältnis vollkommen verschleiert.

Sie kennen es nicht und die Produzenten wissen davon sicher noch weniger. Darum muß dann von übergeordneter Stelle ein bestimmter Teil der gesellschaftlichen Produkte den Produzenten zugewiesen werden, und diese müssen voll „Vertrauen" abwarten, was sie bekommen. So vollzieht sich dann was wir in Rußland erleben. Obwohl die Produktivität steigt, obwohl die Masse der gesellschaftlichen Produkte zunimmt, bekommt der Produzent doch keinen größeren Anteil, d. h., er wird ausgebeutet.

Was soll der Produzent dagegen beginnen! Nichts? Ja, er kann aufs neue den Kampf beginnen gegen den Ausbeuter, gegen diejenigen, die die Verfügung über den Produktionsapparat in Händen haben. Man kann es damit versuchen, „bessere Führer" einzusetzen, wodurch die Ursache der Ausbeutung aber nicht aufgehoben wird. Schließlich bleibt kein anderer Weg, als die ganze Produktion so aufzubauen, daß das exakte Verhältnis von Produzent und Produkt zur Grundlage des gesellschaftlichen Produktionsprozesses wird. Hiermit ist aber dann auch die Aufgabe der Leiter und Verwalter hinsichtlich der Zuweisung des Produktes aufgehoben. Es gibt nichts mehr zuzuweisen. Der Anteil am gesellschaftlichen Produkt ist direkt bestimmt. Die Arbeitszeit dient als Maß für den individuell zu konsumierenden Teil des Produktes.

Es ist eine Machtfrage, ob es dem Proletariat bei einer kommunistischen Umwälzung gelingt, dieses Verhältnis zwischen Produzent und Produkt festzulegen. Auf dieser Basis ist planmäßige Produktion möglich. Die einzelnen Betriebe und Industrien können sich dann, horizontal und vertikal zu einem planmäßigen Ganzen verbinden, während alle Teile ihre Buchhaltung über die verbrauchte Arbeitszeit in der Form von Verschleiß an Maschinen, Grund- und Hilfsstoffen und Arbeitskraft selbst führen. Diese Zugrundelegung und Organisation der kommunistischen Produktion kann sehr wohl von den Produzenten selbst verrichtet, ja kann eben NUR durch sie gemacht werden, womit die „Assoziation freier und gleicher Produzenten" zur Notwendigkeit wird. Der Prozeß des Ineinandergreifens und Zusammenfügens wächst von unten auf, weil die Produzenten selbst die Leitung und Verwaltung in Händen haben. Jetzt ist Raum gemacht für die Initiative der Produzenten selbst, die das bewegliche Leben in seinen tausendfachen Formen „machen" können.

Das Proletariat legt das Grundverhältnis zwischen Produzent und Produkt. Dieses und nur dieses allein ist die Kernfrage der Revolution des Proletariats. Ebenso wie der leibeigene Bauer in der bürgerlichen Revolution um sein Stück Land und das volle Verfügungsrecht über die Früchte seiner Arbeit kämpfte, ebenso kämpfen die Proletarier um den Betrieb und das volle Verfügungsrecht über die Produktion, was nur möglich ist, wenn das Grundverhältnis zwischen Produ-

zent und Produkt gesellschaftlich-rechtlich festgelegt ist. Es geht hier darum, welchen Platz sich das Proletariat in der Gesellschaft erobert; ob mit der Arbeit in den Betrieben zugleich das Verfügungsrecht über die Produktion verbunden ist, oder ob das Proletariat erneut für unmündig erklärt, und Führer, Fachleute und Wissenschaftler mit dem Verfügungsrecht betraut werden sollen. Dieser Kampf wird in erster Linie ausgefochten werden gegen diejenigen, die glauben, das Proletariat nach der Revolution bevormunden zu müssen. Darum ist deren Mitarbeit erst dann am Platze, wenn das Fundament der kommunistischen Produktion gelegt ist. Auf dieser Basis wirken ihre Kräfte für die Gesellschaft, während sie anders nur zu einer neuen Herrscherkaste heranwachsen.

Die Diktatur des Proletariats hat in beiden Formen des Kommunismus vollkommen verschiedene Auswirkungen. Im Staatskommunismus unterdrückt sie alles, was der herrschenden Leitung widerstrebt, bis alle Zweige der Produktion so weit reif sind, daß sie bei der Verwaltung und Verfügung durch die obersten Spitzen eingegliedert werden können. Bei der „Assoziation freier und gleicher Produzenten" dient die Diktatur dazu, die neue Produktionsberechnung als allgemeine Grundlage der Produktion durchzuführen. Das heißt, um die Basis zu schaffen, worauf die freien Produzenten die Produktion selbst leiten und beherrschen können. Beim Staatskommunismus die Bedingungen schaffen für eine möglichst starke Unterdrückung durch den zentralen Apparat. Bei der Assoziation die Kräfte ins Leben rufen, wodurch sie selbst als Diktatur fortlaufend an Macht verliert, um sich zum Schluß überflüssig zu machen; sie (die Diktatur) arbeitet selbst an ihrem eigenen Untergang.

Ohne uns weiter mit dem Staatskommunismus zu beschäftigen, wollen wir nun vielmehr dazu übergehen, zu untersuchen, wie ein „vernünftiger" Mensch in dieser Zeit noch die „kindliche" Auffassung von Marx vertreten kann (die dieser aus den liberal-anarchistischen Strömungen seiner Zeit entlehnt haben soll [siehe H. Cunow: Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie Bd. 1, S. 309]), daß die Regelung des Wirtschaftslebens „nicht durch den Staat, sondern durch eine Verbindung der freien Assoziationen der sozialistischen Gesellschaft" zustande kommt, während die Arbeitsstunde zur Grundkategorie des ökonomischen Lebens werden soll, ja, daß diese „kindliche" Auffassung von Marx als die einzig mögliche Grundlage des Kommunismus erklärt wird. Diese Frage stellen, heißt zugleich sagen, daß diese Auffassung nicht in erster Linie hinter dem Schreibtisch geboren, sondern das Produkt des brausenden, revolutionären Lebens ist.

Soweit zu übersehen ist, waren es drei Hauptmomente, die uns das Nachplappern der „kommunistischen Oekonomen" abgewöhnten. Es war das spontane Entstehen und Arbeiten des Sowjetsystems; dann das Entmannen der Sowjets durch den russischen Staatsapparat, und zum Schluß das Auswachsen der Staatsproduktion zu einer neuen, ungekannten Form von Herrschaft über die ganze Gesellschaft. Diese Tatsachen zwangen zu näherer Untersuchung, wobei sich zeigte, daß der Staatskommunismus sowohl in der Theorie wie in der Praxis nichts mit Marxismus zu tun hat. Die Praxis des Lebens — das Sowjetsystem — stellte so die „Assoziation freier und gleicher Produzenten" von Marx in den Vordergrund, während zugleich das Leben mit seiner Kritik auf Theorie und Praxis des Staatskommunismus einsetzte.

II.

DER FORTSCHRITT IN DER PROBLEMSTELLUNG.

Die Jünger von Marx.

Ein Ueberblick über die sonst so reichhaltige Literatur des Sozialismus oder Kommunismus zeigt uns, daß über die ökonomischen Grundlagen derjenigen Gesellschaft, die den Kapitalismus ablösen soll, nur äußerst sparsam geschrieben ist. Bei Marx finden wir wohl die klassische Analyse der kapitalistischen Produktionsweise mit der Schlußfolgerung, daß die Menschheit durch die Entwicklung der Produktivkräfte vor die Wahl gestellt wird, entweder den Privatbesitz an Produktionsmitteln aufzuheben, um dann die Produktion bei gesellschaftlichem Besitz weiterzuführen, oder — in der Barbarei zu versinken. Diese wissenschaftliche Großtat brachte den Sozialismus aus dem Reich der Utopie auf den sicheren Boden der Wissenschaft. Ueber die ökonomische Gesetzmäßigkeit gibt Marx nur einige Fingerzeige, in welcher Richtung sie zu suchen ist. In dieser Beziehung sind insbesondere seine „Randglossen" wichtig. Das Nicht-weiter-gehenwollen, denn nur Fingerzeige geben, ist aber durchaus kein Mangel der Marx'schen Lehre. Denn in seiner Zeit wäre es sicher verfrüht gewesen, diese Fragen voll aufzurollen. Ein solches Beginnen hätte in Utopie enden müssen und darum warnte Marx selber davor. So wurde dieses Problem ein Kräutchen „Rührmichnichtan" und ist es zum Teil noch, trotzdem die russische Revolution beweist, daß es gerade jetzt gelöst werden muß.

Außer der allgemeinen Grundlage der neuen Produktion zeigte Marx auch die Verrechnungsmethode, welche in der neuen Gesellschaft Geltung haben wird, die wir mit der Arbeitszeitrechnung bezeichnen. Die Konsequenz der allgemeinen Grundlage war, daß der Markt und das Geld verschwinden muß und die Jünger von Marx kamen, insoweit sie sich mit den Grundlagen der kommunistischen Produktion befaßten, nicht darüber hinaus. Sie sahen den Kommunismus im Grunde nicht anders als eine Fortsetzung der Konzentration des ökonomischen Lebens, so wie wir das unter dem Kapitalismus kennen, was dann automatisch der Kommunismus bringen sollte. Ganz klar zeigt sich das bei Hilferding, der die Konsequenz einer völligen Konzentration des Kapitals in einer Hand untersucht. Er konstruiert das Bild eines Mammuttrusts und erzählt davon folgendes:

> „Die ganze kapitalistische Produktion wird bewußt geregelt von einer Instanz, die das Ausmaß der Produktion in allen Sphären bestimmt. Dann wird die Preisfestsetzung rein nominell und bedeutet nur mehr die Verteilung des Gesamtprodukts auf die Kartellmagnaten einerseits, auf die Masse aller anderen Gesellschaftsmitglieder andererseits. Der Preis ist dann nicht Resultat einer sachlichen Beziehung, die die Menschen eingegangen sind, sondern bloß rechnungsmäßige Art der Zuteilung von Sachen durch Personen an Personen. Das Geld spielt dann keine Rolle. Es kann völlig verschwinden, da es sich um Zuteilung von Sachen und nicht von Werten handelt. Mit der Anarchie der Produktion schwindet der sachliche Schein, schwindet die Wertgegenständlichkeit der Ware, schwindet also das Geld. Das Kartell verteilt das Produkt. Die sachlichen Produktionselemente sind wieder produziert worden und zu neuer Produktion verwendet. Von der Neuproduktion wird ein Teil auf die Arbeiterklasse und die Intellektuellen verteilt, der andere fällt dem Kartell zu, zu beliebiger Verwendung. Es ist die bewußt geregelte Gesellschaft in antagonistischer Form. Aber dieser Antagonismus ist Antagonismus der Verteilung. Die Verteilung selbst ist bewußt geregelt und damit die Notwendigkeit des Geldes vorüber. Das Finanzkapital in seiner Vollendung ist losgelöst von dem Nährboden, auf dem es entstanden. Die Zirkulation des Geldes ist unnötig geworden; der rastlose Umlauf des Geldes hat sein Ziel erreicht, die geregelte Gesellschaft und das perpetuum mobile der Zirkulation findet seine Ruhe."
>
> (Hilferding, Finanzkapital, S. 314.)[8]

Nach dieser Theorie gibt es eigentlich keine Probleme für die Entwicklung zum Kommunismus. Es ist ein automatischer Prozeß, den der Kapitalismus selber vollzieht. Die kapitalistische Konkurrenz führt zur Konzentration des Kapitals und damit entstehen große Knotenpunkte in der Industrie. Innerhalb eines solchen Knotenpunktes, eines Trusts z. B., welcher Transport, Bergbau, Walzwerk usw. zusammenfaßt, entsteht ein geldloser Verkehr. Die obere Leitung dirigiert einfach, welchem Betrieb neue Produktionsmittel zugeführt werden müssen, was und wieviel produziert werden soll usw. Nach dieser Theorie ist das Problem der kommunistischen Produktion im Grunde nichts anderes, als diese Konzentration weiter durchzuführen, was dann „von selbst" zum Kommunismus führt. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln wird vor allem darum

verworfen, weil es dem Zusammenschluß der Betriebe im Wege steht. Mit seiner Aufhebung kann sich der Konzentrationsprozeß erst voll entfalten und steht der Zusammenfassung des ganzen Wirtschaftslebens zum ungeheuren Mammuttrust nichts mehr im Wege, der dann von oben herab dirigiert werden soll. Damit wären dann gleich die Voraussetzungen, welche Marx für eine kommunistische Produktion stellte, in Erfüllung gegangen. Der Markt ist verschwunden, weil ein Unternehmen nichts an sich selber verkauft. Damit sind auch die Preise der Produkte fortgefallen, während die obere Leitung die Strombahn der Produkte von Betrieb zu Betrieb bestimmt, so wie sie es für nützlich und notwendig erachtet. Daß noch an jedem einzelnen Produkt gemessen werden muß, wieviel Arbeit es verkörpert, war offenbar ein Irrtum von von Marx und Engels.

Die Entwicklung der Wissenschaft, welche sich mit der kommunistischen Wirtschaft beschäftigt, zeigt also keine gerade Linie, sondern nimmt nach Marx eine andere Richtung, um erst etwa 1920 auf ihren alten Weg zurückzukehren. Es ist sicher bittere Ironie, daß gerade bürgerliche Oekonomen die Wissenschaft des Kommunismus, sei es denn auch ungewollt, ein gutes Stück vorwärts gebracht haben. Als es den Anschein hatte, daß der Untergang des Kapitalismus in greifbare Nähe gerückt war und der Kommunismus die Welt im Sturmschritt zu erobern schien, setzten Max Weber und Mises ihre Kritik auf diesen Kommunismus ein. Selbstverständlich konnte sich ihre Kritik nur auf den „Hilferding'schen Sozialismus" und russischen „Kommunismus" — was wesentlich dasselbe ist — beziehen, während auch Neurath, der durch und durch konsequente Hilferding, es entgelten mußte. Ihre Kritik gipfelte in der Beweisführung, daß eine Wirtschaft ohne Verrechnungsmethode, ohne allgemeinen Nenner, um den Wert der Produkte zu messen, unmöglich ist. Und die hatten es richtig getroffen. Große Verwirrung im „marxistischen" Lager. Auf ökonomischem Gebiet war die Unmöglichkeit des Kommunismus bewiesen, weil bei einer solchen Wirtschaft jede planmäßige Produktion aufgehört hat. Der Kommunismus, der seine Existenzberechtigung gerade aus der Anarchie der kapitalistischen Produktion beweisen wollte, zeigte sich selber noch viel weniger fähig, planmäßig arbeiten zu können. Block sagte dann auch, daß von Kommunismus keine Rede sein kann, bevor nicht gezeigt wird, was an die Stelle des „Marktmechanismus" treten soll. Kautsky ist auch erschreckt, und so kommt er zu den unsinnigsten Dingen, wie Festsetzung der Preise auf lange Zeit usw. Die Kautsky'schen Bocksprünge haben aber doch auf jeden Fall den positiven Sinn, daß damit die Notwendigkeit der Verrechnung anerkannt wird. Möge Kautsky dieses dann auch zustande kommen lassen auf der Grundlage des heutigen Geldes. Er glaubt das Geld „als Wertmaßstab für die Buchhaltung und Berechnung der Austauschbeziehungen in einer sozialistischen Gesellschaft" sowie als „Zirkulationsmittel" nicht entbehren zu können. (Kautsky, Die proletarische Revolution und ihr Programm, S. 318.)

Die vernichtende Kritik der Weber und Mises am Kommunismus, hat in Wirklichkeit das Studium der kommunistischen Oekonomie über den toten Punkt hinweggeholfen, und auf realen Boden gestellt. Sie haben die Geister wachgerufen, die sich nicht mehr beschwören lassen, denn es wird nun möglich, die Marx'schen Gedankengänge in bezug auf die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit weiter zu verfolgen.

Als Gegenpol des Staatskommunismus traten um 1910 verschiedene syndikalsitische Strömungen auf, welche die kapitalistische Produktion weiterführen wollten durch „Syndikate", „Industrieverbände" oder „Gilden". Diese sollten dann den erzielten Gewinn unter die Arbeiter verteilen, oder der Gewinn sollte einer allgemein gesellschaftlichen Kasse zufließen. Zu einer theoretischen Begründung dieser Art Kommunismus kam es nie, oder es müßte die Studie von Otto Leichter über „Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft" sein, welche 1923 in Wien erschien. Diese Studie bewegt sich auf dem Boden der Arbeitszeitrechnung und ist ohne Zweifel das Beste auf diesem Gebiet. Die Theorie der wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Produzenten-Konsumenten macht hier einen guten Schritt vorwärts. Die Probleme werden schon ziemlich rein gestellt, obwohl Leichter sie unserer Meinung nach noch nicht zu einer befriedigenden Lösung bringt. Er gibt auch an, daß vor ihm schon Mourice Bourguin die kommunistische Wirtschaft auf die Grundlage der Arbeitszeitrechnung stellte, dessen Gedankengänge nach Leichter's Erklärung fast haargenau mit seinen eigenen übereinstimmen. Außerdem anerkannten noch einige andere marxistische Oekonomen die Wichtigkeit der Berechnung der Arbeitsstunde in der kommunistischen Wirtschaft, doch nimmt keiner von allen die Produktionsmittel in diese Berechnung auf. So z. B. Varga im „Kommunismus", 2. Jahrg. 9/10, worin er einen Aufsatz über dieses Thema schreibt. Durch den genannten Fehler ist das Resultat selbstverständlich ergebnislos.

Der Fortschritt in der Problemstellung offenbart sich aber nicht nur von der ökonomischen Seite, sondern auch von der Seite der Politik. Die Oekonomen vom Fach betrachten den Kommunismus nur von dem Gesichtspunkt der Produktion und Verteilung. Das revolutionäre Proletariat hat in Wirklichkeit andere Motive. Inwieweit der Staatskommunismus ökonomisch möglich ist oder nicht, ist ihm ziemlich gleichgültig. Es verwirft ihn darum auch, weil die Praxis bewiesen hat, daß der Produktionsapparat gesellschaftlicher Besitz sein kann, während er doch weiter als Ausbeutungsapparat fungiert. So hat die russische Revolution die Problème von der politischen Seite aus gestellt.

Fragen wir, welche positiven Gedankenbilder das revolutionäre Proletariat heute in bezug auf die neue Wirtschaft hat, dann finden wir, daß die Idee der Selbstverwaltung und Leitung ziemlich ausgeprägt ist, aber daß jede nähere Andeutung, wie sie zu verwirklichen ist, fehlt. Doch fühlt jeder, daß man über diese Dinge Klarheit schaffen muß.

Der freie Kommunismus.

Das Bedürfnis nach Klarheit tritt stark zutage in der holländischen Broschüre Müller-Lehnings über „Anarcho-Syndikalismus". Er tritt der Auffassung entgegen, daß es zunächst darauf ankommt, alles zu zertrümmern, um später zu sehen, wie die Sache wieder in Ordnung kommt (S. 4). Notwendig ist ein Programm, „wie die Verwirklichung des Anarcho-Syndikalismus nach der Revolution zustande kommt" (S. 5). Es genügt nicht nur, die ökonomische Revolution zu propagieren, „aber man muß auch untersuchen, wie sie durchgeführt werden muß" (S. 6). Die Anarchisten in Rußland stellten die Selbstinitiative der Massen in den Vordergrund, „aber was diese Initiative sein mußte, was die Massen zu tun hatten, heute und morgen, das blieb alles verschwommen und wenig positiv" (S. 7). „Es erschienen wohl viele Manifeste, aber auf die Frage der täglichen Praxis konnten nur Wenige eine klare und deutliche Antwort geben" (S. 8).

„Wir dürfen sagen, daß die russische Revolution einmal und für immer die Frage gestellt hat: Was sind die praktischen und ökonomischen Grundlagen einer Gesellschaft ohne Lohnsystem. Was ist zu tun am Tage nach der Revolution? Der Anarchismus wird diese Frage beantworten müssen, er wird die Lehre ziehen müssen aus diesen letzten Jahren, wenn nicht das völlige Versagen in unwiderruflichem Bankrott auslaufen soll. Die alten anarchistischen Losungen, wieviel Wahrheit sie auch enthalten mögen, und wie oft sie auch wiederholt werden, sie lösen kein einziges der Probleme, welche das wirkliche Leben stellt. Sie lösen insbesondere kein einziges der Probleme, welche von der sozialen Revolution der Arbeiterklasse gestellt werden" (S. 10).

„Ohne diese praktischen Realitäten bleibt alle Propaganda negativ und bleiben alle Ideale Utopien. Das ist die Lehre, die der Anarchismus aus der Geschichte zu lernen hat, und die — es kann nicht genügend wiederholt werden — durch die tragische Entwicklung der russischen Revolution von neuem nachgewiesen wird" (S. 11). Die ökonomischen Organisationen haben das Ziel, Staat und Kapitalismus zu enteignen. An die Stelle der Organe von Staat und Kapitalismus müssen die

produktiven Assoziationen der Arbeiter treten, als Träger des ganzen wirtschaftlichen Lebens. Die Grundlage muß der Betrieb sein, die Betriebsorganisation muß die Keimzelle bilden für die neue ökonomische gesellschaftliche Organisation. Auf der Förderation von Industrie und Landwirtschaft muß das ganze Produktionssystem aufgebaut werden" (S. 18).

„Wer den Kapitalismus und den Staatskapitalismus nicht will, muß gegenüber diesen Realitäten im gesellschaftlichen Leben andere stellen und andere ökonomische Organisationen. Das können nur die Produzenten selbst. Und nur gemeinschaftlich in Organisationen. Gemeinschaftlich im Betrieb, gemeinschaftlich in der Industrie usw. Sie müssen sich organisieren, um durch ihre föderalistische, industrielle Organisation die Produktionsmittel zu verwalten und damit das ganze ökonomische Leben auf industrieller und föderalistischer Grundlage zu organisieren." (S. 19.)

Diese Broschüre, 1927 erschienen, ist ein wesentlicher Fortschritt unter allem, was bis jetzt auf diesem Gebiete existierte. Nicht, daß es sich in zwingenden Gedankengängen bewegt, aber auf jeden Fall ist versucht, einige Erfahrungen der russischen Revolution umzuschmieden zum Rüstzeug des kommenden Klassenkampfes. Das Bild des föderalistischen Aufbaues des wirtschaftlichen Lebens ist der ersten Periode der russischen Revolution entlehnt. Daß damit aber die Probleme in Wirklichkeit erst gestellt wurden, zeigt der Autor zur Genüge, und auch er kann kein einziges lösen.

Ein französischer Anarchist — Sebastian Faure — versuchte die Lösung zu geben. Er schrieb, 1921 erschienen, „Das universelle Glück", eine Schilderung von dem, was er unter freiem Kommunismus versteht. Dieses Buch ist insofern wichtig, weil es beweist, daß auch anarchistische Vorstellungen über die kommunistische Gesellschaft eine zentrale Beherrschung und Verfügung über die gesellschaftliche Produktion nicht ausschließen. Bei näherer Untersuchung des Faure'schen „freien Kommunismus" zeigt sich nämlich, daß dies nichts anderes als ganz gewöhnlicher Staatskommunismus ist. Zwar trägt das Buch nicht den Charakter einer wissenschaftlichen Untersuchung, sondern ist eher ein utopischer Roman, worin aus der freien Phantasie eine „freie kommunistische Gesellschaft" entsteht. Doch die Tatsache, daß im Gegensatz zu den Phrasen wie „Gleichheit für Alle" —, „freie Vereinbarung" und „beseelendes Prinzip des Auflehnens gegen den Staat und die Gewalt", ein Produktionssystem ausgemalt wird, wo das Verfügungsrecht über den Produktionsapparat nicht bei den Produzenten beruht, beweist deutlich, daß man in diesem Lager absolut keine Ahnung von den Bewegungsgesetzen eines solchen Systems hat.

Faure ist gegen die Gewalt und darum spricht er von den Hunderttausenden von Bindegliedern in der Kette des modernen Produktionsapparates. Er sagt: „Diese ganze Organisation fußt auf dem beseelenden Prinzip der freien Zusammenwirkung" (S. 213 der holländischen Uebersetzung). Nun sind wir aber der Meinung, daß dies keine Grundlage eines Produktions- und Reproduktionsprozesses sein kann. Wollen die Produzenten ihre Rechte gesichert haben, mit oder ohne beseelendes Prinzip, dann muß die ganze Organisation auf einer mehr materiellen Grundlage stehen. Die Produzenten müssen selbst in ihrem Betrieb das Verhältnis des Produzenten zum gesellschaftlichen Produkt festlegen. Sie müssen berechnen, wieviel Arbeitszeit in ihrem Produkt absorbiert ist, da ihre Arbeitszeit Maßstab ist, für ihren Anteil am gesellschaftlichen Produkt. Nur dann hängt die ganze Organisation nicht an einem in der Luft schwebenden beseelenden Prinzip, sondern ist gefestigt in ökonomischen Realitäten.

Für das gegenseitige Verhältnis der Produzenten finden wir denselben schwankenden, schwammigen Boden wieder in der „freien Vereinbarung". Auch hier keine exakte Grundlage, keine Zeitberechnung für den Produktenstrom von Betrieb zu Betrieb. Und doch . . . ohne diese materielle Grundlage bleibt auch diese „freie Vereinbarung" eine hohle Phrase. „Man sucht, probiert, faßt zusammen und versucht die Resultate der verschiedenen Methoden. Die Uebereinstimmung kristallisiert, bietet sich an und zwingt sich auf durch ihre Resultate und gewinnt" (S. 334). Faure findet diese Grundlage der Freiheit eines jeden durch Uebereinstimmung von allen sehr natürlich. „Geht es in der Natur nicht auch so? Das Beispiel der Natur ist da: klar und deutlich. Alles ist da verbunden durch freie und spontane Vereinbarung . . . Die unendlich kleinen Dinge, eine Art von Stäubchen, suchen einander, ziehen einander an, häufen sich an und formen einen Kern" (S. 334).

Dazu müssen wir bemerken, daß Beispiele der Natur entlehnt, immer sehr gefährlich sind, und gerade in diesem besonderen Fall zeigt es leider „klar und deutlich", wie völlig unzureichend die Faure'sche Methode ist. Alles ist da verbunden durch freie und spontane Vereinbarung. Wohl ist es wunderbar, wie gedankenlos der menschliche Begriff der Freiheit auf die Natur übertragen wird. Aber metaphorisch geht es mit durch. Faure übersieht hier völlig das entscheidende Moment der freien Vereinbarung in der Natur. Und das ist, daß diese freie Vereinbarung bestimmt wird von den gegenseitigen Kräften der Bundesgenossen. Wenn die Sonne und die Erde die freie Vereinbarung abschließen, daß die Erde in 365 Tagen um die Sonne laufen soll, so wird dies u. a. bestimmt von der Sonnen- und Erdenmasse. Auf dieser Grundlage wird die „freie Vereinbarung" abgeschlossen.

So geht es in der Natur allezeit. Seine Atome, oder gewisse Kräfte, kommen in gegenseitigen Zusammenhang. Die Art dieses Zusammenhanges wird bestimmt von den Kräften, über welche die Bundesgenossen verfügen. Und darum wollen wir das Beispiel aus der Natur gerne übernehmen, aber um daran zu zeigen, wie ein exaktes Verhältnis von Produzent zum Produkt da sein muß, wenn die „freie Vereinbarung" in der Gesellschaft abgeschlossen werden soll. Damit wird dann diese Vereinbarung gleich von einer Phrase zu einer Realität. Obwohl Faure sich also wahrscheinlich nie mit ökonomischen Problemen beschäftigt hat, stellt sich doch schon bald heraus, daß er ein Vertreter der Schule Neurath's, also ein „Naturalwirtschaftler" ist. Wie wir schon gesehen haben, findet diese „Schule" eine Recheneinheit für absolut überflüssig, und will sie an der Hand eines Produktionsplanes, der mit Hilfe der Statistik aufgestellt wird, produzieren.

> „Man muß also vor allem das Gesamt des Bedarfes und die Quantität jedes Bedürfnisses feststellen" (S. 215). Die Gemeinden sollen dann die Bedürfnisse nach der Einwohnerzahl dem Hauptadministrationsbüro der Nation angeben, wodurch die Beamten dort einen Ueberblick über den Gesamtbedarf der „Nation" bekommen. Dann gibt jede Kommune eine zweite Liste heraus mit der Angabe, wieviel sie produzieren kann, womit die „Hauptadministration" nun die Produktivkräfte der „Nation" kennt. Die Lösung der Sache ist sehr deutlich. Die oberen Beamten sollen jetzt feststellen, welcher Teil der Produktion auf jede Kommune fällt, und „welchen Teil der Produktion sie für sich selbst behalten können" (S. 216).

Dieser Verlauf ist genau derselbe, wie die Staatskommunisten es sich vorstellen. Unten die Masse, oben die Beamten, welche Leitung und Verwaltung von Produktion und Verteilung in den Händen haben. Damit ist die Gesellschaft nicht begründet in ökonomischen Realitäten, sondern abhängig von dem guten oder schlechten Willen bzw. der Fähigkeit bestimmter Personen; was Faure denn auch ohne weiteres selbst zugibt. Um jeden Zweifel in bezug auf das zentrale Verfügungsrecht zu nehmen, fügt er noch hinzu: „Die Hauptadministration weiß, wie groß die Gesamtproduktion und der Gesamtbedarf ist und muß darum jedem Bezirkskomitee mitteilen, über wieviel Produkt es verfügen kann, und wieviel Produktionsmittel es beschaffen muß" (S. 218). Um zu sehen, daß dies alles kein besonderer freier Kommunismus ist, stellen wir noch einmal den sozialdemokratischen Kommunismus von Hilferding daneben. Wir werden sehen, daß es beinahe wörtlich übereinstimmt: „Wie, wo, wieviel, mit welchen Mitteln aus den vorhandenen natürlichen und künstlichen Produktionsbedingungen neue Produkte hergestellt werden . . . entscheiden die kommunalen Lan-

des- oder Nationalkommissare der sozialistischen Gesllschaft, die mit allen Mitteln einer organisierten Produktions- und Konsumsstatistik die gesellschaftlichen Erfordernisse erfassen, in bewußter Voraussicht das ganze Wirtschaftsleben nach den Bedürfnissen ihrer, in ihnen bewußt vertretenen und durch sie bewußt geleiteten Gemeinschaften gestalten."

Wir stellen darum fest, daß auch in diesem „freien Kommunismus" das Verfügungsrecht über den Produktionsapparat denen zugewiesen wird, die mit den Kniffen der Statistik vertraut sind. Dabei sollten doch auch die Anarchisten soviel von der politischen Oekonomie gelernt haben, daß, wer das Verfügungsrecht über den Produktionsapparat in Händen hat, in Wirklichkeit über die Gewalt in der Gesellschaft verfügt. Diese „Hauptadministration" muß sich sich die Mittel verschaffen, um sich durchzusetzen, d. h., sie muß einen „Staat" schaffen. Das ist eins der Bewegungsgesetze des Faure'schen Systems, ob er es so meint oder nicht; auch macht es nichts aus, ob das Gericht mit der Sauce von „freien Vereinbarungen" oder mit „beseelendem Prinzip" serviert wird. Das stört die politischen und ökonomischen Gesetzmäßigkeiten nicht.

Mann kann dem Faure'schen System keinen Vorwurf daraus machen, daß es die ganze Wirtschaft zu einer Einheit zusammenschmiedet. Diese Zusammenfassung ist das Ende eines von den Produzenten-Konsumenten selbst vollzogenen Entwicklungsprozesses. Dann muß aber die Grundlage gegeben sein, daß sie dies auch selbst können. Dazu müssen sie genau Buch führen über ihren Verbrauch an Arbeitsstunden, in jeder Form, damit sie genau wissen, wieviel ihr Produkt davon verkörpert. Dann hat keine „Hauptadministration" den Anteil am gesellschaftlichen Produkt zuzuweisen, sondern durch ihre Zeitberechnung in jedem Betrieb haben die Produzenten das selbst zu bestimmen.

„Das Universelle Glück" von Faure bringt nicht den geringsten Beitrag zur Kenntnis der kommunistischen Produktion. Wenn wir näher darauf eingegangen sind, so vor allem deshalb, weil in der Kritik an einer derartigen anarchistischen Phantasie von der „freien kommunistischen Gesellschaft" deutlich demonstriert wird, welcher Fortschritt im letzten Jahrzehnt sich auf diesem Gebiet vollzogen hat. Vor 1917 war es unmöglich, den staatskommunistischen Kern aus diesem Berg von Phraseologie zu schälen. Der praktischen Schule der russischen Revolution verdanken wir vor allem dieses Wissen, denn sie hat uns gezeigt, was zentrale Verfügungsgewalt über den Produktionsapparat zu bedeuten hat.

III.

DER PRODUKTIONSPROZESS IM ALLGEMEINEN.

Die kapitalistische Reproduktion eine individuelle Funktion.

Die Menschheit schuf sich als Organ zur Befriedigung ihrer vieltausendfachen Bedürfnisse den Produktionsapparat. Der Produktionsapparat — das sind die Produktionsmittel — dient der menschlichen Gesellschaft als Werkzeug, um der Natur dasjenige abzuringen, was sie zu ihrer Existenz und Höherentwicklung benötigt. In dem Prozeß der Erzeugung, dem Produktionsprozeß, werden sowohl unsere Arbeitskraft als auch der Apparat verbraucht. So gesehen ist der Produktionsprozeß ein Prozeß der Vernichtung, des Abbruchs. Aber er ist zugleich Erzeugung. Was abgebrochen wurde, wird in demselben Prozeß wieder neugeboren; Maschinen, Werkzeuge und unsere Arbeitskraft werden verbraucht und zugleich erneuert, von neuem produziert, reproduziert. Der gesellschaftliche Produktionsprozeß verläuft wie der Lebensprozeß im menschlichen Körper. Durch Selbstvernichtung zum Selbstaufbau in fortlaufend komplizierterer Form.

> „Welches immer die gesellschaftliche Form des Produktionsprozesses ist, er muß kontinuierlich sein, oder periodisch, stets von neuem dieselben Stadien durchlaufen . . ., in seinem stätigen Zusammenhang und dem beständigen Fluß seiner Erneuerung betrachtet, ist jeder gesellschaftliche Produktionsprozeß daher auch zugleich Reproduktionsprozeß" (Marx, Kapital, Bd. I, S. 588).[9]

Für den Kommunismus hat dieser Satz eine besondere Bedeutung, weil Produktion und Reproduktion bewußt von diesem Grundsatz aus bestimmt werden, während der Prozeß beim Kapitalismus sich elementar durch den Marktmechanismus vollzieht. Die Reproduktion beruht auf der Tatsache, daß für jedes verbrauchte Stück Produkt ein neues an seine Stelle tritt, was für die kommunistische Gesellschaft bedeutet, daß sie genau Buch führen muß über alles, was in den Produktionsprozeß hineinging. Wie schwierig die-

ses auch scheint, so ist es doch ziemlich einfach, weil alles, was vernichtet wurde, in zwei Kategorien zusammengefaßt werden kann: in Produktionsmittel und Arbeitskraft.

Im Kapitalismus ist die Reproduktion eine individuelle Funktion. Jeder Kapitalist versorgt zugleich die Reproduktion. Er berechnet den Verschleiß an festen Produktionsmitteln (Maschinen, Gebäude), den Verbrauch an zirkulierenden Produktionsmitteln (Roh- und Hilfsstoffe) und die direkt verausgabte Arbeitskraft. Dann kommt noch sein weiterer Kostenaufwand und schließlich geht er mit seiner Ware zum Markt. Gelingt das Geschäft gut, dann ist für ihn damit eine Produktionsperiode erfolgreich abgelaufen. Er kauft nun neue Produktionsmittel und Arbeitskraft, und die Produktion kann aufs neue beginnen. Weil alle Kapitalisten so handeln, ist das Resultat, daß der ganze Produktionsapparat und die Arbeitskraft reproduziert wird. Die Entwicklung der Technik und damit die steigende Produktivität des Produktionsapparates zwingt den Kapitalisten auf dem Wege der Konkurrenz einen Teil seines Mehrwertes in zusätzlichem Kapital, in neuen Produktionsmitteln, im vergrößerten Produktionsapparat anzulegen. Die immer gewaltigere Entfaltung der Produktionsstätten, des „toten" sowohl wie des „lebenden" Teiles des Produktionsappparates, ist die Folge davon. Es wird also nicht nur reproduziert, was in der vergangenen Produktionsperiode vernichtet wurde, sondern es wird in kapitalistischer Terminologie akkumuliert, im Kommunismus wird es heißen: es wird auf erweiterter Grundlage reproduziert. Die Bestimmung darüber, in welchem Umfange und in welchem Betriebe dies geschehen soll, ist eine individuelle Funktion des Kapitalisten, dessen Handlungsmotive im Streben nach Profit gebunden sind.

Im Kommunismus fällt der Markt, die Umwandlung von Ware (Produkt) zu Geld fort, aber der Strom der Produkte bleibt.

> „Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteil der Gesamtarbeit existieren."
>
> (Randglossen, Elementarbücher des Kommunismus, Bd. 12, S. 24.)[10]

> „Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit der Austausch gleichwertiger ist; Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann, außer seiner Arbeit, und weil andererseits nichts in das Eigentum der Einzelnen übergehen kann, außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip, wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleichviel Arbeit in einer Form gegen gleichviel Arbeit in einer anderen umgetauscht." (siehe oben S. 25)

Also die Betriebe stellen ihr Produkt zur Verfügung der Gesellschaft, doch muß diese ihrerseits den Betrieben neue Produktionsmittel, Rohstoffe und Arbeitskräfte zuführen, in derselben Größe, wie sie in die Produktion eingingen. Ja, wenn die Produktion auf erweiterter Grundlage betrieben werden soll, müssen mehr Produkduktionsmittel usw. den Betrieben zugehen. Die diesbezügliche Entscheidung liegt aber nicht mehr in den Händen von privaten Besitzern der Produktionsmittel, sondern die Gesellschaft bestimmt die Ausbreitung der Produktion, wenn die Befriedigung des Bedarfs dieses gebietet. Müssen nun in jedem Betrieb neue Produktionsmittel zugeführt werden in derselben Größe wie diese in der Produktion verbraucht wurden, dann ist es für die Reproduktion notwendig und genügend, daß jeder Betrieb berechnet, wieviel gesellschaftliches Produkt er in verschiedenen Formen verbrauchte (auch in der Form des Arbeitsgeldes). Sie werden dann in gleicher Größe ersetzt und eine neue Arbeitsperiode kann einsetzen.

Fragen wir, inwieweit es möglich ist, den Verbrauch an Arbeitsstunden für jeden Betrieb festzustellen, dann hat die moderne Selbstkostenberechnung hierauf eine endgültige Antwort gegeben. Aus hier nicht näher zu untersuchenden Gründen war die kapitalistische Betriebsführung um 1921 gezwungen, zur Rationalisierung überzugehen, und so entstand um etwa 1922 eine ganz neue Literatur, welche die Methoden entwickelte, für jedes einzelne Verfahren, für jede einzelne Teilarbeit vollkommen exakt den Kostenpreis zu berechnen. Dieser stellt sich aus vielen Faktoren zusammen, als: Verbrauch von Produktionsmitteln, Roh- und Hilfsstoffen, Arbeitskraft, die Kosten der Betriebsführung für dieses einzelne Verfahren oder speziellen Teilarbeit, Transport, soziale Versicherung usw. Alle diese Faktoren werden in allgemeine Formeln gebracht. Allerdings beziehen sie sich auf den allgemeinen Nenner Geld, was die Betriebsleiter selbst als ein Hemmnis für eine genaue Berechnung betrachten (siehe: „Richtlinien für eine Betriebsbuchhaltung in Papierfabriken", „Allgemeine Grundsätze für Selbstkostenberechnung"). Aber nichts steht dem im Wege, sie auf eine andere Recheneinheit zu beziehen. Auch ist die Formel in ihrer heutigen Gestalt oft für eine gesellschaftliche Produktion unbrauchbar, weil verschiedene Faktoren, welche in die Kostenberechnung eingehen, z. B. Kapitalverzinsung, dann nicht mehr in Betracht kommen. Aber doch ist die Methode als solche ein bleibender Fortschritt. Auch in dieser Bezie-

hung wird die neue Gesellschaft geboren im Schoße der alten. Leichter sagt von der modernen Kostenpreisberechnung:

„Die kapitalistische Verrechnung kann, wenn sie in einer Fabrik vollkommen und reibungslos durchgeführt ist, jederzeit den Wert eines Halbfabrikates, eines in der Erzeugung begriffenen Arbeitsstückes, die Kosten jeder einzelnen Arbeitsoperation, genau ermitteln. Sie kann feststellen, in welcher von mehreren Werkstätten einer Fabrik, auf welcher von mehreren Maschinen, mit welcher von mehreren Arbeitskräften sich eine Arbeitsoperation billiger stellt; sie kann also jederzeit die Rationalität des Erzeugungsprozesses aufs höchste steigern. Dazu kommt noch eine andere Leistung der kapitalistischen Verrechnungsmethode: In jeder großen Fabrik gibt es eine Anzahl von Aufwendungen und Ausgaben, die nicht direkt ni das tauschfähige Produkt eingehen." (Gemeint sind Gehälter der Beamten, Heizung der Lokalitäten usw. Schr.) ... „Es gehört ebenfalls zu den großen Leistungen der kapitalistischen Verrechnungsmethode, diese Feinheiten in der Wirtschaftsrechnung ermöglicht zu haben."

(Leichter, S. 22/23.)

Die Formel (p + r) + a = PRD.

Darum ist es ohne weiteres möglich, an jedem Produkt auszudrücken, wieviel Arbeitsstunden seine Herstellung kostet. Sicher gibt es auch Betriebe, die kein eigentliches Produkt hervorbringen, wie die politischen und ökonomischen Räte, Krankenfürsorge, Unterricht usw.; aber doch können sie genau feststellen, wieviel Arbeitsstunden sie an Produktionsmitteln und Arbeitskraft verbrauchen, die Kosten der Reproduktion sind also auch hier genau bekannt. Fassen wir die Reproduktion kurz zusammen, dann sagen wir: Die Produktionsmittel und die Arbeitskraft sind die direkt wirkenden Faktoren der Produktion. Im Zusammenhang mit der Natur entsteht aus ihrer Zusammenarbeit die Produktenmasse in der Gebrauchsgestalt von Maschinen, Gebäuden, Lebensmitteln, Rohmaterialien usw. Diese Masse geht einerseits als ununterbrochener Strom von Betrieb zu Betrieb und andererseits geht sie auf in den individuellen Verbrauch der Konsumenten.

Jeder Betrieb sichert seine Reproduktion durch genaue Berechnung der Produktionsmittel (= p) und Arbeitskraft (= a), ausgedrückt in Arbeitsstunden. Die Produktionsformel eines jeden Betriebes lautet also:

p + a = Produkt.

Wie bekannt, umfaßt die Marx'sche Kategorie „Produktionsmittel", Maschinen, Gebäude (feste Produktionsmittel), als auch die Rohmaterialien und Hilfsstoffe (zirkulierende Produktionsmittel). Setzen wir nun für die festen Produktionsmittel die Bezeichnung p und für die zirkulierenden r, dann lautet die Formel:

(p + r) + a = Produkt.

Ersetzen wir der Deutlichkeit wegen die Buchstaben durch fiktive Zahlen, dann würde die Produktion z. B. in einer Schuhfabrik im folgenden Schema widergeben:

(p	+	r)	+	a	= Produkt oder
Maschinen usw.	+	Rohmater. usw.	+	Arbeitskraft	= 40 000 Paar Schuhe
1250 Arbstd.	+	61 250 Arbstd.	+	62 500 Arbstd.	= 125 000 Arbstd. =

im Durchschnitt 3,125 Arbstd. pro Paar.

In dieser Produktionsformel hat der Betrieb zugleich seine Reproduktionsformel, die zeigt, wieviel Arbeitsstunden gesellschaftliches Produkt dem Betrieb wieder zugeführt werden muß, um alles Verlorengegangene wieder zu erneuern.

Was für den einzelnen Betrieb geht, trifft auch zu für die ganze kommunistische Wirtschaft. Sie ist in diesem Sinne auch wieder nur die Summe aller Betriebe. Das gleiche gilt von dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt. Es ist nichts anderes als das Produkt (p + r) + a aller Betriebe. Zur Unterscheidung von der Produktionsberechnung der besonderen Betriebe benutzen wir für das Gesamtprodukt die Formel

(P + R) + A = PRD.

Ist die Summe aller verbrauchten P in den Betrieben gleich 100 Mill. Arbstd., der von R = 600 Millionen und wurden 600 Millionen Arbeitsstunden lebendige Arbeitskraft verbraucht, dann lautet das Schema für das Gesamtprodukt:

(P	+	R)	+	A	= Ges.-Produkt (PRD)
100 Millionen	+	600 Millionen		600 Millionen	= 1300 Mill. Arbstd.

Alle Betriebe zusammen entziehen nun 700 Millionen Arbeitsstunden Produkt aus der Gesamtmasse, um den sachlichen Teil des Produktionsapparates zu reproduzieren, während die Arbeiter 600 Millionen Arbeitsstunden von PRD konsumieren. Damit ist die Reproduktion aller Elemente der Produktion nach dieser Seite sichergestellt.

Betrachten wir jetzt die Reproduktion der Arbeitskraft im be- PRD zum individuellen Konsum zur Verfügung. Mehr kann und darf auch nicht konsumiert werden, weil nur für 600 Millionen Arbeitsstunden an Arbeitsgeld in den Betrieben verausgabt ist. Damit ist aber nicht gesagt, wie das Produkt unter den Arbeitern verteilt worden ist. Es ist z. B. sehr gut möglich, daß ungelernte, gelernte und intellektuelle Arbeit verschieden bezahlt wird. Die Ver-

teilung könnte z. B. so sein, daß der Ungelernte $^{3}/_{4}$ Stunden für eine geleistete Arbeitsstunde ausgezahlt erhält, der Gelernte gerade eine Stunde, der Beamte $1^{1}/_{2}$ und die Betriebsführer 3 Stunden.

Der Wertbegriff der sozialistischen Oekonomen.

Tatsächlich stehen die Herren Oekonomen auf diesem Standpunkt. Es fällt ihnen nicht ein, die Arbeit gleich zu werten, also jedem den gleichen Anteil am gesellschaftlichen Produkt zu geben. Das ist denn auch die Bedeutung der Neurathschen „Lebenslagen". Die „Ernährungsphysiologen" werden ein Existenzminimum feststellen, daß das „Einkommen" der Ungelernten vorstellt, während die anderen nach Verhältnis ihres Fleißes, ihrer Fähigkeiten und der Wichtigkeit ihrer Arbeit mehr erhalten. Rein kapitalistisch gedacht!

Diese Verschiedenheit der „Entlohnung" hält Kautsky für notwendig, weil er meint, daß doch für unangenehme, schwere Arbeit, höhere Löhne gezahlt werden müssen, als für angenehmere und leichtere. Nebenbei bemerkt ist dies auch ein Grund für ihn, um zu beweisen, daß die Arbeitszeitrechnung nicht praktisch durchführbar sei. Mit Leichter geht er soweit, die Lohnverschiedenheit selbst innerhalb eines Berufes beizubehalten, weil die individuellen Löhne mit der Routine des Facharbeiters über den Grundlohn steigen müßten. So stehen sie z. B. auf dem Standpunkt der Beibehaltung der Tarifarbeit in der kommunistischen Wirtschaft. Dagegen bemerkt Leichter zu Recht, daß dies keine Behinderung für die Arbeitszeitrechnung ist, wie auch wir aus unserem Beispiel ersehen können. Er sagt:

> „Es bleibt lediglich die rein technische, auch im Kapitalismus vorhandene Schwierigkeit bestehen, die Löhne für die einzelnen Arbeitsverrichtungen festzusetzen, aber das bedeutet keine Komplikation gegenüber der kapitalistischen Methode." (Leichter, S. 76.)

Wir stellen also fest, daß hier die verschiedene Bewertung der Arbeit, ja selbst die der individuellen Verschiedenheiten innerhalb derselben Art von Arbeit im Prinzip für richtig gehalten wird. Das besagt aber nichts anderes, als daß in einer solchen Gesellschaft der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen nicht aufgehört hat, daß die Verteilung des gesellschaftlichen Produktionsprodukts antagonistischen Charakter trägt und daß der Kampf um die Verteilung des Produkts weitergeführt wird. Dieser Kampf ist ein Kampf um die Macht und wird auch als solcher geführt werden müssen.

Sicher kann nicht deutlicher demonstriert werden, daß diese Sozialisten keine Gesellschaft denken können, in der die Millionen der Arbeiter nicht beherrscht werden. Für sie sind die Menschen einfach zu Objekten geworden. Die Menschen sind nichts mehr als Teile des Produktionsapparates, wofür die Ernährungsphysiologen berechnen sollen, wieviel Lebensmittel diesem Material zugeführt werden muß (Existenzminimum), um die Arbeitskraft neu zur Verfügung zu haben. Die Arbeiterklasse muß mit der größten Energie gegen eine solche Auffassung ankämpfen und für alle den gleichen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum fordern.

Vielleicht wird es zunächst notwendig sein, verschiedene intellektuelle Berufe noch höher zu bezahlen, daß z. B. 40 Stunden Arbeit das Anrecht gibt auf 80 oder 120 Stunden Produkt. Wir sahen schon, daß es für die Arbeitszeitrechnung kein Hindernis ist. Im Beginn der kommunistischen Ordnung kann es selbst noch eine gerechte Maßnahme sein, da z. B. Studienmaterial nicht jedermann unentgeltlich zur Verfügung steht, weil die Gesellschaft noch nicht weit genug durchorganisiert ist. Sind aber diese Dinge einmal geordnet, dann kann keine Rede mehr davon sein, den Trägern der intellektuellen Berufe einen größeren Anteil des gesellschaftlichen Produkts zu geben.

Der Grund dafür, daß die „sozialistischen" Oekonomen von der Verschiedenheit der Bewertung der Arbeitskraft nicht loskönnen, liegt u. E. nach in der Klassenlage, welche sie einnehmen. Eine gleichmäßige Verteilung des Gesamtprodukts widerspricht völlig ihrem Klassengefühl und ist daher „unmöglich". Nun ist es aber, wenn auch kein alter, so doch jedenfalls ein richtiger Grundsatz, daß die Gedankenrichtung in der Hauptsache von der Gefühlswelt gelenkt wird, und der Verstand nicht viel anderes finden wird, als der Gefühlswelt entspricht. Daraus läßt sich erklären, daß z. B. Leichter den Wertbegriff für die sachliche Produktion aufheben will, aber sich bezüglich der Arbeitskraft nicht davon freimachen kann. In der kapitalistischen Gesellschaft tritt die Arbeitskraft als Ware auf. Der vom Unternehmer bezahlte Durchschnittspreis entspricht den Reproduktionskosten, welche für die Ungelernten sich um die untere Grenze des Existenzminimums bewegen. Die Kinder der Ungelernten können im allgemeinen keinen Beruf lernen, weil sie sofort und soviel wie möglich verdienen müssen. Damit reproduzieren die Ungelernten selbst wieder die ungelernte Arbeitskraft. Für die Reproduktion der gelernten Arbeitskraft ist mehr nötig. Hier lernen die Kinder einen Beruf und damit haben die Gelernten selbst die gelernte Arbeitskraft reproduziert. Für intellektuelle Arbeit gilt dasselbe. Dieser Warencharakter der Arbeitskraft gilt bei Leichter auch für den „Sozialismus". Er sagt:

> „Indes gibt es verschiedene Qualifikationen der Arbeit, verschiedene Arbeitsintensität. Verschieden qualifizierte Arbeitskräfte brauchen zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft einen verschieden großen Aufwand. Qualifizierte Arbeiter benötigen mehr, um ihre Arbeitskraft für den nächsten Tag, für das

nächste Jahr zu reproduzieren, d. h. ihre laufenden Ausgaben sind größer. Es ist aber überhaupt mehr Aufwand notwendig, um eine qualifizierte Arbeitskraft als Ganzes, d. h. einen Menschen mit dem gleichen Bildungsgrad und den Kenntnissen wieder heranzubilden, wenn der bisherige Träger dieser Arbeitskraft nicht mehr arbeitsfähig ist. All dies muß in die verschiedenen Bewertungen der Arbeitskraft einbezogen werden." (Leichter, S. 61.)

Betrachten wir daneben die Marx'sche Analyse des Preises der Arbeitskraft unter dem Kapitalismus, dann tritt vollkommen klar hervor, daß die sogenannten „sozialistischen" Oekonomen den Wertbegriff nicht loswerden.

„Die Produktionskosten der Arbeitskraft selbst sind die Kosten, die erheischt werden, um den Arbeiter als Arbeiter zu erhalten und um ihn zum Arbeiter auszubilden."

„Je weniger Bildungszeit eine Arbeit daher erfordert, desto geringer sind die Produktionskosten des Arbeiters, umso niedriger ist der Preis seiner Arbeit, sein Arbeitslohn. In den Industriezweigen, wo fast keine Lernzeit erforderlich ist und die bloße leibliche Existenz des Arbeiters genügt, beschränken sich die zu seiner Herstellung erforderlichen Produktionskosten fast nur auf die Waren, die erforderlich sind, um ihn am arbeitsfähigen Leben zu erhalten. Der Preis seiner Arbeit wird daher durch den Preis der notwendigen Lebensmittel bestimmt sein."

„In derselben Weise müssen in die Produktionskosten der einfachen Arbeitskraft die Fortpflanzungskosten eingerechnet werden, wodurch die Arbeiter rascher instand gesetzt werden, sich zu vermehren und abgenutzte Arbeiter durch neue zu ersetzen. Der Verschleiß des Arbeiters wird also in derselben Weise in Rechnung gebracht, wie der Verschleiß der Maschinen."

„Die Produktionskosten der einfachen Arbeitskraft belaufen sich also auf die Existenz- und Fortpflanzungskosten des Arbeiters. Der Preis dieser Existenz- und Fortpflanzungskosten bildet den Arbeitslohn. Der so bestimmte Arbeitslohn heißt das Minimum des Arbeitslohnes."

(Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital.)"

Sowie die Reproduktion des sachlichen Teils des Produktionsapparates eine individuelle Funktion des Kapitalisten ist, so ist die Reproduktion der Arbeitskraft eine individuelle Funktion des Arbeiters. Aber so, wie die Reproduktion des sachlichen Teils des Produktionsapparates im Kommunismus zur gesellschaftlichen Funktion wird, so wird auch die Reproduktion

der Arbeitskraft zur gesellschaftlichen Funktion. Sie wird nicht mehr den einzelnen Individuen aufgebürdet, sondern von der Gesellschaft getragen. Der Unterricht ist nicht mehr gebunden an Papas Geldbeutel, sondern allein abhängig von Veranlagung und physischer Beschaffenheit des Kindes. Es kann dem Kommunismus nicht einfallen, den Individuen, die von der Natur mit günstigeren Erblichkeitsfaktoren oder günstigeren Fähigkeitsanlagen ausgestattet sind und dadurch die Möglichkeit haben, im vollsten Maße alle Errungenschaften der menschlichen Gesellschaft auf dem Gebiete der Kultur, Kunst und Wissenschaft in sich aufzunehmen, obendrein noch einen größeren Anteil am gesellschaftlichen Produkt auszuliefern. Die Gesellschaft gibt ihnen die Möglichkeit, ein außerordentliches Maß von Kunst und Wissen in sich aufzunehmen, aber nur, damit sie das der Gesellschaft an Kulturprodukten Entnommene in befähigter und gesteigerter Mitarbeit an den Kulturaufgaben zurückgeben können. Die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts im Kommunismus ist nicht eine einfache Reproduktion der Arbeitskraft, sondern eine Verteilung aller sachlichen und geistigen Reichtümer, die von der Gesellschaft und ihrer Technik geschaffen wurden. Was „Sozialisten à la Kautsky, Leichter, Neurath mit ihren „Lebenslagen" wollen, läuft darauf hinaus, daß sie dem niederen Arbeiter ein Existenzminimum sicherstellen, auf der Grundlage der Ernährungsphysiologie, während die höheren den Ueberfluß verzehren. Sie denken in Wirklichkeit nicht daran, die Ausbeutung aufzuheben. Auf der Grundlage des Gemeinbesitzes an Produktionsmitteln wird die Ausbeutung fortgesetzt!

Reproduktion der Arbeitskraft kann für uns nur das bedeuten, daß das gesellschaftliche Produkt gleichmäßig verteilt wird. Beim Berechnen der Produktionszeit gehen die verausgabten Arbeitsstunden in ihrer tatsächlichen Quantität ein, während jeder Arbeiter die wirkliche Zahl seiner aufgewandten Arbeitsstunden auch wieder dem gesellschaftlichen Produkt entzieht.

In dem „Lebenslagen-Sozialismus" geben die Produzenten ihre Arbeitskraft einem Großen, undefinierbaren Etwas, das man euphemistisch „Gesellschaft" nennt. Wo aber dieses Etwas in Erscheinung tritt, ist es ein den Produzenten fremdes Element, das sich über sie erhebt, ausbeutet und beherrscht. Es ist die tatsächliche Beherrschung durch den Produktionsapparat, in den die Produzenten nur als sachliche Produktionselemente aufgenommen sind.

IV.

DIE GESELLSCHAFTLICH DURCHSCHNITTLICHE PRODUKTIONSZEIT ALS GRUNDLAGE DER PRODUKTION.

Kautsky's Definition.

Die Leichter'sche Schrift hat sich besonders verdient gemacht durch Untersuchungen, welche zeigen, daß die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitsstunde bei kommunistischer Produktion als Recheneinheit restlos durchgeführt werden kann, wenn auch die wirklich verausgabte Arbeitsstunde nicht als Grundlage der Verteilung genommen wird. Bezüglich der Recheneinheit ist er seinen Amtsbrüdern, den marxistischen Oekonomen vom Fach, Neurath und Kautsky, weit voraus. Block, als bürgerlicher Oekonom, bezeichnet in seiner Schrift „Die marxistische Geldtheorie" den Versuch, das Geld im Kommunismus abschaffen zu wollen, als naiv und findet es überflüssig, noch gründlich auf die Arbeitszeitrechnung einzugehen (Seite 215). Kautsky hält die Arbeitszeitrechnung zwar theoretisch für möglich, aber nicht praktisch durchführbar, da das Geld „als Wertmaßstab für die Buchführung und Berechnung der Austauschverhältnisse in einer sozialistischen Gesellschaft" nicht entbehrt werden kann, während es auch als „Zirkulationsmittel weiter fungieren" muß. (Kautsky, Die proletarische Revolution und ihr Programm, S. 318.) Kautsky, der uns bis jetzt den kapitalistischen Wertbegriff als „historische" Kategorie (welche also mit dem Kapitalismus verschwinden muß) gezeigt hat (Kautsky, Karl Marx Oekonomische Lehren, S. 21), ist durch die bürgerliche Kritik Webers und die Praxis der russischen Revolution so in Verwirrung geraten, daß er jetzt meint, den Wertbegriff verewigen zu müssen.

Kautsky war durch die Kritik am Kommunismus, daß dieser vor allem eine Recheneinheit benötigt, aus seiner theoretischen Höhle gelockt; er konnte nun nicht mehr bei der alten allgemeinen Formel stehen bleiben, daß der „Wert" mit dem Kapitalismus verschwindet, und mußte nun hierüber klaren Wein einschenken. In der Tat, eine Recheneinheit erwies sich als notwendig. Und wenn Marx gesagt hatte, daß bei kommunistischer Wirtschaft „zunächst

das Geldkapital wegfällt", mußte die Recheneinheit, welche Engels im „Anti-Dühring" und Marx im „Kapital" und den „Randglossen" gegeben hatte, die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitsstunde näher untersucht werden. Wir wissen schon, zu welchem Resultat seine Untersuchungen führten, und nun wird es sich lohnen, nachzuprüfen, worauf die Undurchführbarkeit der Arbeitszeitrechnung bei Kautsky zurückzuführen ist.

Wir deuteten schon an, daß die landläufige Vorstellung von der Entwicklung zum Kommunismus diese war, daß der Kapitalismus durch seine Konzentration sein eigenes Grab gräbt. Hilferding untersuchte die Konsequenzen einer vollkommenen Konzentration der Betriebe mit der Annahme, daß die ganze Wirtschaft in einem Riesentrust, einem General-Kartell, organisiert ist. Innerhalb dieses gedachten Kartells gibt es keinen Markt, kein Geld, und keinen eigentlichen Preis. Die geldlose Wirtschaft wäre hier verwirklicht.

Innerhalb dieses Trusts ist die Produktion ein geschlossenes Ganze. Die Produkte wandern in dem Prozeß ihrer Fertigstellung vom Naturzustand bis zum Fertigprodukt durch die verschiedensten Betriebe hindurch. So gehen z. B. Kohle und Erz zum Hochofenbetrieb, Stahl und Eisen als dessen Produkt zur Maschinenfabrik, diese liefert wieder Maschinen an Textilfabriken, wo dann die Textilgüter als Endprodukt zum Vorschein kommen. Bei der Wanderung der Produkte von einem Betrieb zum anderen, haben Tausende und Abertausende von Arbeitern aus allen möglichen Industrien mitgearbeitet, um schließlich das Endprodukt hervorzubringen. Wieviel Arbeit enhält schließlich dieses Produkt? So lautet die Formulierung des Kautsky'schen Rätsels, und trostlos läßt er bei solch unmenschlicher Aufgabe den Kopf sinken. Ja, theoretisch muß die Lösung natürlich möglich sein! Aber praktisch? Nein, es ist unmöglich „für jedes Produkt den Betrag der Arbeit zu berechnen, den es von seinen ersten Anfängen an bis zur völligen Fertigstellung samt Transport und anderen Nebenarbeiten gekostet hat" (Prol. Rev., S. 318). „Die Schätzung der Waren nach der in ihnen enthaltenen Arbeit ist selbst mit dem ungeheuerlichsten und vollkommensten statistischen Apparat" nicht möglich (S. 321).

Jawohl, Kautsky hat vollkommen recht, daß es in dieser Weise unmöglich ist.

Leichters Definition.

Aber so eine Weise von Produzieren gibt es nur in der Phantasie Kautsky's und der „Naturalwirtschaftler", welche die Wirtschaft von einer zentralen Stelle aus beherrschen wollen. Dabei leisten sie sich noch die Ungeheuerlichkeit, daß die einzelnen Betriebe, die Teile des Ganzen, nicht jeder für sich genau buchführen sollen über den Produktionsgang in ihrem Betrieb. Die Teile von Trusts produ-

zieren aber, als wären sie im gewissen Sinne selbständig, aus dem einfachen Grunde, weil anders jede „planmäßige" Produktion aufgehört hätte. Ja, selbst in bezug auf die Rationalität des Betriebes ist dies jetzt mehr als geboten. Darum ist eine möglichst genaue Recheneinheit eine unbedingte Forderung für den geldlosen Verkehr innerhalb eines Trusts. „Es bestehen die Beziehungen zwischen den einzelnen Produktionsstätten, und diesen Bezug wird es in der Welt so lange geben, solange es Arbeitsteilung gibt und die Arbeitsteilung in diesem höheren Sinne wird es mit dem Fortschritt der Technik noch weiter entwickeln" (Leichter, S. 54). „Alle sachliche Voraussetzung der Produktion, alle halbfertigen Materialien, alle Rohstoffe, alle Hilfsmaterialien, die von anderen Produktionsstätten in die verarbeitende geliefert werden, werden ihr ja berechnet, fakturiert" (Leichter, S. 68). „Die Kartellmagnaten oder — in einer sozialistischen Wirtschaft — die Leiter der gesamten Wirtschaft, werden nicht verschiedene Betriebe mit demselben Programm nach verschiedenen Methoden und mit verschiedenen Kosten produzieren lassen. Das ist auch vielfach für schwache Unternehmer ein Anreiz, sich im Kapitalismus nolens volens von einem Riesenkonzern „schlukken" zu lassen, da sie hoffen, daß nun auch für ihren Betrieb die innerhalb des Kartells als zweckmäßigst anerkannte Organisation, die besten Fabrikationsmethoden, die tüchtigsten Beamten zur Hebung der Produktivität des Betriebes herangezogen werden. Dazu ist aber notwendig, die Ergebnisse aller Betriebe gesondert zu erfassen und so zu tun — gleichviel ob in kapitalistischer oder in sozialistischer Wirtschaft —, als ob jeder Betrieb einen eigenen Unternehmer hätte, der sich über das wirtschaftliche Ergebnis der Produktion klar werden will. Daher herrscht innerhalb des Kartells sehr strenge Berechnung, und es gehört zu der laienhaften Vorstellung vom Kapitalismus und auch vom Sozialismus, wenn man meint, daß innerhalb des Kartells Waren ohne weitere Verrechnung verschoben werden können, kurz, daß die einzelnen Konzernbetriebe nicht sehr gut zwischen „Mein" und „Dein" zu scheiden wissen" (Leichter, Seite 52—53).

Von diesem Gesichtswinkel aus gesehen, erscheint die unmöglich durchführbare Berechnung der Arbeit, welche in einem Produkt steckt, in einem ganz anderen Licht. Was Kautsky von seiner ökonomischen Zentrale aus nicht kann, festzustellen, wieviel verdinglichte Arbeitszeit ein Produkt auf seinem langen Weg von Teilarbeit im Produktionsprozeß aufgenommen hat, das können die Produzenten selbst sehr gut. Das Geheimnis ist, daß jeder Betrieb, geleitet und verwaltet von seiner „Betriebsorganisation" als selbständige Einheit auftritt, gerade wie im Kapitalismus. „Auf den ersten Blick wird man vermuten, daß jede einzelne Produktionsstätte ziemlich selbständig ist, sieht man aber näher zu, wird man den Nabelstrang ganz deutlich sehen, durch den der einzelne Betrieb mit der übrigen Wirtschaft und mit ihrer Leitung verbunden ist" (Leichter, S. 100). In der Kette von Teilarbeit hat jeder Betrieb ein Endprodukt, das als Produktionsmittel in andere Betriebe eingehen kann. Und jeder einzelne Betrieb kann sehr gut die durchschnittlich auf das Produkt verbrauchte Zeit durch ihre Produktionsformel $(p+r)+a$ berechnen. In unserem früher erwähnten Beispiel der Schuhfabrik wurden so 3,125 Arbeitsstunden auf ein Paar Schuhe als „Kostenberechnung" gefunden. Das Resultat einer solchen Betriebsberechnung ist ein Betriebsdurchschnitt, der zum Ausdruck bringt, wieviel Arbeitsstunden in einem Paar Schuhe, einer Tonne Kohle, einem Kubikmeter Gas usw. stecken.

Gegenüberstellungen.

Die Produktionsfaktoren sind vollkommen exakt (abgesehen von falschen Einschätzungen in der Anfangsperiode). Das Betriebs-Endprodukt geht, wenn es nicht Konsumartikel ist, als Produktionsmittel (p oder r) einem anderen Betrieb zu, der selbstverständlich nach derselben Produktionsformel berechnet. So erhält jeder Betrieb eine vollkommen exakte Berechnung seines Endprodukts. Daß dies nicht nur Gültigkeit für Betriebe hat, die ein Massenprodukt verfertigen, sondern auch zutrifft auf die verschiedensten Erzeugnisse einer Produktionsstätte, darf als bekannt angenommen werden, seitdem gerade dieser Zweig der „Wissenschaft der Selbstkosten" so gut ausgebaut ist. Die Arbeitszeit des letzten Endprodukts ist in Wirklichkeit nichts anderes, als der Durchschnitt des Endbetriebes, der nun durch seine gewöhnliche Berechnung $(p+r)+a$ zugleich die Gesamtsumme an Arbeitszeit von seinen ersten Anfängen an bis zur völligen Fertigstellung berechnet hat. Die Berechnung dieser Gesamtsumme baut sich aus Teilprozessen auf und liegt vollkommen in den Händen der Produzenten.

Kautsky erkennt also sehr wohl die Notwendigkeit, die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit der Produkte zu berechnen, aber er sieht keine Möglichkeit, diesen Begriff konkret zu fassen. Kein Wunder, daß er von den verschiedenen Problemen, welche sich um diese Kategorie bewegen, nichts, aber auch nicht das Geringste zu begreifen imstande ist. So läuft er sich z. B. schon fest, in der Verschiedenheit der Produktivität der Betriebe, in der Frage des Fortschrittes der Technik und beim „Preis" der Produkte. Obwohl es, nachdem wir seine prinzipiellen Fehler aufgedeckt haben, überflüssig sein mag, sich noch näher mit seinen Beschwerden zu beschäftigen, wollen wir für die konkrete Fassung der Kategorie der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit seine Betrachtungen weiter verfolgen.

Beginnen wir zunächst mit den „Preisen" der Produkte. Es sei im voraus bemerkt, daß Kautsky unbekümmert über den „Preis"

der Produkte spricht, als ob dieser im Kommunismus noch Geltung hätte. Natürlich ist er berechtigt, an seiner Terminologie festzuhalten, und zwar, weil „Preise" im „Kautsky'schen Kommunismus" fortleben. So wie dieser „Marxist" die Kategorie des Wertes verewigt, sowie unter „seinem" Kommunismus auch das Geld weiter fungieren muß, so wird auch den Preisen das ewige Leben gesichert. Doch was ist das für ein wunderlicher Kommunismus, in dem dieselben Kategorien wie im Kapitalismus Gültigkeit haben? Marx und Engels haben mit dieser Sorte kommunistischer Oekonomie nichts zu schaffen. Wir zeigten schon, wie bei ihnen Wert und Preis aufgehoben wurde in der Kategorie der gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionszeit. Darum berechnen die Produzenten, „wieviel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf" (Engels, Anti-Dühring, S. 335). Kautsky erklärt diese Berechnung aber für unmöglich. Dazu richtet er unsere Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß nicht alle Betriebe gleich produktiv), denn die tatsächlich verausgabte Zeit liegt einmal über, dann auf Seite 319 des Werkes Prol. Rev.:

p.10

> „Und welche Arbeit sollte man berechnen? Doch nicht diejenige, die jedes Produkt wirklich gekostet hat. Da würden die verschiedenen Exemplare gleicher Art verschiedene Preise aufweisen, die unter ungünstigeren Bedingungen erzeugten höhere als die anderen. Das wäre aber absurd. Sie müßten alle den gleichen Preis haben, und der wäre zu berechnen, nicht nach der wirklich aufgewendeten, sondern der gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Würde es gelingen, dies für jedes Produkt festzustellen?"

Kautsky verlangt hier mit Recht, daß die „Preise" der Produkte übereinstimmen müssen mit der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, das ist also nicht die Arbeit, welche im Betrieb tatsächlich für das Produkt verausgabt wurde (nicht alle Betriebe sind gleich produktiv), denn die tatsächlich verausgabte Zeit liegt einmal über, dann wieder unter dem Durchschnitt. Die Lösung des Problems liegt darin, daß die Produzenten selbst durch ihre Betriebsorganisationen den gesellschaftlichen Durchschnitt berechnen, und nicht Kautsky. Was seine ökonomischen Zentralen nicht können, das können die Betriebsorganisationen sehr gut, während gleichzeitig die Kategorie der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit ihre konkrete Form erhält.

Die Funktion bei Anwendung der Formel (p + r) + a.

Haben die einzelnen Betriebe die durchschnittliche Zeit für ihr Produkt, also ihren „Betriebsdurchschnitt" festgestellt, dann ist die Marx'sche Forderung des gesellschaftlichen Durchschnitts noch nicht erfüllt. Dazu müssen die gleichartigen Betriebe miteinander in Verbindung treten. So müssen in unserem Beispiel alle Schuhbetriebe aus ihren Betriebsdurchschnitten den Gesamtdurchschnitt feststellen. Kommt der eine Betrieb auf durchschnittlich drei Stunden für ein Paar Schuhe, ein anderer auf $3^1/_4$ und wieder ein anderer auf $3^1/_2$, dann könnte die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit auf $3^1/_4$ liegen (d. i. nicht genau ausgedrückt, siehe dafür die exakte Ableitung Kapitel IX dieser Studie).

Wir sehen also, daß die Forderung, die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit zu berechnen, schon direkt zu einer horizontalen Zusammenschließung der Betriebe führt, welche jetzt aber nicht vom Beamtenapparat des Staates vollzogen wird, sondern „von unten auf" aus den Betrieben wächst. Das WIE und WARUM ist für jeden Arbeiter vollkommen klar und durchsichtig, wobei die Forderung der „offenen Buchhaltung" alles unter öffentliche Kontrolle stellt.

Daß die einzelnen Betriebe zu einem verschiedenen Durchschnitt kommen, ist der Ausdruck ihrer Verschiedenheit in der Produktivität, welche ihren Grund haben kann in der besseren oder schlechteren Beschaffenheit des toten oder lebenden Teils des Produktionsapparates der einzelnen Betriebe. Inzwischen: Das „Schuhkartell" berechnet für alle Betriebe gemeinschaftlich $3^1/_4$ Stunden, wofür die Schuhe in den individuellen Konsum übergehen. Ein Betrieb, welcher unterproduktiv ist, d. h. unter der durchschnittlichen Produktivität bleibt, der mit dem besten Willen die Schuhe nicht in kürzerer Zeit als $3^1/_2$ Stunden fertigstellen kann, arbeitet notwendigerweise mit einem Manko. Er kann seine (p + r) + a für die nächste Produktionsperiode nicht reproduzieren. Dagegen gibt es aber auch Betriebe, welche überproduktiv sind, welche über die durchschnittliche Produktivität hinauskommen. Diese können nach unserem Beispiel ein Paar Schuhe in drei Stunden produzieren. Durch die Ablieferung ihres Produktes sind sie in der Lage, ihre (p + r) + a vollkommen zu reproduzieren und haben obendrein noch ein Plus. Da nun der gesellschaftliche Durchschnitt aus allen diesen Betrieben berechnet ist, müssen die Verluste und Ueberschüsse innerhalb des „Kartells" einander ausgleichen.

Es handelt sich hier also um eine Regelung innerhalb der Produktionsgruppe, die von den Betrieben selbst zustande gebracht wird. Es ist eine Regelung, die nicht auf „gegenseitiger Hilfe" beruht, sondern eine exakte Verrechnung ist. Die Produktivität eines Betriebes kann genau festgestellt werden und damit sind zugleich genau die Grenzen angegeben, in denen die Verluste und Ueberschüsse sich bewegen müssen. Die Produktivität ist also ein exakter Faktor und kann in einer Zahl, dem Produktivitätsfaktor, festgelegt werden. Dieser Faktor gibt im voraus genau an, wie groß das „Manko" oder „Plus" eines Betriebes sein kann.

Obwohl wir keine allgemeine Formel geben können, wonach die Verrechnungen innerhalb des „Kartells" verlaufen müssen, da dies mit der Art und dem Umfang der Betriebe variieren wird, so haben wir es doch in allen Fällen mit einer exakten Zahl zu tun. Die Produktivität wird nicht nur bestimmt von der Quantität des erhaltenen Produkts, sondern ist das Verhältnis zwischen Verbrauch an (p + r) + a und dem Produkt. Ist ein Betrieb unterproduktiv, dann sind seine (p + r) + a zu hoch im Verhältnis zu der Qantität des erzeugten Produktes. Also (p + r) + a ist minderwertig und der Minderwertigkeitsgrad wird durch die Abweichung vom gesellschaftlichen Durchschnitt bestimmt. Z. B.: Unser Betrieb berechnet einen Betriebsdurchschnitt von $3^1/_2$ Stunden für ein Paar Schuhe, bei einem gesellschaftlichen Durchschnitt von $3^1/_1$ Stunden. Die Produktivität steht im umgekehrten Verhältnis zu den benötigten Zeiten, was bedeutet, daß der Grad der Produktivität dieses Betriebes $3^1/_1 : 3^1/_2 = 13 : 14$ ist. Die Betriebsrechnung muß also immer auf den gesellschaftlichen Durchschnitt kommen, durch die Formel 13/14, (p + r) + a, die bei der Berechnung der Produktionszeit anzuwenden ist. Das „Kartell" restituiert somit 1/14 (p + r) + a.

Wie gesagt, ist das alles nur beispielsweise. Da die ganze Produktionsberechnung auf dem exakten Boden der Zeitberechnung steht, führen hier viele Wege zum Ziel. Wesentlich ist nur, daß so gesehen, Leitung und Verwaltung bei den Produzenten beruhen, während jeder Betrieb sich reproduzieren kann.

Der Gegensatz von gesellschaftlich durchschnittlicher Arbeitszeit und Betriebsdurchschnitt existiert also tatsächlich, findet aber seine Aufhebung im „Produktionskartell" oder „Gilde", oder wie man anders die zusammengruppierten Betriebe nennen will. Die Aufhebung des genannten Gegensatzes zerstört auch ein anderes Argument Kautsky's gegen die Arbeitszeitrechnung. Nach seinen obenstehenden Ausführungen fährt er fort:

> „Würde es gelingen, sie (die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, Schr.) für jedes Produkt festzustellen?"
>
> „Dabei bekämen wir eine doppelte Rechnung. Die Entlohnung des Arbeiters würde nach der Arbeitszeit erfolgen, die er tatsächlich aufgewendet hat. Die Berechnung des Preises der Produkte nach der zu ihrer Erzeugung gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Die Summe der gesellschaftlich aufgewendeten Arbeitsstunden sollte bei der einen wie bei der anderen Berechnung die gleiche sein. Aber das wäre fast nie der Fall."

Würde es gelingen, die gesellschaftlich notwendige Arbeit für jedes Produkt festzustellen, fragt Kautsky. Die Antwort lautet ohne jedes Bedenken: Ja!, da jeder Betrieb und jede Branche der Produktion ihre Produktionsformel (p + r) + a verwirklichen können.

Kautsky weiß nichts damit anzufangen, weil er keine Ahnung von der konkreten Fassung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit hat, was wieder seinen Grund findet in der Tatsache, daß er alle Probleme aus dem Gesichtswinkel der zentralen Leitung und Verwaltung sieht. Die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit wird aus der Gesamtproduktivität aller zugehörigen Betriebsorganisationen berechnet. Daraus ist zu ersehen, wieweit jeder Betrieb von der gesellschaftlichen Produktivität abweicht. D. h.: sein Produktivitätsfaktor wird festgestellt. Mögen die einzelnen Betriebe in ihrer Betriebsbuchführung vom gesellschaftlichen Durchschnitt abweichen, diese Abweichungen sind genau bekannt und ihre Summe ist gleich Null. Ueber die Produktionsgruppe gerechnet, verläuft die Produktion genau nach der Formel (P + R) + A gleich gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit.

Auch der Fortschritt der Technik ist bei Kautsky ein Hindernis für die Arbeitszeitrechnung. Nachdem er erklärt hat, daß es unmöglich sei, „für jedes Produkt den Betrag der Arbeit zu berechnen, den es von seinen ersten Anfängen an bis zur völligen Fertigstellung" gekostet hat, geht er weiter: „Und wäre man fertig, müßte man wieder von vorne anfangen, da sich inzwischen die technischen Verhältnisse in manchen Branchen geändert hätten."

Ja, es ist traurig! Nachdem Kaustky von seiner hohen Warte aus, wo die Drähte der Produktion zusammenlaufen, alle Teilprozesse genau beobachtet hat, berechnet er, wieviel Arbeitszeit schließlich in dem gesellschaftlichen Endprodukt enthalten ist. Das ist dann „Gott sei Dank" fertig. Aber dann kommt die teuflische Technik und wirft alle seine Berechnungen wieder über den Haufen. Welch unsinnige Vorstellung doch jemand von der Produktion haben kann. Die wirkliche Produktion ist doch so, daß jeder Betrieb ein Endprodukt hat, welches schon das Maß der Arbeitszeit in sich trägt. Beim Fortschritt der Technik oder einem anderen Zuwachs der Produktivität sinkt die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit für diesen Teilprozeß. Ist das betr. Produkt zufälligerweise Endprodukt für den individuellen Konsum, dann geht es mit reduziertem Durchschnitt in den Konsum über, und damit Schluß. Geht es aber noch als Produktionsmittel bei anderen Betrieben in die Produktion ein, dann sinkt für den beziehenden Betrieb dessen Verbrauch (p + r), d. h., die Kosten dieses Betriebes verringern sich, womit auch die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit seines Produktes sinkt. Die Schwankungen, welche dadurch innerhalb der Produktionsgruppe hervorgerufen sind, werden von einer Revidierung des Produktivitätsfaktors ausgeglichen.

Die Kautsky'schen Beschwerden gegen die Arbeitszeitrechnung fußen alle nur auf der Tatsache, daß er keine Möglichkeit sieht, der gesellschaftlich notwendigen Arbeit eine konkrete Form zu geben.

Die konkrete Form erhält sie erst durch Leitung und Verwaltung der Produktion in den Händen der Produzenten durch die ASSOZIATION FREIER UND GLEICHER PRODUZENTEN.

Aus der Praxis des revolutionären Klassenkampfes, welche das Rätesystem schuf, wurde zugleich die konkrete Fassung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit geboren.

V.

DIE GESELLSCHAFTLICH DURCHSCHNITTLICHE PRODUKTIONSZEIT ALS GRUNDLAGE DER VERTEILUNG.

Leichter's Verteilung des Produktes.

Möge Leichter auch das Verdienst zufallen, die Frage der Arbeitszeitrechnung ernsthaft angefaßt zu haben, so bringt er die verschiedenen Probleme doch nicht zu einem befriedigenden Abschluß, weil er noch völlig im Banne der kapitalistischen Betrachtungsweise bezgl. der Verteilung des gesellschaftlichen Produkts lebt. Die antagonistische Verteilung des Produkts hat selbstverständlich die Beherrschung der Produzenten zur Bedingung und das bedingt wieder die Leichter'sche zentrale Leitung und Verwaltung der Wirtschaft. Die Leichter'schen Versuche können in der Weise charakterisiert werden, daß er den Kommunismus auffaßt als eine auf der Grundlage der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit stehenden Produktion, die von oben geleitet wird. Zeigten wir schon, daß er glaubt, die Ausbeutung nicht entbehren zu können, so werden wir weiterhin sehen, wie damit notwendigerweise parallel laufen muß, daß die Produzenten jede Verfügung über den Produktionsapparat verlieren. Und dies alles entsteht, weil er die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitsstunde nicht als Grundlage der Verteilung gelten läßt.

In einer, durch Spezialisierung der Arbeit gekennzeichneten Gesellschaft, müssen die Produzenten Anweisungen auf die gesellschaftlichen Konsumgüter zum individuellen Konsum erhalten. In dieser Beziehung erfüllen die Anweisungen dieselbe Funktion wie das kapitalistische Geld. An sich ist das aber wertloses Zeug; es kann Papier, Aluminium oder auch jeder andere Stoff sein. Der Arbeiter erhält von diesen Anweisungen soviel, als mit seinen tatsächlich verausgabten Arbeitsstunden übereinstimmt. Dem Sprachgebrauch nach werden diese Anweisungen „Arbeitsgeld" genannt, obwohl es kein „Geld" im kapitalistischen Sinne ist. Ohne uns in theoretischen Betrachtungen zu verlieren, stellen wir nur fest, daß dieses Arbeitsgeld völlig auf marxistischem Boden steht.

„Hier sei noch bemerkt, daß z. B. das „Owen'sche" Arbeitsgeld ebensowenig Geld ist, wie etwa eine „Theatermarke". Das Arbeitszertifikat konstatiert nur den individuellen Anteil des Produzenten an der Gemeinarbeit und seinen individuellen Anspruch des zur Konsumtion bestimmten Teils des Gemeinproduktes."

(Das Kapital, Bd. I, Fußnote 50.)[12]

Leichter führt nun in seinen Betrachtungen auch dieses Arbeitsgeld für die Verteilung an. Er sagt:

„In Wahrheit liegt sowohl dem Bourguin'schen als dem hier dargestellten Gesellschaftsplan der Gedanke der naturalen Zuteilung der Güter im Verhältnis der von jedem einzelnen geleisteten Arbeit zugrunde. Das Arbeitsgeld ist nur eine aus wirtschaftstechnischen Gründen gewählte Form der Anweisung auf den Anteil am Nationalprodukt."

(Leichter, S. 75.)

Obwohl diese Betrachtungen von Leichter sehr unschuldig aussehen, steckt doch eine verräterische Natter im Gras, und zwar dann, wenn er spricht „von der Verteilung im Verhältnis der von jedem Einzelnen geleisteten Arbeit". Zwar steht die Produktion auf der Grundlage der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitsstunde, doch die Verteilung verläuft nach ganz anderen Prinzipien. In Wirklichkeit sollen die Produzenten für ihre Arbeitskraft Produkte zugewiesen bekommen nach einer Norm, die mit der Arbeitszeitrechnung nicht das geringste zu tun hat. Die „Ernährungsphysiologen" bestimmen, wieviel und welche Lebensmittel der Mensch zum Leben braucht und danach werden sie „eine bestimmte Stundenzahl festzusetzen haben, die gewissermaßen das Existenzminimum darstellt" (S. 64). Damit ist dann die „normale, wissenschaftlich berechnete und ausbalanzierte Lebensration" (S. 64) festgestellt. Diese ernährungsphysiologische Mindestration ist nun Grundlage der Ausbezahlung. Was hat das aber mit der Arbeitszeitrechnung in der Produktion zu tun?

Dieses Minimum ist dann für die „Ungelernten", während der „Lohn" der „Angelernten" und „Gelernten" Arbeiter durch „kollektive Vereinbarungen" etwas höher festgesetzt wird. Die kollektiven Vereinbarungen bestimmen den Grundlohn, während „der sozialistische Betriebsleiter . . . das Entgelt für die einzelnen Arbeiter festsetzt" (S. 64), nach den verschiedenen Fähigkeiten.

Es ist klar, daß die Produzenten ihren Betrieb nie als einen Teil von sich selbst empfinden können, wenn es solche Gegensätze zwischen ihnen gibt. Sie können daher nie die Verantwortung für den Gang der Produktion tragen, was Leichter denn auch sehr gut weiß. Daher sind bei ihm nicht die Produzenten selbst verantwortlich, nicht der Betrieb als Betriebsorganisation, als Ganzes, sondern verantwortlich ist der DIREKTOR. Leichter sagt, daß der „irgendwie

eingesetzte Leiter des Betriebes die persönliche Verantwortung für ihn trägt; er kann ohne weiteres entfernt werden, so wie ein kapitalistischer Betriebsleiter der nicht den an ihn gestellten Anforderungen entspricht. Er erhält dann nur das von der Gesellschaft garantierte Mindesteinkommen, falls er „arbeitslos" ist, oder er wird in einer entsprechend niedrigeren und daher schlechter dotierten Stellung verwendet. Auf diese Weise kann die sogenannte „Privatinitiative" der kapitalistischen Betriebsleiter und Direktoren und ihr Verantwortungsgefühl, das auch durch ihre persönlichen Interessen gegründet ist, ersetzt und für die sozialistische Wirtschaft erhalten werden" (S. 101). Das spricht alles für sich. Einzig ist die Leichter'sche Auffassung, daß das Existenzminimum auf ernährungsphysiologischer Grundlage als ein Damoklesschwert über den Köpfen der Produzenten schwebt.

So wird hier der organisatorische Aufbau der Produktion von der Grundlage der Verteilung bestimmt. Die Arbeiter der Betriebe kommen in unlösbaren Gegensatz zu der Betriebsleitung, und das alles, weil der Arbeiter durch seine Arbeit nicht zugleich sein Verhältnis zum gesellschaftlichen Produkt bestimmt hat.

Wenden wir uns jetzt den Preisen der Produkte zu. Obwohl man erwarten müßte, daß wenigstens hier die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit als Preis der Produkte gelten sollte, so ist dies doch keineswegs der Fall. Leichter ist in diesem Punkt sehr dunkel, aber doch zeigt sich deutlich, daß die Produkte gegen einen höheren Preis in die Gesellschaft übergehen. Er spricht z. B. von dem Gewinn, welcher aber nicht dem Betrieb, sondern der Allgemeinen Kasse zufließt. Aus diesen Gewinnen werden dann durch die allgemeine Kasse die Mittel zur Ausdehnung der Betriebe zur Verfügung gestellt. Dieser Gewinnfonds zeigt sich also als Akkumulationsfonds. Wir werden später auf die Akkumulation zurückkommen, stellen jetzt aber fest, daß die Produktionszeit bei Leichter auch nicht ihren Ausdruck findet in dem „Preis" der Produkte. Die Wahrheit ist denn auch, daß die „zentrale Leitung und Verwaltung der Produktion" die Preise feststellt. Sie führt also eine Preispolitik, um sich u. a. auch die Mittel zur Akkumulation zu beschaffen. Die zentrale Leitung, welche das Verfügungsrecht über die Produkte hat, hat es damit in der Hand, die Produzenten nach Belieben auszubeuten. Durch das Fehlen eines exakten Verhältnisses von Produzent zu Produkt, durch die Existenz einer „Preispolitik" werden die kapitalistischen Lohnverhältnisse beibehalten.

Wie wir wissen, kennt die Marx'sche Oekonomie bei kapitalistischer Produktion in bezug auf den Arbeitslohn drei Kategorien: 1. den nominalen, 2. den reellen oder wirklichen und 3. den relativen Arbeitslohn.

Der NOMINALE ARBEITSLOHN ist der GELDPREIS der Arbeitskraft. Im ernährungsphysiologischen Kommunismus ist das also so zu verstehen, wieviel Arbeitsstunden der Arbeiter für z. B. 40 tatsächliche Arbeitsstunden ausbezahlt erhält.

Der REELLE ODER WIRKLICHE ARBEITSLOHN ist das Quantum Produkt, welches für den nominalen Arbeitslohn realisiert werden kann. Obwohl der nominelle Arbeitslohn gleichbleiben kann, wird der wirkliche Arbeitslohn höher, wenn die Preise der Produkte sinken, während er sinkt, wenn die Preise steigen. Die zentrale Leitung führt bei Leichter eine „Preispolitik" selbstverständlich (!) im Interesse der Produzenten. Aber das ändert nichts daran, daß SIE in Wirklichkeit den reellen Arbeitslohn bestimmt, trotz aller „kollektiven Vereinbarungen", die sich nur auf den nominellen Lohn beziehen können. Der Produzent hat bei all dem nichts zu sagen, weil das Bestimmen der Preispolitik den Herren der „Statistik" vorbehalten ist.

Der RELATIVE ARBEITSLOHN ist das Verhältnis des reellen Lohnes zum „Unternehmergewinn". So ist es z. B. möglich, daß der reelle Lohn gleichbleibt, während doch der relative sinkt, weil der Profit größer wird. Leichter legt nun den Nachdruck auf die „Rationalisation" der Betriebe. Das ist das Anstreben größerer Produktivität, das Schaffen von fortwährendem Mehrprodukt mit derselben Arbeitskraft; m. a. W.: die für die Erzeugung der Produkte notwendige gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit sinkt fortwährend. Bei Leichter ist das sachliche Verhältnis des Produzenten zum Produkt nicht in der Produktion selbst festgelegt. Er kennt nur auf ernährungsphysiologischer Grundlage genährte Arbeitsmaschinen mit Verstand, welche mit dem Zuwachs der von ihnen geschaffenen Produktenmasse nicht noch extra Kalorien zugeführt erhalten müssen. Vielleicht erhalten auch die Arbeitsmaschinen noch etwas von dem größeren Reichtum, aber es gibt dafür nicht die geringste Sicherheit. Das Wesentliche hierbei ist, daß die Besitzer des Produktionsapparates — mit Arbeitszeitrechnung — über das mehr produzierte Produkt verfügen.

So zeigt es sich, daß die Kategorie der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit sinnlos ist, wenn wir sie nicht zugleich als Grundlage der Verteilung nehmen. Ist das Verhältnis der Produzenten zum Produkt unmittelbar in den Produkten festgelegt, dann ist kein Raum für „Preispolitik", dann fällt das Resultat jeder Verbesserung des Produktionsapparates unmittelbar allen Konsumenten automatisch zu, ohne daß jemand etwas zuweist. Daß man bei Leichter die drei kapitalistischen Lohnkategorien nachweisen kann, beweist denn auch, daß sein Produktionsplan auf Ausbeutung beruht.

Varga's Staatskommunismus als Verteilungsfaktor.

Leichter ist aber nicht der einzige, der sein Heil in der Preispolitik sucht, auch Varga macht sie zum Schwerpunkt der kommunistischen Verteilung. Nur stimmt er insofern mit seinen Amtsbrüdern Neurath, Leichter usw. nicht überein, als er im Prinzip für eine gleichmäßige Verteilung des gesellschaftlichen Produktes ist. In der Uebergangszeit wird die Ausbeutung nicht unmittelbar aufgehoben werden können, weil wir mit „einer kapitalistisch korrumpierten, in einer habgierig-egoistischen Ideologie erzogenen Arbeitergeneration" (Varga, Wirtschaftsprobleme der proletarischen Revolution, S. 42), welche sich einer gleichmäßigen Verteilung des gesellschaftlichen Produkts widersetzt, rechnen müssen. Es ist bekannt, wie die gelernten Arbeiter mit einer gewissen Geringschätzung die ungelernten betrachten, während das Rechtsgefühl den Trägern der intellektuellen Berufe, als Aerzte, Ingenieure usw. einen größeren Anteil am Gesamtprodukt zuweist, als den „gewöhnlichen" Arbeitern. Zwar hält man im allgemeinen den Unterschied heute für zu groß, aber . . . ein Ingenieur ist eben kein Müllarbeiter. Inwieweit die Arbeiterklasse diese Ideologie im Verlauf der Revolution umbildet, muß abgewartet werden. Soviel ist aber sicher, daß diese Umbildung sich nach der Revolution schnell vollziehen muß, weil eine antagonistische Verteilung des Produkts immer von neuem zu Zwistigkeiten und Reibungen innerhalb der Arbeiterklasse selbst führt.

Varga hat in der erwähnten Schrift seine Erfahrungen und theoretischen Betrachtungen bezgl. der ungarischen Räterepublik niedergelegt. Für das Studium der kommunistischen Wirtschaft ist die Geschichte Ungarns durchaus wichtig, weil hier die Theorie des Staatskommunismus zur Praxis und die Praxis zur Theorie umgeschmiedet wurde. In Ungarn wurde der Kommunismus nach den Regeln der staatskommunistischen Kunst aufgebaut und wohl unter solch günstigen Bedingungen, daß die „Umwandlung und der organisatorische Umbau in Ungarn rascher und energischer vor sich ging, als in Rußland" (Varga, S. 78). Der Aufbau vollzog sich nach der Hilferding'schen Vision des „Generalkartells" (S. 122), wo der Staat als allgemeiner Leiter und Verwalter von Produktion und Verteilung das volle Verfügungsrecht über alle Produkte hat. Das noch in „freier" kapitalistischer Wirtschaft Erzeugte wurde vom Staat aufgekauft, womit dieser tatsächlich das Gesamtprodukt beherrschte.

Bei der Verteilung machte sich zunächst die Versorgung der Betriebe mit Rohstoffen und Produktionsmitteln geltend. Dazu waren vom Obersten Oekonomischen Rat verschiedene Rohstoffzentralen eingerichtet, welche den Betrieben dann soviel Rohstoffe usw. zuwiesen, als ihnen nützlich und notwendig erschien. Diese Zentralen waren aber keinesfalls nur Verteilungsorgane, sie fungierten zugleich als politische und ökonomische Machtmittel, weil sie

mittels der Materialienversorgung die Konzentration der Produktion herbeiführen wollten. Betriebe, welche man „von oben" zum Stillstand bringen wollte, wurden einfach von der Materialienzufuhr abgeschnitten, womit dann die Belegschaft des getroffenen Betriebes aufs Pflaster flog. Es liegt auf der Hand, daß die Arbeiter sich gegen solch einen Konzentrationsprozeß, der für sie in seinen ökonomischen Konsequenzen ebenso verhängnisvoll war, als im Kapitalismus, widersetzten. Praktisch wurde ihnen beigebracht, daß die Produzenten nicht das Verfügungsrecht über den Produktionsapparat hatten. Dieses Recht beruhte bei den Staatsbeamten des Obersten Oekonomischen Rates, welcher in unlösbaren Widerspruch zu den Produzenten kam. (Siehe Varga S. 71.)

Dazu möchten wir bemerken, daß die Konzentration „von oben herab" sich wahrscheinlich schneller vollzieht, als „von unten auf", aber der Preis, den diese Beschleunigung kostet, ist das Verfügungsrecht der Produzenten über den Produktionsapparat . . . . d. h. der Kommunismus selbst.

Wir wissen schon, daß der Varga'sche Staatskommunismus kein ökonomisches Maß für die Verteilung von Rohstoffen und Produktionsmitteln kennt. Die Zuweisung der von den Betrieben für den laufenden Produktionsgang benötigten Materialien ist ausschließlich auf „Anordnung durch Personen" zurückzuführen und wird also nicht von dem sachlichen Gang der Produktion bestimmt. Damit führt die Produktion sozialpolitisch sowohl als ökonomisch zu einem Fiasko. Sozialpolitisch, weil die Produzenten in ein Abhängigkeitsverhältnis zu denen kommen, welche die Produkte zuweisen. Oekonomisch, weil bei persönlicher Verteilung die Reproduktion nicht gesichert ist. Varga ist „Güterwirtschaftler", der schließlich dem Neurath'schen Projekt des zentralen Produzent-Distribuenten, welcher ohne Recheneinheit produziert und verteilt, zusteuert. Er spricht davon, daß es zwar „vorläufig noch Geldpreise und Geldlöhne" gibt, aber diese müssen von der Güterproduktion überwunden werden. Dann gibt es aber überhaupt keinen Maßstab mehr, die Rationalisierung des Produktionsapparates zu beurteilen, womit eine planmäßige Produktion aufgehört hat, und es zugleich unmöglich geworden ist, für die nächste Produktionsperiode soviel Produkt abzusondern, als in die vergangene Periode einging.

Ueber das Chaos des Varga'schen Staatskommunismus hinweg würde die Produktion schließlich auf die feste Grundlage einer Recheneinheit, welche keine andere als die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitsstunde sein kann, gestellt werden müssen. Aber damit hat jede willkürliche persönliche Zuweisung des gesellschaftlichen Produktes aufgehört. Wenn die Betriebe ihren Verbrauch in Arbeitsstunden nach der Formel (p + r) + a berechnen, dann ist damit durch die sachliche Produktion selbst bestimmt, wieviel Produkt dem Betrieb in der Form von Produktionsmitteln und

Rohmaterialien für die nächste Arbeitsperiode zugeführt werden muß. Das persönliche Element ist damit ausgeschaltet und zugleich gesagt, daß es kein zentrales Verfügungsrecht über den Produktionsapparat gibt, weil Leitung und Verwaltung der Produktion und Verteilung in den Händen der Produzenten liegt.

Auch die Verteilung der Produkte für den individuellen Konsum geschieht bei Varga durch dieselbe „persönliche" Zuweisung. Uebrigens ist das nicht anders zu erwarten, weil Produktion und Verteilung funktionell verbunden sind. Als Ideal schwebt ihm die naturale Zuweisung ohne ökonomisches Maß vor Augen, ebenso wie für den sachlichen Produktionsprozeß. Daher stellt er für alle Konsumenten die Rationen der verschiedenen Produkte fest, welche dann in Konsumgenossenschaften bezogen werden können. „Da aber vorläufig noch Geldlöhne und Geldpreise bestehen", müssen wir uns jetzt dem Problem „der staatlichen Preisfestsetzung" (Varga, S. 147) zuwenden.

> „Wie hoch soll der Preis der staatlichen Erzeugnisse festgesetzt werden? Würden die staatlich erzeugten Güter zum Selbstkostenpreis verkauft werden, so blieben keine Einnahmen zur Erhaltung der oben erwähnten unproduktiven Bevölkerungsschichten übrig. (Gemeint werden Soldaten, Beamte, Lehrer, Arbeitslose, Kranke, Invaliden Schr.) Auch gäbe es keine Möglichkeit einer realen Akkumulation von Produktionsmitteln, welche im Proletarierstaate noch dringender nötig ist zum Zwecke der Erhöhung der Lebenshaltung der Einwohner, als im kapitalistischen. Prinzipiell müssen daher alle staatlichen Güter zum „gesellschaftlichen Selbstkostenpreis" verkauft werden. Wir verstehen darunter den Selbstkostenpreis plus einem zur Deckung der Erhaltungskosten der Nichtarbeitenden genügenden Zuschlag, plus einem Zuschlag zur Ermöglichung der realen Akkumulation. (Sperrdruck von Varga.) Anders ausgedrückt: Die Verkaufspreise müssen so festgestellt werden, daß der Staat nicht nur kein Defizit, sondern noch einen Ueberschuß zur Errichtung neuer produktiver Betriebe hat. Dies ist die prinzipielle Lösung."
>
> (Varga, S. 147.)

Die Beherrschung des Produzenten durch den Produktionsapparat.

Die Praxis der „Festsetzung der Preise" ist also diese, daß der Staat eine „Preispolitik" führt. Ohne Zweifel will Varga, daß dies eine Klassenpolitik sein soll, warum er denn auch die Produkte, welche für die Arbeiter von überwiegender Wichtigkeit sind, wie Brot und Zucker, wenig, die „Luxus"-Produkte aber hoch besteuern will. Uebrigens legt er dieser Verschiedenheit in der Besteuerung

mehr propagandistische als ökonomische Bedeutung bei, weil er schließlich ganz gut weiß, daß die ungeheuren Beträge, welche der Staat verschlingt, am Ende doch von den Massen, d. h. vom Proletariat, kommen müssen.

Diese „Klassenpolitik", so gut wie sie gemeint sein mag, offenbart die ganze Fäulnis der staatskommunistischen Verteilung. Sie demonstriert sehr deutlich, daß der Produzent mit seiner Arbeit nicht zugleich seinen Anteil am gesellschaftlichen Produkt bestimmt hat, sondern daß dieser Anteil in den höheren Regionen durch persönliche Entscheidung festgelegt wird. Damit wird der alte politische Kampf um die Regierungsposten in neuer Form fortgesetzt. Es zeigt sich ganz klar, daß, wer über die politische Macht im Staate verfügt, zugleich das Gesamt des gesellschaftlichen Produkts in seiner Gewalt hat und durch die „Preispolitik" die Verteilung beherrscht. Es ist der alte Kampf um Machtpositionen, welcher auf dem Rücken der Konsumenten geführt wird. Bemerken wir noch dazu, daß auch die Löhne durch den Obersten Oekonomischen Rat festgelegt werden (Varga, S. 75), dann ist das Bild staatskommunistischer Massenversklavung vollendet. Die zentrale Leitung der Produktion hat es vollkommen in der Hand, eine erzwungene Lohnerhöhung durch ihre Preispolitik unmittelbar nichtig zu machen. Es zeigt sich also, daß die Arbeiterklasse bei dem Aufbau des Staatskommunismus einen Produktionsapparat schafft, der sich über die Produzenten erhebt, und so zu einem Unterdrückungsapparat auswächst, der noch schwieriger zu bekämpfen ist als der Kapitalismus.

Dieses Verhältnis von Herrschern und Beherrschten findet seine Verschleierung in den demokratischen Formen der Verteilungsorganisationen. In Rußland wurde am 20. März 1919 ein Dekret erlassen, das die ganze russische Bevölkerung verpflichtete, sich in Konsumgenossenschaften zusammenzuschließen.

> „Alle diese Genossenschaften, welche innerhalb ihrer Wirkungskreise eigene Beweglichkeit haben, wurden dann zu einem organischen Ganzen zusammengeschmiedet, während die Konsumenten durch das Abhalten von Versammlungen und Kongressen den Gang der Verteilung bestimmten: Sie waren „Herr im eigenen Hause". Obwohl der Staat die stimulierende Kraft der Genossenschaftsbildung und Zusammenschließung war, wurde nach Gründung der Organisation die Verteilung des Produkts der Bevölkerung selbst überlassen."
>
> („Russische Korrespondenz", 20. Jan. 1920. Siehe Varga, Seite 126.)

Nach der „Russischen Korrespondenz" sollte diese organisatorische Arbeit des Staates schon in fünf Monaten den ungeheuren Verteilungsapparat zustande gebracht haben.

Soviel ist sicher, daß die Diktatur der Kommunistischen Partei in Rußland in dieser Beziehung eine Riesenarbeit geleistet, und ein glänzendes Beispiel gegeben hat, wie in kurzer Zeit die Konsumenten ihren Verteilungsapparat errichten können. Aber wenn schon die Konsumenten „Herr im eigenen Hause" sind, so wird die Frage, um was es im Kommunismus geht, und zwar die Bestimmung des Verhältnisses der Produzenten zum Produkt, nicht dort entschieden. Diese Entscheidung fällt in den zentralen Regierungsbüros. Die Konsumenten dürfen dann das Produkt selbständig verteilen, aber nach den von der Preispolitik bestimmten Normen.

VI.

DIE ALLGEMEIN GESELLSCHAFTLICHE ARBEIT.

Die AGA-Betriebe.

Bis jetzt haben wir nur solche Betriebe betrachtet, welche bei ihrer Produktion ein tastbares oder meßbares Produkt liefern. Wir wiesen aber schon darauf hin, daß in verschiedenen Betrieben kein eigentliches Produkt entsteht, während sie doch unentbehrlich sind für das gesellschaftliche Leben. Wir nannten z. B. die Oekonomischen und Politischen Räte, das Schulwesen, Krankenpflege usw., im allgemeinen „kulturelle und soziale" Einrichtungen. Sie erzeugen kein eigentliches Produkt. Das Resultat ihrer Tätigkeit ist, daß ihre Dienste sofort in die Gesellschaft übergehen und sich somit in der Produktion zugleich die Verteilung vollzieht. Ein anderes charakteristisches Merkmal dieser Betriebe ist, daß sie in kommunistischer Gesellschaft „umsonst" liefern, sie stehen für Jedermann zur Verfügung, soweit man sie braucht. Bei diesem Typ von Betrieben ist das „Nehmen nach Bedarf" realisiert; die Verteilung geschieht ohne ökonomisches Maß. Diesen Typ wollen wir BETRIEBE FUER ALLGEMEIN GESELLSCHAFTLICHE ARBEIT (AGA-Betriebe) oder OEFFENTLICHE BETRIEBE nennen. Im Gegensatz zu den Betrieben, welche nicht unentgeltlich arbeiten und hier PRODUKTIVE BETRIEBE genannt werden.

Es ist klar, daß diese Verschiedenheit im Typ Komplikationen in die kommunistische Rechnungslegung bringt. Produzierten alle Betriebe ein tastbares Produkt, so brauchte man über kommunistische Produktion nur noch wenig zu sagen. Man hätte nur eine richtige Verteilung der Betriebe für P, R und A zu arrangieren und die Produktion könnte glatt vonstatten gehen, während jeder „den vollen Ertrag seiner Arbeitskraft" in Arbeitsgeld im Betrieb ausbezahlt bekommt. Die Arbeitszeit ist dann das direkte Maß für den individuell zu konsumierenden Teil des gesellschaftlichen Produkts. So liegen die Dinge aber nicht. Obwohl die öffentlichen Betriebe Produktionsmittel, Rohstoffe und Lebensmittel für die diesbezgl. Arbeiter verbrauchen, schlagen sie kein neues Produkt an die Produktenmasse

zu. Alles, was die öffentlichen Betriebe verbrauchen, muß daher der Produktenmasse der produktiven Betriebe entzogen werden, d. h. aber, daß die Arbeiter nicht „den vollen Ertrag ihrer Arbeit" im Betrieb ausbezahlt bekommen, daß die Arbeitszeit nicht das direkte Maß ist, für den individuell zu konsumierenden Teil des gesellschaftlichen Produkts; die Arbeiter müssen einen Teil ihres Produktes für die öffentlichen Betriebe abgeben. Es hat den Anschein, als ob hier das exakte Verhältnis des Produzenten zu dem gesellschaftlichen Produkt durchbrochen wird, und hier liegt denn auch die Schwierigkeit, welche den Oekonomen so viele Kopfschmerzen verursacht.

Worauf es jetzt ankommt, ist, wie diese Schwierigkeit zur Lösung gebracht werden muß. Für alle Oekonomen, welche sich mit kommunistischer Oekonomie beschäftigen, ist diese Frage ein empfindlicher Punkt. Aus dieser Schwierigkeit heraus entspringt u. a. auch das Neurath'sche Projekt des zentralen Produzent-Distribuenten, indem diese Zentrale zuweist, was und wieviel jeder nach seinem „Lebensniveau" von dem gesellschaftlichen Produkt genießen soll. Andere entwickeln diesen Standpunkt nicht so konsequent und wollen das Problem durch indirekte Steuern lösen (Rußland), aber doch bleibt bei allen dasjenige, was den Produzenten zur individuellen Konsumtion zugewiesen wird, ein „Im-Dunkel-tappen". Doch ist man in einer Frage einig: Zur Lösung der Aufgabe ist zentrale Leitung und Verwaltung der Wirtschaft notwendig, während von einem exakten Verhältnis von Produzent zu Produkt gar keine Rede sein kann. Daß auch der „libertäre Kommunismus" à la Seb. Faure zu einer Wirtschaft „von oben herab" greift, findet hier seinen Grund.

Da also in der Lösung dieses Problems die wichtigsten Wurzeln des Staatskommunismus liegen, müssen wir diesen Punkt besonders beachten. Tatsächlich war die Lösung erst möglich nach der revolutionären Periode 1917—23, als die Marx'schen und auch Bakunin'schen Gedankengänge, daß „nicht der Staat, sondern eine Verbindung der freien Assoziation der sozialistischen Gesellschaft" den Kommunismus aufbaut, ihre konkrete Form kristallisierten im Rätesystem.

Leichters Preispolitik.

Der erste, der die Lösung dieses Problems näherbrachte, ist Otto Leichter, und zwar, weil er der erste war, welcher die kommunistische Wirtschaft auf den exakten Boden der „Kostenberechnung" stellte. Doch kam er nicht zu einem befriedigenden Schluß, weil auch er schließlich nicht die Kategorie der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit in Produktion und Distribution durchzuführen weiß. Leichter faßt die ganze Wirtschaft auf als ein Riesenkartell, als das „Generalkartell" Hilferdings. Die Frage ist nun, wie er die

allgemeinen Konten (was wir AGA-Dienste nennen) bekommt. Den Weg der indirekten Steuern will er nicht gehen und deshalb sieht er sich nach anderen Mitteln um. Diese findet er auch . . . aber, dabei läßt er die Kategorie der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit fallen. Während Kautsky in die größte Schwierigkeit kam, weil er den Gegensatz zwischen Betriebsdurchschnitt (Mittelwert?) und gesellschaftlichem Durchschnitt nicht zu lösen wußte, löste Leichter diese Schwierigkeit auch nicht. Aber er läßt sich dadurch doch nicht von der Arbeitszeitrechnung abbringen. Er berechnet nicht den gesellschaftlichen Durchschnitt der ganzen „Gilde", sondern der „Preis" des Produkts wird nach dem des schlechtesten oder des teuersten Betriebes festgesetzt, die anderen Betriebe arbeiten dadurch mit Gewinn, welcher der allgemeinen Kasse der Totalgesellschaft zufließt. Von diesen gewinnbringenden Betrieben sagt er:

> „Diese werden dann mit einer Differenzialrechnung oder — kapitalistisch gesprochen — mit einem Surplusprofit abschneiden, der natürlich nicht dieser Fabrik allein zukommen darf, sondern — wiederum kapitalistisch gesprochen — weggesteuert werden muß." (S. 31)

Obwohl Leichter es „das meist auf der Hand liegende" findet, den Produktenstrom längs der Bahn der „darauf verwendeten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit" (S. 38) zu führen, führt er das, wie schon gesagt, nicht durch. Er kennt die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit nicht. Wir werden sehen, daß er später versucht, dies wieder auszugleichen, doch die erste Verschleierung ist damit hineingebracht.

Inzwischen ist diese „Quelle von Einnahmen" nicht genügend, und um es zu sagen, für Leichter auch nicht prinzipiell. Bei der weiteren Untersuchung des Problems versucht er es exakt zu fassen, was ein wesentlicher Fortschritt ist, bei allem, was wir auf diesem Gebiete kennen. Erstens will er alle öffentlichen Kosten zusammenzählen und dann feststellen, wieviel Arbeitsstunden pro Jahr von allen Produzenten zusammen geleistet werden. (Daß dazu eine allgemein gesellschaftliche Buchhaltung notwendig ist, ist selbstverständlich.) So erhält er zwei Zahlen, welche in Beziehung zueinander gebracht eine Verhältniszahl ergeben. Weil die ganze Rechnung auf der Basis der Arbeitszeitrechnung steht, hat er damit eine Zahl gefunden, die angibt, wieviel Arbeitsstunden pro Kopf für öffentliche Arbeit beigetragen werden müssen. So hat er gefunden, wieviel von der direkt verausgabten Arbeitskraft in den produktiven Betrieben auf den Preis der Produkte zugeschlagen werden muß, um die allgemeinen Kosten zu decken.

> „Jede Produktionsstätte wird also mit einem jährlich bei Aufstellung der Gesamtbilanz oder — sozialistisch gesprochen — des Wirtschaftsplanes festzustellenden Satz für Generalregie der Gesamtfabrik rechnen müssen (S. 65). Die Gesamtsumme der Regien, die dadurch auf der gesamten Produktion lasten, werden zu irgendeiner Größe in Beziehung gesetzt, wahrscheinlich am besten zu der Gesamtzahl der in der Produktion und Verteilung geleisteten Arbeitsstunden, und die sich ergebende Verhältniszahl wird bei Berechnung der Gestehungskosten auf die verausgabten Lohnsummen aufgeschlagen werden, so daß in den Kostenpreis der Ware auch die Kosten der Gesellschaft eingehen. Es wäre freilich eine Ungerechtigkeit und würde fast wie eine indirekte Steuer wirken, wollte man auf alle Güter, auf die primitivsten wie auf die luxuriösesten, auf die einfachsten wie auf die kompliziertesten, auf die unbedingt erforderlichsten, wie auf die überflüssigsten den gleichen Generalunkostensatz aufschlagen. Es wird zu den wichtigsten Aufgaben des Wirtschaftsparlamentes oder der Obersten Leitung der Wirtschaft gehören, für jeden Industriezweig oder für jedes Erzeugnis den Generalregiesatz festzusetzen, immer jedoch so, daß die gesamten Unkosten der Gesellschaft hereingebracht werden. So wird man auch die Möglichkeit haben, die Preispolitik von zentralen Gesichtspunkten aus zu beeinflussen . . ." (S. 66).

Diese Auffassung von Leichter ist sehr merkwürdig. Um dem Vorwurf des Einziehens indirekter Steuern zu entgehen, will er nicht alle Mitglieder der Gesellschaft gleichmäßig die Kosten von Schulwesen, Krankenpflege, Distribution usw. tragen lassen. Offensichtlich soll auf dem größeren Einkommen ein schwererer Druck lasten, als auf dem von den Ernährungsphysiologen beglückten Arbeitern. Wir müssen aber offen aussprechen, daß eine solche Maßnahme für uns damit gerade den Charakter der indirekten Steuern erhält. Es handelt sich hier doch um die Kosten der allgemein gesellschaftlichen Einrichtungen. Warum müssen die „Reichen" hier mehr beitragen, wie die physiologisch-wissenschaftlich „Ernährten"? Spricht hier Leichter's beschwertes Gewissen für seine antagonistische Verteilung des gesellschaftlichen Produkts?

Streifen wir nun aber alles Ueberflüssige von seinen Auseinandersetzungen und fragen wir konkret: „Wie erhält Leichter die allgemeinen Kosten?", dann ergibt sich die Antwort: „Einerseits aus dem Gewinn der Betriebe und andererseits aus indirekten Steuern". Er erweckt zwar den Schein, als wollte er eine gewisse Norm auf den Preis aller Produkte setzen, aber in der Praxis wird „für jede Branche der Industrie oder für jedes Produkt" (?) ein gewisser Betrag gesetzt. Welche Produkte das sind, wird bestimmt durch die Machtverhältnisse der Leichter'schen Klassengesellschaft. Das wird bestimmt von der Kraft, welche die Arbeiter gegenüber ihrer „obersten Leitung" entwickeln können. Wir

stellen darum fest, daß Leichter das Problem nicht lösen kann. Sein „exaktes Verhältnis" gerät in der Praxis völlig in die Brüche.

Die Verteilung des Produkts.

Doch war es nicht nötig, selbst bei seiner antagonistischen Verteilung des Produkts, diesen Weg der indirekten Steuern und Preispolitik zu gehen. Das Problem wurde in der Hauptsache richtiggestellt. Die allgemeinen Kosten können nur von der direkt verausgabten Arbeitskraft getragen werden. Dieses zeigt sich sofort, wenn wir den ganzen Wirtschaftsprozeß in all seiner Einfachheit „aus der Höhe" betrachten, was auf die einfachste Formel zurückgebracht wie folgt lautet:

DIE GESELLSCHAFT SCHAFFT DURCH IHRE PRODUKTION PRODUKTE IN TAUSENDFACHER FORM, WOBEI AN DIESEN PRODUKTEN AUSGEDRÜCKT IST, WIEVIEL GESELLSCHAFTLICH DURCHSCHNITTLICHE ARBEITSSTUNDEN SIE BEI DER HERSTELLUNG AUFGENOMMEN HAT. AUS DIESER PRODUKTENMASSE ERNEUERN ZUERST DIE „PRODUKTIVEN" BETRIEBE IHRE PRODUKTIONSMITTEL UND ROHMATERIALIEN, DANN MACHEN DIE AGA-BETRIEBE DASSELBE, WÄHREND DER REST DER PRODUKTE VON ALLEN ARBEITERN KONSUMIERT WIRD. DAMIT IST DANN DAS GANZE GESELLSCHAFTLICHE PRODUKT IN DIE GESELLSCHAFT AUFGENOMMEN.

Zunächst entnehmen also die produktiven Betriebe ihren Verbrauch an p und r von der Produktenmasse. Das besagt nichts anderes, als daß alle Betriebe, jeder für sich, ihren Verbrauch an p und r berechnet und in die Kostenberechnung ihres Produkts aufgenommen haben, jetzt auch alle Materialien erneuern, und zwar in der Höhe, wie von dieser Berechnung bestimmt wird.

Stellen wir noch einmal das Produktionsschema für das Total der produktiven Betriebe zusammen, dann hätten wir:

P + R + A = Produktenmasse, oder
100 Mill. + 600 Mill. + 600 Mill. = 1300 Mill. Arbeitsstunden.

Hier hatten also alle diese Betriebe zusammen einen Verbrauch von 700 Millionen Arbeitsstunden (für P und R). Diese werden dem Total-gesellschaftlichen-Produkt entzogen, so daß noch eine Produktenmasse zurückbleibt, welche 600 Millionen Arbeitsstunden verkörpert.

Die öffentlichen Betriebe entnehmen nun dieser Produktenmasse ihre Produktionsmittel und Rohstoffe, während der Rest zur individuellen Konsumtion zurückbleibt.

Um diese Verteilung konkret fassen zu können, ist es notwendig, den Totalverbrauch der öffentlichen Betriebe zu kennen. Nennen wir

die benötigten Produktionsmittel für diese Betriebe Po, die Rohstoffe Ro und die Arbeitskraft Ao (der Index o heißt „öffentlich"), dann können wir das Total-Budget für AGA z. B. wie folgt zusammenstellen:

(Po + Ro) + Ao = „Dienste" oder
8 M + 50 M + 50 M = 108 M Arbeitsstunden.

Hiermit können wir wieder einen Schritt weitergehen. Es werden von dem 600-Mill.-Arbeitsstunden-Produkt der produktiven Betriebe also zunächst 58 Mill. entzogen für die (Po + Ro) der AGA-Betriebe, sodaß noch 542 Mill. übrig bleiben für den individuellen Konsum aller Arbeiter zusammen. Die Frage ist nun: Wieviel ist das für einen jeden Arbeiter? Um eine Antwort auf diese Frage zu geben, müssen wir feststellen, welcher Teil des Ertrages der Arbeitskraft von den öffentlichen Betrieben absorbiert wird. Damit ist dann das Problem gelöst.

In den produktiven Betrieben wurden von den Arbeitern 600 Mill. Arbeitsstunden gearbeitet und in den AGA-Betrieben 50 Mill. Das ist für alle Arbeiter zusammen 650 Mill. Es sind aber nur 542 Mill. Arbeitsstunden zur Verfügung der individuellen Konsumtion. Von dem Totalertrag der Arbeitskraft steht also nur der 542 : 650 = 0,83 Teil zur Konsumtion. Im Betrieb kann also nicht der volle Ertrag der Arbeitskraft ausbezahlt werden, sondern nur 0,83.

Die auf diese Weise erhaltene Zahl, die angibt, welcher Teil der Arbeitskraft noch in den Betrieben als Arbeitsgeld ausbezahlt werden muß, nennen wir den AUSBEZAHLUNGSFAKTOR („Faktor individueller Konsum" = FIK). In unserem Beispiel ist er 0,83, woraus hervorgeht, daß ein Arbeiter, der 40 Stunden gearbeitet hat, davon nur 0,83 × 40 = 33,2 Arbeitsstunden an Arbeitsgeld erhält als Anweisung auf gesellschaftliches Produkt zur beliebigen Auswahl.

Um das Gesagte in allgemeine Formen zu gießen, stellen wir eine Formel für den FIK zusammen. Es handelt sich um die Aufstellung von A. Davon wird abstrahiert (Po + Ro), bleibt also A − (Po + Ro). Das Restierende wird verteilt über A + Ao Arbst., woraus hervorgeht, daß für jeden Arbeiter zur Verfügung sten.:

$$\frac{A - (Po + Ro)}{A + Ao}$$

Bringen wir jetzt der Deutlichkeit halber die Buchstaben der Formel in den konkreten Zahlen unseres Beispiels und nennen wir den Ausbezahlungsfaktor FIK, dann ist:

$$FIK = \frac{600\,M. - 58\,M.}{600\,M. + 50\,M.} = \frac{542\,M.}{650\,M.} = 0{,}83.$$

Diese Berechnung ist möglich, weil alle Betriebe genau Buch führen über ihren Verbrauch an p, r und a. Die allgemein gesellschaftliche Buchhaltung, welche durch einfaches girieren den Strom der Produkte registriert, verfügt auf einfache Weise über alle Daten,

welche für die Feststellung des Ausbezahlungsfaktors notwendig sind. Es sind A, Po, Ro und Ao, und sie ergeben sich aus einer einfachen Summierung im Girokonto.

Bei diesem Gang von Produktion und Distribution wird von niemand „zugewiesen", welcher Teil des gesellschaftlichen Produkts für jeden zur Verfügung steht. Es ist keine Verteilung durch Personen, sondern diese erfolgt durch die sachliche Produktion selber. Das Verhältnis der Produzenten zum gesellschaftlichen Produkt liegt in den Dingen selbst und gerade dadurch hat keiner etwas „zuzuweisen". Das ist dann auch die Erklärung des Geheimnisses, daß ein Staatsapparat in der Wirtschaft nichts zu suchen hat. Die ganze Produktion wie Distribution stehen auf reellem Boden, weil die Produzenten und Konsumenten gerade durch dieses Verhältnis den ganzen Prozeß selbst leiten und verwalten können.

Bei verschiedenen Referaten, die wir über obiges Thema hielten, kam bei einigen Zuhörern die Furcht zum Ausdruck, daß die allgemein gesellschaftliche Buchhaltung als neues Organ der Ausbeutung auftreten könnte, weil sie mit der Feststellung des FIK beauftragt ist. Sie könnte z. B. diesen Faktor zu niedrig berechnen.

Es existiert nun aber keine Basis für Ausbeutung. Bei der kommunistischen Wirtschaft kennen wir nur B.O.'s. Welche Funktion diese auch haben mögen, sie bewegen sich alle innerhalb der Grenzen ihres Budgets. Die allgemeine Buchhaltung ist selbst auch eine B.O. (AGA-Typ) und auch sie kann sich nur innerhalb des gesetzten Rahmens bewegen. Sie kann keine Macht über den Wirtschaftsapparat ausüben, weil die materielle Grundlage den Wirtschaftsgang völlig in die Hände der ganzen Gesellschaft legt. Umgekehrt aber muß jede Wirtschaft, welche nicht auf dem exakten Verhältnis von Produzent zum Produkt beruht, bei der dieses Verhältnis durch Personen bestimmt wird, auswachsen zu einem Unterdrückungsapparat; möge dann auch der Privatbesitz an Produktionsmitteln aufgehoben sein.

Die Vergesellschaftung der Verteilung.

Bei unseren Betrachtungen über den Ausbezahlungsfaktor wollen wir noch ein Thema, das unmittelbar damit zusammenhängt, in den Gesichtskreis bringen. Es ist der Wachstumsprozeß in der Richtung des reinen Kommunismus.

Eine der meist charakteristischen Merkmale der AGA-Betriebe sahen wir in der Tatsache, daß hier das „Nehmen nach Bedürfnissen" verwesentlicht ist. Der Maßstab der Arbeitsstunde spielt hier in der Distribution also keine Rolle mehr. Mit dem Wachstum des Kommunismus wird dieser Betriebstyp mehr ausgedehnt werden, so daß auch Lebensmittelfürsorge, Personentransport, Wohnungsfürsorge usw., kurz: Die Befriedigung der allgemeinen Bedürfnisse,

auf diesen Boden zu stehen kommen. Diese Entwicklung ist ein PROZESS, der sich, soweit es sich um die technische Seite der Aufgabe handelt, schnell vollziehen kann. Je mehr die Gesellschaft in dieser Richtung wächst, je mehr Produkte nach diesem Prinzip verteilt werden, desto weniger wird die individuelle Arbeit das Maß für die individuelle Konsumtion sein. Obwohl die Arbeitszeit die Rolle spielt, das Maß für die individuelle Verteilung zu sein, wird dieses Maß im Laufe der Entwicklung vernichtet. In diesem Zusammenhang erinnern wir an das, was Marx von der Verteilung sagte: „Die Art dieser Verteilung wird wechseln mit der besonderen Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten. Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus: Der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit". Was wir in unseren Betrachtungen zeigen, ist, daß der Weg nach einer höheren Form der Verteilung klar und deutlich bestimmt ist. Während die Verteilung fortlaufend mehr vergesellschaftet wird, ist die Arbeitszeit immer nur das Maß für den noch individuell zu distribuierenden Teil des gesellschaftlichen Produkts.

Der Prozeß von der Vergesellschaftung der Verteilung vollzieht sich nicht automatisch, sondern ist gebunden an die Initiative der Arbeiter. Aber es gibt dann auch Raum dafür. Ist die Produktion so weit geordnet, daß eine gewisse Branche, welche ein Endprodukt für den individuellen Bedarf schafft, glatt verläuft, dann steht nichts im Wege, diesen Betrieb bei den öffentlichen (AGA) einzugliedern. Alle Berechnungen in diesen Betrieben bleiben doch dieselben. Hier brauchen die Arbeiter nicht zu warten, bis es den Herren Staatsangestellten paßt, bis diese Herren die Branche genügend in der Hand haben. Weil jeder Betrieb oder Komplex von Betrieben in der Rechnung eine geschlossene Einheit ist, können die Produzenten selbst die Vergesellschaftung vollziehen.

Durch die eigene Verwaltung ist die Produktion sehr beweglich, was ein unbehindertes Wachstum des Prozesses beschleunigt. So ist es z. B. auch selbstverständlich, daß das Wachsen der Vergesellschaftung an verschiedenen Orten verschieden schnell verlaufen wird, weil in dem einen Betrieb der Bedarf an kulturellen Einrichtungen sich kräftiger geltend macht, wie in dem anderen. Durch die Beweglichkeit der Produktion ist diese Differenz im Wachstum auch möglich. Wenn die Arbeiter in dem einen Bezirk z. B. noch mehrere öffentliche Lesehallen einrichten wollen, so können sie das ohne weiteres. Es kommen dann in den allgemeinen AGA-Betrieben neue Institutionen hinzu, welche eine mehr lokale Bedeutung haben, so daß die benötigten Kosten auch von dem betreffenden Bezirk getragen werden müssen. Für diesen Bezirk wird der FIK abgeändert, während doch nicht das Verhältnis des Produzenten zum

gesellschaftlichen Produkt gebrochen wird. So können die Arbeiter das Leben in seiner tausendfachen Schattierung selber gestalten.

Der Wachstumsprozeß von dem „Nehmen nach Bedürfnissen", bewegt sich in festen Grenzen und ist eine bewußte Handlung der Gesellschaft, während die Geschwindigkeit des Wachsens in der Hauptsache bestimmt wird von der Entwicklungshöhe der Verbraucher. Je schneller sie lernen, sparsam mit dem gesellschaftlichen Produkt zu wirtschaften, d. h. es nicht unnötig verbrauchen, desto schneller wird die Verteilung vergesellschaftet werden können. Für die Berechnungen in der Gesamtproduktion macht es wenig aus, ob es viele oder wenig AGA-Betriebe gibt. Sobald ein Betrieb, der früher sein Produkt gegen Arbeitsgeld in den individuellen Verbrauch gab, zum AGA-Typ übergeht, wird das Gesamtbudget für AGA größer und die Summe der durch Arbeitsgeld zu beziehenden Lebensmittel immer kleiner. Der Ausbezahlungsfaktor wird also immer kleiner in dem Maße, wie der Kommunismus wächst. Ganz verschwinden kann er wahrscheinlich nie, weil es in der Natur der Sache liegt, daß nur solche Betriebe zum AGA-Typ übergehen können, welche die allgemeinen Bedürfnisse versorgen. Die mannigfachen Bedürfnisse, welche der besonderen Eigenart der verschiedenen Menschen entspringen, werden wohl kaum in die gesellschaftliche Verteilung aufgenommen werden können. Wie dies aber auch sei, es ist nicht prinzipiell, Hauptsache ist, daß der Weg der Vergesellschaftung fest vorgezeichnet ist.

Die offiziellen „Marxisten" nennen obige Betrachtungen „reinen Utopismus", welcher mit Marx nichts zu tun habe. Wie es mit dem „Utopismus" steht, untersuchen wir in unserem Schlußwort näher. Was die diesbezügliche Auffassung von Marx betrifft, so können wir sagen, daß sie völlig mit der unseren zusammenfällt. Von der „höheren Phase" des Kommunismus, welche wir die vergesellschaftete Verteilung nannten, sagt er:

> „In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen, — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen"!
>
> (Programm-Kritiken, S. 27.)[13]

Marx meint aber auch, daß dies erst das Resultat eines Entwicklungsprozesses ist.

> „Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist, mit den Muttermalen der alten Gesellschaft; aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent — nach den Abzügen (gemeint wird, was wir unter AGA zusammenfassen, Schr.) — exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z. B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden; die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstages, sein Teil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds) und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln so viel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der anderen zurück." (Programm-Kritiken, S. 25.)[14]

Gemischte Betriebe.

Unsere Betrachtungen bezüglich des Faktors „individueller Konsum" (FIK) stehen auf der Grundlage, daß die produktiven Betriebe sich selbst vollkommen reproduzieren, während der Verbrauch der öffentlichen Betriebe von der Arbeitskraft der produktiven getragen wird. Daher standen noch A — (Po . Ro) Arbeitsstunden dem individuellen Konsum zur Verfügung. Mit einem weiteren Ausbau des Kommunismus wird die Rechnungslegung aber anders, denn es gibt viele Betriebe, welche zum Teil für den individuellen Konsum, zum Teil für die weitere Produktion arbeiten. So z. B. die Elektrizitätswerke. Beleuchtung und Erwärmung der Wohnhäuser befriedigt den individuellen Bedarf, aber das Produkt wird auch als Beleuchtung und Kraft, als Rohmaterial in die weitere Produktion aufgenommen. Ist die Gesellschaft in produktiver und sozialer Hinsicht soweit reif, daß zur unentgeltlichen individuellen Elektrizitätsbelieferung geschritten werden kann, dann ist damit ein neuer Typ von Betrieben entstanden, der teils zum produktiven, sowie auch öffentlichen Typ gehört. Diese nennen wir GEMISCHTE BETRIEBE. Je weiter die Vergesellschaftung der Verteilung wächst, desto größeren Umfang erhält dieser Typ.

Es spricht für sich, daß sich dies in der Betriebsbuchführung als auch im FIK geltend macht. Für die Rechnungslegung muß der gemischte Betriebstyp bei einer der beiden Haupttypen — produk-

tiven oder öffentlichen — eingereiht werden. Bei welchen es geschieht, ist gleichgültig. In bezug auf die Rechnungslegung kann man entweder alle gemischten Betriebe bei den produktiven einreihen, oder alle bei den öffentlichen; man kann aber auch den einen Betrieb bei dieser, den anderen bei jener Gruppe unterbringen, so wie die Umstände es erfordern. Die Rechnungslegung ist also keine Behinderung für die Beweglichkeit von Produktion und Verteilung. Betrachten wir erst den Fall, daß ein gemischter Betrieb produktiv eingereiht wird und welche Konsequenzen dies für den FIK mit sich bringt.

Unserem Elektrizitätswerk wurde früher, als voll-produktiver Betrieb für alle gelieferten Kilowattstunden im Girokonto gutgeschrieben und es konnte sich vollkommen reproduzieren. Mit dem Uebergang zur „Unentgeltlichen individuellen Belieferung" entsteht aber im Girokonto ein Manko, gerade in der Höhe des individuellen Konsums. Diejenigen Arbeitsstunden, die vom Elektrizitätswerk zur Erzeugung von Licht- und Kraftstrom für den individuellen Verbrauch benötigt werden, müssen ihm deshalb aus dem FIK zurückerstattet werden. Dieses Manko bildet eine Belastung des AGA-Budgets und drückt also FIK. Werden nun alle Mankos der gemischten Betriebe zusammengezählt, dann erhält man das allgemeine Manko, welches vom FIK ausgeglichen werden muß. Nennen wir das allgemeine Manko M, dann wird der

$$FIK = \frac{A - (Po + Ro) - M}{A + Ao}$$

Betrachten wir nun das Elektrizitätswerk als öffentlichen Betrieb. Die AGA-Betriebe haben keine Einnahmen und ihre Reproduktion lastet daher voll auf der Arbeitskraft der produktiven Betriebe. Der gemischte Betrieb erhält aber durch die Lieferung von Produktionsmitteln oder Rohstoffen an andere Betriebe einen Kredit im Girokonto. D. h., daß er sich selbst zum Teil reproduzieren kann; sein voller Verbrauch an (po + ro) + ao wird nicht der Arbeitskraft der produktiven Betriebe aufgebürdet, weil er zum Teil selber seine Produktionsmittel und Rohstoffe beschaffen kann. Nennen wir den Teil, soweit er sich selber reproduziert, K (Kredit), dann kommt als Belastung der Arbeitskraft der produktiven Betriebe nur (po + ro) + ao — k. Bezieht man das auf alle gemischten Betriebe, dann muß vom FIK bereitgestellt werden (Po + Ro) + Ao — K. Damit war dann der

$$FIK = \frac{A - (Po + Ro) + K}{A + Ao}$$

Als dritter und letzter Fall, welcher auch der tatsächliche Gang der Rechnungslegung sein wird, bleibt nun, daß der eine gemischte Betrieb rechnerisch bei den produktiven und der andere bei den öffentlichen Betrieben eingereiht wird. Die gemischt-produktiven Betriebe haben eine Forderung an das AGA-Budget in Höhe von M (Manko) Arbeitsstunden, die öffentlichen lieferten den produktiven K (Kredit) Arbeitsstunden zurück. Als Belastung des FIK bleibt also M — K. Der Faktor individueller Konsum wird damit:

$$FIK = \frac{A - (Po + Ro) - (M - K)}{A + Ao}$$

(Obige Formulierung haben wir der Einfachheit halber gewählt. Für weitere mathematische Untersuchungen der Probleme der Rechnungslegung müssen K und M in (P + R) ausgedrückt werden, was sich ohne jede Schwierigkeit durchführen läßt.)

VII.

DIE KOMMUNISTISCHE VERTEILUNG (DISTRIBUTION).

Das Verhältnis von Produzent zu Produkt.

Nach dem Vorausgegangenen können wir über die Distribution kurz sein. Worauf es ankommt ist und bleibt das exakte Verhältnis von Produzent zu Produkt. Wir haben gesehen, wie alle Oekonomen, welche sich mit dem Problem der Güterverteilung in der kommunistischen Gesellschaft beschäftigen, dieses Verhältnis nicht durch die Produktion selbst bestimmen lassen wollen, sondern es zu der zentralen Streitfrage des politischen und ökonomischen Kampfes der Konsumenten machen. D. h. aber nichts anderes, als daß der Kampf um die Staatsmacht, um die Beherrschung des Verhältnisses von Produzent zu Produkt in der Gesellschaft aufs heftigste entbrennt und seine korrumpierende Wirkung weiter fortsetzt. Hat der Produzent durch seine Arbeit direkt sein Verhältnis zum gesellschaftlichen Produkt bestimmt, dann ist eine Preispolitik völlig unmöglich. Die Bedingungen für das „Absterben" des Staates sind dann erst gegeben, dann erst können wir sagen:

> „Die Gesellschaft, die die Produktion durch die „Assoziation der freien und gleichen Produzenten" neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird, ins Museum der Altertümer, neben dem Spinnrad und die bronzene Axt. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht abgeschafft, er stirbt ab." (Fr. Engels.)[15]

Nach der Festlegung des bestimmenden Verhältnisses zwischen Produzent und Produkt, ist nur noch der Zusammenschluß der Betriebe in horizontaler und vertikaler Richtung durchzuführen, um den Produktionsprozeß so rationell wie möglich zu gestalten. Dieser Zusammenschluß ist ein Prozeß, der von den Produzenten ausgeht. Auch heute sind es die Produktionsstätten, von denen aus sich die kapitalistischen Zusammenschlüsse in der Produktion vollziehen.

Heute ist es das Profitinteresse, welches zur Aneinandergliederung der Betriebe, Fusionen, Trusts usw. oder Preisringen, Kartellen und ähnlichen Organisationen führt. Im Kommunismus, wo das Profitinteresse ausgeschaltet ist, handelt es sich darum, die Betriebe so untereinander zu verbinden, daß ein regelmäßiger Produktenstrom von Betrieb zu Betrieb, oder aber zur Kooperative fließt. Die genaue Berechnung dessen, was in die Betriebe hineingeht und herauskommt, ausgedrückt in Arbeitsstunden, sichert den glatten Gang des Durchgangsprozesses, der dann bei den Produzenten beruhen kann, ohne jede Staatseinmischung. Die Verteilung des größten Teils vom gesellschaftlichen Totalprodukt, nämlich der Produktionsmittel, die erneut in irgendeinen Betrieb eingehen, fällt ohne weiteres in den Bereich der Produzenten selbst.

Fassen wir jetzt die Verteilung der Produkte des individuellen Verbrauchs ins Auge, dann verweisen wir zunächst mit Nachdruck auf die gegenseitige Abhängigkeit von Produktion und Verteilung. So wie die zentrale Verwaltung der Wirtschaft persönliche Zuweisung bedingt, so macht die Assoziation von freien und gleichen Produzenten die Assoziation von freien und gleichen Konsumenten notwendig. So geschieht auch die Verteilung kollektiv, nämlich durch die Kooperation jeder Art. Wir zeigten schon, wie Rußland hier ein glänzendes Beispiel gab; wie die Konsumenten sich in kurzer Zeit zusammenschlossen, um das Produkt selbständig, also unabhängig vom Staat, verteilen zu können. Daß diese russische Selbständigkeit nur eine Farce ist, weil das Verhältnis von Produzent zu Produkt vorher in den höheren Regionen bestimmt war, zeigten wir schon; trotzdem ist die Form der Verteilung ein bleibender Gewinn.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, eine Schilderung von dem Zusammenschluß der Konsumgenossenschaften (Kooperativen) zu geben. Dieser wird sicher mit den örtlichen Umständen und mit der Art des zu verteilenden Produkts wechseln. Wohl aber müssen wir die allgemeinen Grundprinzipien aufzeigen, wie sie sich aus dem Charakter der gesellschaftlichen Wirtschaftsrechnung ergeben. Diese Notwendigkeit erweist sich, weil wir zeigen müssen, daß der Verteilungsprozeß selbst nicht das exakte Verhältnis von Produzent zu Produkt durchbricht.

Bei unserer Untersuchung der allgemein gesellschaftlichen Arbeit haben wir gesehen, wie dieses Verhältnis sich, unbehindert von den allgemeinen Unkosten der Gesellschaft, durchsetzt und somit der „volle Ertrag der Arbeitskraft" den Arbeitern zufließt. Damit ist aber auch zugleich gesagt, daß die Unkosten, welche die Verteilung mit sich bringt, in das allgemeine Budget für AGiA aufgenommen sein müssen. Die Verteilung des Produkts ist eine allgemeine gesellschaftliche Funktion.

Die Unkosten der Verteilung können also nicht von jeder einzelnen Konsumgenossenschaft selbst getragen werden, weil sonst

hier schließlich das exakte Verhältnis von Produzent zu Produkt unterbrochen würde. Die Verwaltung der Verteilungsorganisation müßte eine „Preispolitik" führen, um diese Unkosten zu decken und damit wäre dann wieder die persönliche Bestimmung hineingeschlüpft. Betrachten wir eine Verteilungsorganisation von der Seite, daß sie p und a verbraucht, dann ist sie also eine BETRIEBS-ORGANISATION DES AGA-TYPS. Das Produkt, oder der Dienst, welche das Ergebnis ihrer Tätigkeit ist, ist gerade die Verteilung der Produkte.

Aus dieser Charakterisierung geht direkt hervor, daß diese Organisationen an dieselben Regeln gebunden sind, wie alle AGA-Betriebe. Sie machen auch ein Budget, wieviel p + r + a sie in der kommenden Arbeitsperiode verbrauchen sollen, als auch wieviel Produkte sie verteilen. Ihr Produktionsschema lautet wie jedes andere: (p + r) + a ist Dienst (ist X Stunden Produkt zu verteilen). Innerhalb des Rahmens dieses Schemas hat die Verteilungsorganisation vollkommene Bewegungsfreiheit und ist „Herr im eigenen Hause", während auch die Verteilung das exakte Verhältnis nicht durchbricht.

Der Markt.

Haben wir die Grundlage und die Form der Verteilung angegeben, dann bleibt noch ein wichtiges Problem; es ist die Frage, ob von jedem Produkt die verlangte Quantität vorhanden ist, m. a. W.: die Produktion muß im Einklang stehen mit den Bedürfnissen der Bevölkerung. Vor allem müssen wir also die Bedürfnisse kennen und dann können die Betriebe danach harmonisch abgestimmt werden. Diese Frage ist insoweit ein wunder Punkt, als die Gegner gerade hier ihre Kritik einsetzen. Sie erklären kurz und bündig, daß der Kommunismus, der die Profitwirtschaft durch eine Bedarfswirtschaft ersetzen will, gar keine Mittel hat, diese Bedürfnisse kennenzulernen. Der Kapitalismus löst diese Frage automatisch. Sobald ein größerer Bedarf in gewissen Produkten entsteht, macht sich das auf dem Markt in einer Preissteigerung geltend. Da hier hohe Profite für die Unternehmer locken, strömt Kapital zu der Produktion dieses Artikels, womit der größere Bedarf schnell befriedigt wird. Eine Verringerung des Bedarfs hat auf die Produktion entgegengesetzte Wirkung. So tritt also der Marktmechanismus auf als Gradmesser des Bedarfs.

Es ist bekannt genug, daß dieser Mechanismus nun gerade nicht so unschuldig ist, wie er aussieht. Hier liegen eben die Ursachen der gewaltigen Produktionskrisen, welche Tausende dem Hunger preisgeben und den imperialistischen Bestrebungen, welche Millionen aufs Schlachtfeld und in den Tod trieben. Trotzdem ist der Markt (und war noch mehr) ein Gradmesser für den Bedarf im Kapitalismus. Der Kommunismus kennt keinen Markt, auch keine

Preisbildung durch Nachfrage und Angebot, und wird also ohne den hochgerühmten Mechanismus dann auskommen müssen. Der bürgerliche Kommunistenfresser Mises erntet hier auch seine Lorbeeren und beweist bei dröhnendem Händeklatschen der braven Bürger, die ökonomische Unmöglichkeit des Kommunismus. „Wo der freie Marktverkehr fehlt, gibt es keine Preisbildung, ohne Preisbildung gibt es keine „Wirtschaftsrechnung" (Mises, Die Gemeinwirtschaft, Jena 1922, S. 120).

Auch für Block ist es eine dunkle Sache:

> „Ist der individuelle Austausch aufgehoben, so ist die Produktion gesellschaftlich notwendig, also sind auch die Produkte gesellschaftlich notwendig. Ueber die Methoden, wie die gesellschaftliche Notwendigkeit erzielt und festgestellt werden soll, zerbrach sich Marx nicht weiter den Kopf. Solange nicht gezeigt werden kann, wodurch der Marktmechanismus ersetzt werden soll, ist eine Wirtschaftsrechnung in der Gemeinwirtschaft, also ein rationaler Sozialismus nicht denkbar."
>
> (Block, Die Marx'sche Geldtheorie, S. 121—122.)

Block weiß keinen Rat. Die Lösungen, welche Neurath usw. geben, erachtet er unmöglich, worin wir ihm nicht unrecht geben können. Diese Lösungen des Problems laufen alle auf dasselbe hinaus und sind angefertigt nach dem Hilferding'schen Rezept, der es lösen will „mit allen Mitteln einer organisierten Verbrauchsstatistik", was wieder ein zentrales Verfügungsrecht über das gesellschaftliche Produkt notwendig macht.

Bevor wir auf diese Frage eingehen, müssen wir die verschiedenen Charaktere der kapitalistischen und kommunistischen Verteilung ins Auge fassen. In Obenstehendem haben wir zugegeben, daß der Markt unter dem Kapitalismus ein Gradmesser für die Bedürfnisse ist. Geht man der Sache aber auf den Grund, dann zeigt sich, daß dies nur in sehr bedingtem Sinne wahr ist. Die Dinge liegen doch so, daß die Arbeitskraft eine Ware ist, mit einem bestimmten oder einem unbestimmten Marktpreis. Dieser Preis bewegt sich um das Existenzminimum des Arbeiters. Aus dem Ertrag seiner Arbeitskraft, dem Arbeitslohn, wird diese wieder hergestellt und damit Schluß. Das gesellschaftliche Produkt möge ins Unermeßliche wachsen, der Arbeiter erhält nur sein Existenzminimum. Ohne Zweifel sind seine Bedürfnisse viel größer; sie werden gerade geweckt von der großen Masse Produkt, die für ihn unerreichbar ist. Der Kapitalismus möge mit einer schönen Geste auf seinen Marktmechanismus hinweisen, der ein Gradmesser für den Bedarf sein soll; in Wahrheit kennt er die Bedürfnisse nicht, bzw. noch viel weniger, wie diejenigen, welche den Markt durch einen statistischen Apparat ersetzen wollen. Es ist für den Kapitalismus auch gar nicht nötig, den Markt zu kennen, eben weil er nicht

für den Bedarf, sondern für den Profit schafft. Der ganze famose Marktmechanismus bewegt sich für das Proletariat nur innerhalb der engen, vom Existenzminimum vorgeschriebenen Grenzen, während von einem Kennen der Bedürfnisse in kommunistischem Sinne gar keine Rede ist. Die bürgerlichen Oekonomen wissen das sehr gut. Block sagt dazu:

> „Der Preisbildungsprozeß sorgt dafür, daß nur die dringlichsten Bedürfnisse befriedigt werden, d. h. jene Bedürfnisse, für die ein Maximum an Kaufkraft angefordert wird."
>
> (Block, Die Marx'sche Geldtheorie, S. 122.)

Der Kommunismus kennt nur die gleichmäßige Verteilung des gesellschaftlichen Produkts unter alle Konsumenten. Damit hat die Arbeitskraft aufgehört, eine Ware zu sein, die einen Preis trägt. Mit dem Anwachsen des gesellschaftlichen Produkts wird der individuelle Anteil automatisch größer, wenn in jedem einzelnen Produkt das Verhältnis des Produzenten zum Produkt zum Ausdruck gebracht ist, wobei Preise dann keinen Sinn mehr haben. Die Feststellung der Arbeitsstunde als Recheneinheit hat nur den Sinn, die Reproduktion des sachlichen Teils des Produktionsapparates sicherzustellen und die Verteilung der Konsumgüter zu ordnen.

Nach diesen Bemerkungen über kapitalistische und kommunistische Verteilung des Produkts wird es klar, daß ein Markt, wo Preise gebildet werden, und wo der Bedarf zum Ausdruck kommen soll, im Kommunismus tatsächlich fehlt. Der Kommunismus wird erst die Organe, durch die die Wünsche und Forderungen der Konsumenten hervortreten, schaffen müssen. Was der Kapitalismus nicht kennt, die Bedürfnisse der Arbeiter, wird für den Kommunismus Richtlinie der Produktion.

Fragt also Block, wodurch der Marktmechanismus ersetzt wird, dann sagen wir, er wird überhaupt nicht ersetzt. Der Kommunismus errichtet erst in den Verteilungsorganisationen die Organe, welche die individuellen Wünsche zu kollektivem Ausdruck bringen.

Die Verbindung und das Zusammenarbeiten der Verteilungsorganisationen mit den produzierenden Betrieben ist eine Frage, die nur vom fließenden Leben gelöst werden kann. Die Initiative der Produzenten und Konsumenten findet hier ihre volle Entfaltung. Sowie die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, so hat das hier den Sinn, daß der ganze organisatorische Anschluß der Produktion an die den wirklichen Bedarf zum Ausdruck bringenden Verteilungsorganisationen das Werk der Produzenten-Konsumenten selbst sein wird.

Die Oekonomen, welche der Ansicht sind, den Marktmechanismus nicht entbehren zu können, weisen fortwährend darauf hin, daß es unmöglich ist, den Bedarf zu kennen, wenn der Markt wegfällt.

Dieser Bedarf ist der launenhafte Faktor, welcher sich ziemlich plötzlich ändern kann, weil die Grillenhaftigkeit des Menschen sich auch in der Grillenhaftigkeit seiner Bedürfnisse offenbart. So kann ziemlich plötzlich ein neuer Bedarf in den Vordergrund treten oder ein anderer ziemlich plötzlich verschwinden. Die Bocksprünge auf dem Gebiete der „Mode" geben davon lehrreiche Beispiele. Der Markt nun gibt dem Produktionsapparat die Möglichkeit, allen diesen Wendungen zu folgen und dementsprechend den Bedarf zu befriedigen.

Die genannten Kritiker haben ein starkes Argument gegen den Kommunismus, wenn sie darauf verweisen, daß er das Lebendige im Leben zum Erstarren bringe. Und sie haben recht, wenn sie gegen den Kommunismus der gebräuchlichen Auffassung polemisieren, der den Bedarf zusammenfassen will „mit allen Mitteln einer organisierten Verbraucherstatistik" und der gekennzeichnet ist durch zentrale Verfügung über Produktion und Verteilung. In der Tat läßt sich das fließende Leben nicht statistisch fassen und hat es seinen Reichtum eben in seiner Wechselfälligkeit. Bedürfnisse statistisch fassen zu wollen, ist vollkommen sinnlos. Statistiken reichen nicht über das sehr Allgemeine hinaus, mit dem Besonderen können sie nicht fertig werden. Darum dürfen wir sagen, daß eine Produktion nach Verbrauchsstatistiken keine Produktion für den Bedarf ist, sondern eine Produktion nach gewissen Normen, welche die zentrale Leitung entsprechend den Anweisungen der Ernährungsphysiologen für die Gesellschaft vorschreibt. Die Einwände unserer Kritiker verfliegen als Spreu vom Winde, wenn Produktion und Verteilung bei den Produzenten selbst beruhen. Die Zusammenfassung der Konsumenten in ihren Genossenschaften mit direktem Anschluß an den Produktionsorganismus läßt vollkommene Beweglichkeit zu. Beweglichkeit in der direkten Zusammenfassung der geänderten individuellen Bedürfnisse mit unmittelbarer Uebertragung auf den technischen Apparat. Dieser direkte Anschluß ist nur möglich, weil kein Staatsapparat, der sich über „Preispolitik" besinnen muß, sich zwischen Produzent und Konsument einschiebt. Allen Produkten wird ihre Reproduktionszeit auf ihrer Wanderung durch die Gesellschaft mitgegeben, und in welcher Form ein Produkt geschaffen werden soll, das fordern die Verteilungsorganisationen von den Betrieben an. Das ist das ganze Geheimnis, wie die kommunistische, organisierte Produktion und Verteilung den Marktmechanismus überflüssig macht.

Versuchen wir nun die Verteilung als Ganzes darzustellen, dann sehen wir, daß das gesellschaftliche Gesamtprodukt (PRD) sich selbst unter die verschiedenen Verbrauchsgruppen verteilt. Der Gang des Produktionsprozesses bestimmt selbst, wie, in welchem Verhältnis, es in die Gesellschaft übergeht. Vom Verbraucher, „Akkumulation", vorläufig abgesehen, nehmen alle Verbrauchsgruppen (P R) A ihren Anteil vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt, und zwar in

demselben Maße, wie sie selbst zur Herstellung des Gesamtproduktes beigetragen haben. Dies kann ohne Mühe geschehen, weil an jedem Produkt seine Produktionszeit ausgedrückt ist.

In der Produktion berechnet jeder Betrieb seinen Verbrauch durch die Produktionsformel $p + r + a$. Der Gesamt-Produktionsprozeß stellt sich zusammen aus dem Total aller Betriebe, was wir ausdrücken in der Formel $(P + R) + A = PRD$. Was für den einzelnen Betrieb gilt, trifft demnach auch für den gesamten Produktionsprozeß zu. Wenn in jedem Betrieb und in jedem einzelnen Fall die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit berechnet ist, dann muß in dem Gesamtprodukt (PRD) die Summe aller Produktionszeiten dargestellt sein. Für die Verteilung von PRD gilt dann folgendes: jeder einzelne Betrieb, sei er produktiv oder AGA, entnimmt zuerst von PRD soviel, als in seiner Produktionsformel für p berechnet wurde. Hat das sich für alle Betriebe vollzogen, dann haben sie ihren Verbrauch an p wieder aufgefüllt, und damit ist P in vollkommen richtigem Verhältnis verteilt.

Weiter entzieht jeder Betrieb soviel r von PRD, als in seiner Produktionsformel für r berechnet wurde. Hat sich das für alle Betriebe vollzogen, dann ist auch R in richtigem Verhältnis verteilt und in den Produktionsprozeß zurückgekehrt. Dann hat jeder einzelne Betrieb Anweisungen auf gesellschaftliches Produkt an die Arbeiter abgegeben (Arbeitsgeld), gerade soviel, als für a in seiner Produktionsformel berechnet wurde. Die Summe dieser Anweisungen ist A. Die Konsumenten können dem PRD. nun soviel entziehen, als mit dem Total der gearbeiteten Arbeitsstunden übereinstimmt.

Hiermit ist PRD vollkommen von der Gesellschaft aufgenommen, während das Verhältnis der Verbrauchergruppen untereinander und das Maß der Verteilung vollkommen durch den Produktionsprozeß selbst bestimmt wurde. Es geschieht nicht durch Personen und Instanzen, deren Regiment ein zentrales Verfügungsrecht über Produktion und Verteilung zur Voraussetzung hat.

VIII.

PRODUKTION AUF ERWEITERTER STUFENLEITER ODER AKKUMULATION.

Die Akkumulation eine gesellschaftliche Funktion.

Bis jetzt haben wir die gesellschaftliche Produktion nur als einfache Reproduktion gesehen. Die Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts geschieht hier so, daß alle verbrauchten Produktionsmittel und Rohstoffe wieder erneut werden, während der individuelle Konsum den Rest verbraucht. Bei dieser Verteilung bleibt die gesellschaftliche Güterproduktion dieselbe, es wird dieselbe Quantität Güter hergestellt, d. h. die Gesellschaft wird nicht reicher. Das gesteckte Ziel des „Nehmens nach Bedürfnissen", als auch der Zuwachs der Bevölkerung bedingt aber, daß auf eine entsprechende Ausbreitung der Güterproduktion hingesteuert werden muß. Daraus ergibt sich, daß nicht soviel Produkt, als wir bis jetzt annehmen, dem individuellen Konsum zur Verfügung stehen kann; es muß ein Teil für die Erweiterung des Produktionsapparates bereitgestellt werden, d. h., der Produzent erhält nicht den vollen Ertrag seiner Arbeit.

Im Kapitalismus ist die Erweiterung der Produktion, die Akkumulation, die individuelle Funktion des Kapitalisten. Ob und in welchem Maße der Produktionsapparat erneut werden soll, wird von ihm entschieden. Mit der Aufhebung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln schlägt sie zu einer gesellschaftlichen Funktion um. Die Gesellschaft entscheidet, wieviel Produkt oder aber wieviel Arbeitsstunden dem Ertrag der Arbeit in der nächsten Produktionsperiode für den weiteren Ausbau des Produktionsapparates entzogen werden soll.

Wir stehen also vor dem Problem, wie dieser Abzug zustande kommen muß. Die allgemeine Lösung, welche praktisch sowohl in Rußland und Räteungarn, als theoretisch in der Literatur Anwendung fand und findet, ist die Preispolitik, geschieht durch einen Zuschlag für Akkumulation auf den Preis der Produkte. Haben wir früher schon gezeigt, daß die Preispolitik das Verhältnis des Produ-

zenten zum Produkt, gerade wie beim Kapitalismus zerbricht und den wahren Zustand verschleiert, so wird sich jetzt herausstellen, daß sowohl die Produktionsberechnung als auch die Akkumulation in Nebel gehüllt wird. Wenn man feststellen will, wieviel Arbeit die Gesellschaft über die einfache Reproduktion hinaus für Erweiterung des Produktionsapparates zur Verfügung stellen soll, dann muß man doch wenigstens wissen, wieviel Arbeit diese einfache Reproduktion absorbiert.

Leichter hat sich insofern der Lösung des Problems genähert, indem er die Produktion auf die Grundlage der Arbeitszeitrechnung stellt und die Produktionszeit für jeden Teilprozeß genau berechnet sehen will. Er hat sich aber die Speise verdorben, weil er durch seine Preispolitik alle Berechnungen ins Wanken bringt. Die Betriebe mögen eine noch so genaue Buchführung von allen Teilprozessen geführt und allen Verschleiß, Rohstoffe usw. in Rechnung gebracht haben, die „Preiswissenschaft" der oberen Leitung feiert ihre Orgien, und damit weiß die Gesellschaft schon wieder nicht, wieviel Arbeitsstunden tatsächlich in jedem Teilprozeß aufgenommen werden. Man weiß also nicht, wieviel Arbeitsstunden die einfache Reproduktion absorbiert. Nun ist es selbstverständlich unmöglich, festzustellen, wieviel Arbeitsstunden für Erweiterung des Produktionsapparates bereitgestellt werden müssen. Will man die Akkumulation zu einer bewußten Handlung machen, dann ist vor allem notwendig, die zur einfachen Reproduktion benötigte Zeit zu kennen, was in unseren Betrachtungen vollkommen exakt bekannt ist durch die allgemein durchgeführte Berechnung von $(p + r) + a$ und für das Gesamt des Produktionsprozesses,

$$(Pt + Rt) + At \text{ ist (index } t = \text{total).}$$

Die Frage der Erweiterung des Produktionsapparates wird in der Zukunft zu der wichtigsten der Gesellschaft gehören, weil es ein Faktor in der Feststellung der Länge des Arbeitstages ist. Entscheiden nun die ökonomischen Kongresse der Betriebsräte, den sachlichen Produktionsapparat um 10% zu erweitern, so muß demnach eine Produktenmasse von 10% $(Pt + Rt)$ dem individuellen Konsum entzogen werden. Nach vollzogener Akkumulation verläuft die Produktion nach der Formel: $1{,}1\ (Pt + Rt) + At$.

Es fragt sich nun, wie der allgemeine Beschluß von 10% Akkumulation konkret verwirklicht wird, m. a. W.: wie der Abzug vom individuellen Konsum stattfindet. Bei unserer Untersuchung der einfachen Reproduktion hat sich herausgestellt, daß das gesellschaftliche Produkt vollkommen von der Gesellschaft aufgenommen wird, wenn der individuelle Konsum nach der Formel verläuft:

$$FIK = \frac{A - (Po + Ro)}{A + Ao}$$

(Der Einfachheit wegen haben wir die gemischten Betriebe nicht

in die Formel aufgenommen; prinzipiell macht das keinen Unterschied.) Nun muß der individuelle Konsum aber noch um 0,1 $(Pt + Rt)$ verringert werden, womit nur noch $A - 0{,}1\ (Pt + Rt) - (Po + Ro)$ übrig bleibt. Der Faktor individueller Konsum (FIK) wird also bei 10% Erweiterung des Produktionsapparates:

$$FIK = \frac{A - 0{,}1\ (Pt + Rt) - (Po + Ro)}{A + Ao}$$

Die Akkumulation ist damit in den Faktor individueller Konsum aufgenommen und es entsteht ein allgemeiner gesellschaftlicher Fonds von genau $0{,}1\ (Pt + Rt)$ Arbeitsstunden, womit der allgemeine Beschluß des Rätekongresses zur Ausführung gebracht ist.

Anwendung des Akkumulationsfonds.

Obige Betrachtungen beanspruchen nur die Bedeutung theoretischer Ueberlegungen in dem Sinne, daß die Akkumulation vollkommen bewußt geregelt werden kann und in den Faktor individueller Konsum aufgenommen werden muß. Wird sie darin nicht aufgenommen, dann ist ein Preisaufschlag unvermeidlich, d. h. die wirklichen Produktionszeiten werden verschleiert. Obendrein gibt es dann in einem Jahre mit großer Akkumulation z. B. 10%, eine höhere Produktionszeit als im folgenden bei z. B. 5%, während die Produktionsbedingungen dieselben sein können. Also, schwankende Produktionszeit mit unabsehbaren Komplikationen in der Produktionsberechnung und der Verteilung des Produktes. Die Art und Weise, wie der Abzug für Akkumulation zustande kommt, liegt also im Wirtschaftsgang beschlossen, sie wird vorgeschrieben von den Bewegungsgesetzen des Produktenstroms und liegt daher in festen Bahnen.

Die Festsetzung der Höhe der Akkumulation wird nicht von dem sachlichen Gang der Produktion selbst bewerkstelligt; sie kann sehr verschieden bestimmt werden. In unseren Betrachtungen haben wir eine allgemeine Ausbreitung des Produktionsapparates um 10% angenommen. Aus dem allgemeinen Akkumulationsfonds steht also für jeden Betrieb 10% $(P + R)$ für Ausbreitung zur Verfügung. Eine spezielle Zuweisung von irgendwelcher Behörde ist nicht notwendig. Die sachliche Produktion zeigt unzweideutig die Höhe des Anrechts auf den Akkumulationsfonds für jeden Betrieb.

Eine allgemeine Erweiterung des Produktionsapparates ist aber eine irreale Voraussetzung. Es wird sich ohne Frage zeigen, daß es Zweige der Produktion gibt, welche keiner Ausbreitung bedürfen, andere aber, die über den angegebenen Prozentsatz „akkumulieren" müssen. Es wird sich daher später als zweckmäßig erweisen, daß nur ausbreitungsbedürftige Betriebe eine Akkumulationsbudget in das Budget für AGA aufnehmen lassen.

Trotzdem bestimmen die politischen und ökonomischen Umstände in der Beginnperiode des Kommunismus, daß an der irrationellen Feststellung und Verteilung der Akkumulation vom Proletariat festgehalten werden muß. Entscheidend ist, daß beim Fehlen eines zentralen Verfügungsrechtes über den Produktionsapparat es auch kein zentrales Verfügungsrecht über die Akkumulation gibt; die Verwaltung liegt auch hier in den Händen der Produzenten.

Bei der irrationellen Verteilung der Akkumulation erhält also z. B. jeder Betrieb 10% (P + R), ohne Rücksicht darauf, wieviel momentan davon notwendig ist. Gehört solch Betrieb aber zu einer Produktionsgruppe oder „Gilde", so wird der praktische Gang der Anwendung wohl der sein, daß die angeschlossenen Betriebe zusammen einen Akkumulationsfonds der „Gilde" bilden. Die betreffenden Betriebsorganisationen bestimmen dann, in welcher Art und in welchen Betrieben er verwendet wird. So können einmal unterproduktive Betriebe besser eingerichtet werden, um die durchschnittliche Produktivität zu erreichen, ein andermal wird es rationeller sein, keine Kosten darauf zu verwenden, sondern Vorbereitungen zu treffen, sie ganz aufzugeben. Alle diese Entscheidungen müssen aber in den Händen der Produzenten liegen, soll das Aufschrauben der Produktivität sich nicht, wie in Ungarn, gegen die Produzenten richten. Jedenfalls muß die Erweiterung der Produktion und — was damit zusammenhängt — die Erhöhung der Produktivität die zielbewußte Tat der Produzenten selbst sein.

Allerdings ist es auch möglich, daß die ganze Produktionsgruppe keiner Erweiterung bedarf, weil sie alle Anfragen der Gesellschaft befriedigen kann. In diesem Falle würden die Betriebsorganisationen den Beschluß fassen können, ihren ganzen Akkumulationsfonds den Betrieben zur Verfügung zu stellen, die einer außerordentlichen Ausbreitung bedürfen.

In der Anfangsperiode kommunistischer Wirtschaft wird wahrscheinlich das Verzichten auf eigene Akkumulation häufig vorkommen. Der Kommunismus verlangt doch eine andere Gruppierung der Betriebe, wie wir sie jetzt kennen. Viele Betriebe werden überflüssig, während an anderen ein Zuwenig ist. Mit der Gründung kommunistischer Wirtschaft tritt sofort das Anschließen der Produktion auf die Bedürfnisse in den Vordergrund; eine ungeheure Arbeit von organisatorisch-technischer Art, welche sicher nicht ohne Stöße und Reibungen verläuft. Dank des gesegneten, doppelt und dreifach heilig erklärten „Marktmechanismus", der die Produktion angeblich an die Bedürfnisse angepaßt hat, ist das Proletariat bei der Uebernahme der Macht belastet mit einem Produktionsapparat, der mindestens die Hälfte Arbeitskraft inproduktiv verschleudert, der nicht nach den Bedürfnissen der Millionen eingerichtet ist, sondern nach ihrer Kaufkraft.

„Von den Arbeitern, die sich überhaupt mit der Produktion von Konsumartikeln befassen, die zum Verbrauch des Einkommens dienen, wird ein größerer Teil solche Artikel erzeugen, die dem Konsum der Kapitalisten, Grundbesitzer und ihres Trosses (Staatsbeamte, kirchliche Personen usw.) dem Verbrauch ihres Einkommens dienen; nur ein kleiner Teil wird solche Artikel erzeugen, die zum Verbrauch des Einkommens der Arbeiterschaft bestimmt sind. Mit der Aenderung des sozialen Verhältnisses zwischen Arbeiter und Kapitalist, mit der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse würde sich das sofort ändern. Ist die Arbeiterschaft am Ruder, hat sie die Macht, für sich zu produzieren, so wird sie das Kapital (um mit den Vulgär-Oekonomen zu reden) sehr schnell und ohne viele Mühe auf die Höhe der eigenen Bedürfnisse heben."

(Marx' Theorien über den Mehrwert, Bd. II, S. 376 —, zit. bei Varga S. 49.)

Die Einstellung der Produktion auf die Bedürfnisse bringt also eine ganze Umbildung des Produktionsapparates mit sich. Die ausschließlich für die Luxus-Bedürfnisse der Bourgeoisie arbeitenden Betriebe kommen zum Stillstand, oder müssen so schnell wie möglich auf die Bedürfnisse der Arbeiter gerichtet werden. Wie schnell so eine Umbildung vor sich gehen kann, haben wir während des Krieges und in den folgenden Jahren zur Genüge beobachten können. Erst wurde der ganze Produktionsapparat auf die Erzeugung von Kriegsmaterial eingestellt, um nach 1918 wieder für die „Produkte des Friedens" umgeformt zu werden. Nebenbei sei noch bemerkt, daß der Kapitalismus selbst seinen berühmten Marktmechanismus ausschaltete, als er die Produktion tatsächlich auf seine Bedürfnisse, den Kriegsbedarf, einrichtete.

Der organisatorische Umbau zur kommunistischen Wirtschaft kann sich den gewaltigen Schwierigkeiten zum Trotz schnell vollziehen, wobei die Bedürfnisse an Kleidung, Nahrung und Wohnung richtunggebend für den Umbau sind. Ein guter Teil der Produktion wird unmittelbar auf Materialien eingestellt werden, welche beim Wohnungsbau ihre Verwendung finden. Kurz gesagt: Die ganze Produktion erfährt eine gründliche Umformung nach den Bedürfnissen, wie diese in den Konsumgenossenschaften zum Ausdruck kommen.

Das erste Stadium kommunistischer Produktion wird also gekennzeichnet sein von einem kräftigen Auswachsen einzelner Branchen und dem Zusammenschrumpfen anderer. Es kann keine Rede sein von einer homogenen Akkumulation. Doch ungeachtet des Durcheinanders des fieberhaft schnellen Umbaues darf das Proletariat sich nicht verleiten lassen, sein Erstgeburtsrecht,

die Verfügung über Produktionsapparat und Akkumulation, aus den Händen zu geben. Die irrationelle Verteilung des Akkumulationsfonds ist aus diesem Grunde notwendig und richtig.

Besondere Akkumulation.

Außer der gewöhnlichen Erweiterung des Produktionsapparates, die sich durch die Anforderungen der Betriebsorganisationen aus dem genannten Akkumulationsfonds vollzieht, gibt es noch andere Arbeiten wie Brücken- und Eisenbahnbau, Vervollständigung der Verkehrswege, Bau von Seewehren, Urbarmachen von Oedland usw. Diese Arbeiten dauern meistens mehrere Jahre. Während dieser Zeit werden der Gesellschaft die verschiedensten Produkte, Materialien und Lebensmittel für die dort tätigen Arbeiter entzogen, während vorläufig kein Produkt hergestellt wird, das als Ausgleich der Gesellschaft zurückgegeben werden kann. Diese Erweiterung der Produktion absorbiert nicht wenig vom gesellschaftlichen Produkt, woraus schon folgert, daß ein wichtiger Teil der Beratungen auf den ökonomischen Kongressen sich mit den Fragen befassen muß, in wechem Maße diese Arbeiten angefaßt werden sollen. Die Gesellschaft begeht hier als Ganzes den Weg der Aufwärtsentwicklung, denn je höher die Produktivität des Produktionsapparates ist, je leichter die Bedürfnisse befriedigt werden, in desto größerem Maße können sie zur Ausführung gelangen.

> „Auf Basis gesellschaftlicher Produktion ist der Maßstab zu bestimmen, worin diese Operation, die während längerer Zeit Arbeitskraft und Produktionsmittel entziehen, ohne während dieser Zeit ein Produkt als Nutzeffekt zu liefern, ausgeführt werden können, ohne die Produktionszweige zu schädigen, die kontinuierlich oder mehrmals während des Jahres, nicht nur Arbeitskraft und Produktionsmittel entziehen, sondern auch Produktionsmittel und Lebensmittel liefern. Bei gesellschaftlicher wie bei kpiatalistischer Produktion werden, nach wie vor, die Arbeiten in Geschäftszweigen mit kürzeren Arbeitsperioden nur für kürzere Zeit Produkte entziehen, ohne Produkte wieder zu geben; während die Geschäftszweige mit langen Arbeitsperioden für längere Zeit fortwährend entziehen, bevor sie zurückgeben. Dieser Umstand entspringt also den sachlichen Bedingungen des betreffenden Arbeitsprozesses nicht aus seiner gesellschaftlichen Form."
>
> (Kapital, Bd. II, S. 331.)[16]

> „Denken wir die Gesellschaft nicht kapitalistisch, sondern kommunistisch, so fällt zunächst das Geldkapital ganz fort, also auch die Verkleidungen der Transaktionen, die durch dieses hineinkommen. Die Sache reduziert sich einfach darauf, daß die Gesellschaft im voraus berechnen muß, wieviel Arbeit, Produktions- und Lebensmittel sie ohne irgendwelchen Abbruch auf Geschäftszweige verwenden kann, die, wie Bau von Eisenbahnen z. B., für längere Zeit, ein Jahr oder mehr, weder Produktions- noch Lebensmittel noch irgendeinen Nutzeffekt liefern, aber wohl Arbeit, Produktions- und Lebensmittel der jährlichen Gesamtproduktion entziehen. In der kapitalistischen Gesellschaft dagegen, wo der gesellschaftliche Verstand sich immer erst post festum geltend macht, können und müssen so beständig große Störungen eintreten."
>
> (Kapital, Bd. II, S. 287-88.)[17]

In obigen Sätzen ist das Problem vollkommen klargestellt und zugleich die allgemeine Lösung gegeben. Doch es ist nicht mehr als eine allgemeine Lösung, die also noch einer konkreten Fassung bedarf. Und hier eben scheiden sich wieder die Geister. Auf der einen Seite die sozialdemokratischen und moskowitischen Verfechter der Verstaatlichung oder Nationalisierung oder auch zentralen Wirtschaftsleitung, — auf der anderen die Vertreter der Assoziation freier und gleicher Produzenten. So wie die landläufige vulgäre Auffassung des Marxismus für die Bereitstellung der sozialen Unkosten eine zentrale Wirtschaftsleitung für notwendig hält, so auch für die Lösung des obigen Problems.

Nach sozialdemokratisch Moskauer Ansicht sieht die Lösung so aus, daß die zentrale Leitung der ganzen Wirtschaft von sich aus den Ablauf der gesamten Produktion und Verteilung überhaupt bestimmt und so auch diesen Umstand in Rechnung zieht. Ja, diese Frage bildet ein Hauptargument, womit sie die Notwendigkeit der Leitung der gesamten Wirtschaft durch zentrale Instanzen, durch den Staat nachzuweisen glauben. Sie weisen darauf hin, daß Störungen wie sie im Kapitalismus aus derartigen Arbeiten entstehen, nur vermieden werden können, wenn man die ganze Produktion übersieht und auch bestimmt. Unbestreitbar ist dies der Fall. Für die Marxisten dieses Kalibers ist damit erwiesen, daß der Staat technisch, organisatorisch und ökonomisch die gesamte Wirtschaft leiten und verwalten muß. Die Methoden, die der Staat dann anwendet, um Produktion und Verteilung zu bestimmen, um demnach aus Nebenfragen das vorliegende Problem zu lösen, finden wir in dem schon mehr erwähnten Hilferding'schen Rezept:

> „Wie, wo, wieviel, mit welchen Mitteln aus den vorhandenen natürlichen und künstlichen Produktionsbedingungen neue Produkte hergestellt werden, entscheiden die kommunalen Landes- oder Nationalkommissäre der sozialistischen Gesellschaft, die mit allen Mitteln einer organisierten Produktion und Konsumstatistik die gesellschaftlichen Erfordernisse erfassend,

in bewußter Voraussicht das ganze Wirtschaftsleben nach den Bedürfnissen ihrer, in ihnen bewußt vertretenen und durch sie bewußt geleiteten Gemeinschaften gestalten."[18]

Wir deuteten schon früher darauf hin, wie weit solche Statistiken reichen, wie diese in der Theorie nicht über den Kasernenkommunismus hinauskommen, daher in der Praxis sofort zusammenbrechen müssen. Aber davon abgesehen ist es doch klar, daß sie nur einen Sinn haben, wenn sie auf einer gesellschaftlichen Recheneinheit fußen. Eine Statistik, die uns anzeigt, wieviel Tonnen Kohlen, Getreide, Eisen usw., also Stückzahl, Gewicht oder sonstige Massen irgend eines Gegenstandes verbraucht werden, ist für für die gesellschaftliche Regelung der Produktion und Verteilung völlig wertlos. Man mag noch so viele raffinierte Formeln und Schlüssel ersinnen, wenn das Grundmaß nicht ein gesellschaftliches ist, nicht das Verhältnis des Produzenten zum Produkt ausdrückt, wird jede Statistik für die Regelung gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion sinnlos. Der Sinn der sozialen Revolution ist gerade der, das Verhältnis des Produzenten zum Produkt umzuwälzen. Marx hat dieses Verhältnis historisch gesehen und dasselbe für die kapitalistische Gesellschaft zur exakten Wissenschaft entwickelt. Mit der Aenderung der Gesellschaftsordnung ändert sich das Verhältnis von Produzent zu Produkt, und die neue Ordnung bedingt gerade eine neue Erklärung dieses gesellschaftlichen Verhältnisses.

Die soziale Revolution legt das neue Verhältnis fest, indem sie dem Arbeiter soviel Anrecht auf gesellschaftliches Produkt gibt, wie mit seiner Arbeitszeit übereinstimmt, und sie führt als das Mittel dazu die Arbeitszeitrechnung allgemein durch.

Die Herren der Statistik denken keinen Augenblick daran, das neue Verhältnis zu legen, daher kann es ihnen auch nicht einfallen, die Arbeitszeitrechnung durchzuführen. Sie bedienen sich darum in altgewohnter Weise der kapitalistischen Kategorien, als Markt, Preis, Ware, Geld, womit es unmöglich wird, die einfache Reproduktion sicherzustellen. Der Staatskapitalismus hat keine Ahnung davon, wieviel Arbeitszeit in einer gewissen Branche der Produktion aufgenommen wird und noch viel weniger wieviel Arbeitszeit die einfache Reproduktion absorbiert.

Daß die Gesellschaft im Staatskommunismus oder besser im Staatskapitalismus im voraus berechnen kann, „wieviel Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel sie ohne irgendwelchen Abbruch auf Geschäftszweige verwenden kann, die wie der Bau von Eisenbahnen z. B. für längere Zeit, . . . weder Produktionsmittel noch Lebensmittel noch irgendeinen Nutzeffekt liefern", davon ist keine Rede. Sie muß diese Probleme auch daher in derselben Weise lösen wie der Kapitalismus, d. h. aufs Geratewohl. Die Schäden, die damit den anderen Produktionszweigen zugefügt werden, müssen dann

eben nach Möglichkeit zugedeckt werden; es ist klar, daß dies keine Lösung des Problems ist; es heißt soviel, wie die Dinge beim Alten zu lassen.

Der Kommunismus kann eine solche Methode nicht verwenden und braucht es auch nicht. Durch exakte Berechnung ist die notwendige Zeit für die Reproduktion jeder Sache, möge es ein Pfund Zucker oder eine Theatervorstellung, ein ganzer Zweig der Produktion oder das ganze Wirtschaftsleben sein, genau bekannt, während auch die gewöhnliche Akkumulation sich in festen Bahnen bewegt. Dadurch kann die Gesellschaft jetzt genau feststellen, wieviel Arbeitszeit sie für große Arbeiten zur Verfügung stellen kann, während jedes „persönliche" Element ausgeschaltet ist. Und so erhält auch dieses Problem durch die Zugrundelegung eines exakten Verhältnisses der Produzenten zum Produkt vermittels der Arbeitszeitrechnung der Betriebsorganisationen seine konkrete Lösung.

Erweist der Neubau einer Eisenbahn sich als notwendig, so wird zunächst ein Budget gemacht, wieviel Arbeitsstunden dieses Werk in Anspruch nehmen wird und über wieviel Jahre diese sich verteilen werden. Wird vom Rätekongreß beschlossen, zu dieser Arbeit überzugehen, so hat die Gesellschaft das Benötigte zur Verfügung zu stellen. Die Arbeit gehört zum Typ AGA, wahrscheinlich ist sie erst nach drei bis vier Jahren fertig und verbraucht also während dieser Zeit alle möglichen Produkte, ohne dafür einen Ersatz zu liefern. Hat man aber die jedes Jahr zu verausgabende Zahl an Arbeitsstunden durch Abzug vom Faktor „individueller Konsum" (FIK) in das Konto AGA aufgenommen, dann hat damit die Gesellschaft das benötigte Arbeitsstundenprodukt für die besondere Akkumulation durch die gewöhnliche Produktion bereitgestellt. Irgendwelche Störungen in den anderen Produktionsgebieten werden dadurch nicht hervorgerufen, während nie das exakte Verhältnis der Produzenten zum Produkt durchbrochen wird.

Von ökonomischer Seite aus ist die Frage damit gelöst. Es bleibt noch die organisatorisch-technische; die richtige Verteilung des Menschenmaterials. Hierüber sind nur ganz allgemeine Bemerkungen zu machen, weil die Lösung nicht mehr eine Frage der Theorie kommunistischer Oekonomie ist, sondern der mannigfaltigen Praxis, die ständig mit wechselnden Verhältnissen zu tun hat. Es ist also nicht im voraus zu sagen, wie im besonderen das Allgemeine wird.

Wir machen daher auch nur die allgemeine Bemerkung, daß, wenn die Gesellschaft beschlossen hat, außergewöhnliche Werke, wie Eisenbahnen usw. auszuführen und die benötigten Arbeitsstunden gesellschaftliches Produkt durch Aufnahme in das Konto AGA zur Verfügung stellt, sie damit auch eine entsprechende Umgruppierung der Arbeitskräfte bestimmt hat.

Um diesen Satz verständlich zu machen, denken wir uns zunächst eine Wirtschaft mit einfacher Reproduktion. Aus den gleichmäßig einlaufenden Anforderungen der Verteilungsorganisation, welche doch die individuellen Bedürfnisse vereinigt zum Ausdruck bringen, ergäbe sich ein auf die Befriedigung dieser Bedürfnisse abgestimmter Produktionsapparat. Veränderungen im Produktionsapparat aus Gründen natürlicher Produktionsbedingungen auch ausgeschaltet gedacht, würde eine derartige, gegenseitige Abstimmung der Betriebe untereinander zur Folge haben, daß man von einem stationären Produktionsapparat sprechen könnte. In diesem Falle wäre auch die Verteilung der Arbeitskräfte in der Gesellschaft stationär, wobei natürlich ein individueller Wechsel von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz nicht ausgeschlossen zu sein braucht.

Nun ist dieser Zustand der gesellschaftlichen Produktion nur ein gedachter, die Wirklichkeit ist, daß sie sich ständig von diesem Zustand entfernt. Das geschieht schon bei der gewöhnlichen Akkumulation, die wir in der Regel als gleichmäßig annehmen. Veränderungen im Produktionsapparat finden statt, und damit natürlich auch Veränderungen in der Verteilung der Arbeitskräfte. Bei ungleicher Akkumulation werden diese Veränderungen schwankenden Charakter bekommen; aber doch ist kaum anzunehmen, daß dadurch gesellschaftliche Schwierigkeiten in der Verteilung der Arbeitskräfte entstehen. Was der Kapitalismus aus dem Reservoir der industriellen Reservearmee schöpft, das wird der Kommunismus durch den Tätigkeitsdrang und die Initiative der freien Produzenten wettmachen.

Dies ist es auch, was uns berechtigt anzunehmen, daß außergewöhnliche Arbeiten, wie die oben genannten, der kommunistischen Gesellschaft bei weitem nicht die Schwierigkeiten verursachen, wie der kapitalistischen Gesellschaft. Das bezieht sich auf die Bereitwilligkeit der Produzenten, solche außergewöhnlichen Arbeiten auszuführen, sind sie es doch selbst, die in ihren Organisationen den Beschluß dazu fassen.

Eine andere Frage ist es, ob, kapitalistisch gesprochen, genügend Arbeitskräfte für derartige außergewöhnliche Arbeiten zur Verfügung stehen. Wir betonen mit Absicht, „kapitalistisch gesprochen", weil kapitalistische Wirtschaft aus dem Reservoir der überflüssigen Arbeitskräfte schöpft, eine industrielle Reservearmee im Kommunismus aber ein Unding ist. Der Kommunismus muß also, wenn er außergewöhnliche Arbeiten verrichten will, die benötigten Arbeitskräfte von einem Arbeitsplatz wegnehmen und dem neuen zuführen, m. a. W.: er muß die Arbeitskräfte umgruppieren.

Das Ausmaß dieser Umgruppierung und die Produktionsrichtung, aus der die Arbeitskräfte genommen werden müssen, ist aber mit dem Beschluß des Rätekongresses, die betr. Arbeit auszuführen, und die dementsprechende Verminderung des Faktors „individueller

Konsum" schon gegeben. Um die Summe Arbeitsstunden, die jährlich für die außergewöhnliche Arbeit ausgesetzt sind, vermindert der individuelle Konsum folglich auch die Produktion dafür. Hier werden also die Arbeitskräfte frei, die für den gedachten Eisenbahnbau benötigt werden.

Zum Schluß bemerken wir noch, daß auch die außergewöhnlichen Arbeiten, was ihr Ausmaß und auch ihre Produktionsrichtung anbetrifft, schließlich zur Regel werden. Ist dies der Fall, dann wird auch keine nennenswerte Verschiebung in den Produktionsgruppen mehr stattfinden, womit dann auch die benötigten Arbeitskräfte für die außergewöhnlichen Arbeiten dauernd vorhanden sein werden.

IX.

DIE ALLGEMEIN GESELLSCHAFTLICHE BUCHHALTUNG ALS IDEELLE ZUSAMMENFASSUNG DES WIRTSCHAFTS-PROZESSES.

Die Arbeitsstunde als Grundlage der Produktionsberechnung.

Schon wiederholt zogen wir die Hilferding'sche Vision, von der durch Kapitalherrschaft selbst vollzogenen Konzentration des gesellschaftlichen Produktionsapparates, das Generalkartell, heran. Wir tun es erneut, weil darin die vorbildlich reinste Darstellung von der gesellschaftlichen Produktion als organisierte Einheit gegeben wird, so wie sie nach der Lehre sozialdemokratischer und staatskommunistischer Oekonomen nach der Aufhebung des Privateigentums sein wird. Der bezügliche Passus heißt:

> „Die ganze kapitalistische Produktion wird bewußt geregelt, von einer Instanz, die das Ausmaß der Produktion in allen Sphären bestimmt. Dann wird die Preisfestsetzung rein nominell und bedeutet nur die Verteilung des Gesamtprodukts auf die Kartellmagnaten einerseits, auf die Masse aller anderen Gesellschaftsmitglieder andererseits. Der Preis ist dann nicht Resultat einer sachlichen Beziehung, die die Menschen eingegangen sind, sondern bloß rechnungsmäßige Art der Zuteilung von Sachen durch Personen zu Personen. Das Geld spielt dann keine Rolle, es kann völlig verschwinden, da es sich ja um Zuteilung von Sachen und nicht von Werten handelt. Mit der Anarchie der Produktion schwindet der sachliche Schein, schwindet die Wertgegenständlichkeit der Ware, schwindet also das Geld. Das Kartell verteilt das Produkt. Die sachlichen Produktionselemente sind wieder produziert worden und werden zu neuer Produktion verwendet. Von der Neuproduktion wird ein Teil auf die Arbeiterklasse und die Intellektuellen verteilt, der andere fällt dem Kartell zu beliebiger Verwendung zu. Es ist die bewußt geregelte Gesellschaft in antagonistischer Form. Aber dieser Antagonismus ist Antagonismus der Verteilung. Die Verteilung selbst ist bewußt geregelt und damit die Notwendigkeit des Geldes vorüber. Das Finanzkapital in seiner Vollendung ist losgelöst von dem Nährboden, auf dem es entstanden. Die Zirkulation des Geldes ist unnötig geworden, der rastlose Umlauf des Geldes hat sein Ziel, die geregelte Gesellschaft, erreicht und das Perpetuum mobile der Zirkulation findet seine Ruhe".
>
> (Finanzkapital, S. 314.)[8]

Das ist in kurzen Zügen eine geniale Konstruktion der als Einheit zusammengeschweißten Wirtschaft; Produktion — Reproduktion sind durch e i n e Organisation miteinander verbunden. Heute dirigiert durch ein Konsortium von Kapitalmagnaten — was steht dem im Wege, daß morgen der Staat das Kommando übernimmt? Aber Hilferding sagt auch, daß die ökonomischen Kategorien der kapitalistischen Wirtschaft: Wert, Preis, Geld, Markt, durch die Organisation der Wirtschaft aufgehoben und sinnlos werden, während er nichts darüber verlauten läßt, wodurch deren Funktion ersetzt wird. Wohl sagt er, daß im „Generalkartell" die Kapitalsmagnaten durch Beherrschung des Finanzkapitals, im Sozialismus die S t a a t s k o m m i s s ä r e, „mit allen Mitteln der Statistik" den Gang der Wirtschaft leiten und bestimmen (Finanzkapital, S. 1). Ueber die Statistik selbst, die doch Wert, Preis, Geld und Markt ersetzen soll, sagt er nichts. Obwohl Hilferding sich nicht klar darüber ausspricht, muß man ihn doch zu der Schule der Naturalwirtschaftler der Neurath, Varga usw. rechnen, die durch die berüchtigte Verbrauchs- und Produktionsstatistik ohne Recheneinheit den Gang von Produktion und Verteilung bestimmen wollen. Welches Aussehen solcher „Sozialismus" haben wird, sahen wir bei der Besprechung des Faure'schen „universellen Glücks".

Es ist nicht notwendig, noch weiter auf die Unmöglichkeit einer solchen Wirtschaft einzugehen; wir stellen also nur fest, daß auch das „Generalkartell" nicht ohne Recheneinheit auskommt. Hat Hilferding aber deutlich gezeigt, wie bei organisierter Wirtschaft das Geld wegfällt, dann kann nur die Arbeitsstunde als Recheneinheit fungieren. Kommunistische Wirtschaft m u ß auf der Arbeitszeitrechnung beruhen, jede andere Recheneinheit ist ausgeschlossen. Die Gesellschaft muß also berechnen, „wieviel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf" (Engels, Anti-Dühring).

Von den Büros der zentralen Leitung ist das völlig unmöglich, wie Kautsky zur Genüge nachwies. Die Arbeitszeitrechnung muß sich daher durch die Betriebsorganisationen vollziehen. Die restlos durchgeführte Berechnung der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeit, gleich ob es sich auf t a s t b a r e Produkte oder D i e n s t e bezieht, le[illegible] den festen Unterbau, worauf das ganze öko-

nomische Leben von den Produzenten-Konsumenten selbst aufgebaut, geleitet und verwaltet werden muß.

Die straffe Durchführung der Kategorie der gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionszeit, die, wie hier entwickelt, sich vollkommen auf dem Boden der Marx'schen Oekonomie bewegt, führt zu einer organischen Verbindung des ganzen Wirtschaftslebens. Der Wirtschaftsorganismus erscheint als ein Apparat, in dem alle antagonistischen Bestrebungen der kapitalistischen Warenproduktion aufgehoben sind, als ein Apparat für den Kampf aller Menschen gegen die Natur. Innerhalb dieses Apparates bewegt sich der Produktenstrom nach dem Bewegungsgesetz der Arbeitsäquivalenten: „Es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer anderen umgetauscht". Am Ende der Produktionskette hat damit das für die Konsumenten fertige Produkt die Gesamtproduktionszeit „vom ersten Anfang" an gekostet.

Die für den Produktenstrom notwendigen Buchhaltungsoperationen reichen noch nicht über die Betriebs- und „Gilden"-Buchhaltung hinaus und beziehen sich in der Hauptsache auf das, was aus- und ein geht, was durch den Betrieb fließt. Beiläufig bemerken wir, daß damit nicht die Betriebskalkulation, die in den letzten Jahren eine Wissenschaft für sich geworden ist, verwechselt werden darf. Hierfür ist eine spezielle Kenntnis des Produktionsprozesses in den einzelnen Betrieben notwendig; sie liefert eben das Material für die Buchung im Sinne von Debet-Kredit. Haben aber die Techniker die Produktionszeiten bestimmt, dann bleibt für den Bürobeamten nur die Funktion von Debet-Kredit.

Die Art, wie die Verrechnung zwischen den Betrieben erfolgt, ist im Kapitalismus schon vorgeformt, in der einfachen Ueberbuchung auf einer Bank oder Girokonto. Leichter sagt zu der Verrechnung bei kommunistischer Wirtschaft:

> „Alle sachlichen Voraussetzungen der Produktion, alle halbfertigen Materialien, alle Rohstoffe, alle Hilfsmaterialien, die von anderen Produktionsstätten an die verarbeitende geliefert werden, werden ihr ja berechnet, fakturiert. Die Frage, ob es dabei zur Barzahlung mit Arbeitsstunden oder zu buchmäßigen Belastungen, also zu „bargeldlosem" Verkehr kommt, wird am besten die Praxis lösen."
>
> (Leichter, S. 68.)

Tatsächlich wird die Praxis ein entscheidendes Wort mitsprechen. Im Prinzip ist aber eine „Barzahlung mit Arbeitsstundenscheinen" grundfalsch. Erstens, weil es keinen Zweck hat, und zweitens, weil mit Barzahlung die Kontrolle auf die Produktion stark behindert wird.

Das Arbeitsgeld ist für den Verkehr zwischen den Betrieben völlig überflüssig. Wenn ein Betrieb sein Endprodukt abliefert, hat

er $(p + r) + a$ Arbeitsstunden in der Kette von Teilarbeit weitergegeben. Diese müssen aber sofort wieder in derselben Höhe dem Betrieb in der Gestalt von neuem p, r und a zugeführt werden, um die nächste Arbeitsperiode beginnen zu können. Die Regelung der Produktion in diesem Sinne erfordert daher nur eine Registrierung des Produktenstroms, so wie dieser durch den gesellschaftlichen Gesamtbetrieb fließt. Die einzige Rolle des Arbeitsgeldes ist, das Mittel zu sein, die individuelle Konsumtion in ihrer Mannigfaltigkeit nach dem Maß der Arbeitszeit zu ermöglichen. Ein Teil des „Arbeitsertrages" wird schon im täglichen Leben von der vergesellschafteten Verteilung verzehrt, während an Arbeitsgeld nur soviel in den Händen der Konsumenten sein kann, wie die Produktionszeit der individuellen Konsumgüter beträgt. Wir bemerkten schon, wie dieser Betrag an Arbeitsgeld mit der weiteren Vergesellschaftung der Verteilung ständig kleiner wird, um sich der Tendenz nach 0 zu nähern.

Das Feststellen des Faktors individueller Konsum ist gesellschaftliche Buchhaltung im wahrsten Sinne des Wortes. Einerseits erscheint im Kredit der Gesellschaft der Betrag der direkt verausgabten Arbeitsstunden der produktiven Betriebe (A). Diese Zahl wird im Verrechnungskonto in der allgemein gesellschaftlichen Buchhaltung sofort gefunden. Andererseits erscheint hier im Debet Po, Ro, Ao. Die Gesellschaft findet hier also die allgemeine Buchhaltung aus dem Gesamt von Erzeugung und Verbrauch.

Damit wird folgende Formulierung von Marx zur Wahrheit:

> „Die Buchführung als Kontrolle und ideelle Zusammenfassung des Prozesses (Wirtschaftsprozesses) wird umso notwendiger, je mehr der Prozeß auf gesellschaftlicher Stufenleiter vor sich geht und den rein individuellen Charakter verliert; also notwendiger in der kapitalistischen Produktion als in dem zersplitterten Handwerks- und Bauernbetrieb, notwendiger bei gemeinschaftlicher Produktion als bei kapitalistischer."
>
> (Kapital, Bd. II, S. 105.)[19]

Diese Buchhaltung ist allein Buchhaltung, ist nicht mehr als Buchhaltung. Allerdings ist sie der zentrale Punkt, wo alle Strahlen des Wirtschaftsprozesses zusammenfließen, aber sie hat keine Macht über den Wirtschaftsapparat. Die allgemein gesellschaftliche Buchhaltung ist selbst eine Betriebsorganisation der AGA- oder „öffentlichen" Typs, die als eine ihrer Funktionen die Regelung des individuellen Verbrauchs durch Berechnung des Faktors individueller Konsum zur Aufgabe hat. Sie hat weder die Leitung oder Verwaltung von, noch das Verfügungsrecht über den Wirtschaftsapparat. Diese Funktionen liegen ausschließlich in den Händen der Produzenten — Konsumenten. Die „Betriebsorganisation der allgemein ge-

sellschaftlichen Buchhaltung" hat nur in einem Betrieb etwas zu sagen, in ihrem eigenen. Das ergibt sich aber nicht aus diesem oder jenem Dekret, ist auch nicht abhängig vom guten Willen der Arbeiter des Verrechnungskontos, sondern wird bestimmt vom Wirtschaftsgang selbst. Das ist deshalb so, weil jeder Betrieb oder „Gilde" sich selbst reproduziert, weil der Arbeiter durch seine Arbeit zu gleicher Zeit sein Verhältnis zum gesellschaftlichen Produkt bestimmt hat.

X.

DIE ALLGEMEIN GESELLSCHAFTLICHE BUCHHALTUNG ALS KONTROLLE DES WIRTSCHAFTSPROZESSES.

Die persönliche Kontrolle.

Als Funktionen der allgemein gesellschaftlichen Buchhaltung nannten wir bis jetzt die Registrierung des Produktenstroms, die Feststellung des FIK und die Ausgabe von Arbeitsgeld. Nun ziehen wir auch die Kontrolle auf Produktion und Verteilung in den Gesichtskreis.

Es liegt auf der Hand, daß die Form der Kontrolle eng zusammenhängt mit der Grundlage der Wirtschaft. Im Staatskommunismus, wo das ganze Wirtschaftsleben eine Regelung durch Personen nach dem Maß der Statistik ist, erscheint auch die Kontrolle als eine persönliche Funktion. In der Assoziation freier und gleicher Produzenten mit der Arbeitszeitrechnung als Grundlage der Produktion, wo die Verteilung aller Produkte von der sachlichen Produktion selbst bestimmt wird, erhält auch die Kontrolle eine exakte Fassung. Sie beachtet alle gesonderten Elemente der Produktion, Reproduktion, Akkumulation und Verteilung und verläuft in gewissem Sinne automatisch.

Varga schildert uns in seiner Schrift: „Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur", wie die Kontrolle im Staatskommunismus vor sich geht. Er schreibt:

> „Zu dem Funktionsbereich der organisatorisch-zentralen Leitung gehört die Kontrolle der Betriebsführung und des Geschäftsgebahrens in bezug auf das Staatsvermögen, ein Problem, welches in Rußland besonders große Schwierigkeiten bereitete . . .
>
> Das leichtfertige Umgehen mit dem Staatsgut, mit dem enteigneten Vermögen der Bourgeoisie entspringt vor allem der kapitalistisch-habgierigen Tendenz der ganzen Gesellschaft, deren Moral durch den langandauernden Krieg noch besonders untergraben wurde. Es spielt hierbei aber auch eine gewisse Unklarheit über die neuen Eigentumsverhältnisse mit. Die

Proletarier, welche die enteigneten Betriebe verwalten, fallen nur zu leicht in den Glauben, daß die Betriebe ihr Eigentum sind, nicht das der ganzen Gesellschaft. Dies macht eine gut funktionierende Kontrolle besonders wichtig, da es zugleich ein ausgezeichnetes Erziehungsmittel ist . . .

Das Problem der Kontrolle war in Ungarn sehr gut gelöst. (Cursiv von Varga.) Die Revisoren, die früher den Kapitalisten dienten, wurden durch die Ausbildung von Advokaten und Mittelschullehrern zu diesem Beruf vermehrt und als Angestellte des Staates zu einer besonderen Sektion des Volkswirtschaftsrates zusammengefaßt. Die Sektion war nach Berufsgruppen gegliedert, sodaß dieselben Revisoren ständig die Betriebe gewisser Industriezweige kontrollierten. Die Kontrolle erstreckte sich nicht nur auf das Geld und Materialgebühren, sondern auch auf die richtige Verwendung der Arbeitskräfte, auf Nachprüfung der Ursachen der schlechten Arbeitsleistung oder des ungünstigen Ergebnisses überhaupt. Der zuständige Revisor überprüfte in bestimmten Intervallen an Ort und Stelle Betrieb und Buchhaltung und verfaßte einen Bericht, welcher nicht nur die Fehler aufdeckte, sondern auch Vorschläge zu Reformen enthielt. Die Revisoren hatten selbst keinerlei Verfügungsrecht in den von ihnen revidierten Betrieben, sie unterbreiteten nur ihre Berichte den zuständigen Organisationsbehörden. Indessen bildete sich bald eine Kooperation zwischen dem Revisor, dem Produktionskommissär und dem Betriebsrat heraus. Die Ratschläge des Revisors wurden oft spontan befolgt. Auch wurde eine Zeitschrift „Das Blatt der Revisoren" gegründet, welche allen enteigneten Betrieben zugeschickt wurde und viel dazu beitrug, die organisatorischen Fragen der Betriebsleitung im Kreise der Arbeiter zu klären. Die systematische Kontrolle erstreckte sich nicht nur auf die Betriebe, sondern auch auf das Gebaren aller Volkskommissariate." (S. 67/68.)[55/6]

Was Varga hier die Kontrolle der Produktion nennt, ist die Zusammenwürfelung zweier, sehr verschiedener Dinge. Das eine bezieht sich auf die Kontrolle im buchhaltungsmäßigen Sinne — die Kontrolle der Geschäftsbücher. Es ist eine Sache von Debet-Kredit. Anders die technische Kontrolle; sie beschäftigt sich mit der immer weiteren Durchrationalisierung der Produktion mit der Erreichung des Höchstmaßes von Efficiency im Betriebe.

Bei Varga werden beide grundverschiedenen Funktionen in einem Kontrollkörper vereinigt, was für kommunistische Wirtschaft grundfalsch ist. Es spricht für sich selbst und zeigt den Charakter der von Varga beschriebenen ungarischen Räterepublik, wenn die Zusammenkoppelung der Rationalisierungsmaßnahmen mit buchmäßiger Festhaltung ihrer Ergebnisse die Kontrolle auf die Produktion ausmacht. Kontrollkartensystem, Stempeluhren, Taylorsystem und laufendes Band sind Wegweiser dieser Rationalisierung, die zugleich Kontrolle ist; — aber es ist Kontrolle einer übergeordneten Gewalt über die ihr dienstbar gemachte Arbeit. Kontrolle der Produktion heißt hier, die Produzenten daraufhin zu kontrollieren, ob sie auch rentabel genug arbeiten, genügend Ueberschuß für das Wirtschaftskommando abwerfen. Die Kontrolle trägt den Charakter der Herrschaft über die Produzenten.

Die sachliche Kontrolle.

Die Kontrolle der Produktion in der Gesellschaft freier und gleicher Produzenten ist eine wesentlich andere. Dort wird es auch Messungen der Arbeitshandlungen und Mechanisierung des Arbeitsprozesses wie laufendes Band usw. geben, aber das sind dann technische Maßnahmen zur Ermittlung und Durchführung der besten Arbeitsmethoden, von den Arbeitern der betreffenden Betriebe selbst gewollt und angewandt. Das ist deshalb so, weil hinter diesen Maßnahmen nicht die Peitsche der an Ueberschüssen interessierten zentralen Kommandogewalt steht, sondern das eigene Interesse der Produzenten, die mit der Steigerung ihrer eigenen Produktivität zugleich den Gesamt-Gütervorrat der Gesellschaft vermehren, an den alle Arbeiter gleiches Anrecht haben. Und hier beginnt erst die Aufgabe der gesellschaftlichen Kontrolle auf die Produktion. Die gesellschaftliche Buchführung, die doch Verrechnungsstelle aller Ein- und Ausgänge der einzelnen Betriebe ist, muß überwachen, ob der zu- und ablaufende Strom entsprechend der für den jeweiligen Betrieb festgesetzten Produktivität im Einklang bleibt. Wo es doch im Kommunismus kein Geschäftsgeheimnis mehr geben kann und demnach durch die Publikationen der gesellschaftlichen Buchhaltung der Produktionsstand der einzelnen Betriebe öffentlich bekanntgegeben wird, ist die Frage der Kontrolle damit gelöst. Sie ist kein Problem mehr.

Welche Organisationen bei Verfehlungen oder Abweichungen von der Regel eingreifen und welche Maßnahmen angewandt werden müssen, ist eine Frage für sich; sie liegt auf technisch-organisatorischem Gebiet.

DIE KONTROLLE DER PRODUKTION IN DER GESELLSCHAFT FREIER UND GLEICHER PRODUZENTEN GESCHIEHT ALSO NICHT DURCH PERSONEN UND INSTANZEN, SONDERN SIE WIRD GEFÜHRT DURCH DIE ÖFFENTLICHE REGISTRATION DES SACHLICHEN VERLAUFS DES PRODUKTIONSPROZESSES, DAS HEISST, DIE PRODUKTION WIRD KONTROLLIERT DURCH DIE REPRODUKTION.

An Hand einer schematischen Darstellung wollen wir versuchen, den Formen der buchhaltungsmäßigen Kontrolle nachzugehen. Be-

trachten wir zunächst das Produzieren nach der gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionszeit. Die Kongretisierung dieser Kategorie haben wir kennengelernt als horizontale Zusammenwirkung gleichartiger Betriebe. Nennen wir die zu einem „Produktionskartell" gehörenden Betriebe: Betrieb 1, 2, 3 . . . n, und das Gesamt t = Total, dann ergibt sich als Gesamtproduktivität:

Betrieb 1 . . .	$(p1 + r1) + a1 = X1$ kg Produkt
Betrieb 2 . . .	$(p2 + r2) + a2 = X2$ kg Produkt
Betrieb 3 . . .	$(p3 + r3) + a3 = X3$ kg Produkt
Betrieb n . . .	$(pn + rn) + an = Xn$ kg Produkt
Gesamtproduktivität	$(Pt + Rt) + At = Xt$ kg Produkt.

Die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit per Kilogramm Produkt ist dann:

$$\text{g. d. Produktionszeit} = \frac{(Pt + Rt) + At}{Xt \text{ kg Prod.}}$$

Auch wenn ein Betrieb verschiedene Sorten Produkt herstellt, läßt sich das berechnen durch die angewandte Selbstkostenrechnung.

Die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit gilt als Einheit der Produktivität, und an der Abweichung der Durchschnittszeit im einzelnen Betrieb wird der Produktivitätsfaktor festgestellt (siehe Kapitel IV). Aus obenstehender Formel lassen sich viele Daten ableiten, so z. B. der gesellschaftlich durchschnittliche Verbrauch an P, R und A, was schon eine gewisse Beratung über die Rationalität der gesonderten Produktionsfaktoren zuläßt. Das Produktionskartell braucht also in dieser Beziehung keinen staatlichen Kontrolleur, weil die zu untersuchenden Faktoren innerhalb des Bereiches der zusammengeschlossenen Produzenten selbst fallen. Die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit erweist sich als Kontrolleur in der Produktionsgenossenschaft.

Es fragt sich nun, ob die Produzenten bei der Bildung einer Produktionsgenossenschaft das Verfügungsrecht über die Produktion verlieren, ob eine zentrale Kartelleitung nicht alle Macht über die Produktion an sich reißt. Ohne Zweifel liegen hier Gefahren, denn aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise bleibt vorläufig noch eine kräftige Tendenz, die Verfügungsgewalt in eine Zentrale zu legen. In der Produktionsgenossenschaft wird man daher ganz bestimmt versuchen, z. B. die Anwendung des Akkumulationsfonds zum Recht einer zentralen Leitung zu machen. Kommt es tatsächlich dazu, dann haben die einzelnen Betriebsorganisationen nichts mehr zu sagen. Möglich ist auch der Versuch einer zentralen Kartell-Leitung in dem Sinne, daß diese die einlaufenden Aufträge über die angeschlossenen Betriebe verteilt, sowie auch das Verfügungsrecht über das Gesamtprodukt erhält. Die Betriebsorganisationen werden

dann nur die ausführenden Organe der zentralen Leitung sein, während für sie nur die Betriebsbuchführung übrig bleibt. Wieweit es dazu kommt, hängt von der Einsicht und Energie der Produzenten ab. Ohne Kampf gegen diese Tendenzen wird es sicher nicht gehen. Selbständige Leitung und Verwaltung bleibt die gebieterische Forderung, von der, allen schönen Phrasen zum Trotz, die freien Produzenten nicht abweichen dürfen.

Der Betrieb tritt als selbständige Einheit auf, die selber ihre Verbindungen mit den übrigen Betrieben und Konsumgenossenschaften anbahnt. Dann sind die Produzenten voll verantwortlich. Es gibt dann Raum für die aufbauenden Kräfte und der der Masse entspringenden Initiative. Die horizontale Zusammenfassung ist zunächst nur eine rechnerische Angelegenheit zur Feststellung der gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionszeit und im Zusammenhang damit des Grades der Produktivität der einzelnen Betriebe. Sicher kann und darf es dabei nicht bleiben, sondern es muß auch zu gegenseitiger technischer Durchdringung kommen. Aber diese muß der entscheidenden Forderung selbständiger Leitung untergeordnet bleiben. Das ist ein Zustand, von dem wir mit Leichter sagen können: „Auf den ersten Blick wird man vermuten, daß jede einzelne Produktionsstätte ziemlich selbständig ist, sieht man aber näher zu, wird man den Nabelstrang ganz deutlich erkennen, durch den jeder einzelne Betrieb mit der übrigen Wirtschaft . . . verbunden ist." Das große, alles beherrschende Band, welches den einzelnen Betrieb mit der übrigen Wirtschaft vereinigt, ist die Produktions-Reproduktionsformel. Diese stellt alle Betriebe auf denselben Boden; die Produktion für die Reproduktion des Betriebes ist für alle dieselbe Grundlage.

Kontrolle durch Registration des Produktenstroms.

Kehren wir jetzt zu der gesellschaftlichen Kontrolle der Produktion zurück:

Bei der sozialen Umwälzung wird der Privatbesitz an Produktionsmitteln aufgehoben, und sie gelangen in Gemeinbesitz. Das Rechtsverhältnis der Betriebsorganisationen zu der Gesellschaft ist dann, daß sie die Produktionsmittel in Verwaltung erhalten. Die Betriebsorganisationen machen also ihr Inventarium auf und geben dabei an, wie sie Produktionsmittel verwenden; d. h. soviel wie: Sie reichen bei der gesellschaftlichen Buchhaltung ein Produktionsbudget ein in der Form $(p + r) + a = X$ kg Produkt. Aus dem Gesamt der Produktionsbudgets ergibt sich dann die Erfüllung der Marx'schen Forderung der gesellschaftlichen Buchhaltung: „Ihr Inventarium (der Gesellschaft, Schrftltg.) enthält ein Verzeichnis der Gebrauchsgegenstände, die sie besitzt, der verschiedenen Verrichtungen, die zu ihrer Produktion erheischt sind, endlich der Arbeits-

zeit, die ihr verschiedene Quanta dieser verschiedenen Produkte im Durchschnitt kosten."

Ergibt sich aus den verschiedenen Produktionsbudgets das gesellschaftliche Inventar, so stehen die Betriebsorganisationen damit zugleich unter gesellschaftlicher Kontrolle. Die Produktion im Betrieb ist ein durchlaufender Prozeß. Es fließen einerseits Produkte (auch in der Form der Arbeitskraft) ein, um in neuer Form wieder herauszuwandern. Jede Güterübertragung findet aber in der allgemein-gesellschaftlichen Buchhaltung durch Giro ihre Registrierung, wodurch man zu jeder Zeit einen Ueberblick über Debet und Kredit des Betriebes hat. Alles, was als Produktionsmittel, Rohstoff oder Arbeitsgeld von dem Betrieb konsumiert wird, erscheint in seinem Debet, was der Gesellschaft übertragen wurde, erscheint als Kredit. Als durchlaufender Strom müssen diese zwei einander decken; hieran ist zu jeder Zeit zu sehen, ob und wieweit die Produktion glatt verläuft.

Entsteht ein verdächtiger Ueberschuß, so kann die gesellschaftliche Buchhaltung sofort an zuständiger Stelle (vielleicht an eine Kartellkommission) Bericht erstatten. Der Ueberschuß kann nicht entstanden sein dadurch, daß die Betriebsorganisation bei der Ablieferung des Produkts mehr als die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit berechnet hat, weil letztere öffentlich bekannt gegeben worden ist. Es muß also ein Fehler im Produktionsbudget sein. Es sind offensichtlich weniger p, r oder a per Produktionseinheit verbraucht, als im Budget eingeschätzt wurde. Zeigt es sich, daß der Fehler tatsächlich dort liegt, dann stellt sich also heraus, daß der Betrieb produktiver war, als eingeschätzt; sein Produktivitätsfaktor wird revidiert.

Auch das Umgekehrte kann der Fall sein. Die gesellschaftliche Buchhaltung zeigt für einen Betrieb ein Manko an. In derselben Weise führt das zu einer neuen Einschätzung des Produktivitätsfaktors und der einzelnen Produktionselemente, p, r oder a. Auch ist es möglich, daß die durchschnittliche Arbeitsintensität eines Betriebes unter Normal war, oder daß eine unfähige Betriebsleitung die Produktion leitet. In wieweit solche Verstöße gegen die Gesellschaft vorliegen, kann zum guten Teil mittels der Formel:

$$\frac{(pt - rt) - at}{Xt}$$

im Zusammenhang mit der Betriebsrechnung festgestellt werden. Liegt tatsächlich Vernachlässigung der Produktion vor, so wird gegen die Betriebsorganisation nach der gesellschaftlichen Rechtsauffassung vorgegangen werden.

Aus dieser einfachen, buchhaltungsmäßigen Kontrolle, welche automatisch aus dem Produktionsprozeß hervorgeht, gibt es noch einen anderen Kontrolleur, der unerbittlich wirkt — den Reproduktionsprozeß. Hat eine Produktionsgemeinschaft die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit zu niedrig berechnet, dann können zwar die überproduktiven Betriebe sich reproduzieren, aber sie sind nicht imstande, die Mankos der unterproduktiven zu decken. Diese können sich also nicht reproduzieren und die Gesellschaft muß zunächst eingreifen, aus einem im Budget für AGA aufgenommenen Fonds, während die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit aus den erhaltenen Daten neu festgestellt wird.

Umgekehrt, tritt bei einer zu hohen Berechnung der Durchschnittszeit in den Betrieben ein Ueberschuß ein, so wird ein solcher Fehler nicht erst nach längerer Periode zu bemerken sein, sondern er zeigt sich sehr schnell, eben weil wir mit einem eingehenden und gleichermaßen ausfließenden Strom zu tun haben. In größeren Zeiträumen müssen diese zwei vollkommen gleich sein, in kürzerer Zeit stimmt das innerhalb gewisser Grenzen, welche aus der Praxis leicht festgestellt werden können; aber auf jeden Fall tritt die automatische Kontrolle durch die Reproduktion in Erscheinung.

Haben wir bei diesen Betrachtungen im allgemeinen untersucht, wie die gesellschaftliche Buchhaltung sofort einen allgemeinen Ueberblick über den Produktionsprozeß hat, so wollen wir jetzt sehen, wie sie auch alle einzelnen Terme der Produktionsformel unter Kontrolle stellt.

Die Kontrolle auf die Arbeitskraft, auf den Term a der Produktionsformel, verläuft sehr einfach. Es wird nur für die direkt verausgabte Arbeitskraft durch die Betriebsorganisationen Arbeitsgeld aufgenommen. Bedenken wir nun, daß die Produktionsbudgets auch bei der gesellschaftlichen Buchhaltung geführt werden, dann zeigt sich sofort: 1. ob die aufgenommenen Beträge an Arbeitsgeld sich innerhalb des Budgets bewegen, 2. ob das durch das Produktionsbudget angegebene Verhältnis des Arbeitsgeldes zu den Rohstoffen oder der Quantität abgeliefertes Produkt, stimmt. Es ist z. B. jetzt auch bekannt, wieviel Tonnen Kohle per Arbeiter produziert wird, d. h. wieviel direkt verausgabte Arbeitsstunden auf eine Produktionseinheit fallen.

Die Kontrolle auf die Produktionsmittel ist insofern schwieriger, weil hier in festen und zirkulierenden Produktionsmitteln, in p und r unterschieden werden muß. Bekanntlich gehen die zirkulierenden voll in dem Produkt auf und die festen jeweils nur zum Teil. Dieselben Güter können aber in dem einen Fall als p fungieren und in dem anderen als r. Hat nun ein Betrieb Güter bezogen, dann entsteht in der gesellschaftlichen Buchhaltung die Schwierigkeit, ob die Ueberbuchung auf p oder r zu erfolgen habe. Es ist nicht unsere Aufgabe anzugeben, wie dies gelöst werden soll, weil das zur besonderen Buchhaltungstechnik gehört. Die Schwierigkeit wäre z. B. schon behoben, wenn als Regel festgestellt würde, daß bei jeder Güterübertragung auf dem Giroscheck die Bemerkung

gemacht werden muß: für p oder für r, gerade wie es jetzt auch schon bei Geldüberweisungen üblich ist, den Grund der Ueberweisung anzugeben.

Doch das ist nicht unsere Sache, sondern die der „Betriebsorganisation für gesellschaftliche Buchhaltung". Für uns genügt es, daß die Terme der Produktionsformel (p + r) + a leicht ihre Registrierung finden und damit jeder gesondert beurteilt und beobachtet werden kann. Der Term r muß sich nun wieder innerhalb des Produktionsbudgets bewegen und im richtigen Verhältnis zu a und zu dem erzeugten Produkt stehen. Rohstoffverschwendung kann also nicht nur von der Gilde, sondern auch von der gesellschaftlichen Buchhaltung aufgedeckt werden.

Betrachten wir jetzt den Term p, so begegnen wir hier noch einer Schwierigkeit. Die Maschinen, Gebäude usw. gehen erst nach 10 bis 20 Jahren im Produkt auf, während sie in dieser Zeit durch Reparaturen brauchbar gehalten werden. Sind sie durchschnittlich in 10 Jahren abgenutzt, dann wird 1/10 ihrer Produktionszeit abgeschieden, d. h. es wird jährlich in der Formel (p + r) + a aufgenommen. Nach Ablieferung des erzeugten Produkts gehen a und r wieder voll in die Produktion ein. Aber p bleibt im Kredit der Betriebsorganisation. Nach 10 Jahren sind dann die festen Produktionsmittel ganz abgeschrieben und können erneuert werden.

Es scheint, als wäre eine Kontrolle auf p erst nach 10 Jahren möglich, daß sich dann erst herausstellen soll, ob p zu hoch oder zu niedrig eingeschätzt war. Doch ist das nur Schein. Der wirkliche Produktionsgang ist doch, daß die verschiedenen Maschinen usw. eine verschiedene Abnutzungszeit haben und andererseits ihre Indienststellung zu verschiedenen Zeiten erfolgt. Es werden also in jedem Jahr alte Produktionsmittel durch neue ersetzt. Darum gehen nicht nur a und r als fließender Strom durch den Betrieb, sondern auch p, sei es auch in verlangsamtem Tempo. Der Betrieb wird daher auch jedes Jahr ungefähr seinen Betrag an abgeschriebenem p verwenden müssen.

Betrachten wir nun kurz den Charakter der gesellschaftlichen Kontrolle, dann ist zu bemerken, daß die Produktion, soweit es die produktiven Betriebe betrifft, sich nach verschiedenen Richtungen selbst kontrolliert. Erstens stellt sich sofort heraus, ob das Produktionsbudget (p + r) + a im allgemeinen richtig war und ob jeder Term sich innerhalb des Budgetrahmens bewegt. Zweitens fällt die Kontrolle auf die Quantität erzeugtes Produkt; im Resultat eine Kontrolle der durchschnittlichen Produktionszeit des Betriebes, der durchschnittlichen Produktionszeit der Gesellschaft und somit auch der Produktivitätsfaktoren.

Der ganze Gang der Kontrolle ist also nichts anderes, als daß die verschiedenen Güterübertragungen und die Aufnahme von Arbeitsgeld, also die sachliche Produktion, die Produktionsformel im allgemeinen kontrolliert. Dann kommt das erzeugte Produkt, das Ergebnis der sachlichen Produktion und stellt Betriebsdurchschnitt, gesellschaftlichen Durchschnitt und die angegebene Produktivität unter gesellschaftliche Aufsicht. Weiter kommt durch die Aufnahme von Arbeitsgeld und Güterübertragungen, also durch den sachlichen Produktionsgang, eine Kontrolle auf jeden der Terme von (p + r) + a gesondert zustande. Schließlich hält der Reproduktionsprozeß, die sachliche Produktion als Ganzes, eine scharfe Nachkontrolle.

War die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit zu niedrig, dann kann die Produktionsgenossenschaft als rechnerische Einheit sich nicht reproduzieren; war sie zu hoch berechnet, dann zeigen sich Ueberschüsse, die nicht von der Produktion aufgenommen werden.

XI.

DIE GESELLSCHAFTLICHE KONTROLLE DER AGA ODER ÖFFENTLICHEN BETRIEBE.

Die Kontrolle der öffentlichen Betriebe läuft z. T. mit der der produktiven parallel. Dies gilt im besonderen von der Beobachtung der einzelnen Terme der Produktionsformel $(p + r) + a$, die durch die Registrierung der Güterübertragung und die Aufnahme des Arbeitsgeldes geschieht. Soweit ergibt sich die Kontrolle aus der sachlichen Produktion. Das erzeugte Produkt dieser Betriebe geht aber unentgeltlich in die Gesellschaft über, und so erhalten sie keinen Kredit ebensowenig in ihren Betriebsbüchern als bei der gesellschaftlichen Buchhaltung. Hier tritt weder die Quantität Produkt, oder die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit, noch der Reproduktionsprozeß als kontrollierender Faktor auf. Die Betriebe, die ihr Produkt also ohne ökonomisches Maß in den individuellen Konsum geben, haben daher nur in einer Richtung eine automatische Kontrolle; durch die sachliche Produktion. Selbstverständlich lassen sich unzählige Methoden ausdenken, welche die Betriebe dahingehend unter Kontrolle stellen, ob das gesellschaftliche Gut so sparsam wie möglich verwaltet wird. Es handelt sich aber nicht um das Ausdenken von Kontrollmethoden, die doch mit der besonderen Eigenart des Betriebes zusammenhängen; worauf es ankommt, das ist die Kontrolle so wie sie aus dem Charakter der gesellschaftlichen Produktion hervorgeht.

In der Anfangsperiode kommunistischer Wirtschaft werden wahrscheinlich nur solche Betriebe zum öffentlichen Typ gehören, die kein tastbar Produkt erzeugen, wie z. B. ökonomische und politische Räte, Krankenfürsorge, Unterricht usw. Die nächste Entwicklung wird dann wahrscheinlich den Personen- und Gütertransport in den unentgeltlichen Konsum bringen, um in einem noch weiteren Stadium das „Nehmen nach Bedürfnissen" auf die tast- und meßbaren Produkte für den individuellen Konsum auszudehnen. Bei der Durchführung der sozialen Revolution handelt es sich also nicht in erster Linie darum, das Prinzip des „Jeder nach seinen Bedürfnissen" soweit wie möglich auszudehnen, sondern um die selbständige Verwaltung des Betriebes, die selbständige Durchführung der Produktionsberechnung. Ist die Produktion von dieser Seite sichergestellt, dann ist der Ausbau zum freien Konsum ein Leichtes.

Bei allen Betrieben, welche automatische Kontrolle nur in einer Richtung zulassen, wird die übrige Kontrolle sich wahrscheinlich ergeben aus vergleichenden Untersuchungen. So wird man z. B. Vergleichungen anstellen, wieviel Arbeitsstunden der Unterricht in der einen oder anderen Kommune absorbiert, wieviel Arbeitsstunden auf 1 km Straßenbahn in den verschiedenen Städten fallen, usw. Wird ein meßbar Produkt gesellschaftlich verteilt (Elektrizität), so tritt doch wieder die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit als kontrollierender Faktor in Erscheinung. Nur tritt die Kontrolle nicht automatisch bei der gesellschaftlichen Buchhaltung auf den Plan, sondern muß jetzt in den Betriebsbüchern erfolgen.

Als Unterteil der Kontrolle auf die öffentlichen Betriebe kommt nun noch die Kontrolle auf die Verteilung der Konsumgüter. Die Konsumenten verteilen durch ihre Genossenschaften die Produkte selbständig, sie sind „Herr im eigenen Hause". Weil die individuellen Wünsche hier ihren kollektiven Ausdruck finden, bestimmen sie, was und wieviel verteilt werden soll. Ihr ausführendes Organ ist eine Betriebsorganisation des AGA-Typs, die ein Betriebsbudget für den Verbrauch an $(p + r) + a$ macht und dabei bemerkt, daß ihr Dienst die Verteilung von X Arbeitsstunden sein wird.

Die Kontrolle auf die Produktionsformel verläuft wieder in einer Richtung, und zwar, ob die Betriebsorganisation sich innerhalb des Budgets bewegt und ob die einzelnen Terme innegehalten werden, es zeigt sich, ob die Formel richtig berechnet war.

Die Kontrolle auf die Quantität verteiltes Produkt ist auch einfach, gerade weil alle Güterübertragungen bei der allgemeinen Buchhaltung registriert werden und die Produkte genau nach ihrer Produktionszeit in den Verbrauch eingehen. In der allgemeinen Buchhaltung ist genau bekannt, wieviel Produkt, d. h. wieviel Arbeitsstunden die Konsumgenossenschaft bezogen hat und es müssen also genau soviel Arbeitsstundenscheine bei der Buchhaltung eingeliefert werden.

Allerdings gibt es hier technische Schwierigkeiten, weil die Verteilungsorganisation damit rechnen muß, daß ein Teil des Produkts verloren geht oder verdirbt. Praktisch kann dadurch nie soviel Arbeitsgeld eingeliefert werden als ihr Debet bei der allgemeinen Buchhaltung beträgt. Die Grenzen, innerhalb welcher diese Mankos sich bewegen dürfen, sind aber leicht aus der Praxis anzugeben und können also z. B. in das Produktionsbudget der Verteilungsorganisation aufgenommen werden. Im Prinzip wird die Kontrolle auf die

Verteilung durch diesen unvermeidlichen Produktenverlust nicht behindert und auch das exakte Verhältnis von Produzent zu Produkt nicht durchbrochen.

Die Kontrolle auf Produktion und Verteilung ist damit vollkommen. Jeder Term der Produktions- Reproduktionsformel kann genau von der Gesellschaft beobachtet werden. Die Kontrolle ist auf die einfachste Form zurückgebracht und der Wirtschaftsgang ist so durchsichtig, daß die offene Buchführung eine direkte Kontrolle seitens der Mitglieder der Gesellschaft möglich macht.

Während Produktion und Verteilung in den Händen der Produzenten- Konsumenten liegt, hat das ökonomische Getriebe seine höchste ideelle Zusammenfassung, die nur durch die Zusammenwirkung der Produktionskräfte zustande kommt und schließlich auch nichts anderes ist. Die Gesellschaft ist dann die ASSOZIATION DER FREIEN UND GLEICHEN PRODUZENTEN, welche in politischer Hinsicht ihren höchsten Ausdruck findet im Rätesystem und ökonomisch in der allgemein gesellschaftlichen Buchhaltung.

XII.

DIE GESELLSCHAFTLICH NOTWENDIGE ARBEIT UND DIE GESELLSCHAFTLICH DURCHSCHNITTLICHE REPRODUKTIONSZEIT.

g.n.A. = gesellschaftlich notwendige Arbeit —
g.d.R. = gesellschaftlich durchschnittliche Reproduktionszeit.

Untersuchen wir die Kategorie g.n.A. näher, dann sei bemerkt, daß zwei sehr verschiedene Dinge durcheinandergewürfelt werden. Einerseits enthält sie die bloße Feststellung, daß eine bestimmte Arbeit ein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigt und also gesellschaftlich notwendig ist, und andererseits will man damit ein rechnerisches Element zum Ausdruck bringen. So spricht Kautsky von der g.n.A., welche in einem Produkt steckt „von seinen ersten Anfängen an bis zur völligen Feststellung samt Transport und anderer Nebenarbeit", und mit „dem ungeheuersten und vollkommensten statistischen Apparat" nicht einzuschätzen ist. Zwar ist die Berechnung der g.n.A. theoretisch möglich, aber nicht praktisch durchführbar und damit muß diese Kategorie im rechnerischen Sinne von Kautsky als unbrauchbar zurückgewiesen werden.

Varga will die g.n.A. auch rechnerisch fassen. Er will das auch schon in dem Namen des Begriffs zum Ausdruck bringen und daher spricht er von „gesellschaftlichem Selbstkostenpreis". „Wir verstehen darunter den Selbstkostenpreis plus einem, zur Deckung der Erhaltungskosten der nicht Arbeitenden genügenden Zuschlag, plus einem Zuschlag zur Ermöglichung der realen Akkumulation. Dies ist die prinzipielle Lösung." (Cursiv von Varga, S. 147.)

Diese prinzipielle Lösung sieht denn auch tatsächlich verlockend aus. Bringt man die Varga'sche „Selbstkostenformel" in Schema, dann erhält man:

$$(P + R) + A + AGA + AKK.$$

Zu bedauern ist nur, daß Varga nicht sagt, wie die Zuschläge für AGA und Akkumulation festgestellt werden und zu welcher

Größe er sie in Beziehung setzt. Dadurch ist die Formel nicht näher zu untersuchen. Im allgemeinen ist zu bemerken, daß hier dieselbe Schwierigkeit besteht wie bei Kautsky und daß für die Realisierung dieser „Selbstkostenformel" ein monströses Riesengehirn notwendig wäre, wie z. B. für die Aufstellung der bekannten „Weltformel" von La Place; auf gut Deutsch heißt das soviel, als daß diese „Selbstkostenformel" vollkommener Unsinn ist. Darum kann es uns auch nicht verwundern, daß die prinzipielle Lösung in Ungarn keine Anwendung finden konnte und daß die Praxis anders entschied. Die Preispolitik mußte die Theorie der gesellschaftlichen Selbstkostenformel ersetzen, womit wir feststellen, daß auch hier die Kategorie der gesellschaftlichen Selbstkosten als unbrauchbar verworfen wurde.

Es zeigt sich, daß die Oekonomen den Begriff der g.n.A. in zu ausgebreitetem Sinne aufgefaßt und auch die allgemeinen, nicht zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten usw. (siehe „Randglossen" in Programmkritiken S. 24) in die Berechnung der g.n.A. aufgenommen haben (Varga), oder man hat nur den Blick gerichtet auf das gesellschaftliche Endprodukt und alle Produktionszeiten von hunderten von Produkten zusammengewürfelt (Kautsky). Tatsächlich ist die Kategorie der g.n.A. in genannter Form nicht zu verwenden. Allerdings ist alle Arbeit in Produktion und Verteilung gesellschaftlich notwendig. Sie muß also reproduziert werden. Die Lösung kann daher nur diese sein, daß jede Wirtschaftsgruppe sich selbst produziert, womit dann die ganze g.n.A. reproduziert ist.

Die Kategorie der g.n.A. ist nur verwendbar im Sinne von Gebrauchswerte schaffende Arbeit und nicht im rechnerischen. Die Reproduktion der g.n.A. fußt also auf der Reproduktion jeder wirtschaftlichen Handlung, und damit erscheint nicht die Kategorie der g.n.A., sondern die gesellschaftlich durchschnittliche Reproduktionszeit für jede Tätigkeit als entscheidende Kategorie. Diese ist von allen „Produzenten" im weitesten Sinne durchführbar und damit hat zugleich die g.n.A. ihre Lösung gefunden.

Produktionszeit und Reproduktionszeit.

Es ist noch zu untersuchen, warum gerade von Reproduktionszeit gesprochen werden muß und nicht von Produktionszeit, ferner, inwieweit diese Begriffe zusammenfallen und inwieweit sie Gegensätze sind.

Dabei erinnern wir an unsere Betrachtung, wie jeder einzelne Betrieb durch $(p + r) + a$ die Produktionszeit für sein Produkt berechnet, also feststellt, wieviel gesellschaftliche Arbeitsstunden in dem Produkt stecken. Weiter wurde ausgeführt, wie aus dem Ganzen aller, zu einer Produktionsgruppe verbundenen Betriebe, die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit berechnet wurde. Die

Art und Weise, wie sie berechnet wird, versichert eine Reproduktion der ganzen Produktionsgruppe, und darum nennen wir es statt gesellschaftlich durchschnittlicher Produktionszeit die gesellschaftlich durchschnittliche Reproduktionszeit. Sie fallen also zusammen. Der Unterschied in der Produktionszeit der Betriebe und der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeit wird im Produktivitätsfaktor aufgehoben.

Das „Veraltern" der Produktionsmittel.

Es ist ein ungeschriebenes Gesetz der kapitalistischen Unternehmungen, daß sie die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit innehalten müssen, weil sie sonst vom Markt verdrängt werden. Sie müssen darum bestrebt sein, die Löhne der Arbeiter so niedrig wie möglich zu halten und sich immer die meist produktiven Maschinen zu beschaffen. Dadurch werden häufig noch sehr gut verwendbare Maschinen zum „alten Eisen" geworfen. Dies ist eine ungeheure Güterverschwendung der kapitalistischen Produktionsweise. Diese Erscheinung ökonomisch gesehen würde heißen, daß bei einem Betrieb mit veralteten Produktionsmitteln die Produktionszeit über dem gesellschaftlichen Durchschnitt ist, oder aber seit der Gründung des kapitalistischen Betriebes ist die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit seines Produktionsapparates gefallen und in diesem Sinne entwertet.

Es ist nun das bewußte Streben der kommunistischen Produktion, die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit immer weiter herabzusetzen, was zu einem allgemeinen Sinken der Reproduktionszeiten führt. Kapitalistisch gesprochen heißt das: die Produktionsmittel in den einzelnen Betrieben sind veraltet. Es fragt sich nun, wie sich das in kommunistischer Wirtschaft auswirkt.

Hat z. B. ein Betrieb seine festen Produktionsmittel auf 100 000 Arbeitsstunden berechnet und wird angenommen, daß sie in 10 Jahren verschlissen sind, dann müssen 10 000 Arbeitsstunden per Jahr im Produkt dafür berechnet werden. Sinkt aber die gesellschaftlich durchschnittliche Reproduktionszeit der Produktionsmittel, dann kann der Betrieb sich bei seiner Reproduktion bessere oder mehr Maschinen beschaffen, d. h. die Produktivität des Betriebes wird erhöht, was Akkumulation, Erweiterung des Produktionsapparates ohne Zuführung von Extraarbeitsaufwand bedeutet.

Für diesen Betrieb führt die Senkung der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeit der Produktionsmittel zu einer Abänderung seiner Produktionszeit und damit auch seines Produktivitätsfaktors, weil schließlich die gesellschaftlich durchschnittliche Reproduktionszeit innegehalten werden muß. Die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit der ganzen Produktionsgruppe bleibt dabei gleich mit der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktions-

zeit, dies, weil auch die Produktionsmittel als ununterbrochener Strom durch die Betriebe gehen. Heute wird dieses erneut oder umgebaut, morgen jenes. Die niedrigsten gesellschaftlichen Reproduktionszeiten werden daher jederzeit fortlaufend vom Produktionsprozeß aufgenommen.

Die gesellschaftlich durchschnittliche Reproduktionszeit ist daher die entscheidende Kategorie der kommunistischen Produktion. Wie der Begriff Wert der Mittelpunkt der kapitalistischen Oekonomie ist, so ist der Begriff Reproduktionszeit der Drehpunkt des kommunistischen Wirtschaftslebens.

Grundlage der g.d.R. ist die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitsstunde. Diese Kategorie hat auch im Kapitalismus schon Gültigkeit. Die individuellen Verschiedenheiten finden auch jetzt keinen Ausdruck in der Ware, denn auf dem Markt wird das Produkt umgetauscht in Geld, d. h. verwandelt in die allgemeine Ware, welche alle individuellen Verschiedenheiten aufhebt. Im Kommunismus ist es die g.d.R., welche alle individuellen Verschiedenheiten von langsamen und routinierten Arbeitern, von Fähigen und weniger Fähigen, von Hand- und Kopfarbeit in sich schließt. Die g.d.R. ist also etwas, was als solches, als etwas Besonderes nicht existiert. Gleich den Naturgesetzen, welche nur das Allgemeine aus den besonderen Erscheinungen hervorbringen, ohne als solche zu existieren, verkörpert die g.d. Arbeitsstunde, die in concreto kein Dasein führt, das Allgemeine aus der ungeheuren Verschiedenheit im gesellschaftlichen Stoffwechsel.

XIII.

DIE ÖKONOMISCHE DIKTATUR DES PROLETARIATS UND DIE ALLGEMEIN GESELLSCHAFTLICHE BUCHHALTUNG.

Die Diktatur des Proletariats, welch Schreckgespenst ist sie für den braven Kleinbürger und auch für große Teile des Proletariats; sie vergessen aber dabei, daß die Kapitalistenklasse ihre Diktatur mit der brutalsten Rücksichtslosigkeit handhabt. Doch die Geschichte kehrt sich nicht an den Schrecken der Kleinbürger, sie war und ist noch eine Geschichte von Klassenkämpfen, und darum wird die in ihrem Leben bedrohte proletarische Klasse sich gegen die kapitalistische Diktatur erheben müssen, um ihre Gesellschaftsordnung, die Ordnung der Arbeit, gegen den Widerstand aller bürgerlichen Elemente durchzusetzen. Die Stoßkraft hierzu wird notwendig von den in den Groß- und Mittelbetrieben zusammengeballten Arbeitermassen ausgehen. Sie werden die öffentliche Gewalt in der Gesellschaft an sich reißen, und sie werden auch die neue Ordnung der übrigen Gesellschaft vorzuschreiben haben. Dies kann nun nicht geschehen durch Dekrete und mit der Bajonettspitze, sondern es muß die organisatorische Tat der breitesten Arbeitermassen sein.

Der Gang der Dinge in Westeuropa wird sein, daß das Proletariat den Staat zertrümmert und die Betriebe in Besitz nimmt, in dem Sinne, daß sie als gesellschaftliches Eigentum erklärt werden. Dann allerdings muß sich entscheiden, ob sie dem russischen Beispiel folgen und, unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Lehren, sich im Staat als Leiter und Verwalter der Produktion einen neuen Unterdrückungsapparat schaffen, oder ob das kommunistische Element in der Arbeiterschaft so stark ist, daß sie mit Hilfe der Betriebsorganisationen oder Räte, die Betriebe in eigene Verwaltung nehmen. Geschieht letzteres, dann ist es nur möglich, wenn die von uns aufgezeigten Prinzipien der kommunistischen Wirtschaft dem inneren Kreislauf der Produktion zugrunde gelegt werden. Damit ist aber der wichtigste Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts dem freien unkontrollierten Umlauf, dem Markt, entzogen. Der andere Teil der gesellschaftlichen Produktion, der Klein- und Bauernbetrieb,

ist dadurch gezwungen, sich der gemeinwirtschaftlich organisierten Industrie anzuschließen. Das ist die „ökonomische Diktatur", die stärkste Waffe des siegreichen Proletariats.

Die Durchführung der sozialen Revolution auf diesem Gebiet ist nun zu einem guten Teil eine Aufgabe, die der allgemein gesellschaftlichen Buchhaltung zufällt. Die neuen ökonomischen Gesetze, die dann gelten, verrichten diese Aufgabe.

Das kommunistische Betriebsleben kennt keinen Geldverkehr und keinen Markt, es leitet den Strom der Verrechnungen durch das Girokonto. Dadurch sind alle Produzenten, die nicht beim Giro angeschlossen sind, in eine Zwangslage gebracht. Sie können keine Rohstoffe und Produktionsmittel für ihren Betrieb beziehen. Wollen sie ihren Betrieb weiterführen, dann muß ihr Güterumlauf durch die Verrechnung des Giros gehen. Sie müssen sich der allgemeinen Regelung der gesellschaftlichen Produktion fügen, ihre Produktion auf die allgemeine Berechnung der vorgeschriebenen Formel von (p — r) — a stellen, wodurch ihre Produktion unter gesellschaftliche Kontrolle fällt.

So wird der zersplitterte Kleinbetrieb auf ökonomischem Wege gezwungen, auch seinerseits die Produktion zu ordnen. Als notwendige Folge ergibt sich dann, daß die gleichartigen Betriebe sich zum Produktionskartell verbinden. Das ist schon notwendig zur Feststellung der durchschnittlichen Produktionszeit und des jeweiligen Produktivitätsfaktors, wie auch aus Gründen des geordneten Materialbezuges usw. Dies ist auch der einzige Weg, um dem Kleinbetrieb seine Rückständigkeit zu nehmen. Diese Kartellierung braucht aber nicht im geringsten die Selbstverwaltung der Kleinbetriebe zu schneiden, sondern umgekehrt wird sich zeigen, daß die Gestaltung der Produktion durch die Produzenten selbst sich hier vorbildlich entwickeln wird.

Die „Assoziation freier und gleicher Produzenten" übt also eine ökonomische Diktatur aus. Sie erkennt das Recht der Ausbeutung nicht an und schließt jeden, der dieses erste Prinzip des Kommunismus nicht anerkennt, aus ihrer Gemeinschaft aus. Der Kleinbetrieb wird allerdings gezwungen, sich den kommunistischen Produktionsregeln zu unterwerfen, doch direkt bei der Unterwerfung hat die Diktatur sich in ihr Gegenteil verkehrt. Wenn die Produzenten selbst die Leitung und Verwaltung durch ihre Betriebsorganisation in die Hand nehmen und die Produktion unter gesellschaftliche Kontrolle stellen, dann ist dadurch die Diktatur aufgehoben und sind die Produzenten zu Gleichberechtigten in der Assoziation geworden.

XIV.

DIE AGRARFRAGE UND DIE BAUERN*).

Die Entwicklung zur Warenproduktion.

Es ist ein bekannter Satz, daß jede neue Gesellschaft im Schoße der alten geboren wird. Der Kapitalismus schafft in seiner rasend schnellen Entwicklung einen immer mächtigeren, in steigendem Maße konzentrierten Produktionsapparat, wodurch einerseits die Zahl der Bourgeois, welche die Verfügung über den Apparat haben, sich verringert und andererseits das Heer der Proletarier ins Unermeßliche sich steigert. Diese Entwicklung schafft zugleich die Bedingungen, die den Kapitalismus zu Fall bringen. Die notwendige Bedingung dieses Wachstums des Proletariats ist eine immer intensivere Ausbeutung, während die Unsicherheit der Existenz damit gleichen Schritt hält. (Siehe Marx, Lohnarbeit und Kapital.) Bei diesen Bedingungen gibt es für das Proletariat nur einen Ausweg: Den Kommunismus.

Betrachten wir neben dieser industriellen Entwicklung die der Landwirtschaft, dann erhalten wir ein anderes Bild. Ungeachtet aller Prophezeiungen, daß auch die Landwirtschaft sich konzentrieren müsse, daß der kleinere und mittlere Bauer von großen Agrarkonsortiums verdrängt werde, ist von dieser Entwicklung wenig zu merken. Nicht nur der mittlere, sondern auch der kleine Bauer hat sich behauptet, während keine Rede ist von einer Entwicklung im obengenannten Sinne. Ja, es ist selbst eine kräftige Zunahme des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft festzustellen.

Dieser Verlauf ist für die Theoretiker des Staatskommunismus sehr enttäuschend. Die Arbeit in der Industrie erhält einen immer mehr gesellschaftlichen Charakter, während die Agrarwirtschaft ihrer Meinung nach abgeschlossen bleibt. In der Industrie werden die Betriebe immer mehr „reif" für den Kommunismus, so wie sie das auffassen, und in der Landwirtschaft will die Produktion nicht reif werden für zentrale Staatsverwaltung.

*) Siehe hierzu: „Entwicklungslinien in der Landwirtschaft", herausgegeben von der Gruppe Int. Kommunisten Holland.

In den Augen des Staatskommunisten ist und bleibt darum die Landwirtschaft ein Stein des Anstoßes für die Durchführung des Kommunismus. Unserer Meinung nach hat der Kapitalismus die objektiven Bedingungen für den Kommunismus auch in der Landwirtschaft glänzend durchgeführt. Es hängt nur davon ab, wie man die Dinge sieht; ob man die Verwaltung der Produktion in die Hände der zentralen Regierungsbüros legen will, oder ob man sie von den Produzenten selber vollzogen denkt.

Wir wollen zunächst den heutigen Charakter der Landwirtschaft ins Auge fassen. Ohne Zweifel finden wir hier nicht die ungeheure Konzentration der Produktion, wie wir diese in der Industrie beobachten. Aber dieser Tatsache zum Trotz ist der Landbau durch und und durch kapitalistisch geworden.

Die Warenproduktion ist das charakteristische Kennzeichen der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Waren sind Gebrauchsgegenstände, die der Produzent, bei Privatbesitz an Produktionsmitteln, nicht für den eigenen Verbrauch, sondern für den Verbrauch anderer produziert. Der Warenproduzent schafft dasjenige, was er selber nicht verbraucht, und er verbraucht gerade das, was er selber nicht verfertigt. Auf dem Markt findet dann der allgemeine Händewechsel der Waren statt. Dadurch, daß der Warenproduzent nicht für sich selbst, sondern für andere produziert, ist seine Arbeit gesellschaftliche Arbeit. In dem gesellschaftlichen Prozeß des Stoffwechsels sind daher alle Warenproduzenten untereinander verbunden, sie leben in vollkommen gegenseitiger Abhängigkeit und bilden damit ein geschlossenes Ganze.

Der alte Bauernbetrieb kannte die Warenproduktion nur als Nebensächlichkeit. Die geschlossene Hauswirtschaft des Bauern befriedigte fast den ganzen Bedarf aus eigener Arbeit. Der Bauer arbeitete für den eigenen Familienkreis. Seine Produktion war nicht gesellschaftlich verbunden. Sein Produktionsumlauf vollzog sich fast ausschließlich in dem engen Kreis seines Hofes, solange er die Elemente seiner Produktion aus dem eigenen Produkt deckte. Nur das, was nicht in eigenen Verbrauch genommen wurde, der Ueberschuß seiner Produktion, war für den Markt, womit diese Produkte Warenform annahmen. Der Bauernbetrieb war also kein Teil der gesellschaftlichen Arbeit, und das ist denn auch die Erklärung für die unabhängige Existenz der Bauern.

Die industrielle Warenproduktion hat diese Geschlossenheit durchbrochen. Wußte sie einerseits einen Strom billiger Produkte über die Erde zu streuen, andererseits wurde durch die Wirkungen des Kapitalismus der Pachtzins erhöht, während auch der Staat immer höhere Steuern verlangte. Es ist hier nicht unsere Aufgabe, den Zerschlagungsprozeß der geschlossenen Hauswirtschaft zu verfolgen. (Siehe R. Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals.) Wir

wollen nur das Resultat feststellen, das für jeden deutlich zutage tritt. Der Bauer brauchte immer mehr Geld, um seinen Verpflichtungen gerecht zu werden. Geld kann er aber nur erhalten dadurch, daß er als Warenproduzent auftritt, daß er mehr Produkt auf den Markt bringt. Hierzu lagen zwei Wege offen. Entweder, der Bauer mußte bei gleicher Produktivität selbst weniger verbrauchen, oder er mußte die Produktivität seiner Arbeit steigern. Noch weniger verbrauchen, wie ein Bauer vom alten Schrot und Korn, gehört aber zu den Unmöglichkeiten. Die Steigerung der Produktivität erschien damit als einzige Lösung.

Hier liegt nun der Punkt, wo die Oekonomen sich in ihren Zukunftsspekulationen geirrt haben. Sie nahmen für den agrarischen Betrieb dieselbe Entwicklung an, wie für die Industrie. In der Industrie wurde eine immer größere Produktivität erreicht, durch das Zusammenfließen von Kapitalien, durch immer neue, mehr produktive Maschinen, welche nur in Riesenbetrieben angewandt werden konnten. Diesbezüglich meinten sie, daß derselbe Konzentrationsprozeß sich in der Landwirtschaft vollziehen müßte. Damit mußte der kleinere und mittlere Bauer in der Hauptsache verschwinden, während die Agrarkonsortiums die entscheidende Rolle in der Landwirtschaft spielen würden.

Unsere Oekonomen haben sich also in dieser Beziehung geirrt. Uebrigens ein sehr verständlicher Irrtum, weil sie nur rechnen konnten mit den früher gegebenen Möglichkeiten. Doch ist es merkwürdig, daß die industrielle Entwicklung, welche die Konzentration in der Landwirtschaft herbeiführen sollte, selbst den Boden für eine ganz andere Entwicklung der Agrikultur bereitete. Es waren insbesondere der Motor, der künstliche Dünger und die Agrarwissenschaft, welche die Produktivität des Landbaues gewaltig zu steigern wußten. Durch die moderne Düngung spielte die Beschaffenheit des Bodens eine untergeordnete Rolle, der Ertrag per Hektar wuchs gewaltig, wodurch der Bauer viel mehr Waren auf den Markt bringen konnte wie früher, während der moderne Verkehr einen allseitigen Transport versorgen konnte. Gleichzeitig mit der Steigerung des Ertrages per Hektar vollzog sich eine Erscheinung von gewaltiger Bedeutung. Sobald die Produktion auf wissenschaftliche Grundlage kommt, tritt die Erscheinung der Spezialisation mit zwingender Kraft auf. „Der Spezialist ist ein Höhlenmensch, er sieht nur einen kleinen Lichtstreifen des Weltraumes, aber den sieht er sehr scharf" sagt Multatuli irgendwo. So sehen wir, wie der Bauer sich einrichtet, nur ein bestimmtes Produkt zu liefern, aber um hier denn auch das Höchste zu erreichen, was bei dem heutigen Stand der Wissenschaft und . . . seinen finanziellen Mitteln nur möglich ist. Nach dieser Spezialisation richtet er dann seinen Betrieb ein, d. h., er beschafft sich gerade die Werkzeuge, welche er für das spezielle Produkt braucht.

So ist heute die Lage der Landwirtschaft in einem großen Teile von Westeuropa. In Holland und Dänemark ist dies am schärfsten ausgeprägt, während Frankreich, England und Deutschland in schnellem Schritt der Spezialisation folgen. Für Viehzucht und Gemüsebau im Umkreis der größeren Städte hat sich auch in diesen Ländern der Uebergang vollzogen. Der Bauer ist damit Warenproduzent geworden im vollen Sinne des Wortes. Er bringt jetzt nicht mehr seinen Ueberschuß auf den Markt, sondern sein ganzes Produkt. Er schafft dasjenige, was er selber nicht verbraucht, und er verbraucht gerade das, was er selber nicht verfertigt. Er arbeitet also nicht für sich selbst, sondern für andere, für die Gesellschaft, und damit ist seine Arbeit jetzt bei der gesellschaftlichen Arbeit eingeschaltet. Die geschlossene Hauswirtschaft ist durch die Spezialisierung vernichtet, die Agrarwirtschaft ist zur industriellen Produktion übergegangen.

Möge der Bauer dabei noch der Eigentümer seiner kleinen Scholle geblieben sein, so hat sich doch seine Stellung enorm verschlechtert. Allerdings kann er bei guter Konjunktur gute Geschäfte machen, aber er ist nun völlig von den Wechselfälligkeiten des Marktes abhängig, und schlechte Witterung in einem Jahr, Krankheit in einer bestimmten Pflanzenart, kann ihn gründlich ruinieren.

Diese Unsicherheiten der Existenz galten zwar auch für die industriellen Unternehmungen, aber doch waren sie nicht so stark von der Natur abhängig. Die Produktivität wurde in der Weise gesteigert, daß die Akkumulation zustande kam durch Anwendung von immer produktiveren Maschinen, was schließlich auf eine Konzentration der Betriebe hinauslief. Für den Bauer nahm die Steigerung der Produktivität eine ganz andere Richtung, welche wieder bestimmt wurde von dem Stand der Technik im Zusammenhang mit den Produktionsbedingungen des Bauernbetriebes. Die Akkumulation kam zustande durch die Beschaffung von Kunstdünger, Motoren und Traktoren, die Einstellung auf ein Spezialprodukt.

Hand in Hand damit tritt eine andere Erscheinung auf. Um auf dem Markt so kräftig wie möglich zu stehen, schlossen sich die Bauern in Bauerngenossenschaften zusammen, wodurch sie die Preisgestaltung besser in der Hand hatten und auch auf kollektivem Wege Maschinen beschaffen konnten für die Bearbeitung der Felder und die Verarbeitung der Ernte. So konnten z. B. die Viehbauern selbst Molkereien errichten; wodurch diese Industrie direkt der Viehwirtschaft aufgepfropft wurde. Die Molkerei ist jetzt der Mittelpunkt, welcher einen weiten Umkreis beherrscht. Die Bauern haben damit ein Organ geschaffen, das sie alle unlösbar verbindet. Durch all dieses ist sowohl Landbau und Viehzucht, als auch der Gartenbau stark konzentriert, während doch von einer Zusammenfassung der Betriebe in industriellem Sinne keine Rede ist.

Fassen wir obiges zusammen, dann ist zu sagen, daß die heutige Agrikultur durch Spezialisierung gekennzeichnet und also zur vollen Warenwirtschaft übergegangen ist. Die Steigerung der Produktivität konnte durch die moderne Technik zustande kommen, ohne die Konzentration der Betriebe in einer Hand. Parallel damit läuft die Entwicklung der Bauerngenossenschaften, welche die Betriebe untereinander verbindet durch Interessengemeinschaften, wobei die Bauern aber ihre Freiheit verlieren (z. B. des öfteren durch Verfügungsrecht über ihr Produkt).

XV.

DIE BAUERN UND DIE REVOLUTION.

Der oben skizzierte Entwicklungsgang verhindert, daß ein zahlreiches Landproletariat gebildet wurde. Wenn es auch noch immer viel größer als die Zahl der besitzenden Bauern ist, so doch lange nicht in dem Verhältnis, wie die erdrückende Masse des Industrieproletariats gegenüber der Bourgeoisie. Es kommt noch hinzu, daß die Klassengegensätze auf dem Lande nicht so stark in den Vordergrund treten, gerade weil der kleine und mittlere Bauer mit seinen Familienangehörigen selbst mitarbeitet. Hat der Besitz in den Städten zum reinen Parasitismus geführt, bei dem kleinen und mittleren Bauernbetrieb ist das nicht der Fall. Dadurch ist eine proletarische Revolution auf dem Lande viel schwieriger, als in den Städten. Doch liegen die Verhältnisse nicht so hoffnungslos, wie das auf den ersten Blick erscheint. Sehr sicher gibt es auf dem Lande eine verhältnismäßig große Zahl Besitzende, aber diese wissen ganz gut, daß sie im Grunde nicht viel mehr sind, wie die Geschäftsbesorger des Anleihekapitals, während die Last der Existenzungewißheit schwer auf sie drückt. Ohne Zweifel bleibt es richtig, daß der besitzende Bauer nie ein Vorkämpfer des Kommunismus sein wird. Die wirtschaftliche Stellung aber, welche er einnimmt, nötigt ihn, sich den Gesellschaftsgruppen anzuschließen, die sich an die Seite des Siegers stellen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß er dann nicht von Haus und Hof verjagt, oder von der Leitung und Verwaltung seiner Produktion ausgeschaltet wird. Die proletarische Revolution kann keinen Pachtzins oder Hypothekenschulden anerkennen, weil nur die gesellschaftlich durchschnittliche Reproduktionszeit der Produkte berechnet wird, und damit erscheint die Bauernfrage für die „Assoziation freier und gleicher Produzenten" nicht so schwierig, als für den Kommunismus der „reifen" Betriebe.

Die Tatsache, daß der Bauer Warenproduzent geworden ist, ist für die Revolution von größter Bedeutung und die „Angst vor den Bauern" ist zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß ihre

heutige Position falsch eingeschätzt wird. So wird z. B. fortwährend darauf hingewiesen, daß das Proletariat in seiner Ernährung von den Bauern abhängig ist und daß man sie also nicht zu viel gegen sich einnehmen darf.

Diese Warnung beruht noch auf dem Zustand der Agrarwirtschaft, wie er in der vergangenen Periode war. Man sieht die Frage so, als ob der Bauer noch der Bauer von früher, nicht der ausgesprochene Warenproduzent von heute sei, der nicht nur den Ueberschuß seiner geschlossenen Hauswirtschaft, sondern sein ganzes Produkt auf den Markt bringen muß. In der heutigen Lage ist das Proletariat nicht mehr von den Bauern abhängig, als umgekehrt. Liefern die Bauern dem Proletariat ihr Produkt nicht, dann sind sie ebenso dem Hunger ausgeliefert wie das Proletariat, so paradox dies auch klingen möge. Trotz allem muß der Bauer sein Produkt verkaufen, weil er nur produziert, was er selber nicht verbraucht und verbrauchen muß, was er selber nicht produziert.

Man hört auch viel die Bemerkung, daß der Bauer lieber sein Produkt den Tieren verfüttert, als es gezwungener Maßen zu verkaufen. Auch dies ist ein Mißverständnis, welches auf die veraltete Ansicht von der geschlossenen Hauswirtschaft zurückzuführen ist. Der Viehbauer hat nur Vieh (abgesehen von den Nebenprodukten) und weiter nichts. Der Ackerbauer hat wohl Getreide, aber kein Vieh, der Hühnerbauer etliche hundert Hühner, der Gemüsebauer nur eine bestimmte Anzahl Gemüsesorten. Sie sind alle Spezialisten.

Dazu hört man auch noch die Befürchtung, daß der Bauer verweigern wird, sein Land weiter zu beackern, d. h., daß er zur geschlossenen Hauswirtschaft zurückzukehren versucht. Aber auch das kann er nicht. Selbst ein Bauer kann nicht ein Jahrhundert zurückgehen und alles Erforderliche selbst verfertigen, weil er weder über die erforderlichen Fähigkeiten, noch über die dazu notwendigen Werkzeuge verfügt. Mit der einmal vollzogenen Vergesellschaftung der Arbeit kann niemand sich mehr derselben entziehen, ein Zurück ist unmöglich geworden. Wie man die Sache auch wendet oder dreht, die Bauern sind auf dem gesellschaftlichen Schiff und müssen mit.

XVI.

DIE AGRARISCHE REVOLUTION IN RUSSLAND UND UNGARN.

Rußland.

Die Lösung der Agrarfrage in Rußland bringt wenig Belehrung für die Entwicklung der agrarischen Revolution in Westeuropa. Die Landwirtschaft war dort noch in den feudalen Verhältnissen des Großgrundbesitzes (vielfach mit geschlossener Hauswirtschaft). Die kapitalistische Parole: „Das Land den Bauern" bedeutete darum in Rußland die Verwirklichung der Freiheit und Gleichheit . . . wie die französischen Bauern sie 1789 eroberten. Sie verschafften sich ein Stück Privatbesitz, auf dem sie nach eigenem Belieben wirtschaften konnten. Der russische Bauer verlangt auch als Kapitalist, als Warenproduzent, auf der gesellschaftlichen Bühne aufzutreten, warum er denn auch bald gegen die Sowjetregierung agierte und die Freiheit des Innenhandels erzwang.

Damit setzte in Rußland die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft ein, welche wir hier in Westeuropa schon lange durchgemacht haben. Die Russen weisen mit großmütiger Geste auf das Wachstum des Kommunismus auf dem flachen Lande hin, womit dann gemeint wird, daß die Bauern sich in Genossenschaften zusammenschließen, um die Vorteile moderner Technik, gemeinschaftlicher Preisfestsetzung und kollektiven Ein- und Verkaufs für sich nutzbar zu machen. Der russische Bauer wird dabei ebenso als sein Klassengenosse in Westeuropa von der Notwendigkeit geleitet, eine kräftige Position auf dem Markt einzunehmen, um einen möglichst hohen Profit einzuheimsen. Hieraus sehen wir, daß der von den Bolschewiken gepriesene „Kommunismus" in Westeuropa viel weiter fortgeschritten ist, als in Rußland.

Kein Wunder, daß wir bei den Russen nicht viel zu lernen haben in der Frage agrarischer Betriebsverwaltung in kommunistischem Sinne. Von Betriebsorganisationen, die mit der Leitung und Verwaltung betraut sind, ist selbstverständlich keine Rede, gerade weil alles privater Besitz ist.

Ungarn.

Das Räteungarn bietet ein ganz anderes Bild vom Werdegang der Revolution. Der Kleinbesitz blieb unangetastet, der große und mittlere Besitz wurde durch Dekret für enteignet erklärt, ohne daß die Bauern das Land aufteilten. Das konnte so geschehen, weil die Bauern an der Revolution so unschuldig waren, wie neugeborene Kinder. Diesbezüglich erzählt Varga uns folgendes:

> „In Ungarn gab es keine Revolution im eigentlichen Sinne des Wortes. Die Macht fiel den Proletariern sozusagen über Nacht legal in die Hände. Auf dem flachen Lande gab es überhaupt nur eine geringfügige revolutionäre Bewegung, aber auch keinen bewaffneten Widerstand. Daher konnte die juristische Enteignung ohne jedes Hindernis vollzogen werden und der Großbetrieb erhalten werden" . . . „Wir betonen den Ausdruck j u r i s t i s c h, denn es muß offen eingestanden werden, daß die Enteignung in den meisten Fällen nur juristisch vollzogen wurde, sozial aber in vielen Fällen sich so wenig änderte, daß die Landbevölkerung von der Enteignung oft keine klare Vorstellung besaß." . . . „Verblieb der bisherige Gutsbesitzer als staatlich angestellter Betriebsleiter auf dem enteigneten Gut, so änderte sich sozial vorläufig gar nichts. Der Gutsbesitzer verblieb in derselben herrschaftlichen Wohnung, fuhr weiter mit demselben Viergespann, ließ sich von den Arbeitern weiter „Gnädiger Herr" anreden. Die ganze Aenderung bestand darin, daß er nicht mehr frank und frei über sein Vermögen verfügen konnte, sondern den Anordnungen der Betriebszentrale folgen mußte. Davon bemerkte aber der landwirtschaftliche Arbeiter sehr wenig; für ihn hatte die soziale Revolution nur insofern eine Bedeutung, als er einen viel höheren Verdienst erhielt, als bisher."
>
> (Die Wirtschaftspolitischen Probleme, S. 103.)

Doch verlief es nicht überall so. Einzelne große Güter wurden zu produktiven Assoziationen erklärt, wobei die Leitung und Verwaltung scheinbar in die Hände der Arbeiter gelegt wurde.

> „Aus den einzelnen Gütern wurden Produktionsgenossenschaften gebildet. Die Genossenschafetn eines Territoriums wurden unter einer gemeinsamen Oberleitung vereinigt. Sämtliche Produktivgenossenschaften wurden in der „Landes-Betriebs-Zentrale der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften" zusammengefaßt, welche unmittelbar unter der Leitung der Sektion für Ackerbau des Obersten Wirtschaftsrates stand. Die Form der Produktivgenossenschaft wurde wegen der sozialen Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter gewählt. Hätten wir die Großgüter einfach für Staatseigentum erklärt, wären die Lohnforderungen der Arbeiter uferlos

und die Arbeitsintensität minimal gewesen. Auf diese Weise war die Möglichkeit gegeben, für die Arbeitsdisziplin und Arbeitsintensität damit zu agitieren, daß der Reinertrag des Gutes den Arbeitern selbst gehöre. Hiermit wurde auch dem Bestreben der Landarbeiter, Eigenbesitz zu erhalten, in gewisser Weise Genüge getan." . . . „Materiell hatte diese Konzession wenig zu bedeuten, da die Buchführung zentral geschah. Es bestand die Absicht, nach genügender vorhergehender Aufklärung die enteigneten Großgüter offen als Staatseigentum, die Arbeiter als Arbeiter des Staates zu erklären, ganz wie die industriellen Arbeiter."

(Die Wirtschaftspolitischen Probleme, S. 105.)

Ergebnis.

Das kritisiert sich selbst! Ganz offenherzig sagt Varga: „Gib den Arbeitern den Schein, als ob sie die Produktion leiten und verwalten, in Wirklichkeit hat es wenig zu bedeuten, denn WIR verfügen über die zentrale Leitung, während diese wiederum den reinen Ertrag durch die „Preispolitik" bestimmt. Deutlich wird hier demonstriert, wie notwendig es ist, das Verhältnis der Produzenten zum gesellschaftlichen Produkt von der sachlichen Produktion selbst bestimmen zu lassen, damit nicht eine neue Beherrschung unter der Maske der Demokratie auftritt.

Es lohnt sich nicht, auf Einzelheiten in bezug auf die Landwirtschaft in Räteungarn einzugehen. Wir ziehen nur den Schluß, daß sowohl Rußland als Ungarn ein abschreckendes Beispiel von kommunistischer Produktion waren und sind. In Rußland handelten die Bauern kapitalistisch. „Die Bauern teilten den Boden auf und verschleppten die Produktionsmittel, wobei nicht die Aermsten, sondern die wohlhabendsten Bauern den größeren Anteil erhielten" (Varga, S. 103). In Ungarn handelten sie gar nicht, das bedeutet, daß wir bis jetzt kein Beispiel haben, wie das ländliche Proletariat und die kleinen und mittleren Bauern unter westeuropäischen Verhältnissen einer proletarischen Revolution entgegentreten.

Welche Ideologie bei ihnen in den Vordergrund tritt? Organisieren sie sich auch in der Revolution und in welcher Form? Wir wissen es nicht. Das einzige, was wir tun können, ist, zu untersuchen, wie ihr Verhalten in den proletarischen Revolten von 1918 bis 1923 war.

XVII.

DAS LANDWIRTSCHAFTLICHE PROLETARIAT UND DIE KLEIN- UND MITTELBAUERN IN DER DEUTSCHEN REVOLUTION.

Der Auftakt.

Als im November 1918 in Deutschland die kaiserliche Gewalt zusammenstürzte, geschah dies sicher nicht durch die proletarisch-revolutionäre Aktivität der Massen. Die Kriegsfront wurde durchbrochen, die Soldaten desertierten zu Tausenden. In dieser Situation wollte die deutsche Marine noch eine letzte große Kraftanstrengung versuchen, durch einen hartnäckigen Schlag auf der Nordsee. Die Matrosen dachten zu Recht oder zu Unrecht, daß sie hierbei alle den Tod finden würden und dies wurde die Anleitung zur Massendienstverweigerung auf den Kriegsschiffen. Einmal auf dieser Bahn, mußten die Matrosen weiter, weil sonst die meuternden Schiffe von den „getreuen" Truppen in den Grund geschossen worden wären. Sie hißten darum die rote Flagge, was zum allgemeinen Matrosenaufstand führte. Hiermit war die erlösende Tat getan, die Matrosen mußten nun weiter. Mit eiserner Notwendigkeit entwickelte sich die eine Tat aus der anderen. Sie marschierten also nach Hamburg, um die Hilfe der Arbeiter anzurufen. Wie sollten sie hier empfangen werden? Sollten sie zurückgeschlagen werden?

Es war keine Rede von irgendwelchem Widerstand. Zu Hunderttausenden erklärten sich die Arbeiter mit den Matrosen solidarisch, wobei die revolutionäre Aktivität in den Arbeiter- und Soldatenräten ihren Ausdruck fand, und der Siegeszug der deutschen Revolution ganz Deutschland durchzog. Und dies war das Merkwürdige. Obwohl die Militärzensur alle Berichte über die russische Revolution von 1917 unter ihrer Kontrolle hatte, obwohl also gar keine Propaganda für den Rätegedanken gemacht war, ja obwohl die russische Rätestruktur den deutschen Arbeitern völlig unbekannt war, hatte sich in der Zeitspanne von einigen Tagen ein ganzes Netz von Räten über Deutschland gezogen.

Die Ausstrahlungen.

Der Bürgerkrieg, der jetzt folgt, stand im Zeichen des Sozialismus. Einerseits die Sozialdemokratie, welche den Sozialismus auffaßte als eine einfache Fortsetzung des Konzentrationsprozesses des Kapitalismus, mit der legalen Nationalisierung der großen Industrie, wobei sie die Rätebewegung als Verkörperung der Selbstaktivität der Massen vernichten mußte. Andererseits der neugeborene Kommunismus, welcher die Nationalisation nur auf illegalem Wege erreichbar erachtete, also wurzelnd auf der Selbstaktivität der Massen. Das Ziel war dasselbe, aber der Weg dahin nicht.

Obwohl die Besetzung der Betriebe durch das Proletariat während der ganzen revolutionären Periode allgemein durchgeführt war, kam es doch nirgends zu einer „Inbesitznahme im Namen der Gesellschaft". Die Betriebe wurden von den alten Besitzern verwaltet und geleitet, sie blieben immer ihr Eigentum, sei es auch hier und da unter Kontrolle der Arbeiter.

Der Stillstand.

Daß es nicht weiter kam, findet zum größten Teil seinen Grund in der Tatsache, daß der revolutionäre Teil des Proletariats alle Kräfte gebrauchte, um seine Position gegenüber der Konterrevorevolution zu behaupten, welche unter Führung der Sozialdemokratie dem Chaos und der eigenmächtigen Nationalisierung vorbeugen wollte. Die proletarische Revolution war daher außerordentlich schwach. Ein großer Teil von Gesellschaftsgruppen wurde von der Revolution bezwungen und mußte wohl oder übel die Seite der Sieger wählen. Sie wurden jedoch zur Konterrevolution getrieben, da das Proletariat noch in sich selbst zerteilt und mit sich selbst beschäftigt war.

Obwohl hier nicht der richtige Ort ist, den Verlauf des deutschen Bürgerkriegs zu skizzieren, mußten wir ganz kurz darauf eingehen, weil die Haltung des landwirtschaftlichen Proletariats und der kleineren und mittleren Bauern selbstverständlich mit diesem Verlauf zusammenhängt.

Die Bauern.

Als erste Erscheinung tritt hervor, daß die Bauern keinen wesentlichen Faktor in der Revolution formten. Zu einer selbständigen Organisation, die eine eigene Stellung einnahm, kam es nicht. Eine eigene Rätebildung kam nicht zustande, es sei denn in Bayern, als dort die Diktatur erklärt wurde. Hier mußten die Bauern sich aussprechen, wobei dieselbe Erscheinung hervortrat, als beim Proletariat; sie traten nicht als geschlossene Einheit auf. Ein Teil der

Bauern wählte die Seite der Revolution, ein anderer Teil stellte sich dagegen. Leider verfügen wir nicht über Daten bezüglich des Charakters der Bauernformationen, welche sich neben die Revolution stellten, als auch nicht über nähere Zahlenverhältnisse.

Außer in Bayern beteiligten sich die Bauern kaum an der Revolution. Von einer direkten Unterstützung war keine Rede, und die allgemeine Stimmung war deutlich antipathisch. Die Parole: „Das Land den Bauern" hatte hier keinen Sinn, weil Klein- und Mittelbetrieb stark vertreten sind. Möge es bei einem zurückgebliebenen Stand der Landwirtschaft, wie beispielsweise in Rußland, genügen, eine Parzelle Grund in Privatbesitz zu haben, die moderne Bewirtschaftung in Westeuropa stellt auch noch andere Forderungen. Außer Grund und Boden ist obendrein noch ein erhebliches Kapital an Produktionsmitteln und Rohstoffen notwendig, um die gesellschaftlich durchschnittliche Produktivität zu erreichen. Wird diese nicht erreicht, dann ist der Betrieb nicht rentabel, und muß also aufgegeben werden. Bei einem hochentwickelten Stand der Landwirtschaft ist daher die Parole, mit der Rußland solche ungeheuren Kräfte zu lösen wußte, für die kleinen Bauern sinnlos.

Es gibt in Deutschland aber auch noch ausgedehnte Gebiete, in denen der Großgrundbesitz überwiegend ist, wodurch die Frage auftritt, inwieweit hier das landwirtschaftliche Proletariat Neigung zeigte, dem russischen Beispiel, das Land aufzuteilen, zu folgen. Um es vorweg zu sagen, es war nichts davon zu bemerken. — Die Produktionsverhältnisse beim deutschen Großgrundbesitz ließen solche Gedanken gar nicht aufkommen. Wenn bei zurückgebliebenem Stand der Agrarwirtschaft die Gedankenwelt des landarmen Bauern sich natürlicherweise um die Aufteilung des Grund und Bodens dreht, dann kann sich bei wissenschaftlich betriebener, durch Spezialisierung gekennzeichneter Bearbeitung der großen Güter nur Gemeinbesitz mit gemeinschaftlicher Bearbeitung als Ideologie entwickeln.

Es könnte dagegen eingewandt werden, daß die technische Entwicklung nicht unmittelbar in der Ideologie der Landbevölkerung zum Ausdruck komme, weil die Macht der Tradition ein gewichtiges Wort mitspricht. Und doch können wir in der von uns gestreiften Frage den Zusammenhang zwischen Produktionsverhältnis und Ideologie deutlich sehen.

Beim deutschen Großgrundbesitz wird die Landwirtschaft als Industrie betrieben, weil sie nach der modernen Technik und Wissenschaft eingerichtet ist. Die großen Getreideländereien werden mit modernen Maschinen bearbeitet, das Getreide in großen Scheunen gelagert und maschinell verarbeitet. In den Viehzuchtgebieten sind ausgedehnte Wiesen mit Stallungseinrichtungen für hundert Kühe, während die Milch in eigenen Molkereien zubereitet wird. Die großen Kartoffelfelder im Norden sind ganz auf diese Kultur spezialisiert und die Schnapsfabrik ist direkt darauf gepfropft. Aehn-

lich liegen die Verhältnisse in der Provinz Sachsen, wo alles spezialisiert ist auf Zuckerrübenbau für die angeschlossenen Zuckerfabriken in Magdeburg, Aken, usw.

In diesen Verhältnissen kann die Parole: „Das Land den Bauern" im Sinne der Landaufteilung nach russischem Muster keinen Nährboden finden. Die landwirtschaftlichen Arbeiter würden nicht wissen, was mit dem Land anfangen. Im Viehgebiet könnten sie sich allerdings ein Stück Land und ein paar Kühe beschaffen, aber weil ihre Wohnungen nicht als Bauernhof eingerichtet sind, können sie den Betrieb von Viehzüchtern oder Milchbauern doch nicht ausüben. Obendrein fehlen noch die Werkzeuge, um ihren Besitz exploitieren zu können. Diese Verhältnisse haben für den ganzen deutschen Großgrundbesitz Geltung und darum können wir sagen, daß der hochentwickelte Stand der Landwirtschaft eine Aufteilung des Bodens verhindert.

Die dort schaffenden Arbeiter bilden das echte agrarische Proletariat. Sie stehen vor demselben Problem wie die Industriearbeiter, vor der „Uebernahme als Ganzes im Namen der Gesellschaft". War das Industrieproletariat zu schwach, die Probleme des Kommunismus ernsthaft in Angriff zu nehmen, so kam es beim Agrarproletariat gar nicht zur Problemstellung. Die agrarischen Produktionsverhältnisse bestimmen, daß Tausende von Proletariern nicht innerhalb eines kleinen Gebietes ihre Solidaritätsbedingungen finden, wodurch eine gemeinschaftliche Kampffront schwerlich zustande kommt. Das landwirtschaftliche Proletariat kam denn auch nicht oder kaum zur Rätebildung und es spielte in der deutschen Revolution keine Rolle.

Eigentümlich war die Haltung des sogenannten Halbproletariats auf dem Lande. Insbesondere in Deutschland gibt es dort sehr viel Industrie, eine Erscheinung, die sich auch in den anderen Ländern immer mehr geltend macht. Das mag zusammenfallen mit den billigeren Arbeitskräften, wie auch mit den niedrigeren Bodenpreisen und Steuern. Weil die benötigten Arbeiter aus der Bauernbevölkerung der Nachbarschaft rekrutiert werden und diese in ihrer freien Zeit noch ein ziemlich großes Stück Land bearbeiten, nehmen sie eine Zwischenstellung ein, welche wir als Halbproletariat bezeichnen. Der Charakter ihrer Landwirtschaft ist der der geschlossenen Hauswirtschaft. Was von ihnen auf den Markt kommt, spielt keine Rolle.

Das eigentümliche ist nun, daß dieses Halbproletariat eine vor nichts zurückschreckende Kraft in der Revolution war. Mehrere Male gingen sie voran in der Bewegung; sie traten in den Ausstand und marschierten nach den umliegenden Städten, um den Kampf auf breitere Grundlage zu bringen. Thüringen ist hiervon ein sprechendes Beispiel. Außerdem haben diese Arbeiter aber auch vorzügliche Arbeit geleistet bei der Nahrungsversorgung der Städte. Im Anfang der Revolution, als die Räte noch die Macht in den Händen hatten, hielten die Bauern die Lebensmittel fest, um die Preise hochzuschrauben. Die Räte in der Stadt setzten sich hierauf mit den Räten der Fabriken auf dem Lande in Verbindung und die Halbproletarier, welche dort mit der Situation völlig vertraut sind, zwangen die Bauern, ihr Produkt zu festgesetzten Preisen abzuliefern. (Hamburg.)

Zusammenfassend können wir sagen, daß sich im allgemeinen weder das deutsche landwirtschaftliche Proletariat noch der deutsche Bauer an der Revolution beteiligten. Mögen beim Agrarproletariat auch schon kommunistische Ideologien vorhanden gewesen sein, sie waren jedenfalls noch außerordentlich schwach, wodurch sie noch nicht zum Ausdruck kommen konnten. Es hat denn auch den Anschein, daß die Bauern bei einer proletarischen Revolution eine abwartende Haltung annehmen. Diese wird im allgemeinen bestimmt werden von der Kraft der Revolution und von der Tatsache, ob die landwirtschaftlichen Großbetriebe sich bei der kommunistischen Produktion einschalten.

XVIII.

DIE BAUERN UNTER DER PROLETARISCHEN DIKTATUR.

Die proletarische Revolution, die die Durchführung des Kommunismus nicht als eine „Nationalisierung" der „reifen" Betriebe auffaßt, sondern als die Durchführung eines Prinzips, nach dem alle Produzenten ihre Arbeit selbst der kommunistischen Produktion einfügen, legt damit zugleich die Grundlage für die Einreihung der ganzen Agrikultur als Unterteil der Gesamtproduktion. Dieses eine Prinzip ist die Schaffung und Befestigung einer Einheit, die den Produktenstrom, der sich innerhalb der Gesellschaft bewegt, normalisiert, — ist die Feststellung der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeit des Produkts. Jeder Betrieb wird dadurch zu einer aktiven Zelle des Kommunismus, wo sich die proletarische Selbstaktivität entfalten kann.

Ist die Macht des industriellen Proletariats unwiderruflich im Rätesystem verankert, dann kann es nicht anders, als dieselben Organisationsprinzipien auf die Landwirtschaft zu übertragen. Die Produktion ist jederzeit funktionell abhängig von ihrem organisatorischen Aufbau; aber wie dieses Rätesystem sich auf dem Lande auswirkt, ist eine andere Frage, welche die Zukunft zu lösen hat. Mögen die allgemeinen Prinzipien des Rätesystems für Industrie und Landwirtschaft dieselben sein, es gibt doch viele Umstände, welche bestimmen, daß dieses Allgemeine in den besonderen Fällen sehr verschieden zutage tritt. So wird sich z. B. zeigen, daß das proletarische Bewußtsein bei den Industriearbeitern viel kräftiger entwickelt ist, als beim landwirtschaftlichen Proletariat, während ein weiterer Grund für eine andere Ausarbeitung des Räteprinzips in der Verschiedenheit der natürlichen Produktionsbedingungen in Industrie und Landwirtschaft liegt.

Doch wie dem auch sei, entscheidend ist, daß die Bauern sich in Dorfkommunen, die schließlich nichts anderes als die Zusammenfassung der Betriebsorganisationen der Bauernhöfe sind, zusammenschließen. Von selbst werden die Bauern es allerdings nicht tun, sodaß neben einer mächtigen Propaganda die ökonomische

Diktatur des Proletariats diese Arbeit zustande bringen muß. Diese wirkt sich dann so aus, daß Landbau-Werkzeuge, Saatgut, Kunstdünger, Benzin, Petroleum usw. nur an landwirtschaftliche Betriebsorganisationen oder Dorfkommunen geliefert werden. Je fester das Proletariat der Industrie im Sattel sitzt, desto sicherer ist eine schnelle Selbstorganisierung der Bauern durchzuführen.

Die Bauern haben dann ebenso wie die Industriearbeiter die Aufgabe, die gesellschaftlich durchschnittliche Reproduktionszeit ihrer Produkte mit Hilfe der Formel $(p + r) + a$ zu berechnen. Daß dieses durchführbar ist, verdanken wir dem Kapitalismus, der den Bauern zum Warenproduzenten machte. Am deutlichsten wird die Möglichkeit einer solchen Berechnung durch die Tatsache demonstriert, daß man die moderne sogenannte „Selbstkostenrechnung" heute ebensogut in der Landwirtschaft anwendet, wie in der Industrie (siehe J. S. King, „Costaccounting applide to agriculture"). Allerdings stehen wir in dieser Beziehung noch am Anfang. Bedenkt man aber, daß diese junge Wissenschaft erst 1922 ihren Lauf begann, dann muß man staunen, wie schnell sich allgemeine Grundsätze für die industrielle als auch agrarische Produktion durchsetzen. In Wirklichkeit wird damit bewiesen, daß der Charakter beider Produktionsgebiete derselbe ist, daß die agrarische Produktion zu der industriellen übergegangen ist. Die Tradition wirkt hier noch als hemmender Faktor, doch die schlechten finanziellen Resultate der Landwirtschaft in Westeuropa untergraben diesen sehr schnell. Wer mit den Bauern in nähere Berührung kommt wird erfahren, daß bei ihnen alte Wahrheiten schnell fallen und neue geboren werden. Das bezieht sich allerdings nicht auf kommunistische Produktion, aber doch auf Rationalisierung, modernere Betriebsleitung und Genossenschaftsbildung. Für die kommunistische Produktion bedeutet das aber, daß die Bedingungen für die allseitige Durchführung der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeit schnell wachsen.

Natürlich bleibt immer eine erhebliche Differenz zwischen industrieller und agrarischer Produktion, die im besonderen in den natürlichen Produktionsbedingungen liegt. So spielen Regen, Trokkenheit, Pflanzen- und Tierkrankheiten ihre Rolle, wodurch die Produktivität der Betriebe nicht so genau wie dieses in der Industrie möglich ist, im voraus festgestellt werden kann. Doch ist eine Vergleichung der Produktivität der einzelnen Betriebe sehr gut möglich (siehe z. B. J. S. King), und man vergleicht sie denn auch jetzt schon. Es ist dies bereits die Stichprobe für die Rationalisierung der Bauernhöfe. Was die Feststellung der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeiten betrifft, so ist es nicht unsere Aufgabe, Methoden „auszudenken", wie diese in jedem einzelnen Fall am einzelnen Produkt realisiert werden. Soviel ist allerdings klar, daß die Verwirklichung dieser Kategorie zu einer Durchorganisierung der ganzen Landwirtschaft führt. Weiter wird sich wohl als

Notwendigkeit aufdrängen, daß die Reproduktionszeit nicht über eine Produktionsperiode, sondern sich z. B. über 10 Jahre erstrekken muß. Die Wechselfälligkeiten der Natur sind bei einer größeren Zeitspanne leichter auszugleichen; es können dann bei der Berechnung der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeit die aus natürlichen Ursachen resultierenden Schwankungen vermieden werden. Es gibt so nur noch ein Sinken der durchschnittlichen Reproduktionszeit bei fortschreitender und steigender Produktivität.

XIX.

SCHLUSSWORT.

Die Marxschen „Randglossen".

Es ist an der Zeit, daß das revolutionäre Proletariat sich bestimmte Vorstellungen macht von der Gesellschaftsordnung, die es an die Stelle des Kapitalismus setzen will. Es geht nicht mehr an, diese Aufgabe mit der Bemerkung beiseitezuschieben, daß die siegende Arbeiterklasse ungeahnte Kräfte entwickeln wird, wenn sie nur erst die Fessel abgeschüttelt hat. Das ist einmal ein sehr unsicherer Wechsel auf die Zukunft und schlägt obendrein völlig daneben. Das Gegenteil ist wahr. Die kapitalistische Wirtschaft geht mit Riesenschritten den Weg der Konzentration, wie jeder Tag aufs neue lehrt, und wer nicht blind ist, muß erkennen, daß sie früher oder später im Staat ihre Dachgesellschaft finden wird. Das ist also der Weg der Machtkonzentration des Kapitals und zugleich das Bündnis aller herrschenden Schichten — mit Einschluß der Führerschicht in den alten Arbeiterorganisationen — gegen das Proletariat. In diese Entwicklung mündet die auf breitester Grundlage geführte Propaganda der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften für Wirtschaftsdemokratie, oder besser gesagt, Einflußnahme der Führung der alten Organisation — auf dem Umweg über den Staat — auf die Wirtschaft. Die alte Arbeiterbewegung entrollt ihr wirtschaftliches Programm — ihre Planwirtschaft —, ihr Sozialismus bekommt Form und Gestalt; aber es ist deutlich, daß es nur eine Fortentwicklung der Beherrschung der Lohnarbeit ist. Und nun kann man auch mit Sicherheit sagen, daß der sogenannte russische Staatskommunismus nur eine radikalere Durchführung dieser neuen Herrschaftsform ist. Wir revolutionären Proletarier haben also keine Wahl. Den breiten Arbeitermassen wird im Augenblick schon für ihre Aktionen und Kämpfe ein Weg gewiesen, der angeblich zum Sozialismus oder Kommunismus, zu ihrer Befreiung führen soll. Und dieselben Arbeitermassen sind es, die wir gewinnen müssen, denen wir ihr eigenes Ziel zeigen müssen, denn ohne sie gibt es keine Revolution und keinen Kommunismus. Das können wir nur, wenn wir selber klare

und konkrete Vorstellungen haben von der Produktionsordnung und Gliederung in kommunistischer Gesellschaft.

Aber noch mehr. Selbst bürgerliche Wissenschaftler erkennen das Herannahen der Katastrophe, und sie bereiten jetzt schon den Weg für die Verständigung des Kapitals mit dem Gedanken der Gemeinwirtschaft vor. Sie erkennen, daß die Tage der privaten Bewirtschaftung gezählt sind, und es geht nun darum, die Ausbeutung bei der Gemeinbewirtschaftung aufrecht zu erhalten. Kennzeichnend dafür ist die Schrift eines bürgerlichen Oekonomen — E. Horn, „Die ökonomischen Grenzen der Gemeinwirtschaft" — worin gesagt wird, daß die Aufhebung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln nicht zusammenfallen braucht mit der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise. Darum wehrt er sich schließlich auch nicht gegen die Aufhebung des Privatbesitzes, aber der „Warenaustausch", die kapitalistische Produktionsweise mit ihrem Markt und der Mehrwertformung soll auf alle Fälle beibehalten werden. Für ihn lautet die Frage nicht, ob, sondern wie der Privatbesitz an Produktionsmitteln aufgehoben wird.

Ein bürgerlicher Oekonom, wie E. Horn, muß natürlich die Unmöglichkeit des Kommunismus nachweisen. Daß er es tut an Hand der Böhm-Bawerk'schen Grenznutzentheorie, erspart uns ein Eingehen darauf. Bucharin hat das in der Widerlegung dieser Theorie seinem Buch: „Die politische Oekonomie des Rentners" unserer Ansicht nach endgültig besorgt. Aber wie er die offizielle Theorie der kommunistischen Wirtschaftsweise kritisiert, das ist allerdings bemerkenswert. Er nennt sie eine Wirtschaftsordnung mit negativen Vorzeichen, weil wohl gesagt wird, wie es nicht ist, aber in keinem Falle nach welchen Kategorien diese Wirtschaft geordnet ist. Die Merkmale der kommunistischen Wirtschaft seien, daß es keinen Markt, keine Preise und kein Geld gäbe. Also alles negativ.

Der allgemeine Produzent - Distribuent wird diesen negativen Raum ausfüllen, antwortet Neurath; Hilferding weist diese Aufgabe den Staatskommissaren mit ihrer Produktions- und Verbrauchsstatistik zu, oder man vertröstet sich sogar mit dem Hinweis auf die schöpferische Kraft des siegreichen Proletariats, die derartige Probleme spielend lösen wird . . . Hier ist sicher das Wort am Platze: „Wo die Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein."

Auf den ersten Blick mag es befremden; daß die sogenannten marxistischen Oekonomen sich so wenig mit den Kategorien der kommunistischen Wirtschaftsweise beschäftigt haben, trotzdem doch Marx seine diesbezüglichen Auffassungen ziemlich vollständig, sei es auch in sehr gedrängter Form, in den „Randglossen" niedergelegt hat. Aber doch nur auf den ersten Blick. Die „Jünger" von Marx

konnten mit seiner grandiosen Vision nichts anfangen, weil sie glaubten entdeckt zu haben, daß die Grundbedingungen für Leitung und Verwaltung der Wirtschaft sich so ganz anders entwickelten, als Marx dachte. Die „Assoziation freier und gleicher Produzenten" verwandelte sich unter ihren Händen in „Verstaatlichung"; schien doch der Konzentrationsprozeß von Kapital und Wirtschaft dem mit absoluter Sicherheit in die Hände zu arbeiten. Aber die Revolutionsjahre von 1917—23 haben die Formen aufgezeigt, worin das Proletariat sich der Produktionsmittel bemächtigt und die russische Revolution bewies, daß entweder sie, die Räte, das Feld behaupten, oder aber die zentrale Wirtschaftsorganisation des Staates. Darum erweisen sich auch die von Marx aufgestellten Richtlinien für die kommunistische Wirtschaft wieder als richtig. Ueber die „Randglossen" folgendes: Im Jahre 1875 sollte der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein" (Lassalle) mit der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" vereinigt werden, wozu ein Entwurf zum Einigungsprogramm von Gotha aufgestellt wurde. An diesem Entwurf haben sowohl Marx als Engels eine vernichtende Kritik geübt. Marx schrieb seine Kritik im Brief an Brake und er nannte dieses Manuskript „Kritische Randglossen zum Koalitionsprogramm". Erst seit 1891 wurden sie in breiteren Kreisen bekannt, und zwar, als Engels sie abdrucken ließ in der „Neuen Zeit" (Band IX, S. 561—575). Jahrelang hörte man nichts mehr davon, bis 1920, 1922 und jetzt 1928 neue Ausgaben stattfanden. (Alle diesbezüglichen Daten sind entnommen aus: „Programmkritiken".)

Diese Randglossen hatten wir erst nach Abschluß unserer Studie zur Hand. Sie deckten sich so vollkommen mit der hier gegebenen Darstellung, daß unsere Arbeit gewissermaßen nur als die zeitgemäße Ausarbeitung der Marx'schen Auffassung erscheint. Wir wollen diese Uebereinstimmung zeigen, da, wo Marx gegen die Auffassung des Einigungsprogramms polemisiert, daß jeder Arbeiter den „unverkürzten Arbeitsertrag" erhalten werde:

> „Nehmen wir zunächst das Wort „Arbeitsertrag" im Sinne des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertrag das gesellschaftliche Gesamtprodukt.
>
> Davon ist nun abzuziehen:
>
> Erstens: Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel.
>
> Zweitens: Zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion.
>
> Drittens: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen durch Naturereignisse usw.
>
> Diese Abzüge vom „unverkürzten Arbeitsertrag" sind eine ökonomische Notwendigkeit, und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahr-

scheinlichkeitsrechnung; aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar.

Bleibt der andere Teil des Gesamtprodukts, bestimmt als Konsumtionsmittel zu dienen.

Bevor es zur individuellen Teilung kommt, geht hiervon wieder ab:

Erstens: Die allgemeinen, nicht zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten.

Dieser Teil wird von vornherein aufs bedeutendste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maße, als die neue Gesellschaft sich entwickelt.

Zweitens: Was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen usw.

Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maße zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.

Drittens: Fonds für Arbeitsunfähige usw., kurz für das, was heute zu der sogenannten offiziellen Armenpflege gehört.

Erst jetzt kommen wir zu der „Verteilung", die das Programm unter Lassall'schem Einfluß, bornierterweise allein ins Auge faßt, nämlich an den Teil der Konsumtionsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird.

Der „unverkürzte Arbeitsertrag" hat sich unter der Hand bereits in den „verkürzten" verwandelt, obgleich, was den Produzenten in seiner Eigenschaft als Privatindividuum entgeht, ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsglied zugute kommen." (Karl Marx, Randglossen.)[20]

Was wir bei keinem der offiziellen, marxistischen Oekonomen finden, das springt bei der Marx'schen Darstellung direkt in die Augen. Er sieht die Wirtschaft auch im Kommunismus als einen geschlossenen Prozeß, in dem ein gesetzmäßiger Kreislauf stattfindet. Die ökonomische Notwendigkeit der Wiederherstellung und Ausdehnung der verbrauchten Produktionsmittel ist die Grundlage, von wo aus die Verteilung des Gesamtprodukts angefaßt wird. Und Marx kann nie auf den Gedanken verfallen sein, diese Wiederherstellung durch Staatskommissäre, also persönlich anordnen zu lassen. Es ist ein sachlicher Vorgang und das Maß dafür muß selbstverständlich aus der Produktion selbst hervorgehen. Dann, daß die allgemeinen Unkosten, die gemeinschaftlich befriedigten Bedürfnisse und die Fürsorge für Arbeitsunfähige den sogenannten „vollen Arbeitsertrag" vermindern — man merkt bei Marx nichts davon, daß Statistiken hierfür nötig seien, sondern es ist ein Abzug vom individuell

zu verzehrenden Produkt. Erinnert man sich nun dessen, daß er als Maßstab für diese Verteilung die individuell geleistete Arbeitszeit vorschlägt, dann ist das Bild vollständig. Wir glauben darum mit Recht sagen zu können, daß unsere Darlegungen nur die folgerichtige Anwendung der Marx'schen Gedankengänge sind.

Von der Geld- zur Arbeitszeitrechnung.

Bei mündlichen Auseinandersetzungen über die Grundprinzipien der kommunistischen Produktion und Distribution wurden bei der Kritik in der Hauptsache zwei Argumente ins Feld geführt. Das erste bezieht sich auf Arbeitszeitrechnung. Das zweite Argument war, daß die in dieser Studie skizzierte Grundlage der Gesellschaft utopisch sei. Wir wollen zeigen, daß beide Argumente schon durch die Geschichte widerlegt sind.

Die Abschaffung des Geldes und seine Ersetzung durch die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit (Arbeitsgeld) ist eine revolutionäre Handlung und kann sich bei genügender Macht der Arbeiterklasse schon nach ein paar Monaten proletarischer Gewalt vollziehen. Es ist eine Frage der Macht, welche nur durch das ganze Proletariat getragen werden kann.

Eine Parteidiktatur ist dazu absolut nicht imstande. Eine Parteidiktatur ist nur das Produkt staatskommunistischer Bestrebungen.

Die proletarische Diktatur braucht in ihrer ersten Existenzperiode ungeheuer viel Geld, das sie sich wahrscheinlich auf dieselbe Weise verschaffen muß, wie die kapitalistischen Staaten in Mitteleuropa in der Nachkriegszeit durch die Banknotenpresse. Die Folge davon ist eine starke Inflation des Geldes, ein Emporklettern der Preise aller Produkte. Es handelt sich nicht darum, ob eine solche bewußte Inflation erwünscht ist; wenn es zu vermeiden wäre, würde sicher die proletarische Gewalt dem vorbeugen. Die Erscheinung der Geldentwertung tritt eben mit jeder umwälzend-revolutionären Bewegung in den Vordergrund. Wie die Revolution nun auch verläuft, ob sie zum Staatskommunismus führt oder zur Assoziation freier und gleicher Produzenten, ob es einer Partei gelingt, die Diktatur an sich zu reißen, oder daß die proletarische Klasse als solche durch ihre Räte sie ausübt, auf jeden Fall tritt die Inflation ein.

Schließlich kommt aber eine gewisse Stabilisierung in die gesellschaftlichen Verhältnisse, und damit kann dann auch zur Stabilisierung der Währung geschritten werden. Die alte Recheneinheit ist dann vernichtet, eine neue tritt dann an ihre Stelle. So in Rußland, wo der Tschernowetz als neue Recheneinheit eingeführt wurde, so Oesterreich, das seinen Schilling erhielt, so Belgien mit seiner Belga, so Deutschland mit seiner Goldmark. Frankreich und Italien taten dasselbe, nur blieb der alte Name erhalten.

Vor allem hat das deutsche Volk Anschauungsunterricht gehabt in bezug auf die Einführung einer neuen Recheneinheit. Hier wurde einfach festgesetzt, daß von einem gewissen Datum ab eine Billion Mark alter Währung gleichgestellt sei mit einer Goldmark. Das Wirtschaftsleben paßte sich glänzend dem neuen Zustand an, fast ohne Störungen ging man zu der neuen Recheneinheit über.

Ein Nörgler, der darauf achtet, daß etliche kleine Besitzende enteignet wurden.

Bei der Einführung der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitsstunde als Recheneinheit geschieht dasselbe. Sobald die Produktion einigermaßen regelmäßig verläuft, wird die „Stabilisierung" verkündet, d. h. von einem gewissen Datum an wird alles Geld für wertlos erklärt, und nur Arbeitsgeld gibt Anrecht auf gesellschaftliches Produkt. Dieses Arbeitsgeld kann nur von den Genossenschaften realisiert werden.

Die plötzliche Abschaffung des Geldes bedingt, daß auch plötzlich an allen Produkten die Reproduktionszeit ausgedrückt sein muß. Selbstverständlich ist das nicht so ohne weiteres möglich, und es bleibt dann auch vorläufig eine rohe Abschätzung, welche in einem Fall zu hoch, im andern zu niedrig sein wird. Ist aber die Arbeitszeitrechnung allgemein durchgeführt, dann treten die wirklichen Reproduktionszeiten bald zutage.

Ebenso, wie dann die Produzenten selbst die Produktion leiten und verwalten, so müssen sie auch die Umrechnung aus der Geldrechnung in die Arbeitszeitrechnung vollziehen. Das einzige, das sie dazu benötigen, ist die aus den Kriegsjahren so bekannte „Indexziffer" oder die „Schlüsselzahlen".

Eine Methode, um dies grob zu bestimmen, ist, die gesellschaftlich durchschnittliche Reproduktionszeit zu berechnen für Industrien, welche ein Massenprodukt herstellen oder für sogenannte Schlüsselindustrien wie Kohle, Eisen oder Kali. Aus den Betriebsbüchern ist zu sehen, wieviel Tonnen Produkt in einer bestimmten Zeit produziert wurden, wieviel der eigentliche Selbstkostenpreis war. Daraus ist dann, läßt man Kapitalzins usw. wegfallen, festzustellen, wieviel Arbeitsstunden dabei verbraucht werden. Aus diesen Daten läßt sich der Geldwert berechnen für eine Eisenstunde, Kohlenstunde oder Kalistunde, wonach man den Durchschnitt von all diesen Industrien als vorläufigen allgemeinen Durchschnitt annehmen kann. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Schlüsselzahl so gefunden werden muß, sondern daß es möglich ist, hier führen eben viele Wege zum Ziel. Wie schon bemerkt, die Geschichte hat die Möglichkeit einer so plötzlichen Abänderung der Recheneinheit bewiesen. „Die größte und schwierigste finanzielle Operation je irgendwo versucht" („The New Statesman" über die Einführung der Goldmark) verläuft in einem hochindustriellen Lande ohne ernste Störungen.

Stellt sich so heraus, daß dieser Durchschnitt auf 0,80 Mark = 1 Arbeitsstunde liegt, dann kann jeder Betrieb eine vorläufige Produktionszeit für sein Produkt berechnen. In allen Betrieben macht man also eine Inventur nach der gebräuchlichen Methode, ausgedrückt in Mark. Dann schätzt man den Verschleiß an Werkzeugen und Maschinen, was übrigens in allen Betrieben bekannt ist und rechnet alles nach dem Index um. Die Rechnung eines Schuhbetriebes würde also lauten können:

Verbrauchte Maschinen usw.	= Mark	1 000 =	1 250 Arbstd.
Leder usw.	= Mark	49 000 =	61 250 Arbstd.
Arbeitsstunden			= 62 500
			125 000 = 40 000 p. Sch.

Durchschnittliche Produktionszeit 125 000 : 40 000 = 3,125 p. Paar.

Vermeintliche Utopie.

Das zweite Argument unserer Kritiker war das der „Utopie". Auch dieses ist unrichtig, denn es werden in der ganzen Untersuchung keine Konstruktionen für die Zukunft gemacht. Wir untersuchen nur die Grundkategorien des kommunistischen Wirtschaftslebens. Das Einzige, was wir zeigen wollen, ist, daß die proletarische Revolution die Kraft finden muß, die gesellschaftlich durchschnittliche Reproduktionszeit durchzuführen; kann sie das nicht, dann ist der Gang zum Staatskommunismus unvermeidlich. Dieser Staatskommunismus wird sich dann wahrscheinlich nicht direkt offen ankündigen, weil er viel zu kompromittiert ist, sondern sich entwickeln aus einer Art Gildensozialismus, den der Engländer Cole in seiner Schrift „Selfgovernment in Idustrie" (auch in deutscher Uebersetzung erschienen als „Selbstverwaltung in der Industrie") darstellt und der von Leichter in exakter Form wiedergegeben wurde. Es ist alles verschleierter Staatskommunismus, als letzter Versuch der bürgerlichen Welt, dem Kommunismus, zu entgehen, um die Festlegung eines exakten Verhältnisses des Produzenten zum gesellschaftlichen Produkt zu verhindern.

Umgekehrt ist fast alles, was uns bis jetzt über kommunistische Produktion und Distribution angeboten wurde und den Anspruch erhebt, auf Realitäten aufzubauen, die reinste Utopie. Man macht Projekte, wie die verschiedenen Industrien zu organisieren seien, wie durch bestimmte Kommissionen und Räte der Gegensatz Produzent-Konsument aufgehoben werden soll, durch welche Organe die Macht des Staates gebändigt werden soll usw. Gerät so ein Autor bei seinen phantastischen Purzelbäumen in die Klemme, entsteht bei seinen theoretischen Betrachtungen eine Schwierigkeit

in bezug auf das Zusammenarbeiten der verschiedenen Industrien ... die Lösung ist bald da. Es wird eine neue Kommission oder ein besonderer Rat „ins Leben gerufen". Dies trifft vor allem bei dem Gildensozialismus von Cole zu, dessen Ableger der sogenannte deutsche Gewerkschaftssozialismus ist.

Der organisatorische Aufbau des Produktions- und Distributionsapparates ist funktionell verbunden mit den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, wonach er sich bewegt. Alle Betrachtungen über diesen Aufbau sind darum utopisches Zeug, solange nicht die ökonomischen Kategorien dargestellt sind, welche zu diesem Aufbau gehören. Es ist Utopie und lenkt die Aufmerksamkeit von den wirklichen Grundproblemen ab.

In unseren Betrachtungen haben wir uns nicht auf dieses Gebiet begeben. Sobald der organisatorische Aufbau des Wirtschaftslebens berührt wurde, haben wir nur auf die Betriebsorganisationen und Genossenschaften hingewiesen. Wir waren dazu berechtigt, weil die Geschichte diese Formen schon angegeben hat, womit sie also nicht das Produkt einer fruchtbaren Phantasie sind. Die Organisation der Bauern haben wir mit der größten Zurückhaltung behandelt, gerade weil Westeuropa auf diesem Gebiete ganz wenig Erfahrung hat. Wie die Bauern sich organisieren, muß abgewartet werden. Darum wurde für den Bauernbetrieb nur gezeigt, wie der Kapitalismus auch hier die Bedingungen zur Berechnung der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeit entwickelt hat, während wir gleich einige Konsequenzen diesbezüglich untersuchten.

Wie die Betriebsorganisationen sich verbinden, welche Organe sie ins Leben rufen zum „glatten Verlauf" der Produktion und Verteilung, wie alle diese Organe gewählt werden müssen, wie die Genossenschaften gruppiert werden, das sind alles Probleme, die von den besonderen Verhältnissen im Zusammenhang mit der Grundlage von Produktion und Verteilung bestimmt werden. Gerade dies, das funktionelle Arbeiten des Produktionsapparates, wird im Gildensozialismus von Cole genau ausgearbeitet, ohne die wirklichen Probleme der ökonomischen Gesetzmäßigkeit zu berühren, und eben dadurch ist es vollkommen wertloses Zeug. Wir weisen daher den Vorwurf der Utopie entschieden zurück, weil sich die Abhandlung nur auf dem Terrain der Durchführung der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitsstunde und Reproduktionszeit bewegt.

Nennt man das Vertrauen in die Kraft des Proletariats, den Kommunismus durchzusetzen, Utopie, dann ist das eine subjektive Utopie, die das Proletariat durch intensive Propaganda beseitigen muß.

Das einzige Gebiet, wo der Schein der Utopie gegen uns wäre, ist das der gesellschaftlichen Buchhaltung und der Kontrolle des Wirtschaftslebens. Aber auch nur der Schein. Man könnte denken,

daß z. B. Leichter mehr Raum für die Entwicklungsmöglichkeiten gelassen hätte, weil er die Frage, inwieweit die Verrechnung zwischen den Betrieben individuell in Arbeitsgeld oder durch einfache Ueberbuchung an einer Zentralstelle stattfindet, offen läßt, während wir diese zentrale Ueberbuchung unbedingt verlangen. Das Wesentliche ist aber, daß wir auf die große Bedeutung der allgemeinen gesellschaftlichen Buchhaltung als Waffe der ökonomischen Diktatur der Arbeiterklasse hinweisen, während zugleich damit die gesellschaftliche Kontrolle des Wirtschaftslebens ihre Lösung findet. Der organisatorische Aufbau dieser Buchhaltung, ihre besondere Bindung mit der Gesellschaft, blieben selbstverständlich außer Betrachtung.

Es ist natürlich möglich, daß die proletarische Revolution noch nicht genügend Kraft aufbringt, diese entscheidende Waffe der Diktatur zu gebrauchen. Aber schließlich muß es doch dazu kommen, und zwar abgesehen von der Diktatur, weil die kommunistische Wirtschaft selbst die exakte Berechnung des Quantums Produkt, das die Konsumenten ohne Bezahlung erhalten, verlangt. Mit anderen Worten: die Daten für die Berechnung des Ausbezahlungsfaktors müssen festgestellt werden; kommt es nicht dazu oder ungenügend, dann ist die Kategorie der gesellschaftlich durchschnittlichen Reproduktionszeit nicht durchzuführen, womit der Kommunismus in sich zusammenfällt. Es gibt dann keinen anderen Ausweg als den der Preispolitik, und wir sind wieder bei der Beherrschung der Massen angelangt, in den Staatskommunismus hineingesegelt. So ist es nicht unsere Phantasie, welche die allgemein gesellschaftliche Buchhaltung für wünschenswert hält, sondern die ökonomische Gesetzmäßigkeit, die diese Forderung unbedingt stellt.

Fassen wir unsere Betrachtungen kurz zusammen, dann gibt es folgendes Bild:

Grundlage dieser Untersuchungen ist das empirisch Gegebene, daß bei Uebernahme der Macht die Produktionsmittel in den Händen der Betriebsorganisationen sind. Die Stärke der kommunistischen Gesinnung, welche wieder mit der klaren Einsicht, was mit den Produktionsmitteln anzufangen ist, zusammenhängt, wird bestimmen, ob sie sie auch behaupten werden. Setzen sie sich nicht durch, dann geht es zum Staatskommunismus, welcher seine hoffnungslosen Versuche zur planmäßigen Produktion nur auf dem Rücken der Arbeiter ausprobieren kann. Eine zweite Revolution, welche die Produktionsmittel tatsächlich in die Hände der Produzenten bringt, ist dann notwendig. Behaupten sich aber die Betriebsorganisationen, dann können sie die Wirtschaft nicht anders ordnen, als auf der Grundlage der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit, unter Abschaffung des Geldes. Möglich ist ja auch, daß so kräftige syn-

dikalistische Tendenzen vorhanden sind, daß die Arbeiter versuchen wollen, die Betriebe in eigene Verwaltung zu nehmen, unter Beibehaltung des Geldes. Das Resultat ist dann nichts anderes, als eine Art Gildensozialismus, der wieder zum Staatskommunismus (= Kapitalismus) führt. Der Schwerpunkt einer proletarischen Revolution liegt darin, ein exaktes Verhältnis des Produzenten zum Produkt herzustellen, und das ist nur bei allseitiger Durchführung der Arbeitszeitrechnung möglich. Es ist die höchste Forderung, welche das Proletariat stellen kann . . ., aber zugleich auch die niedrigste und zweifellos eine Machtfrage. Eine Machtfrage, welche das Proletariat allein durchzukämpfen hat, weil es in keinem Fall auf die Hilfe sozialistischer oder kommunistischer Intellektueller rechnen kann.

Das Behaupten der Betriebsorganisationen bezieht sich also auf selbständige Verwaltung und Leitung, weil das die einzige Grundlage ist, worauf sich die Arbeitszeitrechnung durchführen läßt. Ein wahrer Strom von Literatur aus Amerika, England und Deutschland bringt den Beweis, wie die Berechnung der gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionszeit vom Kapitalismus vorbereitet wird. Im Kommunismus geht die Berechnung von $(P + R) + A$ ebensogut weiter, als jetzt, nur mit anderer Recheneinheit; in dieser Beziehung trägt die alte kapitalistische Gesellschaft die neue kommunistische in ihrem Schoß. Die Verrechnung zwischen den Betrieben, um die Reproduktion jedes einzelnen Betriebes sicherzustellen, geht durch Ueberbuchung auf das Giro . . . wie jetzt. Auch hier gebärt der Kapitalismus die neue Ordnung. Die Zusammenfassung der Betriebe ist ein Prozeß, der sich auch heute vollzieht. Wohl ist es wahrscheinlich, daß die künftige Gruppierung eine andere sein wird, weil sie sich nach anderen Gesichtspunkten richtet. Die Betriebe, die wir als AGA-Typ bezeichneten, die sogenannten „öffentlichen" Betriebe, sind auch heute vorhanden, aber als Instrumente des Klassenstaates fungierend. Sie werden vom Staate losgelöst und nach kommunistischen Gesichtspunkten der Gesellschaft eingereiht. Auch hier ist ein Weiterbauen des schon Vorhandenen. Der Staat verliert damit seinen heuchlerischen Charakter von jetzt, er steht als reiner Machtapparat der Diktatur des Proletariats da. Er wird den Widerstand der Bourgeoisie brechen . . . aber hat in der Verwaltung der Wirtschaft nichts zu suchen. Wodurch zugleich die Vorbedingung dafür, daß der Staat „absterben" kann, gegeben ist.

Die Trennung der öffentlichen Betriebe vom Staat, ihre Einfügung in das Wirtschaftsganze, erfordert die Feststellung desjenigen Teils des gesellschaftlichen Produkts, welcher noch individuell verteilt werden muß, wofür wir den Faktor individueller Konsum (FIK) fanden.

Auch für die Verteilung sind die Organe der Zukunft im Kapitalismus schon angedeutet. Inwieweit die heutigen Konsumgenossenschaften brauchbar sein werden, ist eine andere Frage, weil doch die Verteilung nach anderen Gesichtspunkten organisiert wird. Soviel aber ist sicher, daß sehr viel Erfahrung in den heutigen Genossenschaften gesammelt ist.

Stellen wir den Staatskommunismus dem gegenüber, dann muß zunächst bemerkt werden, daß hier das Geld nicht verschwinden kann (s. Kautsky), weil nur die „reifen" Betriebe „nationalisiert" werden, arbeitet ein großer Teil der Produktion noch mit privatem Kapital, womit eine andere Recheneinheit als das Geld ausgeschlossen ist. Der Warenmarkt bleibt, und auch die Arbeitskraft als Ware, die ihren Preis auf dem Markt verwesentlichen muß, d. h., daß allen schönen Reden zum Trotz in der Wirklichkeit die Lohnarbeit nicht aufgehoben werden kann. Der Werdegang der „Nationalisierung", der dann das Wachstum zum Kommunismus sein soll, eröffnet trostlose Perspektiven. Die Gestaltung der werdenden kommunistischen Gemeinschaft wird den Produzenten entrissen und in die Hände der Staatsbürokratie gelegt, die gar bald die Wirtschaft zur Erstarrung bringen wird. Von ihren zentralen Büros aus bestimmt sie, was produziert, wie lange und zu welchem Lohn gearbeitet werden soll.

In diesem System muß auch die Demokratie ihre Rolle spielen. Allein gewählte Körperschaften und Räte verbürgen, daß die Interessen der Massen respektiert werden. Diese Demokratie wird aber Stück für Stück durchbrochen, weil in Wirklichkeit so eine zentrale Leitung nicht möglich ist. Letztere löst sich in die Herrschaft vieler einzelner Diktatoren auf, der Gang des ökonomischen Lebens wird durch die persönliche Herrschaft der Demokratie bestimmt. Auch hier wird die Demokratie zum Deckmantel der tatsächlichen Beherrschung der Millionen, ebenso wie im Kapitalismus. Im günstigsten Fall erhalten die Arbeiter das so hoch gerühmte „Mitbestimmungsrecht", welches wieder eine Verschleierung der realen Machtverhältnisse darstellt.

Die Zurückweisung zentraler Produktionsverwaltung- und -führung besagt aber noch nicht, daß wir damit auf ausschließlich föderalistischem Boden stehen. Wo Leitung und Verwaltung der Wirtschaft bei den Massen selbst beruht, bei den Betriebsorganisationen und Genossenschaften, sind ohne Zweifel kräftige syndikalistische Tendenzen vorhanden; aber betrachtet von der Seite der allgemein gesellschaftlichen Buchhaltung, ist das ökonomische Leben ein undurchbrochenes Ganze, und haben wir einen Mittelpunkt, von dem aus die Wirtschaft zwar nicht verwaltet und geleitet, aber sicher wohl übersehen werden kann. Die Tatsache, daß alle Umsetzungen der menschlichen Energien im Wirtschaftsprozeß in einem

Organismus zur Registrierung kommt, ist die höchste Zusammenfassung des ökonomischen Lebens. Ob man es föderalistisch oder zentralistisch nennen will, hängt davon ab, von welcher Seite man dieselbe Erscheinung sieht. Es ist sowohl das eine als auch das andere, wodurch diese Begriffe für das Produktionssystem als Ganzes ihren Sinn verloren haben. Der Gegensatz Föderalismus — Zentralismus ist in seiner höheren Einheit aufgehoben, der Produktionsorganismus ist zur organischen Einheit geworden.

Fremdwörterverzeichnis

absolut	unbeschränkt, unabhängig
absorbieren	verzehren, beanspruchen
absurd	unsinnig
adäquat	angemessen, gleich
Administration	Verwaltung
Akkumulation	Anhäufung, Sammlung
Analyse	Zerlegung
Antagonismus	Widerstreit
äquivalent	gleichwertig
Argument	Beweismittel
Assekuranzfonds	versicherter, gesicherter Bestand
Assoziation	Verbindung
Atom	nicht teilbarer, kleinster Teil der Elemente
Budget	Haushalts-Wirtschaftsplan
Debet	Schuld
Definition	Begriffsbestimmung
Defizit	Verlust, Fehlbetrag
Dekret	Beschluß, Verfügung
Differential-Rente	verschieden gestaltete Rente
Distribution	Verteilung
dotieren	ausstatten
Efficiency	Leistungsfähigkeit
Elektron	Elektrizitätsatom
Element	Grundstoff, Urstoff
Embryo	keimhafte, unentwickelte Leibesfrucht
Enormität	Maßlosigkeit, Ungeheuerlichkeit
euphemistisch	mildernd, beschönigend
Exploitation	Ausbeutung
fakturieren	berechnen
Farce	Lächerlichkeit, Posse
Fiasko	Mißerfolg
fiktiv	angenommen
föderativ	lose verbindend
fungieren	verrichten, wirksam sein
genial	geistvoll, schöpferisch
Gilde	soziale Gesellschaftsform
girieren (Girobank)	übertragen
homogen	gleichartig
horizontal	waagerecht
ideell	erhaben, gedanklich
Ideologie	Begriffsentwicklung, Stufe
Identität	Uebereinstimmung, Gleichheit

illegal	ungesetzlich, geheim
Inflation	Aufblähung
individuell	persönlich, einzeln
Initiative	eigener Antrieb
intensiv	angespannt, stark, lebhaft
Inventarium	Bestands-(aufnahme)
juristisch	rechtswissenschaftlich
Kalkulation	Berechnung
Kalorie	Wärmeeinheit (Nährstoff)
Kartell	zusammengefaßte Wirtschaftsgruppen
Kategorie	Klasse, Gattung
klassisch	mustergültig
kollektiv	gemeinsam, einheitlich
Komplex	Inbegriff, Umfang
kompliziert	schwierig, verwickelt
konkret	fest, bestimmt
Konsortium	Verbindung von Unternehmen
konstatieren	feststellen
Konsumtion	Verbrauch
kontinuierlich	fortgesetzt, ununterbrochen
konzentrieren	sammeln
Kooperation	Mitwirkung
Kooperative	Genossenschaft
Kredit	Guthaben, Forderung
kultivieren	bearbeiten
legal	öffentlich, gesetzlich
libertär	freiheitlich, brüderlich
Mammut (-Trust)	gewaltige Verbindung
Manifest	öffentliche Erklärung, Kundgebung
Manko	Fehlbetrag, Ausfall
Manuskript	Urschrift, Schriftsatz
materiell	stofflich, sachlich
metaphorisch	bildlich, im übertragenem Sinne
Minimum	das mindeste — Geringste
Modifikation	Abmessung, Einschränkung
Modus	Art und Weise
Monopol	Allein-Handel, Recht, Besitz
Motiv	Beweggrund, Triebfeder, Ursache
Negation	Verneinung, Aufhebung
Niveau	Höhe, Stufe, Gesichtskreis
nolens volens	wohl oder übel, gezwungen
nominell	dem Namen nach bestehend (Nenner)
offiziell	öffentlich, amtlich
ökonomisch	wirtschaftlich
Operation	Verfahren, Eingriff
Organismus	gegliedertes (lebendiges) Ganze
Objekt	Gegenstand
Paradox	widersinnig, entgegenstehend
Parasit	Schmarotzer, Mitesser
perpetuum mobile	fortwährende Selbstbewegung
Phase	Stufe, Form
Physiologie	den Naturgesetzen entsprechend, körperhaft
Plus	zuzüglich (Mehrbetrag)
polemisieren	dagegen sprechend (Federkrieg)
Position	Stellung, Lage
post festum	hinterher, zu spät
primitiv	einfach, ursprünglich
Prinzip	Grundsatz, Grundgesetz

Problem	Aufgabe, Fragestellung
problematisch	zweifelhaft, fraglich
Produktion	Erzeugung
Produktivität	Ergiebigkeit
Profit	Nutzen, Gewinn
Proportion	Verhältnis, Gleichung
psychisch	seelisch
Qualifikation	Befähigung, Brauchbarkeit
Quantum	Menge, Summe
Rationalisation	Umstellung der Wirtschaft auf möglichste Einheitlichkeit
Regie	Leitung, Verwaltung
Region	Gebiet, Gegend
relativ	verhältnismäßig bedingt
Reproduktion	Wiedererzeugung
Sphäre	Wirkungs- Machtkreis
spontan	freiwillig, plötzlich
Surplus	Rest, Ueberschuß, Deckung
Syndikat	Gesellschaftsform
stationär	standörtlich, bleibend
Stimulation	Anregung, Anreizung
Struktur	Gefüge, Bau, Aufbau
Taylorsystem	Einstellungs- Entlohnungsverfahren nach Eignung
Tendenz	Zweck, Ziel, Neigung
Terme	Abgrenzung, Grenzstein
Terminologie	Zielsetzung
Territorium	Gebiet
Transaktion	Verhandlung, Vergleich, Verfahren
universell	allgemein, alles umfassend
Utopie	Schwärmerei, Hirngespinst
variieren	verändern, schwanken
vertikal	senkrecht
Vision	Erscheinung, Trugbild
Zertifikat	Bescheinigung
Zirkulation	Umlauf

Anmerkungen:

1. Rudolf Hilferding, "Das Finanzkapital". Frankfurt/M. 1968, S. 24.
2. Marx-Engels Werke (MEW), Bd. 20, S. 261.
3. MEW 20, S. 288.
4. MEW 23, S. 91.
5. MEW 23, S. 92.
6. MEW 23, S. 93.
7. MEW 24, S. 358.
8. Finanzkapital, 1968, S. 321-322.
9. MEW 23, S. 591.
10. MEW 19, S. 19-20.
11. MEW 6, S. 406-407 und: "Lohnarbeit und Kapital", Dietz-Verlag 1954, S. 49 f.
12. MEW 23, S. 109-110.
13. MEW 19, S. 21.
14. MEW 19, S. 20.
15. MEW 20, S. 262 und MEW 19, S. 224.
16. MEW 24, S. 358.
17. MEW 24, S. 316-317.
18. Finanzkapital, 1968, S. 24.
19. MEW 24, S. 137.
20. MEW 19, S. 18-19.

DIE AUSGANGSPUNKTE DER GRUNDPRINZIPIEN KOMMUNISTISCHER PRODUKTION UND VERTEILUNG

Ergänzungsheft zu den "Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung", erschienen im Neuen Arbeiterverlag, Berlin 1931 aus dem Holländischen.

DIE AUSGANGSPUNKTE DER GRUNDPRINZIPIEN KOMMUNISTISCHER PRODUKTION UND VERTEILUNG

a. Die Arbeiterräte als organisatorische Grundlage

In unserer Schrift "Die Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung" wird die Durchführung des Kommunismus von einer ganz anderen Seite gesehen, als dies bis jetzt in der Arbeiterbewegung gebräuchlich war. Zu einem Teil ist der Verlauf der russischen Revolution die Ursache, welche die Notwendigkeit einer näheren Untersuchung der Probleme des kommunistischen Wirtschaftslebens auf die Tagesordnung stellte. Man braucht nur die russische "Fabriksverordnung" zu lesen, um zu erkennen, daß die Arbeiter auf den Gang des Wirtschaftslebens keinen Einfluß haben, was darauf hinausläuft, daß einzelne Leiter der Produktion die Verfügung über den Produktionsapparat haben und die Arbeiter unter dem russischen Staatskommunismus *Lohnarbeiter* geblieben sind. Des weiteren muß man schon blind sein, um nicht zu sehen, daß der *Profit* die Grundlage der russischen Produktion ist, so wie überall in der kapitalistischen Welt; — daß die Produktion *nicht* eingestellt ist *auf den Bedarf* der Produzenten.

Ein weiterer Grund, der zu näherer Untersuchung zwang, liegt in der neuen Stellung der Agrarprobleme. In unserer Schrift: "Entwicklungslinien in der Landwirtschaft", haben wir gezeigt, daß die agrarische Produktion vollkommen vergesellschaftet ist, — daß der Bauernbetrieb zur "industriellen Produktion" übergegangen ist, aber daß trotzdem die Agrarfrage das große Hindernis bleibt, wodurch eine Durchführung des "Sozialismus" oder "Kommunismus" der gebräuchlichen Auffassung unmöglich wird. Der Bauernbetrieb läßt sich nicht organisch in die "kommunistische Wirtschaft aufnehmen. (Lies: Staatsverwaltung). Wir schließen daraus, daß dann die gesamte Auffassung dieses Kommunismus falsch sein muß.

Der dritte, und wohl der wichtigste Grund, wodurch eine Untersuchung der Probleme der kommunistischen Produktion notwendig wurde, lag in der Erscheinung, daß die Arbeiterklasse *in der Revolution* andere Organisationsformen gebrauchte, als in dem Zeitabschnitt ruhiger "Verbesserung der Arbeitsbedingungen". Die organisatorische Struktur der revolutionären Arbeiterbewegung findet ihre Erscheinungsform in den Betriebsorganisationen und Arbeiterräten.

Zwischen der organisatorischen Struktur einer Bewegung und den Ideologien, der Gedankenwelt, wodurch sie getragen wird, ist aber ein enger Verband. Dieser Zusammenhang ist so innig, daß man die Struktur eine Funktion ihrer Ideologien nennen kann. Die organisatorische Struktur der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung läuft denn auch dann parallel zu zu den verschiedenen Anschauungen, die wir über den Bau der kommunistischen Gesellschaft antreffen. Sehen wir denn auch im Klassenkampf Strukturveränderungen auftreten, dann wird damit angezeigt, daß wichtige ideologische Umformungen stattgefunden haben, die nun ihren organisatorischen Ausdruck finden.
In revolutionären Perioden finden wichtige ideologische Umformungen statt, die sich mit ungekannter Schnelligkeit vollziehen. Die Zielstellung der Arbeiter wird eine vollkommen andere, sie wird völlig radikalisiert. Eine der wichtigsten Lehren, die die revolutionäre Periode von 1917 - 23 uns gebracht hat, ist wohl diese, daß die umgeformten Ideologien einen anderen organisatorischen Ausdruck haben, als die alte Arbeiterbewegung. In der heftigsten Weise, selbst in blutigem Kampf, wird gegen die alte Arbeiterbewegung aufgetreten, weil diese sich der neugeformten Gedankenwelt der radikalisierten Arbeiter widersetzt. Die Betriebsorganisationen und Arbeiterräte sind die organisatorischen Waffen, womit die Arbeiter die Revolution durchführen.

Welche Bedeutung man dem Rätegedanken im Beginn der revolutionären Periode beimaß, zeigt sich z.B. aus einer Übersicht von D.J. Struik in "De Nieuwe Tijd" (Jahrg. 1919, S. 466) aus Anlaß der damals von der K.P.H. angenommenen Resolution über die Räte.

Es heißt dort:
"Nichts zeigt klarer den Fortschritt, den wir in der Erkenntnis

der Gesetze der sozialen Revolution gemacht haben, als unsere Erklärung über das Rätesystem. Selbst vor zwei Jahren war diese Erklärung noch schlechthin unmöglich, und vor drei Jahren konnten selbst die klarsten Köpfe der Internationale über die Bedeutung der Räte, so wie wir sie jetzt sehen, nahezu nichts sagen."

Es wird schwer fallen, in der Literatur vor dem Kriege Äußerungen in diesem Geiste zu finden... Überall bleibt es bis zu der Februarrevolution von 1917 bei einer simplen Vermeldung der notwendigen Veränderung... der politischen und ökonomischen Formen, in die sich die Revolution hüllen sollte. Nähere Andeutungen hierüber sind, so weit wir wissen, nicht gewagt worden, wenigstens nicht an dieser Seite der Weichsel. Rosa Luxemburg schreibt in ihrer ganzen Broschüre über den Massenstreik nur ein einziges Mal beiläufig über den Rat der Arbeiterdelegierten von 1905. Trotzky behandelt in seinem Buch über die erste russische Revolution wohl ausführlich die Geschichte, die Bedeutung und die Macht dieses ersten Rates, aber er vertieft sich nicht in eine Untersuchung des Rätesystems selbst. Und selbst in den marxistischen Schriften, die während der ersten Hälfte des Weltkrieges erschienen, im "Vorboten", "Lichtstrahlen" usw. fehlt jeder Hinweis auf den Petrograder Sowjet von 1905.

Daß kurz nach dem Ausbruch der Februarrevolution von 1917 der Sowjetgedanke begann ein solch festes Fundament zu bekommen, ist ausschließlich eine Folge der Praxis der Revolution... Wenn jemals das Wort von Mehring, daß die "Intuition der handelnden Massen genialer sein kann, denn das größte Genie", bewahrheitet ist, dann in diesem Falle.

Das Vornehmste, Positivste, das die revolutionäre Periode von 1917 - 23 uns gebracht hat, ist, daß wir die Formen gesehen haben, in denen die proletarische Revolution sich vollzieht, während sich zugleich die Ideologien zeigten, die Ausdruck der neuen Formen des Klassenkampfes sind. Die Übernahme des gesellschaftlichen Produktionsapparates wird vollzogen durch die Betriebsorganisationen und deren Zusammenschluß, die Arbeiterräte. Darum muß eine Untersuchung der Probleme kommunistischer Produktion und Verteilung von dieser Grundlage ausgehen.

"Die Arbeiterräte werden einmal das Wesen
Der ganzen Menschheit auf Erden.
So als in Blumen in einer großen Garbe
Das höchste Sonnenlicht zusammen gelesen.
Sie sind das Höchste des Allgemein-Seins,
Sie sind das Verwerfen des Allein-Seins,
Darin jeder Mann, Frau und zartes Kind
Allein sein einzig Ziel, die Menschheit find't.

Die Arbeiterräte sind darum wie das Licht.
Sie sind der Friede, die Ruhe und das Heil,
Sie sind die Wahrheit, und die Quelle der Wahrheit.

Sie sind die Festigkeit im großen Ganzen
Der Menschheit, die Knotenpunkte der Arbeit,
Sie sind das Glück der Menschheit, — sie sind das
Licht.

(Herman Gorter. Aus dem Gedicht "De Arbeidersraad".).

b. Die marxistische Erklärung der Beherrschung der Arbeiterklasse

Neben der Betriebsorganisation haben wir als zweiten Ausgangspunkt für die Grundprinzipien des kommunistischen Wirtschaftslebens die marxistische Erklärung von der Beherrschung und Ausbeutung der Arbeiterklasse. Es handelt sich dabei nicht in erster Linie um Ausdeutung von "Marx-Zitaten", sondern viel mehr um den allgemeinen Gedankengang, das Wesentliche seiner Analyse.

Die Beherrschung und Ausbeutung sind in ihren Ursachen außergewöhnlich einfach und für Jedermann sofort zu begreifen: sie sind eingeschlossen in der Tatsache, daß der Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt ist. Der Kapitalist ist Besitzer der Produktionsmittel — der Arbeiter besitzt nur seine Arbeitskraft;

— der Kapitalist besitzt die Bedingungen unter denen der Arbeiter arbeiten muß. Dadurch ist der Arbeiter ökonomisch vollkommen rechtlos (möge die politische Demokratie auch bis zur äussersten Vollendung durchgeführt sein), er ist abhängig vom Kapital. Mit dem Verfügungsrecht über die Produktionsmittel hat die besitzende Klasse zugleich die Verfügung über die Arbeitskraft; das heißt, sie beherrscht über die Arbeiterklasse.

kraft; das heißt, sie herrscht über die Arbeiterklasse.

DAS VERFÜGUNGSRECHT ÜBER DIE PRODUKTIONSMITTEL, VON DER HERRSCHENDEN KLASSE AUSGEÜBT, BRINGT DIE ARBEITERKLASSE IN EIN ABHÄNGIGKEITSVERHÄLTNIS VOM KAPITAL.

Das ist das Wesentliche

Die Tatsache, daß die Arbeiterklasse von den Produktionsmitteln getrennt ist, schließt ein, daß sie nicht über das verfertigte Produkt verfügt. Die Arbeiter haben mit den durch sie hergestellten Gütern nichts zu tun, sie gehören nicht ihnen, sondern ihrem "Brotherrn". Was damit weiter geschieht, ist nicht ihre Sache; sie haben nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen und empfangen dafür ihren "Lohn": sie sind LOHNARBEITER.

Das kann nicht anders sein. Die Verfügung über den Produktionsapparat schließt die Verfügung über das verfertigte Produkt ein. Es sind zwei verschiedene Seiten derselben Sache. Sie sind funktionell abhängig, das Eine ist nicht ohne das Andere; das Eine besteht nur durch das Andere. *Weil* die Arbeiter die Verfügung über den Produktionsapparat nicht haben, *darum* haben sie auch nicht die Verfügung über das verfertigte Produkt; *dadurch* werden sie beherrscht, *dadurch* sind sie Lohnarbeiter.

Die *Lohnarbeit* ist der Ausdruck der Tatsache, daß die Arbeit von den Arbeitsprodukten geschieden ist, der Tatsache, daß die Arbeiter weder über das Produkt, noch über den Produktionsapparat etwas zu sagen haben. Die Lohnarbeit ist das untrügliche Kennzeichen des "Nichtmündig-sein" der Arbeiterklasse, von ihrer Beherrschung durch diejenigen, die über den gesellschaftlichen Produktionsapparat und das gesellschaftliche Produkt verfügen.

So einfach die Grundlage der Beherrschung der Arbeiterklasse ist, so einfach ist auch die Formulierung von der Aufhebung der Lohnsklaverei. (Wenn die praktische Durchführung denn auch nicht so einfach ist.) Die Aufhebung der Lohnsklaverei kann nur geschehen, wenn die Trennung zwischen Arbeit und Arbeitsprodukt aufgehoben wird, wenn das Verfügungsrecht über das Arbeitsprodukt und darum auch über die Produktionsmittel wieder den Arbeitern zukommt.

Das ist das Wesentliche der kommunistischen Produktion.

Dies kann natürlich nicht mehr in der Weise geschehen, wie früher der Handwerker die Verfügung über sein Werkzeug und sein Arbeitsprodukt hatte. Die heutige Gesellschaft kennt keine "individuelle" auf sich allein gestellte Arbeit mehr; sie ist übergegangen zur gesellschaftlichen Produktion, zum vergesellschafteten Arbeitsprozeß, wo jeder nur ein Rädchen im großen Ganzen ist. Darum müssen die Arbeiter die Produktionsmittel jetzt *gemeinschaftlich* besitzen. Gemeinschaftlicher Besitz aber, der nicht zugleich das Verfügungsrecht darüber in sich schließt, verfehlt seinen Zweck. Der Gemeinschaftsbesitz ist kein Ziel an sich, sondern nur *das Mittel*, um das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel für die Arbeiter möglich zu machen — um die Trennung von Arbeit und Arbeitsprodukt aufzuheben, um die Lohnarbeit abschaffen zu können.

Die Verwechslung von Ziel und Mittel.

Hier liegt die schwache Stelle der heutigen Arbeiterbewegung. Man setzt sich zum Ziel, die Produktionsmittel in Gemeinschaftsbesitz zu bringen, und ahnt nicht, daß dies überhaupt kein Ziel sein kann; man vermutet nicht, daß mit dem Übergang zum "Gemeinschaftsbesitz" das Problem einer neuen Produktionsweise *erst gestellt ist*. Die Arbeiterklasse lebt fälschlich in

dem Vertrauen, daß der Kommunismus "von selbst" kommen muß, wenn der Privatbesitz an Produktionsmitteln aufgehoben ist. Aber die Voraussetzung, daß damit die Lohnarbeit notwendig verschwinden muß, ist falsch.

Die wirkliche proletarische Zielstellung kann nur sein, daß die Arbeiter das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel (und damit über das Produkt) erobern, und dadurch in der Tat die Lohnarbeit abschaffen. Erst dadurch wird die Arbeiterklasse "frei". Die gemeinschaftlich ausgeübte Verfügung über die Produktion durch die *freien Produzenten*, das ist die Grundlage der kommunistischen Gesellschaft.

Die freien Produzenten können aber nicht willkürlich über die Produktionsmittel verfügen, so wie es die freien Produzenten im Kapitalismus (die Fabriksbesitzer oder "Führer") tun. Ist die Verfügung willkürlich, dann kann von einer gemeinschaftlichen Verfügung keine Rede sein. Die erste Bedingung, um eine gemeinschaftliche Verfügung über den Produktionsapparat möglich zu machen, ist daher, daß die Produktion sich nach allgemein geltenden Regeln vollzieht; Regeln auf denen alle gesellschaftliche Arbeit ruhen muß. Dann erst ist ein gemeinschaftliches Beschließen und Handeln möglich. Die freien Produzenten müssen darum *gleiche Produktionsbedingungen* für alle Produzenten schaffen. Die Produktion steht dann in der ganzen Gesellschaft auf der gleichen Grundlage. Damit werden dann die freien Produzenten zugleich zu *"gleichen Produzenten"*. Die Betriebsorganisationen verkörpern so, in ihren Verbindungen der verschiedensten Art: *"Die Assoziation der freien und gleichen Produzenten"*.

Von diesem Gesichtswinkel aus gesehen, erscheint darum die Forderung der Gleichheit keinesfalls als eine "ethische" oder "moralische", sie entspringt vielmehr den notwendigen Produktionsbedingungen des kommunistischen Wirtschaftslebens. Die "Gleichheit" ist hier kein ethischer Begriff, sondern ein ökonomischer: sie will nichts anderes zum Ausdruck bringen, als daß die Produktion in allen Betriebsorganisationen nach denselben

Regeln verläuft, um eine gemeinschaftliche Verfügung über den Produktionsapparat möglich zu machen. Diese Regeln für die ganze Produktion bindend zu machen, *das ist die wesentliche Aufgabe einer proletarischen Revolution.*

So sehen wir, wie die moralische Forderung der Gleichheit, die wir an den Kommunismus stellen, die Forderung der gleichen Bedingungen zur Entfaltung der Individualität, ihren Grundpfeiler findet in der Gleichheit in der Produktion.

II.

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE "REVIDIERUNG DES MARXISMUS".

a. Die gesellschaftliche Arbeit und die organisatorischen Formen, in denen das Kapital diese Arbeit beherrscht, werden miteinander verwechselt.

Sowohl die radikale Sozialdemokratie (Bolschewiki) wie auch die reformistische haben beide die marxistische Lehre gerade in dem entscheidenden Punkte der "Assoziation freier und gleicher Produzenten" revidiert. Die Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses ist in marxistischem Sinne nichts anderes als daß die "Warenproduktion" im Laufe der Entwicklung zur herrschenden Produktionsweise wird. Stets weitere Kreise von Produzenten arbeiten ausschließlich für den Markt. Jeder produziert, was er selber nicht verbraucht, das hergestellte Produkt ist für Andere: — jeder verrichtet dadurch gesellschaftliche Arbeit, jeder arbeitet für die Gesellschaft. Der Kapitalismus ist selber der große Revolutionär, der die Produzenten im Laufe der Entwicklung von ihrer alten Produktionsweise losriß und sie im Dienste des Kapitals in einem Arbeitsprozeß hineinwarf, der die alten, überkommenen Arbeitsverhältnisse aufhob, der jede Beziehung zur Person oder Familie zerbrach. Der Kapitalismus brachte alle in einen Zustand, daß Jeder, von allem Besitz entblößt, nichts hat als seine nackte Arbeitskraft, um am vergesellschafteten Arbeitsprozeß teilzunehmen.

Die Sozialdemokratie machte (und macht) von dem Prozeß der Vergesellschaftlichung der Produktion etwas ganz anderes. Sie sah das stets Weiterfortschreiten der gesellschaftlichen Produktion in dem fortwährenden Wachsen der Trust-, Syndikat- und Kartellbildung. Sie sah die Vergesellschaftung in der Form, worin die gesellschaftliche Produktionsweise sich *organisiert*. In Wirklichkeit ist das nichts anderes als die Form, worin das privat-kapitalistische (oder kollektiv-kapitalistische) *Verfügungsrecht* über die Produktionsmittel, — über die gesellschaftliche Arbeit und über das gesellschaftliche Produkt *sich organisiert und konzentriert*. Die Sozialdemokratie verwechselt die spezifisch-kapitalistischen Organisationsformen *der Beherrschung* der gesellschaftlichen Arbeit mit der gesellschaftlichen Arbeit selbst!

Es ist kein Wunder, daß bei dieser Verwechslung der Begriffe die Auffassung vom Sozialismus auch eine ganz andere Richtung nimmt, als aus der marxistischen Anschauungsweise von der gesellschaftlichen Arbeit folgt. Sowohl für die radikale Sozialdemokratie als auch für die reformistische wird dadurch der *vertikale trust*, — die kapitalistische Bindungsform der Organisation des Produktionsprozesses vom Rohstoff bis zum Fertigungsprodukt — zum Idealzustand der kommunistischen Produktionsweise. ("Die ganze Volkswirtschaft organisiert nach dem Vorbild der Post... das ist unsere erste Aufgabe". Lenin: "Staat und Revolution", S. 50 der holländischen Übersetzung.).

Es liegt auf der Hand, daß damit der Arbeiterklasse der Weg zum Sozialismus in dem Sinne vorgespiegelt wird, daß sie die politische Macht erobert, sich des Staates bemächtigt und damit zugleich den, durch das Kapital selbst geschaffenen zentralen Apparat der Produktion in Händen hat.

(So zeigt der bekannte linke Marxist Parvus "wie leicht der Übergang von der Großindustrie zur Staatsproduktion durchzuführen sei". (Parvus: "Der Staat, die Industrie und der Sozialismus", S. 112). Ebenso auch bei Rudolf Hilferding in "Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik", S. 6. Er meint: "Das

heißt nichts anderes, als daß unserer Generation das Problem gestellt ist, mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewußten gesellschaftlichen Regelung diese von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln".).

Dies ist die allgemeine Auffassung über die kommunistische Produktion, die wir bei allen Schattierungen innerhalb der Sozialdemokratie antreffen. Die Unterschiede treten erst dann auf, wenn es um die Mittel geht, um die Taktik, womit man diesen gesellschaftlichen Zustand erreichen will. Die reformistische Sozialdemokratie will es auf dem Wege des allgemeinen Wahlrechts, unter Ausnützung der bürgerlichen Demokratie. Sie will *diesen* bürgerlich-kapitalistischen Staat "erobern", und durch ihn die Organisationen des Kapitals unterwerfen. Der wirkliche Zustand ist, daß der Staat, mit den Sozialdemokraten in der Regierung, durch die Organisation des Kapitals unterworfen wird.

Die radikale Sozialdemokratie (Bolschewiki) bekämpft diese Politik mit aller Entschiedenheit. Sie propagiert die Vernichtung des bürgerlichen Staates in der Revolution und Bildung einer neuen politischen Macht durch die politische Organisation (Partei) der Arbeiterklasse; — den Staat der proletarischen Diktatur. Durch diesen Staat soll auf revolutionärem Wege eine zentrale Ökonomische Organisation geschaffen werden (nach dem Vorbilde der kapitalistischen Trusts) in welche die Betriebe und Industrien aufgenommen werden, so weit sie dafür "reif" sind. M.a.W.: Die Betriebszweige, die durch das Kapital genügend konzentriert sind, um in Staatsverwaltung aufgenommen werden zu können, sollen "*nationalisiert*" werden.

b. Nationalisieren und Vergesellschaften

Obwohl Marx keine Schilderung vom kommunistischen Wirtschaftsleben gegeben hat, kann kein Zweifel daran bestehen, daß nach seiner Ansicht, die Regelung der Produktion "*nicht durch den Staat, sondern durch die Verbindung der freien Assoziationen der sozialistischen Gesellschaft*" zu Stande kommen sollte.

(H. Cunow: "Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie", I, S. 309). Leitung und Verwaltung der Produktion sollten direkt den Produzenten und Konsumenten zufallen und nicht auf dem Umwege über den Staat. Die Gleichstellung von Staat und Gesellschaft ist erst eine Erfindung der späteren Jahre. Zwar steht diese Auffassung in Widerspruch zum "Kommunistischen Manifest", das noch als eine Prinzipienerklärung des Staatskapitalismus zu betrachten ist, aber gerade die Revolution von 1848 und die Kommune von Paris 1871 waren der Erfahrungsboden, auf dem die neue Auffassung wuchs.

Auch Engels wandte sich im "Anti-Dühring" gegen den Staatssozialismus, wo er sagt: "Weder Umformung in Aktien-Gesellschaften, noch in Staatseigentum hebt die kapitalbildende Eigenschaft der Produktionskräfte auf. Die Auflösung kann nur darin liegen, daß die Gesellschaft öffentlich und *ohne Umwege* sich der Produktionskräfte bemächtigt, die jeder anderen Leitung denn der ihren entwachsen sind." (Aus dem Holländischen zurückübersetzt).

In den Jahren 1880 - 90 wurde dieser Standpunkt denn auch noch durch die Sozialdemokratie eingenommen. So sagte z.B. der alte Wilhelm Liebknecht in einer Rede, anläßlich der Versuche, die Eisenbahnen, Kohlenbergwerke und andere große Industrien in Staatsverwaltung zu bringen: "Man will allmählich einen Betrieb nach dem anderen verstaatlichen. D.h. den Staat an die Stelle der Privatarbeitgeber setzen, den kapitalistischen Betrieb fortsetzen, nur mit Veränderung des Ausbeuters... Er (der Staat) tritt als Arbeitgeber an die Stelle der Privaten und die Arbeiter gewinnen dabei nichts, wohl aber hat der Staat seine Macht und Unterdrückungskraft gestärkt... Je mehr die bürgerliche Gesellschaft einsieht, daß sie sich auf die Dauer nicht gegen den Ansturm der sozialistischen Ideen verteidigen kann, desto näher sind wir auch dem Moment, wo der Staatssozialismus in vollem Ernst proklamiert werden wird, und der letzte Kampf, den die Sozialdemokratie zu kämpfen hat, wird ausgefochten werden unter dem Schlachtrufe: 'Hie Sozialdemokratie — Hie Staatssozialismus'."

Cunow bemerkt hierbei: "Dementsprechend erklärte sich denn auch der Parteitag gegen die Verstaatlichung; denn Sozialdemokratie und Staatssozialismus seien "unversöhnliche Gegensätze". (Cunow, S. 340).

Dieser Standpunkt wurde um die Jahrhundertwende aufgegeben, dagegen das Verstaatlichen oder in kommunale Bewirtschaftung Nehmen von Betrieben als ein allmähliches Aufrücken zum Sozialismus vorgestellt. In sozialdemokratischer Terminologie werden solche Betriebe denn auch "Gemeinschaftsbetriebe" genannt, obwohl die Produzenten mit der Verwaltung und der Leitung nichts zu tun haben.

c. Das Problem in der russischen Revolution

Die russische Revolution hat uns die praktische Durchführung von der Theorie des Staatssozialismus gebracht. Die Bolschewiki haben nie die Propaganda geführt, daß die Arbeiter die Betriebe besetzen sollten, um diese unter Leitung der Arbeiter weiter zu führen. Die Enteignung der Besitzer war für sie nie eine Angelegenheit der Fabrikarbeiterschaft, sondern eine Angelegenheit der Staatsgewalt. Die Arbeiterschaft sollte nur den Staatsapparat der Bourgeoisie zerschlagen und die Bolschewiki in die Leitung des neuen Staates bringen. Die allmähliche Durchführung des Kommunismus war dann die Funktion der neuen Leitung, welche die für die zentrale Staatsverwaltung "reifen" Betriebe "nationalisieren" sollte.

Damit gerieten die Bolschewiki aber sofort in Widerspruch zu den Arbeitermassen. Am 7. November "17 nahmen die Bolschewiki die Regierung in die Hand und schon am 14. Nov. wurde ein *Dekret bezüglich der Arbeiterkontrolle* erlassen, worin dem Betriebsrat gewisse allgemeine Rechte der Kontrolle über die Produktion eingeräumt, aber ausdrücklich festgestellt wurde, daß der Betriebsrat sich nicht in die *tägliche* Leitung des Betriebes zu mischen hatte. Auch wurde es verboten, "die Unternehmung in

Besitz zu nehmen oder zu leiten", ausgenommen mit Zustimmung der höheren Autoritäten. Diese höheren Autoritäten schreckten aber vor einer "Nationalisierung" zurück, weil ihr Verwwaltungsapparat die Betriebe noch nicht aufnehmen konnte. Bis 28. Juni 1918, als die Bolschewiki schon 8 Monate die Regierungsgewalt innehatten, hatten sie kaum 100 industrielle Betriebe "nationalisiert". Und die Mehrzahl davon waren noch "Strafexpropiierungen" gegen die sabotierenden Unternehmer.

Die Arbeiterschaft hatte aber eine andere Auffassung von der Durchführung des Kommunismus. Weil die Regierung die "Nationalisierung" nicht durchführte, setzte sich nun eine "eigenmächtige", eine "wilde" Enteignung durch. Es vollzog sich nach Piatakov (damals Direktor der Staatsbank) ein "elementarer Prozess der Übernahme der Betriebe durch die Organe der Arbeiterkontrolle", der in seiner Konsequenz "das Überleiten der Verwaltung der Betriebe in die Hände von Arbeitergruppen statt in die Hände des Arbeiterstaates" bedeutete. "Es kam ein anderer Eigentümer, gerade so individualistisch als der frühere und der Name des neuen Eigentümers ist Kontroll-Ausschuß". ("Iswestia", 27. April 1918).

Hatte der Oberste Volkswirtschaftsrat (OVWR) bis 28. Juni 1918 100 Betriebe "nationalisiert", umfaßt die "wilde" Enteignung bis dahin über 400 Betriebe, von denen 200 in der kurzen Zeitspanne von 15. Mai bis 28. Juni enteignet wurden. Zwar hatte der erste Rätekongreß im Mai 1918 nochmals betont, daß die "eigenmächtige" Enteignung verboten sei, aber in welchem Maße dieser Kongreß das Sprechorgan der Arbeiter war, geht genügend aus den genannten 200 Enteignungen hervor. Die schnellwachsende "wilde" Enteignung war denn auch eine der Gründe für eine plötzliche Änderung der Regierungspolitik, welche am 28. Juni das große Nationalisierungsdekret erließ, um wenigstens etwas Ordnung in die Produktion hineinzubringen. Vorläufig war diese Nationalisierung aber nur eine formelle Angelegenheit, weil die Produktion unter der Leitung der alten Unternehmer fortgeführt werden sollte, welche die Betriebe in "kostenloser Pacht- und Nutznießung" behielten.

Es fängt nun ein Kampf um die Leitung der Betriebe an. Der OVWR kämpft gegen die "syndikalistischen Tendenzen", indem er die Leitung in seine Hände nimmt, und die Arbeiter versuchen, die Leitung für sich zu behalten. Ein Beispiel für viele: Die Stärke-Fabrik "Jivilov" wurde durch die Regierung "nationalisiert", aber der Betriebsrat weigerte sich, die Leitung an den Vertreter des OVWR zu übertragen. Es bildete sich ein "Verband der Arbeitervertreter", der in Gegensatz zu den Gewerkschaften "die Autonomie der Betriebsräte" verteidigte. (Begann in den Eisenbahnwerkstätten).

Wie wichtig eine nähere Untersuchung der "syndikalistischen Tendenzen" und ihrer Bekämpfung für die Lösung der Probleme der sozialen Revolution auch ist, es ist hier nicht der Ort, dies jetzt vorzunehmen. (Näheres Material in dieser Frage ist u. a. zu finden in Maurice Dobb: "Russian economic development", London 1928. Obengenannte Daten sind diesem Werk entlehnt). Für uns handelt es sich jetzt nur darum, den Gegensatz zwischen der "nationalisierenden" Regierungsgewalt und der revolutionären Initiative der Arbeiterschaft zu zeigen, den Gegensatz zwischen "Verstaatlichung" oder "Nationalisierung" und "Vergesellschaftung". Und daß dieser Gegensatz in der Revolution tatsächlich vorhanden ist, geht aus dem obengesagten genügend hervor.

Die Kommunistische Partei gab also keine Richtlinien, nach denen die Arbeiter selbst ihren Betrieb in das kommunistische Wirtschaftsleben einfügen konnten, sie gab keine Richtschnur, wonach Leitung und Verwaltung tatsächlich an die Gesellschaft überging. Für sie war die Befreiung der Arbeiter nicht das Werk der Arbeiter selbst, sondern für sie war die Durchführung des Kommunismus eine Funktion der "Männer der Wissenschaft", der "Intellektuellen", der "Statistiker" usw. Die Kommunistische Partei glaubte nur nötig zu haben, die alten Industrieführer zu verjagen und die Kommandogewalt über die Arbeit selbst in die Hand zu nehmen, um alles in den sicheren Hafen des Kommunismus zu lotsen. Die Arbeiterklasse war gerade gut genug, die alten Beherrscher der Arbeit wegzufegen -- und neue dafür

an deren Stellen zu setzen. Weiter reichte ihre Funktion nicht, und weiter konnte sie auch nicht reichen, weil die Basis für die Selbst-Organisation nicht durch allgemein geltende Produktionsregeln gegeben war.

Die Bolschewiki, die mit Kraft in die Welt hinausposaunen, daß sie konsequente Nachfolger von Marx seien, täten gut daran, etwas weniger laut zu sein. Sie sind konsequent im Revidieren von Marx, denn die Veränderung der *Vergesellschaftlichung der Produktion* wie Marx sie auffaßte, in die "Nationalisierung der reifen Betriebe", das ist nichts anderes als das Aufgeben der proletarischen Revolution, das Aufgeben des Kommunismus selbst. In marxistischem Sinne gibt es keine reifen, oder noch nicht reifen Betriebe, sondern ist die Gesellschaft *als Ganzes* reif für den Kommunismus. Sehr richtig bemerkt F. Oppenheimer in dem Sammelbuch von H. Beck über "Wege und Ziel der Sozialisierung" auf Seite 16/17:

"Man bildet sich ein, sich der marxschen 'Vergesellschaftung' schrittweise zu nähern, indem man die Verstaatlichung oder Kommunalisierung einzelner Betriebe als Vergesellschaftung bezeichnet. Daher die sonst unverständliche geheimnisvolle Wendung von den 'reifen' Betrieben... Für Marx kann die sozialistische Gesellschaft nur als *ein Ganzes* reif sein. Einzelne Betriebe oder Betriebszweige können in seinem Sinne gerade so wenig 'reif' sein und 'vergesellschaftet' werden, wie die einzelnen Organe eines Embryos im vierten Schwangerschaftsmonat reif sind und gesondert zu selbständiger Existenz entbunden werden können".

d. Die Beherrschung der Arbeit und der Arbeiterklasse im Staatskommunismus

Was in der Sozialdemokratie aller Schattierungen als Sozialismus oder Kommunismus gilt, ist nicht die Durchführung neuer ökonomischer Bewegungsgesetze für die Güterbewegung, sondern nichts anderes als die Übertragung der Organisation des Kapitals in das kommunistische Wirtschaftsleben. Was bedeutet aber die durch das Kapital geschaffene Organisation der Produktion?

Was bedeutet sie einerseits aus dem Gesichtswinkel der Lohnarbeiter gesehen und andererseits vom Standpunkt der Kapitalisten aus? Es ist die Beherrschung der Lohnarbeit, die organisierte Beherrschung der Lohnarbeiter. Die marxistische Erklärung des Kapitalismus läßt daran gar keinen Zweifel. Bei Marx ist die gesellschaftliche Stellung des Kapitalisten gegenüber dem Lohnarbeiter dadurch charakterisiert, daß er die Verfügung über die Arbeit, d.h. über die Arbeiter in der Produktion hat.

Die Sozialisierungs-Theorien aller Richtungen der Sozialdemokratie drehen sich alle um diesen einen Punkt der Beherrschung der Arbeiterklasse. Daß die Arbeit beherrscht und kommandiert werden muß, ist für sie selbstverständlich und daß dazu (weil es um ein gesellschaftlich unzerbrechbar verbundenes System geht) eine straffe zentrale Organisation nötig ist, spricht ebenso für sich. Die Aufgabe, die man sich stellt, besteht darin, das Kommando über die Arbeiter allumfassend und so zentral wie möglich zu organisieren; dieses Kommando selbst aber unter die Kontrolle des Parlaments (bei den Reformisten) oder des proletarischen Staates, der durch die politische Partei der Lohnarbeiter gebildet wird (Bolschewiki) zu stellen. M.a.W.: Die Beherrschung der Arbeiterklasse soll gemildert werden durch die "Demokratie".

In diesem Rahmen bewegen sich die Richtungen der sogenannten marxistischen Arbeiterbewegung, von den waschechten Reformisten bis zu den ausgesprochenen Revolutionären, die die heutige ökonomische und politische Organisation der Gesellschaft vernichten wollen, um sie neu zu organisieren. Das Ziel selbst, dem man zustrebt, ist bei allen die organisierte Kommandogewalt über die Lohnarbeit.

Soll nach diesen Sozialisierungs-Projekten das sozialistische Produktionssystem funktionieren, dann muß die Leitung vor allem darauf bedacht sein, die Verfügung über den Produktionsapparat und damit das Kommandorecht über die Arbeiter zu sichern. ("Wenn wir ernsthaft von einer planmäßigen Wirtschaft sprechen wollen, wenn die Arbeitskraft in Übereinstimmung mit dem Wirt-

schaftsplan im gegebenen Entwicklungsstadium verteilt werden soll, darf die Arbeiterklasse kein Nomadenleben führen. Sie muß ebenso wie die Soldaten verschoben, verteilt, abkommandiert werden". Trotzky, "Russ. Korr." 1920, Heft 10, S. 12). In der Theorie wird dieses Recht im Namen des Wirtschaftsplanes gefordert; in der Praxis richtet es sich auch gegen jede ungewünschte Einmengung von Seiten der Lohnarbeiter. Wenn die Arbeiter selbst über den Gang der Produktion bestimmen wollen, wird dieses Streben als ein Ausfluß bürgerlichen Denkens hingestellt und... diese Arbeiter werden als Konterrevolutionäre behandelt. Die Entwicklung des russischen Staatskommunismus gibt dafür ein lehrreiches Beispiel. (Wir lenkten schon die Aufmerksamkeit auf das Dekret bezüglich der Arbeiterkontrolle vom 14. Nov, "17, worin die Einmengung der Arbeiter in die tägliche Leitung des Betriebes verboten wurde. Am 20. April 1918, auf dem dritten Gewerkschaftskongreß, wußte die Regierung die individuelle Leitung des Betriebes und die Verantwortung "nach oben" teilweise durchzusetzen. Der "Verband der Arbeitervertreter" und eine Gruppe um Gorki stellten die kollektive Verantwortung des Betriebsrates dagegen, aber sie konnten nicht ganz durchkommen. 1920 wurde die individuelle Leitung und damit auch die individuelle Verantwortung allgemein durchgeführt. (Nach den Diskussionen des neunten Parteikongreß)).

Was soll nun mit der durch das Parlament oder der politischen Partei der Lohnarbeiter eingerichteten zentralen Leitung des Wirtschaftslebens erreicht werden? Die Ausbeutung soll aufgehoben werden, darin sind sich alle einig. Die Reformisten glauben, dieses Ziel erreichen zu können unter Beibehaltung der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Warenproduktion. Die Ausbeutung soll aufgehoben werden, indem die Ausbeutung durch den Staat betrieben wird, und die erzielten Gewinne auf dem Wege sozialer Einrichtungen und Reformen den Arbeitern wieder zugeführt werden. Die Bolschewiki versuchten, die Bewegungsgesetze des heutigen Produktionssystems aufzuheben und das gesellschaftliche Produkt, sowohl über die Betriebe als an die Konsumenten *in Natura* zu verteilen. Das erwies sich sehr bald als unmöglich, man ging daher zu obengenannter reformi-

stischer Methode über. Das Resultat ist in beiden Fällen dasselbe:
StaatsKAPITALISMUS.

III.
DIE DISTRIBUTION DER PRODUKTIONSMITTEL UND KONSUMGÜTER IN "NATURA" ALS BOLSCHEWISTISCHES IDEAL.

a. Das Experiment

Die Bolschewiki hatten als Ziel einen Zustand vor Augen, in dem die Lohnarbeit und Ausbeutung aufgehoben sein sollte. Sie steuerten dabei zielbewußt auf eine Abschaffung des Geldes hin, die durch eine gewaltige Inflation des Tauschmittels zu Stande gekommen
kommen sollte. Die Staatsdruckereien arbeiteten Tag und Nacht, um stets mehr Papiergeld zu drucken, welches der Staat für Zahlungen gebrauchte, aber wofür er keinen Gegenwert garantierte. "Noten werden fabriziert... Man kann gar nicht genug Noten drucken. Der Bedarf ist noch ungeheurer als die Fabrikationsmöglichkeit." (A. Goldschmidt, s. oben S. 138).

Mit dem Zunehmen des Totalbetrages an ausgegebenem "Geld", sank natürlich der "Tauschwert", die Kaufkraft des Rubels. Die Warenpreise gingen täglich sprungweise nach oben, eine Erscheinung, die wir auch aus der deutschen Inflationszeit kennen. Der "Wert" des Tauschmittels ging so schnell zurück, daß diejenigen, die etwas zu verkaufen hatten, ihre Ware nicht mehr gegen Geld abgeben wollten. Sie wollten ihre Güter wohl abgeben, aber nur direkt gegen andere Güter, ohne die Zwischenform Geld zu gebrauchen: sie wollten nur Güter in "Natura" tauschen.

Dies war es gerade, was die Bolschewiki wollten. In einer Gedenkschrift des russischen Finanzkommissariats, welche an alle Teilnehmer des 3. Kongresses der III. Int. im Jahre 1921 in Moskau verteilt wurde, *wird diese Politik der Inflation als eine be-*

wußt angewandte Methode zur Einführung des Kommunismus gerühmt.

"Wenn bei uns in Rußland der Geldwert sinkt, so ist das gewiß sehr schwer für uns zu ertragen... Aber wir haben einen Ausweg, eine Hoffnung. Wir gehen der völligen Aufhebung des Geldes entgegen. Wir naturalisieren den Arbeitslohn, wir führen kostenlose Straßenbahnbenutzung ein, wir haben freien Schulunterricht, kostenloses, wenn auch einstweilen schlechtes Mittagessen, freie Wohnung, Beleuchtung usw. Wir führen das sehr langsam durch, unter äußerst schwierigen Umständen, wir müssen ununterbrochen kämpfen, aber wir haben einen Ausweg, eine Hoffnung, einen Plan... (G. Sinowiew, "Zwölf Tage in Deutschland", S. 74. Zit. bei Pollock "Planwirtschafliche Versuche", S. 73).

Diese Art Kommunismus würde dann so aussehen, daß der zentrale ökonomische Rat des Sowjetstaates die Güterproduktion und Distribution in die Hand nimmt, unter Ausschaltung des Geldes und des Handels. Er hätte für alle Einwohner festzustellen, wieviel Brot, Butter, Kleider usw. jeder einzelne bekommen kann, und ihm diese Güter in "Natura" zuweisen. Dies sollte möglich gemacht werden durch eine gewissenhafte Produktions- und Verbrauchsstatistik.

"Die proletarische Wirtschaft ist prinzipiell Güterwirtschaft, Naturalwirtschaft. Mit dem Ausbau der staatlichen Wirtschaft verschwindet vor allem das Geld aus dem Verkehr der gemeinwirtschaftlichen Betriebe untereinander. Die Kohlengruben beliefern die Bahnen und Eisenwerke mit Kohle ohne Preisverrechnung. Die Eisenhütten liefern das Eisen an die Maschinenfabriken, diese die Maschinen an die staatlichen, landwirtschaftlichen Betriebe ohne Vermittlung des Geldes. Die Arbeiter erhalten einen stets größeren Teil ihres Lohnes in Naturalform: Wohnung, Heizung, Brot, Fleisch usw... Das Geld stirbt auch als Zirkulationsmittel ab". (Varga: "Die wirtschaftspolitischen Probleme.", S. 139).

(Daß dieses nicht nur auf dem Papier stand, möge aus ein paar Daten hervorgehen:

Januar 1919	Einführung des unentgeltlichen Postverkehrs.
20. Febr. "19	Dekret bezüglich des Güterverkehrs zwischen den Staatsbetrieben, ohne Banküberweisung und ohne Verrechnung.
1. Juni "19	Einführung des kostenlosen Güterverkehrs auf den Eisenbahnen.

Die "Nationalisierung des Arbeitslohnes" fand während der ganzen Periode von 1918/21 statt. Schließlich wurde nur 15 % des Arbeitslohnes in Geld gegeben, während 85 % in "Natura" ausbezahlt wurde. Telephon, Gas, Wasserleitung, Elektrizität, Miete, Brennstoffe und Transport wurde "unentgeltlich" geliefert. Das Kommissariat für Verpflegung hatte 58 Millionen Menschen auf diese Art zu versorgen).

Die Produktions- und Distributionsberechnung würde also nicht geschehen in Geld, oder einem anderen allgemeinen Maß, sondern nur in Gütersummen. Man würde rechnen nach Gewicht, Längen oder Raummaßen oder schließlich nur nach Anzahl Stück Gebrauchsgüter. Man würde mit einem Wort "zur Naturalwirtschaft" übergehen, die durch Otto Neurath in seiner Schrift: "Wirtschaftsplan und Naturalrechnung", S. 84 folgendermaßen charakterisiert wird:

"Die Lehre von der sozialistischen Wirtschaft kennt nur einen einzigen Wirtschaftler — die Gesellschaft — welcher ohne Gewinn- oder Verlustrechnung, ohne Zirkulation eines Geldes — sei es nun Metallgeld oder Arbeitsgeld — auf Grund eines Wirtschaftsplanes, ohne Zugrundelegung einer Recheneinheit die Produktion organisiert und die Lebenslagen nach sozialistischen Grundsätzen verteilt."

Von 1918 bis 21 haben die Bolschewiki versucht, dies Prinzip zu verwirklichen, und die genannte Gedenkschrift ist noch als ein letzter Ausläufer dieser Versuche anzusehen: Im Jahre 1921 erfolgte die Stabilisierung des Rubels; man kehrte zum "wertbeständigen Geld" zurück.

Der Sowjetstaat mußte seine Pläne, das Geld aus der Produktion und Distribution auszuschalten und dafür die Berechnung in "Natura" durch die Staatswirtschaft zu setzen, aufgeben. Es war aber keinesfalls das Ausbleiben der Weltrevolution, auch nicht der für Staatsbewirtschaftung ungeeignete individuelle Bauernbetrieb, die zu diesem Fiasko führten. Es zeigte sich nur, daß Produktion und Distribution auf dieser "kommunistischen Grundlage" unmöglich war. *Die russische Revolution hat praktisch bewiesen, daß eine Produktion ohne Recheneinheit Unsinn ist!*

Bei den Versuchen, das russische Wirtschaftsleben in neue Bahnen zu lenken, ging man sehr richtig von einem im Voraus festgesetzten Plan aus. Die einzelnen Betriebe machten ihre Produktionspläne und Kostenanschläge, die dann von der zentralen Trustleitung zu einem allgemeinen Trustplan verarbeitet wurden. Die Zusammenstellung aller Trustpläne gab dem Obersten Volksw. Rat eine Übersicht über den gesamten, im Staat zusammengefaßten Produktionsapparat, woraus ein allgemeiner Produktionsplan für die ganze Staatsindustrie zusammengestellt werden konnte.

Alle diese Pläne fußten auf der Berechnung *in Rubel.* Und warum nicht auf der Berechnung in "Natura"?

Weil es wirtschaftlich keinen Sinn hat, Gewicht, Körpermaße oder Stückzahl der verschiedenen Arbeitsprodukte zusammenzuzählen. Der Wert des Rubels ging aber schnell zurück und die Preise der Produkte dadurch ebensoschnell nach oben. Die Pläne und Kostenanschläge standen dadurch nur auf Papier, — sie hatten keinen Wert für den wirklichen Produktionsgang. Varga, der die Verdienste der "Inflationsmethode" anerkennt, findet hierin denn auch ihre größte Schattenseite. Er sagt:

"Die rasche und fortgesetzte Entwertung des Geldes ist insofern von Nachteil, als sie die Stabilisierung der Löhne verhindert, Lohnbewegungen und Mißhelligkeiten zwischen den Arbeitern des Staates und dem proletarischen Staat selbst verursacht, zu fortwährenden Lohnerhöhungen zwingt, die Kalkulation sehr

erschwert und die Aufstellung eines regelrechten Staatshaushaltplanes, besonders aber die Einhaltung desselben, unmöglich macht". (Varga. idem. S. 138)

Hierin liegt denn auch eine der praktischen Gründe, warum der Sowjetstaat von der Vernichtung des "wertbeständigen Geldes" ablassen mußte. Bereits 1919 konstatiert man, daß "die Berechnung des Wertes des Produkts täglich notwendiger wird", so daß der 2. ökonomische Kongreß (1919) bereits beschloß, "die Berechnungen der wichtigsten Staatsausgaben nach dem Werte der Produkte vorzunehmen". (Goldschmidt, S. 133). Natürlich ist dies nur möglich, wenn die ganze Produktion auf der Grundlage des Wertes steht. Die allgemeine Stabilisierung des Geldes mußte also notwendig folgen.

b. Zwei Lehren aus der russischen Revolution

Das große bolschewistische Experiment der "Naturalwirtschaft" enthält zwei wichtige Lehren (eine ökonomische und eine politische), welche die Arbeiterschaft zu proletarischer Erkenntnis führen muß. Die ökonomische Lehre ist, daß eine rationelle Wirtschaft ohne ein allgemeines Maß für die Berechnungen im Wirtschaftsleben unmöglich ist. Für das Aufstellen eines Produktionsplanes ist es notwendig zu wissen, wieviel Arbeit in verschiedenen Formen zur Verfügung steht und wie diese Arbeit über die verschiedenen Produktionszweige verteilt werden soll. Da es bis jetzt aber unmöglich ist, Tonnen Steinkohle, Hektoliter Getreide usw. zusammenzuzählen, so muß man bei allen Produkten ihre bestimmte Gebrauchsform, den "Gebrauchswert" außer Acht lassen, und nur die Eigenschaft ins Auge fassen, die sie alle ohne Ausnahme besitzen. Und das ist, *daß sie alle bestimmte Mengen menschlicher Arbeit verkörpern.* Das Aufstellen eines Produktionsplanes macht es darum notwendig, daß an *jedem Produkt* festgestellt wird, wieviel Arbeit seine Herstellung kostet. Der Kommunismus kann diese Arbeit direkt messen, ohne den Umweg des Geldes.

"Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte usw. stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in

den Produkten niedergelegten Arbeitsquanten, die sie alsdann absolut und direkt kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken, und nicht in ihrem natürlichen, angemessenen, absoluten Maß der Zeit..." (Engels, "Anti-Dühring", MEW 20, S. 288).

Die politische Lehre ist, daß die Versuche, die Regierungsgewalt über die Produktionsmittel einer zentralen Regierungsstelle zu übergeben, die Initiative der Arbeiter immer mehr ausschalten muß. Die Produzenten können keine Bestimmung über das Produkt haben: die Trennung von Arbeit und Arbeitsprodukt ist das wesentliche Merkmal der Produktion, gerade wie im Kapitalismus. Die Versuche zur "naturalen" Verteilung des Produkts, zu der "Nationalisierung des Arbeitslohnes", bringen die Verfügung über das "Volkseinkommen" immer fester in die Hand der zentralen Regierungsstelle. Das Wachsen des "Naturallohnes" (in bolschewistischer Fassung!) ist damit nichts anderes als das Wachsen der Versklavung der Arbeiterklasse. *In der Konzentration der Verfügungsgewalt über den Produktionsapparat, die gesellschaftliche Arbeit und das gesellschaftliche Gesamtprodukt, sehen wir die Form, worin die Diktatur des Proletariats in die Diktatur über das Proletariat übergeht.*

IV.
DIE RECHENEINHEIT IM KOMMUNISMUS.

a. Die Regelung der Produktion

Bei der "marxistischen Erklärung der Beherrschung der Arbeiterklasse" haben wir gesehen, daß das eigentliche Problem des Kommunismus in dem Aufheben der Trennung von Arbeit und Arbeitsprodukt liegt. Nicht der eine oder andere Ob. Volksw. Rat, sondern die Produzenten müssen durch ihre Betriebsorganisationen *selber* die Verfügung über das Arbeitsprodukt haben. Nur dadurch werden sie zu freien Produzenten, und können sich dann in gegenseitigen Zusammenhang zu den Assoziationen von freien und gleichen Produzenten gruppieren. Weil die heutige

Technik die ganze Produktion vergesellschaftet hat, alle Betriebe technisch vollkommen von einander abhängig sind und zusammen einen ununterbrochenen Arbeitsprozeß bilden, so ist es die Aufgabe der Revolution, sie auch ökonomisch aneinander zu schmieden. Das ist aber nur möglich, wenn *ein allgemeines ökonomisches Gesetz* den ganzen Wirtschaftsprozeß vereinigt.

Dieser Zusammenschluß ist von ganz anderer Art als wie ihn die s.g. "Sozialisierungs-Theorien" darstellen. Diese haben nie etwas anderes im Auge gehabt, als den *organisatorischen* Zusammenschluß der verschiedenen Produktionszweige. Sie beschäftigen sich mit der Frage, *welche* Industrien vereinigt werden müssen und wie das Problem organisatorisch-technisch gelöst wird. Mit den Bewegungsgesetzen eines neuen Wirtschaftssystems hat das nichts zu tun. Derartige Fragen können noch gar nicht zur Debatte stehen, weil wir erst im Klaren sein müssen über die gegenseitigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Betriebsorganisationen, d.h. über das Rechtsverhältnis der Betriebsorganisationen zum Gesamtwirtschaftskörper.

Das neue allgemeine ökonomische Gesetz, das den ganzen Wirtschaftsprozeß vereint, sagt daher noch nichts über den organisatorischen Zusammenschluß der Wirtschaft. Es setzt nur die Bedingungen fest, unter denen die, in den Betriebsorganisationen vereinigten Produzenten, am großen allgemeinen Wirtschaftsprozeß teilnehmen. Diese Bedingungen müssen in erster Linie für jeden Teil des Totalprozesses dieselben sein. Im Gegensatz zu Lenin, der von dem Grundsatz ausgeht: "Die ganze Volkswirtschaft organisiert nach dem Vorbild der Post... das ist unsere erste Forderung", sagen wir: "Gleiche ökonomische Bedingungen für alle Teile der gesellschaftlichen Produktion, das ist unsere erste Forderung". Dann erst kann zu der Frage der Organisationstechnik Stellung genommen werden.

"Gleiche ökonomische Bedingungen" hat in erster Linie Bezug auf die Durchführung eines allgemein geltenden festen Maßes, wonach alle Berechnungen in Produktion und Verteilung vorgenommen werden. Dieses Maß kann nicht mehr das Geld sein.

weil sich keine "zweite Person" mehr zwischen den Arbeiter und sein Produkt einschiebt. Der Arbeiter steht hier nicht als "fremder" gegenüber dem gesellschaftlichen Arbeitsprodukt. Wohl konsumiert der Arbeiter nicht direkt das durch ihn selbst hergestellte Produkt; aber sein Produkt trägt etwas in sich, das alle gesellschaftlichen Güter gemeinsam haben: die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die ihre Herstellung kostete. Alle Güter sind also *gesellschaftlich* gesehen qualitativ vollkommen gleich. Sie unterscheiden sich nur in der Menge gesellschaftlicher Arbeit, welche sie im Produktionsprozeß aufgenommen haben. So wie der Maßstab für die individuelle Arbeitszeit die Arbeitsstunde ist, so muß der Maßstab für die Menge gesellschaftlicher Arbeit, die in den Produkten enthalten ist, *die gesellschaftlich-durchschnittliche Arbeitsstunde sein.*

So zeigt sich als zwingende Forderung der proletarischen Revolution, daß alle Betriebsorganisationen verpflichtet sind, für die durch sie hergestellten Produkte zu berechnen, wieviel gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit sie in der Produktion aufgenommen haben, und zugleich ihr Produkt entsprechend diesem "Preis" an die anderen Betriebe oder an die Konsumenten abzugeben. Ferner bekommen die Betriebsorganisationen dafür das Recht, zu einem gleichen Betrag an gesellschaftlicher Arbeit in der Form anderer Produkte zu beziehen, um den Produktionsprozeß in der gleichen Weise fortsetzen zu können. So nehmen alle unter gleichen ökonomischen Bedingungen am Produktionsprozeß teil. Ist diese Regelung der Distribution und Produktion durchgeführt, dann ist das ganze Wirtschaftsleben, welches durch Teilarbeit bereits gesellschaftlich *verbunden* ist, nun auch ökonomisch, d.h. gesellschaftlich *geregelt.*

Der Kapitalismus versucht diese Regelung auf organisatorischem Wege, durch verstärkte Konzentration seiner Macht in der Industrie durchzuführen. Was ihm gelingt, das ist nur die Organisation des Konkurrenzkampfes auf stets höherer Stufe, mit stets gewaltigeren Katastrophen im Gefolge. Man versucht auf politischem Wege, nach den Regeln der "Demokratie", eine Milderung der Gegensätze zu erreichen, aber diese dient schließlich nur dazu, den letzten und tiefsten Gegensatz, den zwischen besitzender Klasse und Proletariat zu organisieren und seinen weiteren Bestand zu sichern. Dieser gesellschaftliche Zustand kann nur überwunden werden, wenn die Arbeiter sich "frei" machen; wenn sie das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel erobern und unter gleichen ökonomischen Bedingungen am Wirtschaftsprozeß teilnehmen.

b. Regelung der Verteilung

Die Revolution besteht aber nicht nur in einer Unwälzung der ökonomischen Bedingungen der Produktion, sie bringt auch für die individuelle Konsumption neue ökonomische Bedingungen. Haben die Arbeiter das Verfügungsrecht über das Arbeitsprodukt in Händen, *dann muß ihr Verhältnis zu diesem Produkt auf neuer Grundlage festgelegt und geregelt werden;* d.h. auch hier werden die neuen Produktionsverhältnisse zu neuen Rechtsverhältnissen. Denn, wohl haben die Arbeiter das Verfügungsrecht über das Produkt, aber doch nicht mehr in dem Sinne des Privat-Kapitalismus mit *willkürlich-freier Verfügung.* Die Verfügung über das Produkt kann sich nur unter gesellschaftlichen und für alle gleichen Bedingungen vollziehen. Die Produzenten und Konsumenten sind wohl frei, aber doch nur durch ihre gesellschaftliche Gebundenheit. Jeder Betrieb ist nicht mehr als eine Zelle im großen Gesamtwirtschaftskörper. Aber auch nicht weniger! Jede Zelle hat ihre eigene Aufgabe (ihre eigene "Differenzierung"), welche sich nur in *Selbstbewegung* vollziehen kann. Und zugleich ist diese Selbstbewegung nur möglich in und gerade *durch* den begrenzenden Rahmen der allgemeinen Bewegungsgesetze des Gesamtkörpers. In dem begrenzenden Rahmen entfaltet sich die freie Selbstaktivität und Selbstbewegung und daher werden die Arbeiter *durch* diese Begrenzung zu *freien* Produzenten.

Die gleichen Bedingungen für die individuelle Konsumption können wiederum nur liegen in dem gleichen Maßstab für die Konsumption. So wie die individuelle Arbeitsstunde der Maßstab ist für die individuelle Arbeit, so ist die individuelle Arbeitsstunde

zugleich der Maßstab für die individuelle Konsumption. Hiermit ist auch die Konsumption *gesellschaftlich geregelt* und bewegt sich in vollkommen exakten Bahnen.

Die Durchführung der sozialen Revolution ist also im Wesen nichts anderes als die Durchführung der Arbeitsstunde als Maßstab im gesamten Wirtschaftsleben. Sie dient als Maß in der Produktion und zugleich wird mit ihr das Recht der Produzenten auf gesellschaftliches Produkt gemessen. *Das Wesentliche hierbei aber ist, daß diese Kategorie von den Produzenten und Konsumenten selbst durchgeführt wird.* Und dies geschieht nicht, weil es eine "ethische" oder "moralische" Forderung des Kommunismus ist, sondern weil es ökonomisch nicht anders möglich ist. Tatsächlich ist die Beseitigung der Bevormundung der Arbeit, die Entfaltung und das Aufblühen des freien Menschen, auch eine ethische Forderung. Aber damit wird nur erneut bewiesen, daß Wirtschaft und Ethik sich nur gegenseitig verwirklichen können; — sie werden beide zur Einheit verschmolzen.

INHALT:

Einleitung von Paul Mattick	S. I
Grundprinzipien	S. 4
Zitate, in der MEW nachgewiesen	S. 148
Ausgangspunkte der Grundprinzipien	S. 149

Bisher erschienen:

Fritz **Brupbacher**, Marx und Bakunin. Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation und zur Diskussion über autoritären und antiautoritären Kommunismus.
200 S. EVP 6,50 DM

P. **Arschinoff** Die Geschichte der Machnobewegung von 1918 bis 1921. Mit einer Einleitung von Kurt **Mandelbaum**, Das russische Agrarproblem bei Marx, Engels, Lenin.
350 S. EVP 12,– DM

Otto **Rühle**, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution. Anhang: Paul **Mattick**, Otto Rühle und die deutsche Arbeiterbewegung. (Antibolschewistischer Kommunismus.)
105 S. EVP 4,– DM

Bestellungen bei: Rüdiger Blankertz-Verlag
1 Berlin 31
Konstanzer Straße 57
Konstanzer StraBe 57